

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

Stenographisches Protokoll

124. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XIII. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 5. Dezember 1974

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975

Beratungsgruppe VI: Unterricht und Kunst

Beratungsgruppe XIV: Wissenschaft und Forschung

Inhalt

Nationalrat

Trauerkundgebung anlässlich des Ablebens des Abgeordneten Ulbrich (S. 12183)

Personalien

Krankmeldungen (S. 12093)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 d. B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1375 d. B.)

Beratungsgruppe VI: Kapitel 12: Unterricht, Kapitel 13: Kunst, Kapitel 71: Bundestheater

Spezialberichterstatlerin: Lona Murowatz (S. 12094)

Redner: Peter (S. 12095 und 12109), Dr. Gruber (S. 12102), Dr. Schnell (S. 12110), Dipl.-Ing. Hanreich (S. 12117 und S. 12133), Dr. Schranz (S. 12120), Harwalik (S. 12122), DDr. Maderner (S. 12125), Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 12129 und S. 12155), Bundesminister Dr. Sinowatz (S. 12134 und S. 12155), Dr. Kaufmann (S. 12137), Luptowits (S. 12141), Ofenböck (S. 12143), Doktor

Kerstnig (S. 12147), Dr. Frauscher (S. 12149), Edith Dobesberger (S. 12152) und Dr. Eduard Moser (S. 12157)

Annahme der Beratungsgruppe VI (S. 12158)

Beratungsgruppe XIV: Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Spezialberichterstatler: Maderthaner (S. 12158 und S. 12203)

Redner: Dr. Blenk (S. 12160), Radinger (S. 12166), Dr. Bauer (S. 12172), Dr. Scrinzi (S. 12175), Harwalik (S. 12181), Wille (S. 12182), Dr. Fleischmann (S. 12184), Wuganigg (S. 12185), Dr. Stix (S. 12187), Dr. Ermacora (S. 12191), Bundesminister Dr. Hertha Firnberg (S. 12195) und Dr. Gruber (S. 12199)

Annahme der Beratungsgruppe XIV (S. 12203)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlage

1315: Konsularvertrag mit Polen (S. 12093)

Anfrage der Abgeordneten

Huber, Regensburger, Westreicher, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend die Handhabung des Katastrophenfondsgesetzes (1893/J)

Anfragebeantwortung

der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Fiedler und Genossen (1794/A. B. zu 1818/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzender: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Dr. **Maleta**, Dritter Präsident **Probst**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das amtliche Protokoll der 122. Sitzung vom 3. Dezember 1974 ist in der Kanzlei aufgelegt und unbeanstandet geblieben.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Ulbrich, Dr. Lanner und Ing. Rudolf Heinz Fischer.

Einlauf

Präsident: Die eingelangte Anfragebeantwortung wurde den Anfragstellern übermittelt.

Diese Anfragebeantwortung wurde auch vielfältigt und an alle Abgeordneten verteilt.

Ich gebe bekannt, daß die Regierungsvorlage:

Konsularvertrag zwischen der Republik Österreich und der Volksrepublik Polen (1315 der Beilagen) eingelangt ist.

12094

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Präsident

Ich werde diese Regierungsvorlage gemäß § 41 Abs. 4 Geschäftsordnung in der nächsten Sitzung zuweisen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen)

Spezialdebatte**Beratungsgruppe VI****Kapitel 12: Unterricht****Kapitel 13: Kunst****Kapitel 71: Bundestheater**

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen.

Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages.

Spezialberichterstatte ist die Frau Abgeordnete Lona Murowatz.

Ich ersuche um den Bericht.

Spezialberichterstatte Lona Murowatz: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 am 13. November 1974 der Vorberatung unterzogen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1975 ist für das Unterrichts- und Kunstbudget (Kapitel 12 und 13) ein Gesamtausgabenrahmen von 16.339.463.000 S vorgesehen. Hievon entfallen auf den Personalaufwand 4.825.793.000 S und auf den Sachaufwand 11.513.670.000 S. Gegenüber dem Bundesvoranschlag für 1974 ergibt dies eine Steigerung im Personalaufwand von 776.425.000 S, das sind 19,17 Prozent, und im Sachaufwand eine solche von 1.715.598.000 S, das sind 17,51 Prozent.

Die Bundestheater (Kapitel 71) sind mit 952.070.000 S — Personalaufwand 760.120.000 S, Sachaufwand 191.950.000 S — präliminiert.

Im einzelnen stellt sich das Unterrichts- und Kunstbudget (Kapitel 12 und 13) wie folgt dar:

Personalaufwand

Die um 776.425.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor der Kapitel 12 und 13 („Unterricht und Kunst“) sind bedingt durch die Gehaltsautomatik im öffentlichen Dienst sowie durch Personalvermehrungen. Gegenüber

dem Vorjahr sind durch die weitere Bildungsexpansion zusätzlich 1930 Dienstposten (1599 Bundeslehrer Dienstposten und 331 Dienstposten der allgemeinen Verwaltung) notwendig geworden.

Sachaufwand

Im Sachaufwand des Unterrichts- und Kunstressorts ist eine Steigerung um 1.715.598.000 S, und zwar von 9.798.072.000 S im Jahre 1974 auf 11.513.670.000 S für das Jahr 1975, vorgesehen. Die Steigerung beträgt 17,51 Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr.

Die beim Ansatz 1/120 — „Bundesministerium für Unterricht und Kunst/Zentralleitung“ veranschlagten Kredite für die Schulraumbeschaffung, für das Hallenbäderprogramm und für das Schülerheimprogramm konnten um 54,72 Prozent gesteigert werden und belaufen sich nun auf 364.720.000 S.

Die durch das Bundesministerium betreute Aktion „Österreichs Jugend lernt die Bundeshauptstadt kennen“ erfuhr ebenfalls eine beträchtliche Steigerung von 22,26 Prozent und beläuft sich nun auf einen Gesamtausgabenrahmen von 25.888.000 S.

Der Sachaufwand des Ansatzes 1/1270 — „Allgemeinbildende höhere Schulen“ erfuhr eine Steigerung um 35,55 Prozent auf 296.001.000 S.

Die Kredite für das berufsbildende Schulwesen der Ansätze 1/1280 — „Technische und gewerbliche Lehranstalten“, 1/1281 — „Lehranstalten für Fremdenverkehrs-, Frauen- und Sozialberufe“ und 1/1282 — „Handelsakademien und Handelsschulen“ konnten um 26,02 Prozent auf 328.928.000 S angehoben werden.

Die Sachaufwandskredite für die Lehrer- und Erzieherbildung der Ansätze 1/1272 — „Pädagogische Akademien und pädagogische Institute“, 1/1273 — „Bildungsanstalten“ und 1/1283 — „Berufspädagogische Institute“ erfuhr eine Steigerung um 21,28 Prozent und betragen nun 93.680.000 S.

Der Förderungsbereich des Kunstsektors wurde vor allem auf den Gebieten der Musik und darstellenden Kunst beziehungsweise des Filmwesens neu akzentuiert und erfuhr eine Steigerung um 18,66 Prozent und beträgt für das Jahr 1975 247.256.000 S.

Die Steigerungsrate bei den Bundestheatern — Kapitel 71 — beläuft sich auf 13,53 Prozent. Das Kreditvolumen hat sich von bisher 838.578.000 S im Jahre 1974 auf 952.070.000 S im Jahre 1975 ausgeweitet. Der Personalaufwand erfuhr eine Steigerung um 11,24 Pro-

Lona Murowatz

zent auf 760,120.000 S und der Sachaufwand eine solche von 23,63 Prozent und beträgt demnach für das Jahr 1975 191,950.000 S.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen der Kapitel 12 und 13 weist eine Steigerung von 228,057.000 S im Jahre 1974 auf eine Voranschlagsziffer von 253,405.000 S, also eine Steigerung um 25,348.000 S für den Bundesvoranschlag für 1975, auf.

Die beim Bundesministerium für Bauten und Technik veranschlagten Schulbaukredite betragen 725,661.000 S.

Abschließend darf noch erwähnt werden, daß ein Betrag von 98,667.000 S im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleichs-Voranschlages für die Kapitel 12 und 13 „Unterricht und Kunst“ vorgesehen ist.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Doktor Gruber, Peter, Dr. Schnell, Dipl.-Ing. Doktor Leitner, Dr. Maderner, Harwalik, Blecha, Dr. Kaufmann, Luptowits, Kern, Wuganigg, Dr. Eduard Moser, Ofenböck, Dr. Kerstnig und Dr. Frauscher. Bundesminister Dr. Sinowatz beantwortete ausführlich die an ihn gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1974 hat der Finanz- und Budgetausschuß die finanzgesetzlichen Ansätze der zur Beratungsgruppe VI gehörenden Teile des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 12: Unterricht, dem Kapitel 13: Kunst und dem Kapitel 71: Bundestheater samt den zu den Kapiteln 12 und 13 dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleichsvoranschlages des Bundesvoranschlages für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Peter.

Abgeordneter **Peter (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich nehme meinen Ausführungen die Feststellung vorweg, daß die freiheitlichen Abgeordneten den in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Kapiteln Unterricht, Kunst und Bundestheater die Zustimmung versagen werden. Dieses Nein der freiheitlichen Abgeordneten zu den Kapiteln der Beratungsgruppe VI ist nicht so sehr in

den ziffernmäßigen Ansätzen für das Budgetjahr 1975 als vielmehr in grundsätzlichen Erwägungen begründet.

Das österreichische Bildungswesen befindet sich im zwölften Jahr nach der Beschlußfassung über die Schulgesetze 1962 und im sechsten Jahr nach der Einsetzung der parlamentarischen Schulreformkommission. Diese Zeiträume rechtfertigen, an die Frage des heutigen österreichischen Bildungswesens nicht so sehr vom Detail als vielmehr vom Grundsätzlichen heranzugehen.

Dabei drängt sich die Frage auf, inwieweit das heutige Bildungswesen unserer Republik geeignet ist, die Menschen der Generation von morgen und übermorgen so heran- und auszubilden, daß sie einem immer härter werdenden Wettbewerb vollauf und in jeder Weise gewachsen sein werden.

Wir dürfen rückschauend mit Genugtuung feststellen, daß das österreichische Bildungswesen alter Prägung, auf dem die Zweite Republik bildungspolitisch errichtet wurde, Generationen heranbildete, die bis zum heutigen Tag den weltweiten Wettbewerb, den geistigen und den wirtschaftlichen Konkurrenzkampf zum Nutzen dieser Republik und zum Nutzen der Menschen des Landes erfolgreich bestanden haben.

Ich stelle bewußt die Frage in den Raum, ob das Bildungswesen von heute für morgen und übermorgen die gleichen Wettbewerbsbedingungen im Geistigen wie im Wirtschaftlichen gewährleistet. Persönlich wage ich berechtigte Zweifel anzumelden, daß dieses Ziel auch weiterhin gewährleistet bleiben wird.

Denken wir zurück, so brachte das Jahr 1962 eine entscheidende, wenn auch meines Erachtens nicht zukunftsorientierte Weichenstellung auf dem Gebiet der Bildungspolitik, ohne Bildungsforschung, ohne Bildungsplanung, ohne die notwendige Bedarfsfeststellung für jene Berufe, die in den nächsten Jahrzehnten gebraucht werden, und ohne Schulversuche.

Das bedeutet, daß die Schulgesetzgebung von 1962 am grünen Tisch konzipiert wurde und nicht auf den erforderlichen empirischen Voraussetzungen aufbaute. Sehr wohl, und das betrachte ich persönlich als ihr größtes Positivum, beendete die Schulgesetzgebung 1962 den parteipolitischen Kulturkampf, der in Österreich Jahrzehnte hindurch währte. Aber zugleich brachte die Schulgesetzgebung von 1962 den Anfang eines erstarrten und zementierten Bildungswesens, das, auf der Grundlage des schwarz-roten Proporzess fußend, in eine völlig unnötige Zweidrittelmehrheit eingebetoniert und einzementiert wurde. Und diese, sicher aus dem Mißtrauen zwischen den zwei

12096

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Peter

politischen Partnern des Jahres 1962 resultierende Zweidrittelmehrheit ist die Hauptsache dafür, daß das österreichische Bildungswesen nicht rasch und flexibel genug den gesellschaftspolitischen Veränderungen angeglich und angepaßt werden kann.

Die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei sind auf dem Gebiet der Bildungspolitik durch die Zweidrittelmehrheit ehern aneinandergekettet. ÖVP und SPÖ schleppen mühsam das Joch dieser Zweidrittelmehrheit in den Fragen der Bildungspolitik nicht zum Vorteil und nicht zum Nutzen, sondern zum Nachteil der österreichischen Schule weiter. Und ÖVP und SPÖ halten eigensinnig und starrsinnig an der falschen bildungspolitischen Weichenstellung des Jahres 1962 fest.

So sind eben vor zwölf Jahren die bildungspolitischen Weichen in eine Richtung gestellt worden, die heute einer eingehenden Diskussion und vom Standpunkt der freiheitlichen Abgeordneten einer dringenden Revision bedarf.

Herr Ministerialrat Dr. Leitner hat bei der OECD-Länderprüfung am 21. November dieses Jahres unter anderem die Feststellung getroffen, wonach die Zielquotenvorstellung des Bundesministeriums für Unterricht und Kunst darin bestünde, daß ein Verhältnis von 1:1:1 zwischen allgemeinbildenden höheren Schulen, berufsbildenden mittleren Schulen und berufsbildenden höheren Schulen angestrebt und erreicht werden müsse.

Ich brauche hier nicht im einzelnen das Mißverhältnis zwischen allgemeinbildenden höheren Schulen einerseits und berufsbildenden Schulen andererseits zum Nachteil des berufsbildenden Schulwesens in Erinnerung zu rufen. Dieses Mißverhältnis zum Nachteil des berufsbildenden Schulwesens ist sattem bekannt und beeinträchtigt heute in einem weiten Maße die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Andererseits führte dieses Mißverhältnis bereits zu einer allgemeinen Maturantenschwemme, die großes Kopfzerbrechen bereitet. Die Mittelschule alter Prägung mußte eben 1962 fallen und wurde durch das Lieblingkind des derzeitigen Bildungswesens, die allgemeinbildende höhere Schule, ersetzt. Lieblingkind unter anderem auch deswegen, weil ÖVP und SPÖ glaubten, einen Weg der Nivellierung in Richtung der allgemeinbildenden höheren Schulen beschreiten zu müssen, und weil sie auch meinten, daß die Matura nicht mehr mit einem Leistungsnachweis identisch sein

müsse, sondern vielmehr Sozialprestige und Statussymbol heute und morgen darstellen soll.

Darin sehen wir Freiheitlichen unter anderem eine der entscheidenden falschen Weichenstellungen, welche die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs bei der Bildungsreform 1962 vorgenommen haben.

Nun einige Überlegungen zur Thematik der Allgemeinmaturanten-Schwemme. Matura ohne Berufsabschluß; das ist die Problematik, mit der wir heute konfrontiert sind. Ein Teil der Maturanten geht an die Hochschulen und Universitäten. Wobei uns von den Hochschulen und Universitäten vor Augen geführt wird, daß von den Maturanten, die den weiterbildenden Weg im universitären Bereich beschreiten, immer weniger — der Zahl nach — das akademische Studium abschließen. Diejenigen Allgemeinmaturanten, die sich nicht dem Bereich der Hochschulen zuwenden, suchen eine Existenzgrundlage zum Teil im öffentlichen Dienst, wo der Protektionismus neuerlich fröhliche Urständ feiert. Ein nicht unmaßgeblicher Teil dieser Allgemeinmaturanten wieder bedarf einer postsekundären Ausbildung, um überhaupt über eine Existenzgrundlage zu verfügen.

Hier ist mit aller Deutlichkeit zum wiederholten Male von der freiheitlichen Fraktion die Frage zu stellen und vor allem an die beiden anderen Parteien des Hauses zu richten: Soll Österreich nach dem derzeitigen Bildungssystem den Weg Schwedens in der Schul- und Bildungspolitik gehen, jenen unseligen bildungspolitischen Weg Schwedens, den der einstige Studentenfürher Olof Palme akzentuiert hat und mit dessen negativen Ergebnissen sich der heutige Premierminister Olof Palme auseinanderzusetzen hat?

Ist es wirklich so, wie Olof Palme sagt, daß mit einer höheren Ausbildung nicht das Anrecht auf eine höhere Existenzgrundlage, auf einen höheren Beruf verbunden ist?

Diese Frage bedarf klipp und klar der Antwort durch die zuständige Ressortführung. Ich erhebe ganz bewußt den Vorwurf, daß in den letzten zwölf Jahren Hunderte Millionen, ja inzwischen Milliarden Schilling von Steuergeldern in Österreich bildungspolitisch falsch eingesetzt worden sind und daß ÖVP und SPÖ mit dem falschen Einsatz dieser Steuermilliarden auf dem Gebiet der Bildungspolitik bewußt gesellschaftspolitische Probleme geschaffen haben, für die wir Freiheitlichen keinesfalls willens sind, die Verantwortung oder Mitverantwortung zu übernehmen. Diese Ver-

Peter

antwortung geht voll und ungeteilt zu Lasten der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs.

Es reicht geradezu an politischen Wahnsinn heran, Menschen in Berufsrichtungen zu führen, für die es dann keine entsprechenden Berufsangebote gibt, weil ÖVP und SPÖ nicht den Mut haben, sich mit dem Problem des Numerus clausus in Österreich auseinanderzusetzen, ein Problem, dem die Bundesregierung auf weite Sicht gesehen nicht aus dem Weg gehen kann.

Wollen wir in Österreich jene Zustände, wie sie in Schweden eine Realität sind, wonach junge Akademiker, die mit hohem Steueraufkommen ausgebildet worden sind, heute in keine akademischen Berufe eingegliedert werden können, sodaß sie der jetzige schwedische Premierminister Olof Palme wiederum mit einem entsprechenden Steueraufwand in die Wälder schicken muß, damit sie dort Bäume fällen?

Was machen Sie, Herr Bundesminister, beziehungsweise was macht die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung mit jenen Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlern, für die es nach Abschluß ihres Studiums in Österreich keine adäquaten Berufsgrundlagen geben wird? Bilden wir diese Vertreter der jungen Generation bewußt zu unzufriedenen Menschen heran, oder ist man endlich auf seiten der Sozialistischen Partei und der Österreichischen Volkspartei bereit, die Situation neu zu überdenken? Machen wir dann, wenn diese jungen Menschen protestieren und zum Teil revoltieren, nicht ihnen den Vorwurf, daß sie in falschen Richtungen ausgebildet worden sind. Die Verantwortung ist nicht bei den jungen Menschen, sondern in erster Linie bei den Verantwortlichen für diese verfehlte Bildungspolitik zu suchen. Und die Verantwortlichen sitzen in den Reihen der Österreichischen Volkspartei und in den Reihen der Sozialistischen Partei Österreichs!

Wer sieht, wie sich die Dinge innerhalb und außerhalb unseres Landes entwickeln, Herr Bundesminister, der muß handeln!

Wer die Entwicklung der Dinge sieht, erkennt und nicht handelt, macht sich — ich spreche das Wort überlegt und bewußt aus — zum „nützlichen Idioten“ leninscher Prägung.

Wir Freiheitlichen wollen und werden uns auf dem Gebiet der Bildungspolitik aber nicht als „nützliche Idioten“ Lenins erweisen. Diese Verantwortung können wir gegenüber dem Vaterland, der Republik Österreich, nicht übernehmen.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei und der Sozialistischen Partei Österreichs! Wenn Sie uns nicht glauben, dann überdenken Sie bitte die Meinungen jener Fachleute, die heute sehr nachhaltig aus dem Lager der ÖVP genauso wie aus dem Lager der Sozialistischen Partei Österreichs erhoben werden.

Gerade aus dem Bereich der Wirtschaft kommen Tag für Tag jene sehr besorgten Stimmen, die immer wieder von der Österreichischen Volkspartei ignoriert und überhört werden. Das finde ich noch unverständlicher als jene Gleichgültigkeit, mit der die Sozialistische Partei Österreichs diesen warnenden Stimmen begegnet.

Ich zitiere kurz aus den Meinungen der Fachleute. Horst Knapp sagt dazu unter anderem: Werden die vielen Blindgänger der Bildungsexplosion, die trotz Studiums eine Tätigkeit verrichten müssen, für die sie keines benötigt hätten, glücklichere Menschen sein, weil sie sich mit der abendlichen Lektüre lateinischer Verse über die Stumpfsinnigkeit ihrer Berufsarbeit hinwegtrösten können? Oder werden der Hilfsarbeiter mit Matura und der Herr Doktor am Fließband nicht eher todunglückliche, weil um die Früchte ihres langen Studiums betrogene Menschen sein?

Todunglücklich auf der einen Seite, höchst unzufrieden auf der anderen Seite, das sind zu erwartende Reaktionen, die heute noch aus den Bänken der ÖVP und aus den Bänken der SPÖ belächelt werden. Daß aber diese Probleme von Tag zu Tag größer werden und innerhalb und außerhalb der Republik Österreich schon zu unübersehbaren Konsequenzen geführt haben, das, meine Damen und Herren von der ÖVP und der SPÖ, werden Sie nicht hinwegdiskutieren, das werden Sie auch in der heutigen Debatte nicht mit einer Handbewegung abtun können.

Betrachten wir einmal die bildungspolitischen Strukturen. Über die Mittelschule alter Prägung führte der Weg zur Matura. Früher war es in Österreich so, daß mit der guten alten Matura der Leistungsanspruch für die weiterführende Bildungsrichtung, die Hochschule und die Universität, erworben wurde. Heute ist aber durch Ihre Politik der ÖVP und durch Ihre Politik der SPÖ eine Bildungsinstitution dazwischen geschoben worden. Diese wertet die Matura nicht auf, aber Hochschulen und Universitäten ab. Das sind die neuen Akademieformen, die in immer größerer Zahl aus dem Boden sprießen und deren Problematik heute schon unübersehbar im Raume steht.

12098

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Peter

ÖVP und SPÖ haben die Sozialakademie geschaffen, weil sie Diplomfürsorger haben wollen, Diplomfürsorger für jene alten Menschen, die auf Grund der längeren Lebenserwartung immer einsamer werden. Menschen mit Akademieabschluß und Diplom wollen Sie in den Altenbereich bringen, um jene Bürger zu betreuen, die heute der Einsamkeit überantwortet sind.

Die gute alte österreichische Kindergärtnerinnenausbildung ist Ihnen von der ÖVP und SPÖ zu wenig, meine Damen und Herren! Sie wollen eine Kindergärtnerin mit Matura haben. Und Sie werden eines Tages wohl einige Diplomfürsorger, aber zuwenig Fürsorger haben, die den alten Menschen helfen und sich um sie kümmern.

Sie werden zuwenig Fürsorger haben, die sich mit den gefährdeten Volks- und Sonderschülern auseinandersetzen und diese bedauernswerten Geschöpfe betreuen.

ÖVP und SPÖ werden dann einige Kindergärtnerinnen mit Matura haben, aber immer noch zuwenig Kindergärtnerinnen zur Betreuung der Kinder der berufstätigen Mütter.

Ich stelle diese Problematik mit allem Nachdruck zur Diskussion. Man kann nicht oft genug sagen, wie falsch die bildungspolitische Weichenstellung war, welche die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs im Jahre 1962 vorgenommen haben.

Oder wollen Sie von der SPÖ und ÖVP aus dem „Krank“-Report des österreichischen Fernsehens keine Konsequenzen ziehen? Waren das Elend und die Manipulation noch immer zuwenig, meine Damen und Herren? Der „Krank“-Report ist ein mittelbares Ergebnis der österreichischen Anti-Bildungsreform, welche die Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs durchgeführt haben!

Was muß — dieses Wort richte ich an die Adresse der Österreichischen Volkspartei — noch alles passieren, bis Ihnen auf dem Gebiete der Bildungspolitik — verzeihen Sie den folgenden Ausdruck — „ein Licht aufgeht“, nämlich zu erkennen, wie sehr Sie auf dem Gebiet der Bildungspolitik als ÖVP Handlanger sozialistischer Gesellschaftspolitik sind? Das sei mit allem Nachdruck heute aus freiheitlicher Sicht unterstrichen.

Das Markenzeichen der österreichischen Bildungspolitik ist zwölf Jahre nach der Beschlußfassung über die Schulgesetze 1962 der schwarz-rote Proporz oder heute, unter anderen Vorzeichen, der rot-schwarze Proporz.

Die Matura ist nicht mehr Leistungsnachweis. Die Matura ist heute Sozialprestige und

Statussymbol. Für uns Freiheitliche bleibt die Matura nach wie vor identisch mit dem Leistungsnachweis.

Herr Bundesminister! Heute wiederhole ich zum x-ten Male eine Bitte beziehungsweise eine Frage, die ich des öfteren an Sie gerichtet habe, seitdem Sie dieses Ressort übernommen haben: Wann werden Sie dem Nationalrat, wann werden Sie der Öffentlichkeit endlich die bildungspolitische Kosten-Nutzen-Analyse vorlegen? Wir Freiheitlichen beharren auf dieser Kosten-Nutzen-Analyse, um Ihnen, der ÖVP und der SPÖ, den Nachweis zu erbringen, wie falsch die Steuermilliarden seit 1962 auf dem Gebiet der Bildungspolitik eingesetzt worden sind. Erst diese bildungspolitische Kosten-Nutzen-Analyse wird den Beweis erbringen, welche hohe Anteile des Steueraufkommens unrichtig und unzweckmäßig eingesetzt worden sind.

Für Sie, Herr Präsident Schnell, wiederhole ich jene Bedenken, die ich gerade in der Ausschußarbeit des öfteren an Sie gerichtet habe. Ich bezeichne Sie ganz bewußt als einen schlechten Wahrer der Wiener Schulreform und ihrer Leistungsschule. Herr Doktor Schnell! Sie sind ein schlechter Hüter des Glöckelschen Erbes, jenes Glöckelschen Erbes, das uns, den an der Wiege der Zweiten Republik stehenden jungen Lehrern, nach 1945 in einer schwierigen Situation sehr wohl Richtschnur und Leitmotiv des pädagogischen Handelns war.

Sie werden nie den Beweis erbringen können, Herr Präsident Schnell, daß die Wiener Schulreform den Leistungsgedanken abgelehnt hat oder daß der Glöckelschen Schulreform die Leistungsorientierung in pädagogischer Hinsicht fremd gewesen wäre. Das sind Anmerkungen, die ausschließlich an die Adresse der Sozialistischen Partei zu richten sind.

Somit stellt sich die Frage: Warum weicht die sozialistische Bildungspolitik der siebziger Jahre von jenen Grundsätzen ab, welche die sozialdemokratische Schulpolitik der zwanziger und dreißiger Jahre für richtig erachtet hat und die heute noch ihre Gültigkeit haben? *(Beifall bei der FPÖ.)*

Es kann in dieser verfahrenen Situation nicht Sinn und Zweck sein, ins Detail zu gehen und einzelne Budgetposten zu durchleuchten. Das haben wir in den Ausschüßberatungen im Finanzausschuß in ausreichender Form getan.

Bedenken Sie vielmehr: Die Vierzigjährigen von heute, die im wirtschaftlichen Wettbewerb ihren Mann bestens stehen, sind nicht nach den Schulgesetzen 1962 ausgebildet

Peter

worden, sondern sie haben ihre Ausbildung nach dem österreichischen Schulwesen alter Prägung erhalten. Das sollten wir nicht übersehen.

Im sechsten Jahr des Bestandes der parlamentarischen Schulreformkommission sei nur an einige offene Probleme erinnert, die man den Protokollen der Schulreformkommission entnehmen kann.

So sehr die Schulversuche post festum notwendig sind, kann man erst jetzt allmählich darangehen, ihre Ergebnisse auszuwerten. Die Erfahrungen können erst morgen oder übermorgen im Rahmen einer erneuernden Schulgesetzgebung angewendet werden.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, Herr Bundesminister, daß die Grundlagenprobleme nach mehr als fünf Jahren Schulreformkommission noch immer ungeklärt sind.

Ein ganz besonderes Symptom sei aus den Protokollen herausgegriffen, nämlich jene Umfrage unter den Versuchsschullehrern, die sich mit der Ganztagschule auseinandersetzen. Diese Umfrage brachte zum Ausdruck, daß sechzig Prozent jener Lehrer, welche die Versuche mit der Ganztagschule durchführen, ihre Kinder dieser Schulgattung nicht überantworten würden. Das ist auch ein Symptom, das man nicht übersehen kann.

Herr Bundesminister! Nun ein Problem, das noch immer belastend auf Eltern, Lehrern und Schülern liegt: der hohe Prozentsatz an Nachhilfeunterricht im Bereich der allgemeinbildenden höheren Schulen.

Ich lasse mir nicht einreden, daß die österreichische Jugend von heute so unbegabt wäre, daß es dieses hohen Prozentsatzes an Nachhilfestunden bedarf.

Ich lasse mir ebenso nicht einreden, daß die Lehrerschaft so untüchtig wäre, daß sie die Schuld und Verantwortung für diesen hohen Prozentsatz an Nachhilfeunterricht zu tragen habe.

Die Konsequenzen sind dahin gehend zu ziehen, daß die verfehlten bildungspolitischen Strukturen überdacht werden müssen, um diesem Übel zu Leibe zu rücken.

Was nützt den Eltern das sozialistische Gratiswegwerfeschulbuch, Herr Bundesminister, wenn dieses untaugliche Bildungswesen auf der anderen Seite den Eltern der AHS-Schüler Hunderte Millionen Schilling für Nachhilfestunden aus ihren Geldbörsen zieht?

Die Grundzüge dieses Bildungswesens sind falsch.

Daher Schluß mit der erstarrten auf der Grundlage der Zweidrittelmehrheit einzementierten rot-schwarzen Proporzschule.

Darum, Herr Bundesminister, her mit einem leistungsorientierten und leistungsbezogenen Bildungssystem, das die jungen Menschen von heute auf die harten geistigen Wettbewerbsbedingungen der achtziger Jahre vorbereitet, damit sie in den neunziger Jahren und im Jahr 2000 dem wirtschaftlichen Wettbewerb genauso gewachsen sind, wie es in den zurückliegenden dreißig Jahren der Fall war. Das ist die Forderung, die wir Freiheitlichen an die österreichische Bildungspolitik zu richten haben.

Nun einige Überlegungen zu den Bundestheatern. Auch im Bereich der Bundestheater ist die Situation eher unerfreulich denn erfreulich. Die österreichischen Bundestheater sollten besondere Aufgaben im Rahmen unserer gesamtösterreichischen Kulturarbeit wahrnehmen. Sie sind von einem Leistungsabfall bedroht.

Ich bin mir der Tatsache bewußt, daß in den österreichischen Bundestheatern nicht alles Spitze sein kann, sondern daß vieles guter Durchschnitt bleiben muß.

Aber man sollte darüber nachdenken, ob die Funktion, die wir den Bundestheatern zuordnen, beibehalten werden kann und ob die Aufgaben, die den Länder- und Städtebühnen gestellt sind, nicht ebenso des Überdenkens bedürfen.

Meines Erachtens ist beides notwendig.

Die Aufgabe der Länder- und Städtebühnen sehe ich persönlich darin, die breite Entfaltung des einschlägigen Nachwuchses zu gewährleisten; sei es die des Schriftstellers, des Komponisten, des Sängers oder des Schauspielers. Aus der österreichischen Theatertradition heraus haben die Spitzeninstitutionen auf Wiener Boden von den Länder- und Städtebühnen wertvollste Kräfte erhalten, die in der weiteren Entwicklung zu einer verhältnismäßig breiten „Spitze“ emporgewachsen sind.

Wie es mit der „Spitze“ heute in Österreich steht, läßt sich leicht beantworten, wenn man zum Beispiel darauf verweist, daß wir über kein Mozart-Ensemble mehr verfügen; über ein Mozart-Ensemble zum Beispiel, wie es von einer weltweiten Bedeutung die Bundestheater nach dem zweiten Weltkrieg, also in der Gründerzeit der Zweiten Republik Österreich, hervorgebracht haben.

Ich möchte an die Debatte der Problematik unserer Bundestheater nicht vom notwendigen Milliardenzuschuß herangehen, sondern von

12100

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Peter

der künstlerischen und kulturellen Aufgabe, welche die österreichischen Bundestheater zu erfüllen haben. Gerade von der Aufgabenstellung her ist die Grundsatzdiskussion notwendig, die weit über die Regierungsvorlage zu einem Bundestheatergesetz hinausgehen muß. Hieher gehört auch die grundsätzliche Diskussion der Gagenpolitik im Bereich der Gesetzgebung.

Ich sage zu einer leistungsorientierten Gagenpolitik ja aus Überzeugung. Ich sage aber zu einem Gagediktat, das von einzelnen Künstlern de facto praktiziert wird, nein, weil sich Österreich dieses Gagediktat im Einzelfall, der manchmal sogar zur Regel wird, nicht leisten kann. Dazu ist die Republik Österreich zu arm, dazu sind die Steuerzahler der Republik Österreich zu arm, die pro Jahr den Bundestheatern einen Betrag von rund 1 Milliarde Schilling zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen.

Lassen Sie mich folgenden Vergleich anstellen: Auf der einen Seite haben wir Spitzengagen von 80.000 bis 120.000 S pro Abend an der Staatsoper, auf der anderen Seite stehen Spitzengagen am Burgtheater bis zu 45.000 S im Monat zur Verfügung. Im Bereich der übrigen Wiener Theater bewegt sich die Gagenspitze im Monat um 20.000 S. Es ist problematisch und erregt Anstoß, Herr Bundesminister, daß wir für Gagen für Einzelabende an der Oper 80.000 bis 120.000 S ausgeben, während eine Frau Degischer und ein Herr Rudolf im Monat auf ein Einkommen von rund 20.000 S angewiesen sind. Das ist eine Relation, die, auf Sicht gesehen, in Österreich nicht mehr aufrechterhalten werden kann.

Ich rede hier keinem Neidkomplex das Wort. Ich muß aber unterstreichen, daß die Spitzengage am Burgtheater rund 45.000 S und die Spitzengage am Theater in der Josefstadt rund 20.000 S ausmacht. Der Schauspieler, der am Burgtheater 45.000 S verdient, muß sowieso 50 Prozent an den Finanzminister Dr. Androsch abführen, und es bleibt ihm nur die Hälfte von diesen 45.000 S.

Aber andererseits kann mir niemand einreden, daß es einen künstlerischen Leistungsunterschied beziehungsweise eine künstlerische Leistungsdifferenz zwischen einer Spitzenkraft des Burgtheaters einerseits und einer Spitzenkraft des Josefstadtttheaters, des Raimundtheaters, des Theaters an der Wien oder des Volkstheaters andererseits gibt.

Wenn wir an die Beratungen über ein Bundestheatergesetz herangehen, dann wäre es falsch, zumindest vom Standpunkt der freiheitlichen Fraktion aus, nicht mit allem

Nachdruck auf diese Mißstände zu verweisen, die einen großen Kreis bedeutsamer österreichischer Künstler empfindlich benachteiligen. Diese Benachteiligung bedarf nicht nur einer eingehenden Diskussion, sondern ebenso einer schrittweisen aber energischen Bereinigung. Dieses Verhältnis beziehungsweise Mißverhältnis der einzelnen Gagen an den Bundestheatern einerseits und den sonstigen Wiener Theatern andererseits muß bereinigt werden.

Ich lehne auch jenes gegenseitige Hochschaukeln und Hochlizitieren ab, das wir immer wieder im Theaterbereich erleben. Ich möchte dieses gegenseitige Hochlizitieren am Beispiel unserer Orchester erläutern.

Gehe ich aus von meinem Wahlkreis Oberösterreich, so ist es das Bedürfnis des Linzer Bruckner-Orchesters, auf die Gagenhöhe der Grazer Philharmoniker zu kommen.

Die Grazer Philharmoniker wollen ihr Einkommen wieder auf die Höhe der Niederösterreichischen Tonkünstler angehoben wissen.

Die Niederösterreichischen Tonkünstler wieder wollen auf die Höhe der Wiener Symphoniker aufgestockt werden.

Die Wiener Symphoniker wollen wieder die Höhe der Wiener Philharmoniker erreichen.

Und die Wiener Philharmoniker werden dann eines Tages gagenmäßig dem lieben Gott zustreben wollen, aber das wird der österreichische Steuerzahler nicht mehr bezahlen können.

Diese Probleme, Herr Bundesminister, müssen einmal auf den Tisch gelegt werden, darüber muß einmal diskutiert werden, und darüber muß einmal eine Regelung erfolgen, die für alle beteiligten Künstler tragbar ist und die der Steuerzahler, der ja alle Theaterbereiche mit Subventionen versehen muß, noch tragen kann.

Die Zügel müssen von den Verantwortlichen fester in die Hand genommen werden, als es bisher der Fall war. Herr Bundesminister, das bezieht sich vor allem auf den Bereich der Bundestheater. Es müssen endlich die Koordination und die Kontrolle in einem effizienteren Maße wirksam werden.

Koordination und Kontrolle müssen aber auch im Bereich der Gagenpolitik zur Verhinderung des landläufig bestehenden Gagediktates Platz greifen. Ein einheitlicher Maßstab, mit dem alle Künstler aller Theater zu messen sind, wird auf der Grundlage des Leistungsprinzips zu erarbeiten sein.

Nun gestatten Sie mir noch eine Überlegung zur Führung der Staatsoper. Wie man sich personell entscheidet oder entschieden hat,

Peter

ist Sache der Verantwortlichen. Für den Künstler oder für den Kaufmann oder für das Prinzip Künstler und Kaufmann. Das Thema schneide ich deswegen an, weil die Wiener Theaterkritik hier Auffassungen vertritt, die ich persönlich ganz und gar nicht teilen kann. Ein Kritiker schrieb in diesem Zusammenhang unter anderem: „Seefehlner wird aus den Möglichkeiten der Vizedirektoren zu wählen haben. Eines ist jedoch sicher: Für ihn, den Staatsoperndirektor, besteht die Wahlpflicht. Seine Entscheidung wird für Stil und Funktionieren der Betriebsführung von Bedeutung sein.“

Meine Meinung hingegen ist: Die Wahlpflicht besteht nicht für den Staatsoperndirektor, sondern die Wahlpflicht besteht für den Bundesminister für Unterricht und Kunst und besteht für den Generalsekretär des Bundestheaterverbandes. Beide Herren sind dem Parlament verantwortlich dafür, daß mit den Steuermitteln hausgehalten wird und daß der Nationalrat mit der Kostenexplosion in den Bundestheatern künftig nicht in einem so vehementen Maß konfrontiert wird, wie das gerade in den letzten Jahren der Fall war.

Die Wahlpflicht hinsichtlich dieser zusätzlichen personellen Entscheidungen liegt meines Erachtens nicht beim Staatsoperndirektor, ganz gleich wie er heißen möge, sondern in erster Linie bei Ihnen, Herr Bundesminister.

In der finanziell angespannten Bundestheater-Situation kann man die Problemstellung nicht so formulieren, daß man sagt: Künstler oder Kaufmann, sondern Künstler und Kaufmann.

Es liegt in der Natur der Sache, daß sich der Bundesminister für Unterricht und Kunst beim Staatsoperndirektor für den Künstler entschieden hat, daher wird sich Herr Doktor Sinowatz beim Vizedirektor für den Kaufmann entscheiden müssen, sollen die finanziellen Dinge sparsam geordnet werden und soll der Staatsoperndirektor seine Aufgabe künstlerisch einwandfrei erfüllen, was ich annehme und was ich persönlich vorerst nicht bezweifle.

An ein weiteres Problem sei hier noch erinnert. Herr Bundesminister! Kann es sich die Republik Österreich in der gegebenen Situation, nachdem sie die Bundestheater finanziell erhält und die Salzburger Festspiele mit hohen Subventionen bedenkt, wirklich leisten, zwei Zauberflöten-Premieren in einem halben Jahr herauszubringen: Eine im Sommer in Salzburg und eine im Spätherbst in Wien?

Sollten wir uns solche Großmannssucht nicht leisten können — diese Meinung habe ich —, dann muß man von Seite der Sub-

ventionsgeber besser koordinieren, als es bisher der Fall war. Diese Koordination, Herr Bundesminister, hat bis zur Stunde total versagt, und dafür sind Sie verantwortlich, was die Bundessubventionen anbelangt.

Reizvoll wäre es, auf die Burgtheater-situation einzugehen. Aus zeitlichen Gründen erspare ich mir das. Es wäre auf die enorme Kostenseite der Strehler-Produktionen einzugehen, auf die mangelhafte Personalpolitik des Burgtheaters und vor allem auf die Kooperationsfrage zwischen dem Burgtheater und den Salzburger Festspielen. Die derzeitige Burgtheatersituation steht leider unter dem unseligen Leitgedanken: „Gobert gab ich für Strehler“, ohne daß wir wissen, wer der neue Burgtheaterdirektor sein wird.

Festspiele allerorten, meine Damen und Herren! Festspiele von Mörbisch über Salzburg nach Bregenz! Ich bekenne mich zu diesen Festspielen und halte sie für notwendig. Aber, Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst, bei diesem Ja zu den Festspielen, das wir Freiheitlichen aus Überzeugung setzen, sind Sie uns bis heute die Beantwortung der Frage schuldig geblieben: Warum wird Wien, warum wird die Bundeshauptstadt im Sommer auf dem Gebiet des Theaters und des Musiktheaters so stiefmütterlich behandelt?

Ziehen wir die Gästeziffern zur Beurteilung heran, welche die Bundeshauptstadt in den Sommermonaten aufzuweisen hat, und stellen wir dem entgegen, was auf dem Gebiet des Theaters und des Musiktheaters während des Sommers in Wien geboten wird, dann schneidet Wien sehr schlecht ab.

Gerade unter einem sozialistischen Bürgermeister und unter einem sozialistischen Unterrichtsminister darf man der berechtigten Erwartung Ausdruck verleihen, daß dieser Übelstand in absehbarer Zeit behoben und Wien aus dieser kulturpolitischen sommerlichen Aschenbrödelrolle auf dem Gebiet des Theaters und des Musiktheaters herausgeführt wird.

Wir Freiheitlichen werden stets ein Ja zu den Bundestheatern sagen. Wir halten die Reorganisation der Bundestheater für unerläßlich notwendig, sehen aber in der Regierungsvorlage über ein Bundestheatergesetz keine zielführende Reform.

Zum Weiterwurschteln mit den Bundestheatern, Herr Bundesminister, sagen wir nein.

Der Einsatz von 1 Milliarde Steuermitteln, die Verwendung von 1000 Millionen Schilling für die Bundestheater ist künftig nur dann gerechtfertigt, wenn die Bundestheater zu einer sparsamen, gezielten und rationellen Verwendung dieser Steuer-Milliarde kommen

12102

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Peter

und wenn aus dieser sparsameren, gezielteren und rationelleren Verwendung heraus die Bundestheater zu besseren und überzeugenderen künstlerischen Leistungen gelangen, als sie in den Jahren der sozialistischen Alleinregierung geboten wurden. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident: Als nächster Redner kommt der Herr Abgeordnete Dr. Gruber zu Wort.

Abgeordneter Dr. **Gruber** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! So schlecht ist eigentlich die Bildungspolitik des Herrn Ministers Sinowatz auch wieder nicht *(Zwischenrufe: Oh!)*, daß nicht ein Mitglied der Regierungsfraktion auch ein Wort pro sagen könnte. *(Zwischenruf bei der SPÖ: Kommt noch! — Abg. Graf: Es kommt auf den Zeitpunkt an, wann es gesagt wird!)* Anscheinend ist doch eine gewisse Zurückhaltung auch beim Herrn Präsidenten Schnell in der Verteidigungsbereitschaft hinsichtlich der Bildungspolitik des Herrn Ministers gegeben. *(Zwischenruf des Abg. Zeillinger. — Ruf bei der SPÖ: Wir wollen Ihre Argumente hören!)* Warten Sie noch ein bißchen! Es wäre interessant gewesen, auch einmal die Argumente des Herrn Abgeordneten Schnell zu hören, um darauf etwas sagen zu können. *(Zwischenruf bei der ÖVP: Der Libal!)* Das wird dann vielleicht Kollege Libal besorgen!

Es wäre auch sicherlich verlockend, etwas zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Peter zu sagen. Er persönlich hat gesagt, er versage es sich, noch weitere Ausführungen zu machen, weil eine gewisse Zeitbeschränkung da ist. Vor derselben Notwendigkeit stehe ich auch, Herr Abgeordneter Peter, aber ich glaube, die Zeichnung der Bildungs- und Schulsituation, wie Sie sie gebracht haben, so schwarz-weiß, die nimmt Ihnen auch niemand ab.

Sie sind in Ihrer Aussage selbst sehr inkonsequent gewesen. Einerseits haben Sie das bisherige traditionelle Schulsystem verteidigt, auch in jenen Bereichen, die eigentlich von sonst niemandem in Österreich verteidigt werden, und andererseits haben Sie nach neuen Strukturen gerufen beziehungsweise das traditionelle Schulsystem dafür verantwortlich gemacht, daß es dort und da eben Versager gibt. Sie haben uns nicht gesagt, wie nach Ihrer Meinung diese neuen Strukturen ausschauen sollen.

Sie haben sich eigentlich in allgemeinen Andeutungen ergangen. Sie sind auf einer gewissen Welle geritten, die man heute vielfach vorfindet, bildungsreformatorsche Ansätze einfach nicht zur Kenntnis nehmen zu wollen, sie in Grund und Boden zu verdammen,

ohne daß man wüßte, was man denn an die Stelle des Bisherigen oder an die Stelle der Reformansätze setzen sollte. *(Zwischenruf.)*

Mehr kann ich leider in dem Zusammenhang nicht sagen. Im Laufe meiner Ausführungen werde ich noch Gelegenheit haben, den einen oder anderen Punkt zu berühren.

Es ist genau zehn Jahre her, daß Georg Picht in der deutschen Bundesrepublik den Bildungsnotstand ausgerufen hat. Er hat damals geglaubt, ein Zurückbleiben der Bildungsanstrengungen in Deutschland konstatieren zu müssen.

In der Folge kam es dann, wie nicht anders zu erwarten war, zu heftigen Diskussionen. Es wurden auch Schlagworte in großer Zahl herumgereicht, angefangen von der kulturellen Aufrüstung über den Abbau von Bildungsbarrieren bis zur größeren Quantität von Bildungsangeboten und Lernenden. Man sprach vom integrierten Bildungssystem, von der Bildungsökonomie, von der Bildungsplanung, von der Bildungsforschung, und man hat sogar einen Bildungsrat installiert, der alle diese Bestrebungen koordinieren sollte, sie in eine gewisse Richtung bringen sollte.

Es wurden Programme entwickelt im Hinblick auf eine künftige Bildungspolitik der achtziger Jahre oder schon in einer gewissen Prospektion auf das Jahr 2000.

In der gleichen deutschen Wochenschrift, in der Georg Picht vor zehn Jahren seine Artikel über den Bildungsnotstand veröffentlicht hat, ist vor kurzem eine äußerst kritische Betrachtung der jetzigen Situation erschienen. Man spricht von der Schule als Labyrinth, man spricht von einer gewissen Ernüchterung in der Bildungspolitik, vom Erlahmen des Reformeifers, es ist kein Geld mehr vorhanden für Bildungsreformen, speziell in der deutschen Bundesrepublik als erstem Land ist der Stopp der Bildungsreform von der finanziellen Seite verkündet worden.

Ich glaube, daß es daher angezeigt ist, eine gewisse Standortbestimmung für die österreichische Bildungspolitik zu versuchen.

Nach meiner Meinung nahm Österreich auf diesem Gebiet Reformen vorweg, wie das auch sonst in der Geschichte schon geschehen ist; ich erinnere etwa daran, daß in der Zeit des aufgeklärten Absolutismus in Österreich Reformen durchgeführt wurden, deren Fehlen in anderen Ländern zu Revolutionen geführt hat. Ich glaube, daß man mit einer gewissen Genugtuung konstatieren kann, daß in Österreich zwar weniger geredet und öffentlich diskutiert wurde, daß weniger kluge Abhandlungen geschrieben wurden, daß

Dr. Gruber

es tatsächlich in Sachsen und am Rhein Leute gab, die mehr in Büchern lasen und auch mehr über die Probleme der Bildungspolitik diskutiert und geschrieben haben, aber hiezulande erkannte man die Probleme vielleicht ebenso bald und ebenso gründlich wie anderswo, und man sah auch, was nottat. Daher haben in Österreich die schulreformatorischen Ansätze nicht erst im Jahre 1968 und 1969 begonnen, sondern bereits mit dem Schulgesetzwerk 1962.

Zum Unterschied vom Kollegen Peter möchte ich hier ein Bekenntnis für meine Partei zu diesem Gesetzeswerk ablegen. Ich glaube, daß nicht nur die wenigen positiven Seiten, die auch der Kollege Peter festgestellt hat, hier zu konstatieren sind, sondern darüber hinaus wesentlich mehr Positives drinnen liegt.

Im Jahre 1962 wurden wichtige Impulse gegeben für die künftige Entwicklung unseres Schul- und Bildungswesens. Wenn ich nur an das Prinzip der Durchlässigkeit denke, das damals schon in der Theorie und auch in der Praxis weitgehend verwirklicht wurde, so ist damit etwas vorweggenommen, was Bildungsplaner und Bildungspolitiker in anderen Ländern für die Zukunft gefordert haben.

Wenn ich daran denke, daß etwa durch die Einführung des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums, aber auch durch unser berufsbildendes höheres Schulwesen die vertikale Gliederung unserer Schulen wesentlich abgeschwächt erscheint, so ist das ebenfalls eine Forderung, die immer wieder von den Bildungspolitikern erhoben wird.

Durch die Schulgesetze 1962 war es möglich, mehr Kinder an höhere Schulen zu bringen, ihnen eine höhere, eine bessere Ausbildung zu geben. Ich glaube, daß der Kollege Peter nicht recht hat, wenn er einfach die AHS für jedes Versagen auf diesem Gebiet verantwortlich macht. Erstens müßte ich fragen: Warum sollte jetzt die AHS um so viel schlechter sein als das Gymnasium vorher, wo sich gerade auf diesem Gebiet durch das Schulgesetz 1962 relativ wenig geändert hat? Warum sollte auf einmal jetzt die Matura nicht mehr denselben Leistungsnachweis darstellen wie früher? — Ich fürchte, daß der Kollege Peter einfach nur mit gewissen Phrasen von den Problemen abgelenkt hat.

Der Herr Minister Piffel hat damals den Grundsatz aufgestellt: Jedem Bezirk eine höhere Schule! Gerade durch diese Ausweitung des Bildungsangebotes ist es zu einer wesentlichen Hebung des Bildungsniveaus auch in den ländlichen Bezirken gekommen.

Der OECD-Bericht, den damals auch Piffel in Auftrag gegeben hat, hat eine gewisse Prognose erstellt für die zukünftigen Bildungsplanungen. Wir sind noch nicht so weit, daß wir in allem diese Prognosen erfüllen können. Aber daß von diesem Bericht auch gewisse Anstöße ausgegangen sind, ist wohl jedermann klar.

Die Verwirklichung der Chancengleichheit in sozialer und regionaler Hinsicht wurde zweifellos seit 1962 durch die Verdichtung unseres Hauptschulnetzes einerseits wie durch die Verdichtung unseres mittleren und höheren Schulwesens andererseits erreicht.

Es wurden Stipendien für Hochschüler eingerichtet, um gerade dieser sozialen Chancengungleichheit zu begegnen, und zwar mit einem Rechtsanspruch auf ein Stipendium zu einer Zeit, wo es in anderen Ländern eine solche Konstruktion nicht gegeben hat und auch heute noch nicht gibt. Wir haben die Universitäts- und Hochschulreform begonnen mit der Studienreform, lange bevor in anderen Ländern dieses Thema eigentlich erst in Diskussion geraten ist. Und wir haben im Jahre 1969 eine Schulreformkommission eingesetzt, um eben die Ansätze von 1962 sinnvoll und konsequent weiterführen zu können.

Ich sage das auch deshalb, um hier aufzuzeigen, daß es nicht so gewesen ist, wie der Herr Abgeordnete Fischer vor einigen Tagen hier erklärt hat: Was hat denn die ÖVP schon geleistet? — Sie hat auf bildungspolitischem Gebiet eine ganze Reihe von Maßnahmen gesetzt, die zum Wohl unserer Kinder Gott sei Dank realisiert worden sind. Ich möchte gar nicht sagen: Die Österreichische Volkspartei allein!, denn die Sozialistische Partei hat vor 1966 — aber auch nach 1966 — in bildungspolitischen Fragen immer mit uns gestimmt.

Die OECD-Prüfung, die vor wenigen Wochen durchgeführt wurde, hat im großen und ganzen ein positives Urteil über die österreichische Bildungspolitik ausgesprochen. Aber Ihnen, Herr Bundesminister, ist ja bekannt, und den Kollegen von der Sozialistischen Partei ist sicher ebenso bekannt: Nicht ein positives Urteil etwa nur für die Jahre 1970 bis 1974, sondern — wie es ausdrücklich heißt — für die enormen Anstrengungen, die bereits seit dem Jahr 1967 zu konstatieren sind. 1967 ist nur als Jahreszahl eingefügt, weil damals die letzte OECD-Länderprüfung stattgefunden hat.

Diese positive Bewertung unseres österreichischen Schulsystems reicht zweifellos auch in der OECD-Bewertung weit hinter das Jahr 1967 zurück. Es ist in einer Veröffent-

Dr. Gruber

lichung die Note „sehr gut“ für das österreichische Bildungswesen zum Ausdruck gekommen.

Herr Bundesminister! Ich selbst war — zum Teil wenigstens — bei dieser Prüfungssitzung anwesend. Mir ist nicht bekannt, daß es dort einmal die Note „sehr gut“ gegeben hat. Man ist dort vielmehr auf dem Standpunkt einer verbalen Benotung oder Beurteilung gewesen.

Wir können aber vielleicht sagen, daß es den österreichischen Vertretern dort gelungen ist, die Effizienz unseres Bildungswesens auch in wirtschaftlicher Hinsicht so darzustellen, daß sich die Prüfer der OECD letzten Endes auch mit unserem berufsbildenden mittleren und höheren Schulwesen ausgesöhnt haben.

Aber ich glaube nicht, daß es nur darauf ankäme, eine gute Benotung vom Ausland zu erhalten. Wir sollten uns auch selbst im eigenen Land die Fragen vorlegen: Wie steht es mit der Schulreform? Oder: Was verstehen wir unter der Schulreform?

Ich möchte eben doch die Feststellung treffen, daß es die Schulreform nicht gibt, wie das in einem gewissen Abkürzungsverfahren immer wieder so dargestellt wird. Es gibt die Schulreform in dem Sinn nicht, daß es ein bereits fertiges Konzept gäbe, nach dem die gesamten Reformbemühungen dann ablaufen. Es gibt aber eine Schulreform in dem Sinn, daß allgemein anerkannte Grundsätze, wie etwa der Grundsatz der Chancengleichheit, zu realisieren getrachtet wird. Ein Konzept wird erarbeitet, und es werden auch schon vorhandene Einzelvorschläge in Versuchen erprobt.

Die Schulreformkommission ist sicher der Umschlagplatz für die neuen Ideen, für alle Bestrebungen, die von der Praxis her kommen. Dort wird auch diskutiert, was in unser Schulsystem nun tatsächlich eingebaut werden kann.

Ich möchte doch die Anregung geben, daß wir die Gewichte nun etwas verlagern, daß wir in der Schulreformkommission nicht mehr nur — so möchte ich sagen — in der Strukturkommission eifrig diskutieren, sondern daß wir auch die anderen Unterkommissionen stärker in diesen Beratungsprozeß miteinschalten. Speziell geht es mir darum, daß zum Beispiel die Methodenkommision, insbesondere aber auch die Ökonomiekommision, etwas aktiviert werden.

Wenn ich in einem Punkt dem Kollegen Peter recht geben kann, so ist es der Punkt, daß wir die ökonomischen Gesichtspunkte bisher bei unseren Beratungen vielleicht zu-

wenig beachtet haben und daß wir sie noch mehr einbeziehen sollten; in der krassen Form allerdings, daß eine Kosten-Nutzen-Rechnung angestellt werden muß und daß alles das, was nicht einen unmittelbaren Nutzen auch für die Volkswirtschaft und für den einzelnen erbringt, dann abgelehnt wird. So gesehen möchte ich auch seine Ausführungen ablehnen.

Bildung hat über diesen wirtschaftlichen Nutzen für den einzelnen und die Volkswirtschaft hinaus auch einen anderen wichtigen Sinn und einen wichtigen Effekt. Die Bildung, glaube ich, muß auch einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität leisten. Ich glaube nicht, daß jeder, der eine höhere Bildung erfahren hat, schon allein aus dem Grund ein unglücklicher Mensch sein muß, weil er vielleicht zunächst einmal oder vielleicht auch auf längere Sicht hin nicht den Posten oder nicht die Stellung in der Wirtschaft erhält, die er angestrebt hat. Zweifellos liegt hier ein ernstes Problem vor. Wir müssen verhindern, daß wir junge Menschen in eine Frustration hineintreiben. Aber wir sollen die Dinge nicht nur vom Wirtschaftlichen sehen, sonst würden wir doch, glaube ich, einen ganz wesentlichen Aspekt dabei übersehen.

Wir haben in der Schulreformkommission gewisse legislatorische Aufgaben vorberaten, und wir haben daraus dann auch im Parlament Konsequenzen gezogen. Ich erinnere an die 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle, die im Jahr 1971 beschlossen wurde und die neben der Sistierung der Aufnahmsprüfung für die höheren Schulen auch die Schulversuche auf einer breiten Ebene gebracht hat.

Wenn man nun den Gesetzesauftrag bezüglich der Schulversuche genau ansieht, so ist das ein Auftrag an den Minister, daß er bestimmte Modelle in Erprobung nehmen soll oder eigentlich zu nehmen hat. Herr Bundesminister! Sie wissen, daß ich in dieser Richtung schon einige Male Vorstöße unternommen habe. Es wird sicherlich nicht genügen, daß wir bei dem einen oder anderen Modell drei oder nur einen Schulversuch haben, sondern daß die Schulversuche, glaube ich, in einer genügenden Anzahl für alle Modelle durchgeführt werden. Daß hierfür der Zeitraum zu kurz ist, das haben wir inzwischen alle eingesehen, auch die sozialistische Fraktion.

Ich erinnere mich, wie man etwa im Jahr 1970 oder 1971 noch geglaubt hat, daß der Schulversuchszeitraum zu lang angelegt wäre und daß man von der Seite der Österreichischen Volkspartei hier ein unfaires Spiel getrieben hätte mit der Festlegung etwa des Schuljahres 1975/76 als letztes Jahr, in dem noch

Dr. Gruber

Schulversuche begonnen werden könnten. Inzwischen sieht man, daß man mit diesem Schulversuchszeitraum nicht das Auslangen findet. Wir sind auch durchaus für eine Erstreckung dieser Frist. Wir hoffen, daß die Schulversuche dadurch eben an Aussagekraft gewinnen.

Wir haben vielleicht etwas in absehbarer Zeit im Parlament hier zu beschließen, wovon der Abgeordnete Peter zum Teil angenommen hat, daß es schon beschlossen ist, nämlich zusätzliche Akademien zu den Pädagogischen Akademien; das ist ja noch gar nicht beschlossen. Das ist sicherlich dem Mitglied des Unterrichtsausschusses Peter bei seinen Ausführungen entgangen.

Wir haben hier eine Reihe von Problemen, die wir einer Lösung zuführen möchten. Ich greife aber nur zwei Fragen heraus, weil es mir scheint, daß wir trotz der langwierigen Beratungen aus einem gewissen Dilemma nicht herauskommen.

Das ist einerseits die Zweizügigkeit der Hauptschule, die wir ja in Hinkunft obligatorisch für das gesamte Schulwesen sehen wollen. Wir führen also die Zweizügigkeit in einem Zeitpunkt ein, in dem echte Bedenken an der Zweckmäßigkeit dieses starren Streaming-Systems aufgetaucht sind und wir eher der Meinung sind, daß die Barrieren zwischen dem ersten und dem zweiten Klassenzug schwieriger zu übersteigen sind als etwa die Barriere zwischen dem ersten Klassenzug und der Unterstufe der AHS. Und genau dort, wo es diese fast unübersteigbare Barriere gibt, dort wollen wir das noch für die Zukunft fixieren.

Ich bin mir auch darüber im klaren, daß das jetzt angepeilte System gegenüber der Volksschuloberstufe Vorteile hat. Aber wir sollten alles vermeiden, daß wir hier eine Einzementierung machen, daß wir vielleicht die gesetzlichen Schulerhalter auch zwingen, bauliche Maßnahmen zu treffen, die sich in absehbarer Zeit unter Umständen als überflüssig erweisen könnten. Denn dann würde der Vorwurf des Kollegen Peter wirklich zu Recht bestehen, daß Gelder falsch investiert worden sind. So wie er es gebracht hat, bestreite ich diesen Vorwurf. Denn er soll zunächst einmal an konkreten Beispielen nachweisen, wo diese Millionen- oder Milliardenbeträge in unserem Bildungssystem falsch eingesetzt worden sind.

Das Zweite, was mir problematisch erscheint an der 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle, ist die Errichtung von polytechnischen Schulen an Stelle von polytechnischen Lehrgängen, weil wir uns vorgenommen haben, über den poly-

technischen Lehrgang eine Grundsatzdebatte abzuführen, und das eigentlich eine Vorwegnahme einer solchen Grundsatzdebatte wäre. Es könnte doch sein, daß wir in dieser Beratung der Schulreformkommission zu anderen Schlußfolgerungen kommen, und dann wäre vielleicht auch diese Bestimmung obsolet.

Nun einige Bemerkungen zur geplanten 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Ich darf hier eine Zwischenbemerkung machen. Wenn wir von einer 4., einer 5. und einer 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle reden und zwischendurch auch das Schulunterrichtsgesetz im Parlament verabschiedet haben, so möchte ich sagen, daß der Vorwurf des Kollegen Peter, daß die zwei großen Parteien nicht in der Lage seien, den Erfordernissen unseres Bildungswesens nach einer raschen Anpassung gerecht zu werden, eigentlich ins Leere geht. Manche sagen sogar, wir ändern zu rasch die Schulorganisation: nach der 4. die 5. und dann die 6. Dann kommt der Kollege Peter und sagt, die beiden Großparteien würden zu wenig rasch unser Schulsystem an die Notwendigkeiten anpassen.

Wir sagen natürlich ja zur weiteren Sistierung des 13. Schuljahres und der Aufnahmeprüfung. Wir sagen ja zur Verlängerung des Schulversuchszeitraumes. Aber das ist dann im wesentlichen alles, was noch von dem Entwurf einer 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle übrig bleibt. Ich gebe zu, es kommt noch die sechssemestrige Hauptschullehrerbildung dazu, nicht aber die der Volksschullehrer. Es kommen noch einige Schulversuche im Bereich des Sonderschulwesens dazu.

Warum sind die anderen Ansätze nicht in der 6. Novelle zu realisieren? Wir haben im Bereich der Vorschulklassen ja doch sicherlich noch zu wenig Erfahrung, um das bereits in unser Schulsystem übertragen zu können. Es geht hier zweifellos auch um die Frage, ob außer den schulpflichtigen, aber nicht schulreifen Kindern noch andere Kinder in die Vorschulklassen mit einbezogen werden sollen.

Das ist der eine Streitpunkt, den der Kollege Schnell nur zu gut kennt, weil er sich für den Wiener Bereich bis jetzt nicht an den klaren Gesetzesauftrag der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle gehalten hat. Herr Präsident Schnell! Sie sind Beamter und Sie sind verantwortlicher Präsident des Stadtschulrates für Wien. Ich muß hier in aller Offenheit sagen, daß mir ein solches Vorgehen Ihrerseits eigentlich unverständlich erscheint.

Was aber bei den Vorschulklassen noch viel schwerer wiegt, ist der Umstand, daß

Dr. Gruber

wir keine adäquate Form der Vorschulbildung in unseren kleinen Schulen draußen haben. Wir würden für den Ballungsbereich, für die Großstädte solche Bildungseinrichtungen anbieten, und die Kinder draußen auf dem Land blieben wieder einmal auf der Strecke. Zu einer solchen neuen Zementierung der Chancengleichheit könnten wir zweifellos nicht ja sagen.

Die fremdsprachliche Vorschulung, die an und für sich keine pädagogischen Probleme aufwirft, ist ein Opfer auch unseres Lehrermangels geworden, weil wir derzeit nicht genug Lehrer haben, um diese zusätzlichen Ausbildungsgänge durchführen zu können.

Was jedoch wir von der Österreichischen Volkspartei bedauern, ist, daß es jetzt nicht zu einer Aufwertung der Ausbildung der Kindergärtnerinnen und Arbeitslehrerinnen kommen kann, ebenso wie das ja auch für die sechssemestrige Ausbildung der Volksschullehrer zutrifft, weil hier von der finanziellen Seite einfach Schranken gesetzt sind. Ich glaube, daß wir diese ökonomischen Überlegungen nicht einfach beiseite schieben können.

Was ich eingangs schon gesagt habe, trifft hier in besonderer Weise zu. Das Finanzministerium hat ein klares Nein gesagt; aus staatsfinanziellen Überlegungen kann diesem Vorschlag eben nicht nähergetreten werden. Was an diesem Dokument besonders bezeichnend und signifikant ist: Daß es eben um unsere Staatsfinanzen derzeit schlecht bestellt ist, das ist die eine Schlußfolgerung, die wir daraus ziehen, so schlecht bestellt, daß mit bildungspolitischen Reformen nicht mehr zu rechnen ist und daß hier ein klares Nein des Finanzministeriums zu den Überlegungen gesetzt wurde, die in der Schulreformkommission noch auf einem breiten Konsens basiert haben.

Daß im Entwurf einer sechsten Novelle auch andere Dinge drinnen waren, die noch ausdiskutiert werden müssen, die in der Schulreformkommission nie beraten wurden, wie etwa die Einführung eines Gymnasiums an Stelle der verschiedenen Zweige unserer AHS oder der Umbau der mittleren und höheren Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe — das sei nur am Rande erwähnt —, hat auch zu den entsprechenden Reaktionen geführt. Es ist verständlich, daß solche Schritte, die nicht entsprechend überlegt und ausdiskutiert sind, nicht gemacht werden können.

Ein Wort noch zum Schulversuch Ganztagschule: Herr Bundesminister! Wir haben nichts gegen den Schulversuch Ganztagschule,

wir haben nur die Bitte, daß unser Modell einer Tagesheimschule ebenso erprobt wird. Ihre vielfache Beteuerung, daß Sie die Ganztagschule immer nur als ein Angebot auf freiwilliger Basis verstehen, kann ich nicht ganz ernst nehmen. Denn wenn Ganztagschule, Herr Minister, dann wollen Sie die Ganztagschule oder die Vorteile der Ganztagschule doch zweifellos wieder nicht nur dem städtischen Raum und den Ballungszentren zugutekommen lassen.

Wie stellen Sie sich aber ein freiwilliges Angebot der Ganztagschule draußen vor, wo es eine einzige Schule gibt? Die kann ja nur entweder als Ganztagschule oder eben nicht als Ganztagschule geführt werden. Daher ist, glaube ich, Ihrer Beteuerung in der Richtung nicht recht Glauben zu schenken. Wir meinen, daß hier doch andere Absichten dahinterstehen.

Aber lassen wir doch die Diskussionen, die vielleicht ins Ideologische einmünden, einmal ganz beiseite! Es soll uns doch jemand einmal eine Kostenberechnung, speziell auf diesem Gebiet, erstellen. Wenn man nimmt, was die Ganztagschule mehr Raum und mehr Personal, vor allen Dingen mehr Personal verlangt, so wird jeder sagen: wenn uns schon das nicht gelingt, was wir in der sechsten Novelle noch angepeilt hätten, dann gelingt uns ja die Ganztagschule erst recht nicht. Und daher glaube ich, ist es nicht sehr sinnvoll, wenn man hier in der Öffentlichkeit Hoffnungen erweckt. Das geschieht natürlich mit diesen Schulversuchen weithin, wo man dann eingestehen muß, daß es ja in absehbarer Zeit überhaupt nicht möglich sein wird, Ganztagschulen auf breitester Basis einzuführen.

Was wäre nun notwendig zu tun? Zunächst einmal, meine ich, eine Reform der Reform. Was heißt Reform denn eigentlich? — Wieder in eine Gestalt bringen: reformare. Ich glaube, daß unsere gesamten Schulreformbestrebungen doch allzusehr an Konturen verlieren, daß sie allzusehr ausufern. Damit ist kein Wort dagegen gesprochen, Herr Bundesminister, daß nicht auch Initiativen von der Basis her durchaus berechtigt sind und aufgegriffen werden sollen, sondern daß wir jetzt nicht ein Vielerlei in Angriff nehmen sollen, wo wir doch nur wenig machen können. Non multa sed multum, haben die alten Lateiner schon gesagt. Was mir besonders am Herzen liegt, ist, daß diese Bestrebungen nicht ins Amorphe abgleiten, sondern daß sie doch eine gewisse Gestalt, eine gewisse Form behalten. Nicht zufällig ist ja morphe im griechischen und forma im lateinischen eben doch dasselbe Wort.

Dr. Gruber

Ein Schritt von der Quantität zur Qualität! Der Ruf in der letzten Schulreformkommission, Herr Bundesminister, war nicht zu überhören. Es hat wenig Sinn, immer mehr Schulversuche ins Leben zu rufen, sie dann vielleicht auch personell gar nicht zu bewältigen, sondern es ist nötig, doch die wenigeren Schulversuche gründlicher vorzubereiten, gründlicher durchzuführen und auch gründlicher auszuwerten.

Nächste Forderung: die wissenschaftliche Kontrolle der Schulversuche wirklich ernst zu nehmen. Ich möchte niemandem einen Vorwurf machen, alle, die mit dieser Sache befaßt waren, haben bis jetzt ihr Bestes geleistet. Man ist aber darauf gekommen, daß gewisse Voraussetzungen noch nicht in einer idealen Form da sind, und daher, glaube ich, muß die wissenschaftliche Kontrolle und Begleitung, wosunter wir ja nicht das gleiche verstehen, noch intensiviert werden.

Ein nächster Schritt wäre, daß wir vom Schlagwort der Bildungsökonomie zur Realität der Bildungsökonomie kommen. Ich habe bereits in dieser Hinsicht eine gewisse Anregung gegeben, nicht zuletzt, daß wir die Kommission Bildungsökonomie jetzt aktivieren, daß wir auch für ganz konkrete Vorhaben gewisse Berechnungen anstellen. Ein Maßhalten in den Veränderungen, Herr Bundesminister, wird sicherlich unserem Schulwesen gut tun. Ich habe hier ausdrücklich das Wort „Veränderungen“ genommen und nicht das Wort „Reformen“. Denn Reformen, würde ich sagen, sind Veränderungen zum Besseren, aber nicht jede Veränderung ist eine Reform.

Ich glaube, wenn wir allzuviel und allzu-rasch immer wieder zu verändern suchen, dann kann ein gewisser Unmut entstehen, und die Leute werden sagen: Hört doch endlich einmal auf damit, wir wollen wieder Ruhe haben! Und das Pendel könnte zurückschlagen, und zwar soweit zurückschlagen, daß auch echte Reformbestrebungen dadurch behindert würden. Den Ertrag der Reformbemühungen, Herr Bundesminister, das, was wir wirklich alsechte Ergebnisse bereits konstatieren können, Ergebnisse vor allem in der Versuchsarbeit, sollten wir in die Scheune bringen und sollten dieses Absichern der Erfolge nicht dadurch gefährden, daß wir eben allzuviel machen.

Diese Forderung mündet in dem Wunsch, daß wir eine gewisse Phase der Konsolidierung einlegen. Wir sollen nicht übersehen, daß das Schulunterrichtsgesetz doch die Lehrer, die Schüler und die Eltern in einem gewissen Sinne sozusagen beschäftigt, daß das erst aufgearbeitet werden muß. Es wäre zweifellos richtig, daß wir jetzt diese Pause, die uns ja letzten Endes der Finanzminister diktiert, auch zu einer inneren Konsolidierung benützen.

Herr Bundesminister! Die Verantwortung für die Bildungspolitik tragen sicherlich nicht Sie allein, sondern tragen wir alle, insofern wir Gesetze machen, und wir bekennen uns zu den Gesetzen, die in der letzten Zeit auf dem schulischen Sektor verabschiedet wurden. Wir bekennen uns damit auch zur gemeinsamen Verantwortung. Wir bekennen uns auch zu einer gemeinsamen Vorgangsweise in der Schulreformkommission. Ich glaube, es ist nicht so, wie Kollege Peter gemeint hat, daß die beiden Großparteien hier die Ketten so schwer ertragen haben, daß sie aneinander gefesselt sind.

Herr Kollege Peter! Wir haben uns schon mehrfach über dieses Thema unterhalten. Ich bin der Auffassung, daß die Schulpolitik im speziellen ein so wichtiges Gebiet unserer Gesamtpolitik ist, daß man es hier nicht auf zufällige Mehrheiten und auf hauchdünne Mehrheiten ankommen lassen soll, um sehr rasch zu Veränderungen zu kommen. Sie waren vorhin nicht herinnen, als ich gemeint habe, daß es trotz dieser Zweidrittelbestimmung in unserer Verfassung immer noch gelungen ist, die entsprechenden Veränderungen rasch und zeitgerecht durchzuführen. Ja manchen geht es sogar zu rasch, und manchmal habe ich den Eindruck gehabt, Ihnen geht es bei einzelnen Gesetzen auch zu rasch.

Herr Bundesminister! Aber für gewisse Bereiche der Bildungs- und Schulpolitik tragen Sie allein und mit Ihnen die SPÖ die Verantwortung; bei allem, was mit der Vollziehung zusammenhängt. Das beginnt bereits mit den Verordnungen. Wenn heute eine gewisse Kritik am Schulunterrichtsgesetz geäußert wird, dann nicht in erster Linie am Gesetz, sondern an den Verordnungen, die Sie in so großer Zahl produziert haben. *(Zwischenruf des Abg. Peter.)*

Herr Kollege Peter! Sie haben mich jetzt dazu provoziert, Ihnen nachzuweisen, daß Sie die Unwahrheit gesagt haben, nicht heute, sondern bei einer früheren Gelegenheit, als Sie gesagt haben, der Herr Minister habe im Einführungszeitpunkt der Pression der ÖVP nachgegeben. Das Gegenteil ist wahr. Ich habe im Ausschuß den Herrn Bundesminister gefragt: Herr Bundesminister, sehen Sie sich in der Lage, die Verordnungen zeitgerecht zu erlassen, sodaß sie am 1. September wirksam werden können? Wenn nicht, dann stimmen wir gerne auch einem Zeitpunkt 1. September 1975 zu. Der Herr Bundesminister hat erklärt: Jawohl wir sehen uns hinaus. — Darauf hin hat die ÖVP zugestimmt. Das ist die Wahrheit. Herr Kollege Peter, auch in diesem Punkt sollte man bei der Wahrheit bleiben.

Dr. Gruber

Ich warte darauf, daß Sie mir irgendwo den Beweis... (*Abg. Peter: Schon gemeldet!*) Ja, ja, dann werden wir ja sehen, wie Sie den Beweis dafür antreten.

Das nächste, was ich sagen wollte, Herr Bundesminister: Auch für die Hochschulberechtigungsverordnung, die jetzt in die Diskussion gekommen ist, tragen Sie die Verantwortung. Ich glaube, daß die Kritik, die in der Öffentlichkeit laut wurde, zweifellos berechtigt ist. Wenn der Kollege Peter davon gesprochen hat, daß die Matura nicht mehr so ohne weiteres die Qualifikation für den Besuch einer Hochschule erbringt, dann könnte dieser Vorwurf zutreffen, wenn die Hochschulberechtigungsverordnung den Zugang zur Hochschule allzu leicht macht.

Vor allem aber tragen Sie, Herr Bundesminister, die Verantwortung für das Budget. Dieses Budget, glaube ich, ist eben doch auch einer Kritik zu unterziehen. Dieses Budget ist ein Budget der Enttäuschung für viele in unserem Bildungswesen: außerschulische Jugend-erziehung, Erwachsenenbildung. Man hat ein Erwachsenenbildungs-Förderungsgesetz beschlossen und damit die Erwartung geradezu provoziert, daß nun mehr geschehen kann. Sie selbst, Herr Bundesminister, müssen höhere Beträge für die eigenen Einrichtungen einsetzen, wie etwa für das Bundesheim für Erwachsenenbildung in St. Wolfgang. Sowohl auf dem personellen Sektor wie auf dem Sektor des Sachaufwandes brauchen Sie mehr Geld. Aber die Einrichtungen der Erwachsenenbildung dürfen nicht mehr Geld brauchen — obwohl es eine Inflation gibt, wie nie zuvor —, sie werden mit einem niedrigeren Betrag abgefunden als im Vorjahr. Ein Budget der Enttäuschung; es ist kein Budget des Vorranges für Bildung, wie es das in früheren Jahren war.

Es ist ein Budget der Inflation. Trotz höherer Ansätze wird das Auslangen nicht gefunden werden können; insbesondere nicht auf dem Gebiete des Sachaufwandes der Bundesschulen.

Herr Bundesminister! Sie haben einen gewissen Unmut im Finanz- und Budgetausschuß geäußert, als der Kollege Moser dieses Kapitel wieder angeschnitten hat. Ja, Herr Bundesminister, der Unmut der Betroffenen ist viel ernster zu nehmen als Ihr Unmut im Finanz- und Budgetausschuß. Denn diese müssen sich mit unzureichenden Dotierungen herumschlagen. Die draußen wissen nicht, wie und wann sie die Stromrechnungen bezahlen können. Sie müssen also immer wieder um Aufschub ersuchen, weil zu geringe Ansätze vorhanden sind.

Nun haben wir die groteske Situation, daß im Jahre 1974 wesentlich mehr Mittel zur Verfügung standen, als 1975 auf Grund der Ansätze zur Verfügung stehen werden. Es sei denn, Sie vertrösten uns wieder auf ein Budgetüberschreitungsgesetz. Im Budgetüberschreitungsgesetz steht sogar drinnen: „um ein Anwachsen des Schuldenstandes zu verhindern“ — nicht: um den Schuldenstand zu beseitigen —, mußten Sie die Budgetmittel aufstocken. Jetzt bringen Sie für das Jahr 1975 weniger, als das Budgetjahr 1974 gebracht hat, ein Budget der Inflation, das trotz höherer Ansätze in anderen Bereichen auch nicht das Notwendigste bringt.

Das Budget 1975 ist ein Budget der Vergrößerung und zugleich der Verschleierung der Schulden. Über drei Milliarden Schilling Leasing-schulden im Bereich des Unterrichtsressorts, zwei Milliarden Schilling Leasing-schulden im Bereich des Wissenschaftsressorts! Also zu den sowieso schon enorm angestiegenen Schulden des Herrn Finanzministers kommen hier noch verschleierte fünf Milliarden Schilling dazu.

Das Leasingverfahren, das an und für sich gut ist, führt zu einer Verlagerung der Schulbaukredite in das Unterrichtsressort, führt dazu, daß letzten Endes für künftige Jahre das Budget blockiert ist. Das Leasingverfahren bringt auch noch, ich möchte sagen, eine gewisse Verletzung des Finanzausgleiches mit sich, weil man die Gebietskörperschaften ständig zur Ader läßt.

Herr Minister Piff! hat seinerzeit den Vorwurf eines „Bundesräuberhauptmannes“ auf sich nehmen müssen, weil er immer wieder bei solchen Schulgründungen verlangt hat, daß Grund beigesteuert wird. Piff! ist also der „Bundesräuberhauptmann“ gewesen. Herr Bundesminister, in diesem Zusammenhang muß ich sagen, hier haben Sie schon längst eine Beförderung verdient. Sie sind der Bundesräuberobrist geworden; das Wort Obrist ist ja jetzt so modern. Es kommt nämlich nicht nur der Grund von den Gemeinden, sondern sie müssen auch noch die Zinsenlast tragen; abgesehen davon, daß über die tatsächlichen Belastungen oft ganz wirre Verhältnisse herrschen.

Das Budget ist ein Budget der Verschwendung. Trotz der Notlage auf vielen Sektoren findet man nichts dabei, eine Schulbuchaktion so zu vollziehen, wie es einfach jeder Sparsamkeit widerspricht. Man spricht vom „kostenlosen“ Schulbuch. Dabei ist dieses Schulbuch kostspieliger, als es jedes andere Lehrmittel früher gewesen ist. Denn das System trägt ja bereits die Kostenexplosion in sich.

Dr. Gruber

Es ist kein Limit gesetzt, es wird einfach bestellt, es wird einfach zugeteilt, und es ist kein Wunder, daß es vom Vorschlag Metzker, der mit 400 Millionen im ersten Jahr und dann jeweils zusätzlich 20 Prozent an der Wiege dieser Schulbuchaktion stand, inzwischen zu einem Betrag von 1100 Millionen gekommen ist.

Es ist eine Erziehung zur Wegwerfmentalität und zur Wegwerfgesellschaft. Früher hat man einmal von einer Wegwerfgesellschaft und von einer Verschleißwirtschaft gesprochen; davon ist man längst weg, nur Sie sind noch nicht weg von dieser Wegwerfmentalität, Herr Bundesminister. Sie wehren sich immer sehr dagegen, daß man Ihnen das vorhält.

Nun wie ist das? Hat nun der Herr Minister Staribacher mit Ihnen darüber gesprochen oder hat er nicht darüber gesprochen, daß in den Schulen Container aufgestellt werden sollen, damit man die Wegwerfschulbücher dort einsammelt, um sie wieder für Altmaterial zu verwenden?

Als ich in meiner letzten Rede — ich glaube, es war bei der ersten Lesung — davon gesprochen habe, da hat es in den Reihen der sozialistischen Kollegen noch eine Entrüstung gegeben. Inzwischen hat der Herr Minister Staribacher laut „Sozialistischer Korrespondenz“ — oder darf man der nicht trauen, das weiß ich nicht — erklärt, daß er bereits mit dem Unterrichtsminister über die Aufstellung solcher Behälter in den Schulen gesprochen hat. Es muß also doch solche Wegwerfschulbücher geben, auf die der Herr Handelsminister bereits spitzt.

Herr Bundesminister! Wenn es also so ist, wie Sie gesagt haben, daß ja nun fast alles in Arbeitsbüchern angeboten wird — erstens stimmt das nicht, zweitens werden gerade die Arbeitsbücher weggeschmissen, und drittens, glaube ich, haben Sie keine sehr schlagenden Argumente gehabt gegen unseren Vorschlag, hier doch einmal zu einer Einsparung zu kommen. Sie haben gesagt: Wir lassen den Kindern das Buch nicht wieder wegnehmen. — Wir nehmen es ihnen auch nicht weg. Es sollen selbstverständlich alle mehrstufigen Schulbücher in das Eigentum übergehen, es sollen alle Arbeitsbücher selbstverständlich in das Eigentum übergehen.

Aber die Euphorie bezüglich des Arbeitsbuches ist inzwischen auch geschwunden. Der Herr Kollege Schnell ist mein Zeuge, wie bei der letzten Sitzung der Schulreformkommission doch sehr kritische Stimmen laut geworden sind. Nicht jedes leere Buch, nicht alle leeren Seiten, die man einbindet und dann mit dem Titel „Arbeitsbuch“ versieht,

sind bereits ein Arbeitsbuch, sondern hier ist auch die Spreu vom Weizen zu sondern. Dann kommt man schon dorthin, wie wir gesagt haben, daß man vielleicht für Arbeitsbücher plus mehrstufige Bücher 50 Prozent des Aufwandes benötigt und für die übrigen Schulbücher im traditionellen Sinn die übrige Hälfte aufwendet, und da liegt die Chance der Einsparung. Und wenn ich nur bei dieser Hälfte von 550 Millionen Schilling pro Jahr 40 Prozent einspare, weil ich nur 20 brauche, dann komme ich zu einer Einsparung von 440 Millionen Schilling im Jahr.

Notlage auf der einen Seite, Verschwendung auf der anderen Seite, Herr Bundesminister, das ist keine gute Sache!

Sie haben die Note „sehr gut“ in dem OECD-Prüfungsbericht für sich selbst reklamiert, für die Bildungspolitik. Der Wert des Eigenlobs ist immer etwas fragwürdig. Aber soweit es Anstrengungen betrifft, die in den letzten Jahren gemeinsam unternommen wurden, wo wir alle der Meinung waren, so sollte man vorgehen, ist auch ein Wort des Lobes angebracht.

Aber eine positive Bewertung Ihres Budgets, Herr Bundesminister, ist durchaus nicht angebracht, weder für Sie selbst noch auch für einen kritischen Beobachter der Situation. Dieses Budget verdient weder die Note „sehr gut“ noch die Note „befriedigend“, es genügt den Notwendigkeiten unseres Schulwesens in keiner Weise, daher ein „kaum genügend“ oder „nichtgenügend“! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Peter gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Peter (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die den Zeitpunkt der Einführung des Schulunterrichtsgesetzes betreffende Passage der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Gruber berichtige ich durch folgende Gegendarstellung:

Als der Herr Minister unter anderem gegen Ende seines Berichtes den Einführungszeitpunkt für das Schulunterrichtsgesetz mit Beginn des Schuljahres 1975/76 angab, ergriff anschließend der Vorsitzende Dr. Gruber das Wort und warf die Frage auf, inwieweit die Voraussetzungen für die Einführung bereits mit dem Herbst 1974 gegeben wären. Und so baute der Abgeordnete Gruber entgegen der Absicht des Unterrichtsministers Herrn Dr. Sinowatz die Brücke, das Schulunterrichtsgesetz ein Jahr früher einzuführen.

Ich habe somit nicht die Unwahrheit gesagt und weise daher die Unterstellung, ich hätte unwahr argumentiert, mit aller

12110

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Peter

Entschiedenheit von diesem Platz aus zurück, Herr Dr. Gruber. (*Abg. Dr. Gruber: Sie haben von einer Pression der ÖVP gesprochen!*) Nirgendwo!

Präsident: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Schnell.

Abgeordneter Dr. **Schnell** (SPÖ): Hohes Haus! Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin dem Herrn Abgeordneten Gruber sehr dankbar, daß er vor mir gesprochen hat, weil meiner Meinung allein in der Reihenfolge der heutigen Redner die Standorte zur Schulpolitik sehr deutlich zum Ausdruck kommen und es nur eine Frage ist, wieweit die österreichische Öffentlichkeit von einer kontinuierlichen oder von einer diskontinuierlichen Reihe redet, wie die Standpunkte eingeordnet werden können.

Ich bin dem Herrn Abgeordneten Gruber auch sehr dankbar dafür, daß er es mir ermöglicht, vielleicht doch einige Passagen von dem, was ich mir vorgenommen habe, wegzulassen, weil auch ich bestrebt bin, genauso wie er die Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Schulpolitik im gesamten Haus aufrechtzuerhalten und den Konsens anzustreben.

Ich bin sehr dankbar, daß der Herr Abgeordnete Gruber die Beurteilung der Schulpolitik auch im Hinblick auf den OECD-Bericht vorgenommen hat. Ich bedaure nur außerordentlich, daß er trotz dieser positiven Einstellung zur österreichischen Schulpolitik vielleicht wegen der einen oder anderen Enttäuschung — wie er meinte — im Budget nicht für dieses Budget stimmt.

Es ist selbstverständlich, daß diese Budgetdebatte unter der Leitidee durchgeführt wird, die gesamte Gesetzgebungsperiode der sozialistischen Regierung zu beurteilen. Ich wäre nicht darauf eingegangen, da aber der Herr Bunde parteiobmann Schleinzner darauf hingewiesen hat, daß das Erbe, das die sozialistische Regierung im Jahr 1970 übernommen hat, ein so wohlgefestigtes und günstiges Erbe gewesen sei, scheint es mit doch notwendig zu sein, darauf hinzuweisen, wie diese bildungspolitische Landschaft im Jahre 1970 ausgesehen hat.

Ich bin hier im Gegensatz zu den Auffassungen des Herrn Abgeordneten Schleinzner. Es war damals so, daß kurz vorher Herr Minister Dr. Piffl-Perčević im Zusammenhang mit dem Schulvolksbegehren 1969 zurückgetreten ist und daß die Schulreformkommission eingerichtet wurde.

Bei der Zusammensetzung dieser Schulreformkommission tauchen in mir immer

wieder Gedanken zu der ORF-Diskussion auf. Denn die Zusammensetzung dieser Schulreformkommission im Jahre 1969 sah so aus, daß von 45 Mitgliedern dieser Kommission nur 18 der SPÖ angehörten oder ihr nahestanden, während fast zwei Drittel der ÖVP angehörten oder ihr nahestanden. Ein sehr ungünstiges Verhältnis, auf das der damalige Sprecher der Sozialistischen Partei, der Abgeordnete und spätere Unterrichtsminister Gratz, in der ersten Sitzung der schulpolitischen Kommission hinwies, wobei er sehr deutlich zum Ausdruck brachte, daß Abstimmungen in dieser Kommission von vornherein bestimmte Abstimmungsergebnisse bringen müßten.

Ich möchte Sie daran erinnern, daß zu diesem Zeitpunkt ein unerträglicher Lehrermangel in den österreichischen Pflichtschulen herrschte, es gab lehrerlose und überfüllte Klassen. Dieser Lehrermangel ist sicherlich noch lange nicht abgebaut. Auch an den allgemeinbildenden höheren Schulen war ein beängstigender Schulraummangel vorhanden, der ja auch als Vorwand oder tatsächlich als Grund für die Aussetzung des 9. Schuljahres angenommen wurde.

Es herrschte damals ein Unbehagen in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit der Aufnahmeprüfung, mit den hohen Repetenzahlen, es gab damals keine freien Schulbücher, keine Schülerbeihilfen, keine Heimbeihilfen, keine Schülerfreifahrt, wir hatten fast keine Schulbücher an den Schulen, viele Schüler folgten überhaupt ohne Schulbücher dem Unterricht, es gab Schwierigkeiten, in eine Kindergärtnerinnen-Bildungsanstalt aufgenommen zu werden, weil einfach keine Plätze vorhanden waren, obwohl ein starker Mangel an Kindergärtnerinnen damals schon herrschte oder sich zumindest abzeichnete. Das österreichische Bildungswesen befand sich also in keiner günstigen Situation.

Nun kam aber noch dazu, daß uns in diesen Jahren, seit der Mitte der sechziger Jahre, das Ansteigen der Schülerzahlen in den weiterführenden Schulen große Sorgen bereitete. Die Bildungsexplosion setzte ein und führte zu einem tiefgreifenden Wandel im österreichischen Bildungswesen. Ich möchte ganz kurz diesen Wandel an einigen Zahlen dokumentieren:

An den allgemeinbildenden höheren Schulen des Bundes wuchs die Schülerzahl von der Mitte der fünfziger auf die Mitte der sechziger Jahre von 67.000 auf 72.000, also nicht ganz um 7 Prozent, während sich in dem Jahrzehnt von der Mitte der sechziger Jahre auf das Schuljahr 1973/74 die Zahl der Schüler an den allgemeinbildenden höheren Schulen des

Dr. Schnell

Bundes verdoppelte. Das heißt, es waren die Schwierigkeiten, die die sozialistische Regierung übernahm, noch gekoppelt mit dem enormen Ansteigen der Schülerzahl, wie es vorher nie in der österreichischen Bildungsgeschichte zu verzeichnen gewesen ist. (*Abg. Dr. Gruber: Wir wollten das doch!*)

Wir haben das gewollt, wir haben diese Entwicklung mit unserem Slogan: Mehr Kinder an allgemeinbildende höhere Schulen!, ausgelöst, weil wir nicht einsehen konnten, daß Kinder nur deshalb nicht in allgemeinbildende höhere Schulen eintreten sollten, weil sie aus einem Milieu oder einer Umwelt kommen, die der Bildung nicht den Wert beimißt wie andere Bildungsschichten, obwohl diese Kinder dieselben Voraussetzungen und Begabungen mitbringen und auch zu einem Studium an einer allgemeinbildenden höheren Schule geeignet und reif sind.

Ich möchte hier nur der Auffassung entgegenreten, daß mit dem Wegfall der Aufnahmeprüfung anlässlich der Sistierung der Aufnahmeprüfung eine bedeutende Steigerung des Prozentsatzes in Österreich eingetreten sei. Es ist sicherlich im folgenden Jahr eine Steigerung um 2 bis 2,5 Prozent eingetreten, im anschließenden Jahr ist diese Steigerung wieder zurückgegangen, sodaß man sehr deutlich sehen kann, daß der Entfall der Aufnahmeprüfung nicht die Ursache für die Steigerung der Schülerzahl an den allgemeinbildenden höheren Schulen bildet.

Wichtig ist aber auch die Tatsache, daß vor allem an den berufsbildenden mittleren und höheren Schulen die Schülerzahlen sehr, sehr stark anstiegen, in einem noch höheren Ausmaß als an den allgemeinbildenden höheren Schulen. Und darin liegt schon die Antwort auf die Frage, die der Herr Abgeordnete Peter aufgeworfen hat: ob wir nicht doch in einem stärkeren Ausmaß dem berufsbildenden Schulwesen den Vorrang geben sollten, eine Auffassung, die ich auch verrete, die aber auf Grund bestimmter Vorstellungen in der österreichischen Öffentlichkeit über den Wert der Allgemeinbildung noch einer langen Öffentlichkeitsarbeit und einer langen Beratung bedürfen wird.

Die Maturantenzahl an unseren allgemeinbildenden und berufsbildenden höheren Schulen ist in dieser Zeit ebenfalls beträchtlich angestiegen. Betrug sie im Jahre 1966 12.000, so stieg sie im Jahre 1970 auf 14.000 und im Jahr 1974 auf mehr als 18.000. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Jahre 1966 um nicht ganz ein Drittel. Und hier, Herr Abgeordneter Peter, kann ich Ihrer Auffassung nicht ganz folgen, daß damit in Zukunft

eine Maturantenschwemme gegeben sein wird und die Matura heute stärker als Statussymbol betrachtet wird, als das früher der Fall war.

Ich bin mit Ihnen einer Überzeugung, daß dieses Anliegen ernste Probleme in der österreichischen Bildungspolitik auslöst und daß sich unsere Bildungsberatung in einem viel stärkeren Ausmaß dieses Problems annehmen muß, ich meine jedoch, daß aber dagegen ein Numerus clausus sicherlich keine effiziente Maßnahme darstellt.

Ich stimme mit Herrn Abgeordneten Gruber überein, wenn er meinte, daß Bildung auch als Verbesserung der Lebensqualität anzusehen ist, und möchte in diesem Zusammenhang sagen, Herr Abgeordneter Peter, daß das Sozialprestige, das die Reifeprüfung besitzt, nicht eine Erfindung der siebziger Jahre ist, sondern daß dieses Sozialprestige der Reifeprüfung das Erbe ist, das die Reifeprüfung aus früheren Jahrhunderten in unsere Zeit herübergenommen hat.

Wir sind der Überzeugung, daß die Reifeprüfung in ihrem Kern geändert werden muß. Nicht in dem Sinn, daß sie leichter wird und daß sie geringere Leistungsanforderungen an den Schüler stellt, sondern daß sie auf der einen Seite für die Bildungsanliegen und für die Bildungsstoffe, die wert sind, tradiert zu werden, und auf der anderen Seite für die Anliegen der Wirtschaft und des Berufes, in den der Schüler eintritt, in einem stärkeren Maße herangezogen werden muß.

Ich bin daher auch nicht der Meinung, daß grundsätzlich gegen die Auffassung Einspruch erhoben werden soll, daß in den einzelnen Berufen eine höhere Qualifikation angestrebt werden soll, sowohl beim Fürsorger wie auch bei der Kindergärtnerin. Nur wäre es verfehlt, wenn diese höhere Qualifikation mit den Mitteln erreicht werden sollte, die wir im allgemeinbildenden Schulwesen mit einem bestimmten Fächerkanon und einem bestimmten Bildungsangebot erfüllen sollten. Es müßte vielmehr eine Hebung der Qualifikation eintreten, die berufsbezogen ist und die dem jungen Menschen, wenn er in den Beruf eintritt, nicht nur eine kritische Stellungnahme zu seinen Berufserfordernissen gibt, sondern die es ihm vor allem ermöglicht, auf Grund der Reife seiner Persönlichkeit selbst Entscheidungen in diesem Beruf zu treffen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit wieder darauf hinweisen, daß sich auch die Verschiebung in der Typenproportion unserer Schulen der Zehn- bis Vierzehnjährigen sehr wesentlich auf die gesamte Volksbildung auswirkt. War es nämlich noch im Jahre 1950 so, daß etwas mehr als die Hälfte aller Zehn- bis Vierzehn-

Dr. Schnell

jährigen die Oberstufe einer Volksschule in einer ein- oder zweiklassigen Schule besuchten, während nur 34 Prozent in die Hauptschule und nur 8 Prozent in die allgemeinbildende höhere Schule gingen, so ist es heute so, daß weniger als 4 Prozent der Zehn- bis Vierzehnjährigen die Oberstufen besuchen, aber die Hauptschule und die allgemeinbildende höhere Schule bereits mehr als 92 Prozent.

Es wäre völlig falsch zu sagen, daß damit auch die Kinder klüger und gescheiter geworden sind, sondern wesentlich ist, daß sich das Bildungswesen dem individuellen Begabungspotential des Kindes anpaßt, daß das Bildungswesen die Förderung des Kindes in bester Weise vornimmt und jedem einzelnen Kind die seiner Fähigkeit entsprechende Bildung mitgibt.

Der Umbruch des österreichischen Schulwesens ist zweifellos die Folge der Industrialisierung und des wirtschaftlichen Aufschwunges und bildet — das sollten wir uns deutlich vor Augen setzen — gleichzeitig die Voraussetzung für die weitere Entwicklung unseres Wirtschaftslebens.

Ich darf in dem Zusammenhang noch einmal auf den Herrn Abgeordneten Peter zurückkommen und sagen: Man soll das schwedische Bildungswesen nicht von vornherein und kritiklos mit dem österreichischen Bildungswesen vergleichen, weil die traditionellen Gegebenheiten und auch die Zielvorstellungen in beiden Ländern völlig unterschiedlich sind. Wenn man im schwedischen Bildungswesen von vornherein eine integrierte Gesamtschule bis zum 18. Lebensjahr als Zielvorstellung nicht nur propagiert, sondern auch umsetzt, so sind die Voraussetzungen ganz andere als im österreichischen Bildungswesen, wo wir heute sehr deutlich nur die Gesamtschule für die Zehn- bis Vierzehnjährigen vor Augen haben und wo wir gerade durch die Realisierung der Gesamtschule jenen hohen Zugang zu den Oberstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen einschränken können, falls eine vernünftige Bildungsberatung bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen die Voraussetzungen dafür liefert.

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Gruber in dem Zusammenhang sagen: Es ist unbestritten, daß wir gemeinsam auf dem Schulgesetzwerk des Jahres 1962 stehen. Ich möchte nur hinzufügen, daß die Ansätze zu diesem Schulgesetzwerk 1962 nicht im Jahre 1962 getroffen wurden, sondern auf eine lange Entwicklung der schulpolitischen Voraussetzungen zurückgehen, die im Zusammenhang mit der Wiener Schulreform bis in die zwanziger Jahre zurückreichen. *(Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.)*

Das war die schulpolitische Situation, wenn ich nochmals zusammenfassen darf, vor die sich die sozialistische Regierung gestellt sah: Auf der einen Seite die Schwierigkeiten, wenn Sie wollen, des Erbes auszugleichen und aufzuholen und auf der anderen Seite gleichzeitig den wachsenden Anforderungen der Bildungsexplosion in Österreich zu entsprechen.

Wo liegen nun die Maßnahmen der vierjährigen sozialistischen Regierung auf dem Bildungsgebiet?

Erstens einmal im Schulbau mit einem Schulentwicklungsprogramm und mit einer Intensivierung der Bauvorhaben, über die ich im einzelnen sprechen möchte.

Zweitens auf dem Gebiete der Maßnahmen, den Lehrerberuf sicherzustellen. Dabei spielten auch die Maturantenzahlen in Österreich eine große Rolle, denn ohne Steigerung der Maturantenzahlen hätten wir den Lehrerberuf nie in dieser kurzen Zeit einigermaßen in den Griff bekommen.

Drittens in der Inangriffnahme von Schulversuchen, um eine Schulreform einzuleiten, die über die Reformvorstellungen des Jahres 1962 hinausgeht.

Aber darüber hinaus doch noch in einer Reihe anderer Voraussetzungen:

In der Sistierung der Aufnahmeprüfung. In der materiellen Unterstützung der Schüler. Denken Sie daran, daß es die sozialistische Regierung gewesen ist, die das Gesetz über die Schüler- und Heimbeihilfe geschaffen hat, die im Jahre 1972/73 — das ist die letzte genaue Darstellung der Erfolgsbilanzen — 230 Millionen Schilling für 38.000 Kinder ausgegeben hat, und wahrscheinlich wird im kommenden Jahr diese Zahl auf ungefähr 300 Millionen Schilling ansteigen. Denken Sie an die Leistungen des Familienlastenausgleichsgesetzes im Zusammenhang mit der Schulfreifahrt für 846.000 Kinder in der Größenordnung von 1,3 Milliarden Schilling und im Zusammenhang mit den Schulbüchern für 1.450.000 Kinder.

Diese Regierung hat das Schulunterrichtsgesetz mit der Mitbestimmung der Schüler und Lehrer, sicherlich nach einer langen und gründlichen Beratung und — ich bin sehr froh — im Konsens der beiden großen Parteien, beschlossen.

Sie hat das Gesetz über die Bundesanstalt für Leibeserziehung in das Parlament gebracht.

Wir besprechen, wie der Abgeordnete Gruber gesagt hat, zurzeit die 5. und die 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle, und ich darf hier

Dr. Schnell

sagen: Die Sozialistische Partei wäre sofort einverstanden, wenn wir bei der Besprechung eine Möglichkeit fänden, die Aufnahmeprüfung nicht mehr nur zu sistieren, sondern abzuschaffen, das neunte Schuljahr nicht mehr nur zu sistieren, sondern abzuschaffen.

Es genügt nicht, zu sagen: Es kommt weder die Aufnahmeprüfung, noch kommt das neunte Schuljahr!, sondern die Eltern, die Öffentlichkeit und die Schüler sind daran interessiert: es wäre hoch an der Zeit, mit dieser 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle endlich die Aufnahmeprüfung für die allgemeinbildenden höheren Schulen wie auch das neunte Schuljahr fallenzulassen.

Wir haben in den Besprechungen die landwirtschaftlichen Schulgesetze vorbereitet, und ich hoffe, daß es sowohl in der Reformkommission wie auch im Unterrichtsausschuß zu einem Konsens über diese Fragen kommen wird. Denn es ist selbstverständlich, daß eine Weiterentwicklung des österreichischen Schulwesens nur in kleinen Schritten im Konsens der beiden großen Parteien durchgeführt werden kann.

Und nun gestatten Sie mir, daß ich ein paar Worte über den Schulraum und über den Schulbau sage, weil sich darin doch sehr deutlich die Leistungen dieser Regierung dokumentieren.

Trotz des sprunghaften Anstiegens der Schülerzahlen an den Bundesschulen können jährlich fast alle Schülerinnen und Schüler untergebracht werden. Zurzeit sind Schulbauten mit einer Gesamtbausumme von 6,5 Milliarden Schilling in Bau.

Stellt man einen Vergleich an zwischen den Schulbauleistungen der Regierung zwischen 1966 und 1970 und der sozialistischen Regierung zwischen 1970 und 1974, so sieht man doch sehr deutlich diese enormen Anstrengungen, aber auch die erbrachte Leistung. Während in der Zeit der Regierung der Österreichischen Volkspartei 23 Schulen fertiggestellt wurden, waren es während der sozialistischen Regierung 33 Bundesschulbauten, und zwar große Schulbauvorhaben. Im Bau befinden sich zurzeit weitere 30 Bauten, in Planung 36 Gebäude!

Dies ist doch ein Zeichen dafür, daß diese Regierung alle Anstrengungen macht, wobei uns sicherlich klar ist, daß etwa die Anwendung des Leasingverfahrens Schwierigkeiten für die kommende Zeit bringt, weil die Laufzeit mit 15 Jahren das Budget belastet. Aber es ist nun einmal so, daß wir den Schulraum jetzt dringend benötigen und daß wir die Vor-

kehrungen zu treffen haben, daß jetzt die entsprechenden Schulbauten fertiggestellt werden, weil die Priorität von vornherein gegeben ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Im Bereich des berufsbildenden Schulwesens konnten in der Zeit zwischen 1967 und 1969 10.590 Ausbildungsplätze geschaffen werden, während der Zeit der sozialistischen Regierung in den beiden Jahren 1970 bis 1972 mehr als die doppelte Zahl, nämlich 21.210 Ausbildungsplätze, im Schuljahr 1973/74 weitere 6720 Ausbildungsplätze. *(Abg. Dr. Gruber: Die erste Ziffer, die Sie genannt haben, das wurde von der ÖVP begonnen!)* Es sind auch in der Zeit von 1967 bis 1969 Bauten darinnen, die in der Zeit vorher begonnen wurden, selbstverständlich. Es ist eine kontinuierliche Tätigkeit immer vorhanden. Ich kann nur den Abschluß dieser kontinuierlichen Tätigkeit sagen, und der Abschluß ist klar.

Aber, Herr Abgeordneter Gruber, ich muß es noch einmal sagen — ich sehe das in meinem eigenen Amtsbereich sehr klar —: Wir konnten in den vier Jahren von 1970 bis 1974 zu den etwa 1000 Klassenräumen, die in Wien an Bundesgymnasien und Bundesrealgymnasien bestehen, weitere 330 Klassenräume neu dazu schaffen, das ist ein Drittel des gesamten Schulraumes, der früher in fast 70 Jahren gebaut wurde. Das wurde jetzt in vier Jahren während dieser Regierungszeit zur Verfügung gestellt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Das ist doch ein Beweis für eine enorme Anstrengung, die auch im Budget zum Ausdruck kommt.

Ich darf den Herrn Abgeordneten Zeillinger an dieser Stelle an seine Ausführungen im Vorjahr erinnern. Herr Abgeordneter Zeillinger! Ich nehme diese Rückblendung nicht tragisch, ich nehme sie nur als ein Beispiel, wie die Budgetdebatte nicht geführt werden sollte, weil in der Öffentlichkeit durch diese Art eine völlig falsche Ansicht geweckt wird.

Sie haben damals über das Amerling-Gymnasium gesagt, daß Sie Maturant des Amerling-Gymnasiums sind, und sagten dann wörtlich dem Minister: „Wissen Sie, was Sie erreicht haben? Sie haben einen Neubau mit 24 wunderbaren Klassen geschaffen! Nur sind Sie so sportbegeistert, daß Sie keinen Turnsaal mehr gebaut haben. Wozu brauchen denn die Maturanten heute noch turnen?“

Wir wollten Ihnen damals sagen, daß der Schulneubau nur vorangezogen wurde, weil nicht die entsprechenden Arbeitskräfte vorhanden waren, Schulneubau und Bau des Turnsaals gleichzeitig durchzuführen.

12114

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Schnell

Ich darf Ihnen heute mitteilen: Die Schüler turnen in diesem Turnsaal seit Monaten. Es sind die zwei modernsten Turnsäle, die wir in Wien haben, mit einer Galerie und mit allen Anlagen, die nun einmal für einen Turnsaal notwendig sind. Da Sie damals gesagt haben: „Nun geben Sie eine Antwort, Herr Kollege Schnell!“, was mit den Turnsälen ist, gebe ich Ihnen heute die Antwort und lade Sie ein, mit mir das Amerling-Gymnasium zu besuchen, um die beiden Turnsäle zu besichtigen und zu sehen, wie die Schüler dort turnen. *(Abg. Zeillinger: Voriges Jahr war keiner dort!)*

Sie haben sehr deutlich in etwa 80 Zeilen — ich habe sie gezählt — in Ihrem Beitrag zur Budgetdebatte nicht gesagt: Damals sind sie nicht vorhanden gewesen, sondern Sie haben gesagt: Herr Minister, Sie bauen keinen Turnsaal! *(Abg. Zeillinger: Weil es mir unvorstellbar ist, daß nicht geturnt wird!)* Das ist der große Unterschied. *(Beifall bei der SPÖ. — Abg. Zeillinger: Da haben wir vor 30 Jahren mehr geturnt als heute!)* Herr Kollege, schauen Sie sich das an, dann werden Sie sich selbst ein Urteil darüber bilden können.

Ich komme zu dem nächsten Punkt. *(Weitere Zwischenrufe des Abg. Zeillinger.)* Ich stehe Ihnen dann gerne zur Verfügung.

Wir kommen zu dem nächsten Punkt, und dieser nächste Punkt, meine Damen und Herren, ist der Lehrermangel, der zweifellos in den letzten Jahren abgebaut werden konnte. Es fehlten am Ende der sechziger Jahre mehr als 10.000 Dienstposten. Ich will nicht sagen, daß wir heute den Lehrermangel völlig abgebaut haben, er ist weiterhin noch deutlich spürbar, wenngleich auch in einigen Bundesländern bereits sehr deutlich normale Klassenschülerzahlen vorgesehen werden können.

Nach der Schulstatistik stieg die Zahl der Pflichtschullehrer von 1969/1970 auf 1973/1974 von fast 43.000 auf über 50.000 Pflichtschullehrer. Die Pädagogische Akademie — ein gemeinsames Werk, das im Jahre 1962 in diesem Hause beschlossen wurde; ich darf vielleicht dazusagen: ein gemeinsames Werk, das auf eine lange schulpolitische Tradition, auf die Glöckel-Zeit zurückgeht, weil damals schon in den Jahren zwischen 1928 und 1932 am Pädagogischen Institut der Stadt Wien die Lehrer in dieser Form ausgebildet wurden — hat nunmehr auch zu einer höheren Qualifikation der Lehrerausbildung wesentlich beigetragen.

Auf Grund der 4. Schulorganisationsgesetz-Novelle wurden zunächst in einem Schulversuch an der Pädagogischen Akademie die Hauptschullehrerausbildung, die Sonderschul-

lehrausbildung und die Ausbildung der Lehrer für den Polytechnischen Lehrgang eingerichtet. Wir konnten im letzten Jahr bereits 328 Lehrer in den Schuldienst übernehmen, die ihre Prüfungen als Hauptschullehrer positiv abgeschlossen haben.

Daß diese Hauptschullehrer gleichzeitig eine fachliche Ausbildung von Universitätsprofessoren erhalten und eine gute didaktisch-methodische Ausbildung im Sinne der Pädagogischen Akademie in enger Nachbarschaft mit der Schulpraxis genießen, macht deutlich, daß wir mit dieser Lehrerausbildung auch die duale Ausbildung, die heute noch zwischen der Volksschullehrerausbildung und der Gymnasiallehrerausbildung besteht, abbauen können.

Ich weiß, daß dies ein gesellschaftspolitisches Anliegen ist, und ich weiß auch, daß dieses gesellschaftspolitische Anliegen nicht die Zustimmung aller finden wird. Wenn wir aber einen einheitlichen Lehrerstand heranbilden wollen — nicht nur materiell, was meiner Meinung nach nicht in erster Linie ins Gewicht fallen sollte, sondern in erster Linie sollte das Verantwortungsbewußtsein der Lehrer maßgeblich sein, die ihnen anvertrauten Aufgaben zu erfüllen —, dann spielt die Überwindung dieses dualen Systems eine große Rolle.

Herr Abgeordneter Gruber! Ich stimme mit Ihnen absolut überein, daß wir uns jetzt Gedanken machen sollen, wie wir in dem Ausmaß, in dem wir den Lehrermangel abbauen, unsere Klassenschülerzahlen festlegen, wie wir die Bildungseinrichtungen schaffen. Aber wir sollten nicht zu früh frohlocken und wir sollten nicht zu früh glauben, daß wir den Lehrermangel überwunden haben, sondern wir sollten im Bereich der einzelnen Landesschulräte genaue Vorausberechnungen erstellen, um mit den Pädagogischen Akademien planmäßig den Bedarf für die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu errechnen und um nicht von dem einen Fehler des Mangels in den anderen Fehler zu verfallen.

Ich komme zu dem dritten Anliegen, über das ich doch auch einige Worte sagen muß, nämlich zu dem Anliegen der Schulversuche. Die gewaltigen gesellschaftlichen Veränderungen haben in der österreichischen Öffentlichkeit das Bewußtsein geschaffen, daß diese Schulversuche eine geeignete Voraussetzung für eine langsame und organische Weiterentwicklung bilden. Wir hören sehr entgegengesetzte Urteile. Auf der einen Seite wirft man uns vor, daß wir mit den Schulversuchen die Gesellschaft manipulieren wollen, und auf der anderen Seite kommt der Vorwurf, daß diese

Dr. Schnell

Schulversuche Alibiversuche sind, die im Grunde genommen überhaupt keine Relevanz im gesellschaftlichen Leben haben. Ich glaube, daß beide Urteile gerade deshalb, weil sie so global vorgebracht werden, nicht richtig sind.

Die Schulversuche und die Zielvorstellungen der Schulversuche in Österreich sind nicht gestern und vorgestern entstanden, sie sind nicht auf dem grünen Tisch entstanden, sondern sie haben sich in der Schulwirklichkeit bei Pädagogen entwickelt. Die Tatsache, daß wir heute so umfassende Schulversuche von der Vorschulklasse bis zur Oberstufe der allgemeinbildenden höheren Schulen haben, ist ja ein Beweis dafür, daß auch in der Lehrerschaft großes Interesse und großes Engagement vorhanden sind.

Ich stimme mit Ihnen, Herr Abgeordneter Gruber, überein, daß wir in einem viel stärkeren Ausmaß als bisher trachten sollten, die relevanten Schulversuche stärker in den Brennpunkt unserer Überlegungen zu stellen. Ich bin aber auch der Überzeugung, daß gerade der Herr Bundesminister dieses Anliegen verfolgte und im Auge hatte, weil er bestimmte Schulversuche, wie etwa die Vorschulklassen und die fremdsprachige Vorschulung, die im großen und ganzen in der Zielvorstellung wie auch in der methodischen Aufbereitung als abgeschlossen gelten könnten, in das Schulwesen und in das Schulgesetz überführen wollte, während die anderen Schulversuche stärker heraustreten sollten.

Zweifelloos ist es so, daß in diesem Zusammenhang die Leistungen — und das möchte ich dem Herrn Abgeordneten Peter wieder sagen — in keiner Weise angetastet werden sollen. Herr Abgeordneter Peter! Ich muß Ihnen wieder das sagen, was ich Ihnen schon oft gesagt habe: Als Glöckel seine Schulreformgedanken zum Ausdruck brachte, fand er eine wütende Presse, die ihn als denjenigen herstellte, der überhaupt auf die Leistung keine Rücksicht mehr nehme, sondern der mit der Arbeitsschule eine völlige Nivellierung und eine Abschaffung der Leistung im Auge habe.

Aus der historischen Betrachtung sieht man das anders. Vielleicht wird man auch später aus der historischen Betrachtung die Schulversuche sehen, die wir anstreben. Bei diesen geht es uns darum zu zeigen, daß bei einer heterogenen Gruppe bei einer sozialen Koedukation alle begabten und leistungsfähigen Schüler vom 10. bis zum 14. Lebensjahr dieselben Leistungen erbringen können, die sie jetzt in einer ausgewählten Gruppe im Gymnasium erbringen, wobei dieses Gymnasium gerade deshalb, weil es eine ausgewählte

Gruppe von Schülern erfaßt, auch zu bestimmten sozialen Vorurteilen führt und soziale Vorurteile prägt, aus der gesamten Konstellation heraus, eine Eliteschule zu sein. Das wollen wir vermeiden.

Ich darf Ihnen sagen: Ich sehe keinen Widerspruch in Ihren Ausführungen, aber es könnte so verstanden werden, wenn Sie auf der einen Seite sagen, die Leistungen in unseren Schulen sind zu gering, und in wenigen Passagen später den Vorwurf gegen das Schulwesen erheben, daß wir zuviel Nachhilfeunterricht haben. Wir haben deshalb zuviel Nachhilfeunterricht, weil dieses Schulwesen sehr hohe Leistungen verlangt, und zwar — jetzt sage ich Ihnen etwas — generell verlangt und nicht abgestuft!, generell für die gesamte Altersgruppe verlangt, aber nicht abgestuft im Hinblick auf das Leistungsvermögen und auf die individuelle Intelligenz des Kindes. Die Schule glaubt, daß auf einem einheitlichen Niveau in jedem Bereich dieselbe Leistung erbracht werden soll.

Ich möchte deshalb nochmals auf folgendes hinweisen: Die Vorteile der Gesamtschule sehen wir in der Möglichkeit, die Individualisierung des Unterrichtes zu verbessern und jedem Kind, sowohl dem begabten wie auch dem schwächer begabten, die bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen, vor allem aber diesen Kindern in ihrer gemeinsamen Erziehung das Gefühl zu geben, daß sie diesem Staat gleich viel wert sind.

In diesem Zusammenhang darf ich dem Herrn Abgeordneten Gruber sagen: Sicherlich ist die Zweizügigkeit der Hauptschule heute gegenüber den Jahren 1920 oder 1927, als sie eingeführt wurde, umstritten. Wir möchten nur nicht gerne sehen, daß wir etwa im Hinblick auf das Bildungsprogramm des ÖAAB eine, wie es dort heißt, verbesserte Mittelschule mit den Einrichtungen der Gesamtschule einrichten und daneben die Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule weiterführen. Das wäre nicht der Sinn der Schulreformbestrebungen der Gegenwart.

Nun ein paar Worte zur Ganztagschule. Ich möchte deutlich hervorheben, daß die Vorwürfe, die gegen die Ganztagschule erhoben werden, Unterstellungen sind. Weder im Programm der Sozialistischen Partei über die Ganztagschule noch in irgendeinem anderen Dokument, das mir bekannt ist, wird festgestellt, daß die Sozialistische Partei die Ganztagschule als normale Schule einführen möchte. Wir wollen vielmehr den berufstätigen Eltern, die Interesse an der Führung der Ganztagschule haben, die ihre

12116

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Schnell

Kinder an die Ganztagschule bringen wollen, die Chance geben, die beste Schuleinrichtung für ihre Kinder zu haben.

Nichts anderes ist geschehen, und zu nichts anderem haben wir uns bekannt. Ich bin daher der Meinung, daß die diesbezüglichen Ausführungen und Überlegungen, die Herr Professor Schambeck in mehreren Zeitungen gebracht hat, von vornherein zusammenbrechen, weil der behauptete Ausgangspunkt fehlt, daß die Ganztagschule von vornherein eine verpflichtende Schule für alle sein soll. *(Abg. Dr. Gruber: Wenn es nur eine gibt!)* Ich antworte Ihnen sofort.

Wir haben zurzeit in Wien vier Ganztagschulen. Es verhält sich auch nicht so, daß man eine Ganztagschule entweder nur als Ganztagschule oder in der bisherigen Form führen könnte. Ich lade Sie ein, in den 10. Bezirk zu kommen: Sie sehen dort an einer Volksschule vier aufsteigende Klassen, geführt als Ganztagschule, während alle übrigen Klassen in der bisherigen Normalform mit dem normalen Stundenplanausmaß geführt werden.

So etwas ist also ohneweiters möglich. Sicherlich müssen die räumlichen Voraussetzungen erfüllt sein, sicherlich kostet das bedeutend mehr personelle Anforderungen. Aber vom Bildungsgesichtspunkt der Förderung des Kindes aus bedeutet die Ganztagschule eine wesentliche Verbesserung des Schulwesens. Die Anmeldungen, die wir schon haben, die vielen Eltern, die ihre Kinder schon für das nächste Jahr angemeldet haben, um dort einen Platz zu bekommen, und die uns bedrängen, auch in anderen Bezirken Wiens Ganztagschulen einzurichten, zeigen von einem außerordentlich großen Interesse.

Dann noch ein paar Worte zur Heimschule. Ich weiß, daß vor allem im Programm des ÖAAB die Tagesheimschule als neue Bildungseinrichtung angepriesen wird. Sie ist es nicht, denn wir haben in Wien Dutzende von Klassen an Tagesheimschulen, die wir seit Jahrzehnten, seit der Mitte der zwanziger Jahre, führen, und zwar an Volks-, Haupt-, Sonder- und allgemeinbildenden höheren Schulen.

Ich bin ebenfalls der Meinung, daß wir uns Gedanken darüber machen müssen, wie wir auch diese Tagesheimschule hinsichtlich ihrer inneren Organisation so verbessern sollen, daß sie noch effizienter als bisher den Kindern hilft, eventuelle Bildungsrückstände auszugleichen.

Allerdings sind manchmal die Meinungen über die Konkretisierung dieser Anliegen nicht einheitlich. Meiner Meinung spielt das aber nicht die entsprechende Rolle.

Zur Frage der wissenschaftlichen Kontrolle. Wir nehmen die wissenschaftliche Kontrolle bei den Schulversuchen außerordentlich ernst, aber wir sind uns auch dessen bewußt, daß wir die wissenschaftliche Kontrolle nicht überfordern können und dürfen, weil die Wissenschaft noch gar nicht die Voraussetzungen dafür hat, alle jene Anliegen zu überprüfen, von denen wir glauben, daß sie überprüft werden sollen.

Im Zusammenhang mit den Schulversuchen wurde darüber gesprochen, daß eine gewisse Ernüchterung eingetreten ist, und zwar deshalb, weil das Problem der wissenschaftlichen Kontrolle bisher zu stark auf den Leistungsgesichtspunkt eingeschränkt wurde und wir noch andere Bereiche mit in die Kontrolle einbeziehen wollen. Aber ich glaube, auch da gibt es sicherlich gemeinsame Punkte.

Ich komme damit schon zur Gesamtbeurteilung der Maßnahmen der Regierung Kreisky sowohl auf dem Gebiet des Schulbaues, der Schulorganisation, des Lehrbedarfs als auch der gesetzlichen Voraussetzungen.

Es ist uns, sicherlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, gelungen, berechtigte Wünsche im Hinblick auf den Zugang zu weiterführenden Schulen zu erfüllen.

Es ist uns gelungen, eine Bildungsreform mit erfolgreichen Schulversuchen, mit der Verbesserung der Bildungschancen für Arbeiterkinder, für Bauernkinder und für Mädchen, mit dem Schulunterrichtsgesetz auf dem Gebiete der Mitarbeit und der Mitbestimmung der Lehrer und Schüler in Angriff zu nehmen, einzurichten, und es ist außerordentlich erfreulich, daß wir dafür auch die Mitarbeit der Opposition im Hause gefunden haben.

Ich möchte bei diesem positiven Bild, meine Damen und Herren, nicht die Schattenseiten, die es in unserem Schulwesen noch immer gibt, verschweigen oder übersehen. Nichts wäre schlechter, als wenn wir uns das Auge trüben ließen. Noch immer besteht ein Lehrer- und Raummangel! Wir haben noch immer zuwenig Sportstätten! Wir brauchen noch immer mehr Mittel für den Sachaufwand, um die Schulen mit modernen Lehrmitteln und mit modernen audio-visuellen Hilfsmitteln auszustatten! Wir müssen Fördermaßnahmen in noch stärkerem Maße einsetzen, um den Nachhilfeunterricht abzubauen! Die Zahl der Repetenten an unseren Schulen ist noch immer viel zu groß! Wir müssen die Motivation im Unterricht und in unserem Lehrverfahren stärker betonen als den traditionellen Unterricht!

Alle diese Versuche, die wir jetzt durchführen, und alle Maßnahmen, die die Regierung

Dr. Schnell

durchführt, können nicht zu einem perfekten Schulsystem führen, sondern sie können nur ein kleiner Schritt im Hinblick auf eine bessere Schulsituation sein.

Wir konnten den Zugang zu den Schulen öffnen.

Es ist uns in erster Linie — darauf möchte ich besonders hinweisen — gelungen, in der Öffentlichkeit eine Änderung der Einstellung Bildungsfragen gegenüber zu erreichen.

Es wird in Hinkunft — dessen bin ich sicher — keiner Regierung mehr möglich sein, eine konservative Schulpolitik in dem Sinn zu betreiben, daß den Schülern das Recht auf eine höhere Bildung genommen wird und daß das berechnete Bildungsanliegen des einzelnen mißachtet wird.

Ich komme damit zum Schluß und darf sagen: Das Budget 1975 wird von zwei wichtigen wirtschaftspolitischen Prinzipien bestimmt: auf der einen Seite von der staatspolitischen und stabilitätspolitischen Maßnahme des Sparens auf allen Gebieten, daher auch auf dem Gebiete der Bildung, und auf der anderen Seite von der Tatsache, daß die Steuersenkung dem Staat beträchtliche Mittel nimmt, die er gerade in einer Zeit, in der die Gemeinschaftsaufgaben steigen, dringend brauchen würde.

Trotzdem bietet dieser Budgetvoranschlag die Voraussetzung dafür, daß sich das österreichische Bildungswesen global, aber auch in seinen Bestrebungen auf dem Sektor der Schulreform im nächsten Jahr gedeihlich weiterentwickeln wird, weshalb wir auch diesem Budgetkapitel zustimmen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Hanreich (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mein Vorredner ist auf eine ganze Reihe von Ausführungen meines Klubobmanns Peter eingegangen. Ich möchte dazu Stellung beziehen, ebenso wie zu den Ausführungen des Kollegen Gruber, ehe ich mein Hauptthema behandle.

Herr Präsident Schnell! Sie haben auf die Zusammenarbeit hingewiesen, die in Schulfragen zweifellos notwendig ist. Aber es sollte nicht nur eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Großparteien sein, sie sollte auch die Meinung der Freiheitlichen mit berücksichtigen, denn es kann nicht der Sinn der Schulpolitik sein, daß sich letztlich die österreichische Volkspartei als Steigbügelhalter der

sozialistischen Schulpolitik betätigt. Die ÖVP führt sich ein Trojanisches Pferd in den Stall, dessen Inhalt sich noch sehr nachteilig für die gesamte Entwicklung auswirken könnte.

Wenn Sie meinen, daß das Sozialprestige, das mit dem Besuch einer guten Schule verbunden ist, ein Relikt der Vergangenheit ist, das man ablehnen sollte, dann teilen wir Freiheitlichen diese Meinung nicht. Wir glauben, daß die Verbindung von Leistung in der Schule mit einem angemessenen Maß an Sozialprestige eine sehr wertvolle Motivation darstellt. Was wir aber nicht wollen, ist, daß das Sozialprestige erhalten bleibt, die Leistung jedoch absinkt.

Wir begrüßen es, daß Sie einer breiteren Volksbildung das Wort reden und ein relativ höheres Niveau an Ausbildung für die Mehrheit der Bevölkerung als notwendig erachten. Wir wollen aber immer wieder betonen und unterstreichen, daß das nicht auf einem absolut niederen Niveau vor sich gehen kann. Und wenn Sie gesagt haben, es sind zwar mehr Kinder durch höhere Schulen gegangen, sie sind aber nicht gescheiter geworden, dann kann das nur bedeuten, daß das Niveau abgesunken ist. Unsere freiheitliche Befürchtung ist die, daß die Spitzen zu wenig entwickelt werden, daß doch das Aktivelement in unserem Volk nicht die Förderung erfährt, die es braucht, um zu seinen Höchstleistungen zu kommen, die wir in Österreich brauchen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich fürchte, daß gerade bei der Ausbildung der Lehrer zu wenig Wert auf den Umstand gelegt wird, daß die Aktivsten und Tüchtigsten unter den Schülern einer zusätzlichen Herausforderung, einer zusätzlichen Förderung bedürfen, und ich fürchte, daß die Lehrer überfordert sind, bei einem breiteren Zustrom im besonderen an die höheren Schulen dieser Unterschiedlichkeit bei den Schülern Rechnung zu tragen.

Ich möchte betonen: Auch uns Freiheitlichen ist jedes Kind mit seinen Anlagen, mit seinen Möglichkeiten, mit seinen Chancen gleich viel wert. Wir legen nur ebenso großen Wert darauf, daß die unterschiedlichen Begabungen voll ausgeschöpft werden; voll ausgeschöpft werden sollten auch die Spitzennachwuchskräfte, auf die wir besonderes Gewicht legen wollen.

Sie haben die Schulbauleistung angeführt und darauf hingewiesen, daß der rasche Zuwachs an Schulbauten notwendig war. Das ist richtig. Was wir bekriteln, ist die Tatasche, daß man auf dem Weg des Leasings, auf dem Weg der Miete von Schulbauten die Vorfinanzierung dieser Bauten teilweise den

12118

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

Gemeinden übertragen hat und dadurch nicht nur die tatsächlichen Ziffern im Budget verschleiert hat, sondern auch eine zusätzliche Belastung der in vielen Bereichen ohnehin überforderten Gemeinden vorgenommen hat.

Wenn Sie die Behauptung meines Klubkollegen Zeillinger, daß der Turnsaal beim Amerling-Gymnasium nicht rechtzeitig gebaut war, so entkräften wollten, daß Sie sagen, nun sei alles in Ordnung, dann muß doch auf diesen Beweis für ihre Ankündigungspolitik hinweisen. Ich habe gerade beim Turnen, bei der Sportausbildung das Gefühl, daß das Ankündigen wesentlich vor der Ausführung steht.

In diesem Zusammenhang, Herr Minister, wäre es mir sehr lieb, nähere Informationen darüber zu bekommen, wie es eigentlich um die Einführung des Kurzturnens steht, das bekanntlich generell vorgesehen und möglich ist, das aber freiwillig eingeführt werden muß. Es wäre wirklich interessant zu wissen, wie viele Schulen von dieser Gelegenheit Gebrauch gemacht haben und wie sich dieses Kurzturnen bisher bewährt hat, wie es angelaufen ist.

Die Bemerkungen des Kollegen Schnell zu der Gleichschaltung der Lehrerbildung erfüllen uns Freiheitliche mit Unbehagen. Ich glaube, daß der Versuch, den Lehrerstand zu einer völlig einheitlichen Gruppe zu machen, an der Wirklichkeit vorbeigeht. Die Aufgaben der Lehrer in den verschiedensten Bereichen sind eben unterschiedlich, und sie bedürfen unterschiedlicher Ausbildungen, unterschiedlicher Informationen, weil sie unterschiedliche Maßnahmen zu ergreifen haben, unterschiedliche Aufgabenstellungen zu bewältigen haben. Es ist schließlich ein Unterschied, ob man Kinder im Volksschulalter unterrichtet oder ob man an einer AHS in der 7. und 8. Klasse Mathematik unterrichtet. (*Abg. Dr. Schnell: Gilt das auch für den Arzt?*)

Es gibt auch bei den Ärzten Unterschiede, daran ist gar kein Zweifel. (*Abg. Dr. Schnell: Der eine ist Akademiker, der andere nicht!*)

Wenn einer Akademiker und der andere Nichtakademiker ist, muß man überhaupt die Frage stellen: Ist es richtig, den Akademiker mit einem gewissen Sozialprestige auszustatten oder nicht? Darauf kann ich Ihnen nur ganz klar antworten, Herr Präsident Schnell: Solange an den Akademiker bei seiner Ausbildung ein erhöhtes Maß an Anforderungen gestellt wird, solange ihm danach ein erhöhtes Maß an Leistungen abverlangt wird, so lange hat der Akademiker dieses höhere Sozialprestige zu Recht. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zu den Schulversuchen und ihrer Wirkung auf die Öffentlichkeit möchte ich bemerken, daß die Vielzahl der Schulversuche und die teilweise zu geringe Aufklärung der Eltern über das Wesen und über die Situation bei den Schulversuchen große Verwirrung stiftet und unter vielen Eltern das Gefühl auslöst, daß man mit ihren Kindern experimentiere. Wenn ich die meist leider noch unzureichende wissenschaftliche Auswertung und Betreuung sehe, dann, glaube ich, ist dieses Gefühl begründet. Hier ist es richtig, wenn Sie betont haben, daß man sich auf die wichtigsten, auf die hoffnungsreichsten Schulversuche spezialisieren sollte.

Nun zu den Bemerkungen des Kollegen Gruber. Er hat meinem Klubobmann Peter eine Schwarzweißmalerei vorgeworfen. Ich glaube zu Unrecht, denn die Situation im Schulwesen ist ernst, und sie kann im Schulwesen nicht ernst genug genommen werden. Es geht um unsere Jugend, und die Jugend ist ein Gut, dessen Wert nicht hoch genug angesetzt werden kann. Die Jugend ist unsere Zukunft, und daher ist es notwendig, die Probleme mit aller Härte und Klarheit darzustellen. Peter hat hier nicht mit Phrasen abgelenkt, sondern er hat die Finger in die Wunde gelegt.

Zu Ihrem Wunsch nach einer vermehrten Aktivierung der Unterkommissionen der Schulreformkommission, bei der mich übrigens die Mathematikkünste des Kollegen Schnell sehr amüsiert haben, möchte ich auch noch einiges sagen. Der Kollege Schnell hat nämlich bemerkt, daß die Schulreformkommission sehr einseitig besetzt ist: 18 Mann von der Sozialistischen Partei und etwa drei Viertel Österreichische Volkspartei (*Zwischenruf des Abg. Dr. Schnell*), ja, zwei Drittel von der Volkspartei. Das ergibt bei 45 Mitgliedern zusammen 48, um drei mehr als mit 45 angegeben. Ich frage mich: Wo ist für die dritte Kraft Platz? Die mathematischen Ergebnisse sind also höchst ergänzungsbedürftig. (*Neuerlicher Zwischenruf.*) Peinlich, daß Herr Präsident Schnell so besehen ein Produkt des traditionell guten Schulwesens ist und daß man ihm nicht negative Ergebnisse auf Grund der Mengenlehre unterschieben kann, was ich gern tun würde.

Es ist aber wohl richtig, daß vor allem die Ökonomiekommission eine verstärkte Tätigkeit entfalten sollte, und ich möchte doch bitten, die Forderung nach einer Kosten-Nutzen-Analyse nicht in einer so naiven Form zu behandeln.

Dipl.-Ing. Hanreich

Kosten-Nutzen-Analyse heißt, bei vorgegebenem, auch nicht wirtschaftlichem Ziel den wirtschaftlich besten Weg zu ermitteln. Das bedeutet nichts anderes, als daß ich für ein wirtschaftlich möglicherweise als uninteressant qualifizierbares Fach, wie Musik, sehr wohl eine wirtschaftlich optimale Methode der Ausbildung entwickeln kann.

Diese Form der Kosten-Nutzen-Analyse ist genau, die wir erwarten. Wir erwarten, daß wir für die Zielsetzung, die eine umfassende Allgemeinbildung, eine Entwicklung der Persönlichkeit selbstverständlich einschließt und nicht nur den wirtschaftlichen Nutzen des einzelnen Menschen, die beste Methode im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse entwickeln. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie, Herr Kollege Gruber, nach Beispielen für falsch eingesetzte Millionen suchen, dann kann man sicherlich pauschal sagen, daß der rasche Ausbau der AHS im Vergleich zu den berufsbildenden höheren Schulen ein Beispiel für falsch eingesetzte Millionen ist.

Es gibt aber zahlreiche Einzelbeispiele beginnend mit den Volksschulen, die gebaut und wieder stillgelegt worden sind. Wir haben in Niederösterreich etliche Exemplare. Da kann man jetzt sagen: Das ist die Fehlplanung der Gemeinde! Aber bitte: Koordination und Planung sind immer noch Aufgaben der Zentralstellen gewesen, nämlich die einzig legitimen Aufgaben der Zentralstellen, und da, muß ich sagen, sind Fehler in Hülle und Fülle entstanden.

Wenn Diskussionen in den Ländern draußen auftreten und Mängel der Schulbauplanung angeführt werden, dann wird immer wieder darauf hingewiesen, daß nicht ausreichend statistische Grundforschung betrieben wurde und daß es aber auch die permanente Schulreform den Bauherren unmöglich macht, eine exakte Planung durchzuführen. So die „Salzburger Nachrichten“ in „Gesamtinformation über Lehrerstand“ am 17. Juni 1974.

Die Tatsache, daß die österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei durch die Verfassungsbestimmung aneinander gefesselt sind, sollte eigentlich das Ergebnis zeitigen, daß alle Maßnahmen, die getroffen werden, auch wirklich wohlüberlegt und abgestimmt sind. Wenn ich aber die Kommentare zum Schulunterrichtsgesetz aus den Kreisen der Lehrerschaft höre, dann bezweifle ich, daß man bei dieser gemeinsamen Aufgabe auch wirklich so erfolgreich war, wie man es gern gewesen wäre.

Nun aber zu dem Problem, das, wie ich sehe, schon zu Ende der angekündigten Zeit (*Zwischenruf bei der FPÖ: Sieben Minuten!*) in den Vordergrund gestellt werden sollte. Ich sehe mich daher genötigt, mein schönes Konzept völlig umzustößen, und möchte die Problematik der Ausbildung der Frau in einer kürzeren Zeit behandeln, als das eigentlich dem Thema angemessen wäre.

Ich möchte die Gelegenheit dazu deshalb benutzen, weil im Augenblick eine heftige Debatte darüber im Gange ist, inwieweit die Lehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe noch zeitgemäß, sinnvoll und zweckmäßig ist.

Ich möchte mich auf den Artikel, der heute in der „Presse“ zu lesen ist, berufen und darauf hinweisen, daß gerade diese höhere Schule für wirtschaftliche Frauenberufe nicht ein Relikt ist, das man aus der Vergangenheit in eine Zukunft schleppt und das den partnerschaftlichen Entwicklungen in der Ehe, der Gleichstellung der Frau, nicht Rechnung trägt, sondern daß es sich dabei um eine Schulform handelt, die sicherlich einzelner Verbesserungen bedarf, die sich aber bewährt hat und die eine Fülle von Möglichkeiten erschließt.

Ich persönlich habe den Eindruck gewonnen, daß die richtige Schlußfolgerung aus dieser bewährten Schultype nicht ist, ihr vorzuwerfen, sie richte die Frauen zu einseitig auf ihre sehr wichtige Aufgabe im Haushalt aus. Das einzige, was man dieser Schultype wirklich vorwerfen kann, ist die Tatsache, daß sie nicht auch die Knaben zu einer Mitwirkung im Haushalt heranzieht, und ich lese mit Vergnügen heute in der „Presse“:

„Bei Führungen, die für Schulabgänger der Hauptschulen durchgeführt wurden, interessierten sich heuer erstmals auch Knaben für diesen Schultyp, da er sowohl für kaufmännische Berufe als auch für Berufe im Gastgewerbe und Fremdenverkehr sowohl theoretische wie auch praktische Ausbildung bietet.“

Und ich entnehme dem „Informationsdienst für Bildungspolitik und Forschung“, daß die Liste der Berufe, deren Erlernung dort möglich ist, noch wesentlich größer ist (*Abg. Dr. Gruber: Bis zum Waffenhändler!*), nämlich Buchhändler, Buch-, Kunst- und Musikalienhändler, ganz richtig: bis zum Waffen- und Munitionshändler.

Es gibt eine ganze Reihe von günstigeren Möglichkeiten für Gast- oder Schankgewerbe, weil dadurch Vorraussetzungen für die Be-

12120

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Hanreich

schaffung eines „Befähigungsnachweises für die Verleihung einer Konzession für das Gast- und Schankgewerbe“ gegeben sind.

Ich glaube daher, daß die Konsequenz in dieser Frage nur lauten kann, man möge diesen Schulen das Image einer „Knödelakademie“ nehmen! Man möge nach außen hin klar und deutlich sagen, daß es sich um eine Schultype handelt, die dem gerecht wird, was wir uns in Österreich nur wünschen können, nämlich daß Frauen und in Zukunft auch Männer nicht nur für den Beruf, sondern auch für die Aufgaben im Haushalt erfolgreich ausgebildet werden. Das ist zweifellos eine Aufgabe, die für unsere gesamte Volkswirtschaft von größerer Bedeutung ist, als wir gemeinhin anzunehmen geneigt sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Schranz. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Schranz (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hatte vor einiger Zeit die Gelegenheit, an einer Oberstufe einer Wiener allgemeinbildenden höheren Schule an einer interessanten Diskussion im Rahmen der staatsbürgerlichen Erziehung und des Faches Politische Bildung teilzunehmen, und ich war beeindruckt von dem hohen Niveau, auf dem sich die jungen Menschen den politischen Fragen zuwenden.

Es war auch imposant zu sehen, mit welchem Engagement diese Themen von den jungen Staatsbürgern behandelt werden. Es ist auf dem Gebiet dieses Zeitgeschichteunterrichtes, dieses Konfrontierens mit den aktuellen und knapp hinter uns liegenden Problemen noch nie so viel geschehen, wie in dieser Zeit, und ich bin sehr froh, daß sich der Herr Bundesminister um diese Frage sehr verdient gemacht hat.

Das Thema, das damals diskutiert wurde, als ich Gelegenheit hatte, dieser Unterrichtsstunde beizuwohnen, war die Frage Südtirol. In diesem Zusammenhang möchte ich sagen, daß das, was schon gestern diskutiert wurde, nämlich das gemeinsame Auftreten der Herren Professor Ermacora und Dr. Burger, auch im Bereich der staatsbürgerlichen Bildung gesehen werden muß. Es ist ja für die politisch tätigen Funktionäre, es ist für die Mitglieder dieses Hauses auch notwendig, ein Vorbild für die Jugend zu sein. Ich möchte deshalb noch einige Sätze zu diesem Thema sagen.

Herr Professor Ermacora hat gestern die Erklärung abgegeben, daß er — es war eine recht knieweiche Erklärung — an der gemeinsamen Veranstaltung dieser rechtsradikalen

„Volksbewegung für Südtirol“ teilgenommen hat und daß dort auch der Sprecher der NDP, Dr. Burger, eine Rede gehalten hat. Das ist eine sehr ernste und gewichtige Sache. Ich glaube, man darf sie nicht so leicht nehmen, wie das gestern geschehen ist.

Die nichtssagende Stellungnahme des Herrn Professor Ermacora kann uns keineswegs genügen. Es ist für uns mit dieser Stellungnahme diese Sache keineswegs abgeschlossen. Ich meine, meine Damen und Herren, daß das auch ein Lehrstück für den staatsbürgerlichen Unterricht an den allgemeinbildenden höheren Schulen sein sollte. So kann man es nämlich nicht machen, wie das hier geschieht!

Herr Professor Ermacora hat also bestätigt, daß er am 16. November 1974 in Innsbruck in der Hauptversammlung der rechtsextremen „Volksbewegung für Südtirol“ gesprochen hat. Er wurde dort begrüßt, nach ihm wurde Herr Dr. Burger dort begrüßt. Zuerst hatte dort Dr. Burger gesprochen, dann hat Herr Professor Dr. Ermacora dort gesprochen. Der Herr Professor Ermacora hat sich ruhig die Rede des Herrn Dr. Burger angehört. Doktor Ermacora hat gestern mitgeteilt, daß er nicht wußte, daß auch Herr Dr. Burger dort sprechen würde. Er sei also von den Veranstaltern — auch wieder interessant für die staatsbürgerlichen Diskussionen an den höheren Schulen — offensichtlich düpiert worden.

Wenn man Professor Ermacora aber an der Nase herumgeführt hat, hätte er umso weniger Grund gehabt, dem Herrn Dr. Burger dort Staffage zu machen. Jeder geübte Demokrat, meine Damen und Herren, hätte angesichts des Herrn Dr. Burger und seiner Rede diese Versammlung sofort verlassen! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich meine, meine Damen und Herren, daß selbstverständlich alle Abgeordneten der Sozialistischen Partei in einer Veranstaltung, nicht aufgetreten wären, bei der Herr Doktor Burger spricht. Aber ich bin sicher, daß auch nahezu alle Abgeordneten der ÖVP nicht reden würden, wenn in der gleichen Veranstaltung der Herr Dr. Burger spricht.

Meine Damen und Herren! Das sind die Zusammenhänge, die die jungen Menschen auch berücksichtigen werden, wenn sie über die Fragen der Demokratie, über die Fragen des Bekenntnisses zu Österreich und über die Fragen unseres Staates in den Schulen diskutieren.

Herr Professor Ermacora hat gestern gemeint, es hätte Zeitungsberichte gegeben, in denen behauptet worden wäre, er habe sich ja vom Herrn Burger und von dieser Ver-

Dr. Schranz

anstellung distanziert. Kompetent für mich sind nur die Zeitungsberichte des offiziellen Organs der „Volksbewegung für Südtirol“, die diese Veranstaltung durchgeführt hat. Dieses Organ heißt „Freiheit für Südtirol“. Es wird ausführlich — spaltenlang! —, sogar mit einem Bild, über die Rede des Herrn Professor Dr. Ermacora berichtet. *(Der Redner zeigt eine Photokopie dieses Zeitungsartikels vor.)*

Ich habe diesen Artikel sehr aufmerksam gelesen. Ich finde kein Wort von einer Distanzierung des Herrn Dr. Ermacora! — Es handelt sich um die Ausgabe dieses Blattes vom 1. Dezember 1974. Diese Ausgabe ist also vor wenigen Tagen erschienen.

Hohes Haus! Es werden in dieser rechtsradikalen Zeitung zwei Reden groß publiziert, nämlich die Rede des Herrn Dr. Burger und die des Herrn Dr. Ermacora. Eine feine Gesellschaft ist das, in die sich ein Abgeordneter Ihrer Fraktion begibt! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Und noch etwas: Es ist die Rechtfertigung des Herrn Dr. Ermacora auch aus einem anderen Grund völlig mißlungen. Denn, meine Damen und Herren, es hat kein einziger ... *(Abg. Dr. Gruber: Wenn das jetzt schon der Maßstab ist, Herr Schranz, werden wir künftig ganz genau aufpassen!)* Der Maßstab für uns sind rechtsradikale gerichtsbekannte Leute, mit denen sich Abgeordnete Ihrer Fraktion abgeben! *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Mit Kommunisten darf man?)* Mit Kommunisten? — Zeigen Sie mir einen sozialistischen Abgeordneten, der in einer linksradikalen Versammlung gemeinsam mit einem Kommunisten auftritt! Zeigen Sie mir denjenigen, der in einer solchen Versammlung auftritt! *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich rede von sozialistischen Abgeordneten. Der Herr Abgeordnete Dr. Ermacora ist wohl nicht Mitglied Ihrer Partei, er ist aber Abgeordneter Ihrer Fraktion. *(Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Meine Damen und Herren! Vielleicht darf ich jetzt rechtzeitig darauf aufmerksam machen, daß die Stimmung sich emotionell entwickelt, was nicht erfreulich wäre. *(Abg. Dr. Prader: Das hängt vom Redner ab! — Abg. Libal: Sagt es dem Ermacora! — Anhaltende Rufe und Gegenrufe zwischen Abgeordneten der ÖVP und der SPÖ.)*

Also bitte, meine Damen und Herren, sich etwas zurückzuhalten! *(Abg. Dr. Prader: Das ist unglaublich!)*

Abgeordneter Dr. Schranz *(fortsetzend)*: Meine Damen und Herren! Solche Emotionen hängen ab von denen, die an Veranstaltungen gemeinsam mit Bürger teilnehmen. Sie entstehen dadurch, daß Sie sich mit dieser Teilnahme solidarisieren.

Hohes Haus! Herr Professor Ermacora hätte ja auch wissen müssen, daß seine Teilnahme als Redner bei dieser Veranstaltung doch eine Demonstration für diese rechtsradikalen Kräfte darstellt. Er hätte wissen müssen, wenn er mit einem Bürger gemeinsam auftritt, wenn er in einer Veranstaltung der „Volksbewegung für Südtirol“ spricht, daß er damit ja identifiziert wird — zumindest teilweise —, zumal Ermacora und Bürger Coreferenten sind.

Diese Fragen sollen von den jungen Menschen in den Diskussionen über die politische Bildung besprochen werden. Das sind nämlich die Probleme, die an die Grundfesten unserer Demokratie rühren!

Meine Damen und Herren! Wir haben gestern die ÖVP um eine Stellungnahme zu diesem doch sehr diskussionswürdigen Vorgang gebeten. Wir haben von Ihrer Partei keine Stellungnahme bekommen, denn gesprochen hat nur Herr Dr. Ermacora. Er hat eine mißlungene Rechtfertigung abgegeben. Es hat aber kein Vertreter der ÖVP gesprochen. Herr Dr. Ermacora ist ja noch nicht Mitglied der ÖVP. Wir erwarten, daß Sie uns sagen, wie Ihre Fraktion zu diesem Problem steht. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Das, meine Damen und Herren, hat die österreichische Öffentlichkeit verdient! Wenn Sie sich vor einer solchen Rechtfertigung drücken, dann identifizieren Sie sich mit Ermacora und mit seinem Coreferenten Bürger. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gruber: Sie brauchen uns keine Belehrungen in Demokratie zu geben!)*

Und noch etwas, meine Damen und Herren, ist in diesem Zusammenhang zu sagen: Ich weiß nicht, Herr Kollege, wo Sie damals waren, aber ich habe zum ersten Mal in meinem Leben im Alter von acht Jahren mit der Gestapo Bekanntschaft gemacht. Ich weiß nicht, wo damals Sie und die anderen, die hier so laute Zwischenrufe machen, gewesen sind. *(Zustimmung bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta *(das Glockenzeichen gebend)*: Ich würde wirklich bitten ... *(Weitere anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP und Gegenrufe bei der SPÖ. — Präsident Doktor Maleta gibt wiederholt das Glockenzeichen.)* Jetzt spreche ich! Ich bitte um Ruhe!

12122

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Präsident Dr. Maleta

Ich würde sowohl den Redner wie die Zwischenrufer bitten, sachlich zu argumentieren und nicht emotionell aufzuheizen. Das sagt Ihnen ein Angehöriger der Generation von 1945. (*Abg. Ofenböck: Unterrichtsdebatte!*)

Abgeordneter Dr. Schranz (*fortsetzend*): Meine Damen und Herren! Ich habe schon mehrmals gesagt — und dieser Zusammenhang ist ja für jeden Denkenden klar —, daß die Politische Bildung und die Diskussionen im staatsbürgerlichen Unterricht ein Lehrbeispiel durch diese Affäre, die sich hier zugetragen hat, bekommen, auch wenn es Ihnen noch so unangenehm ist, darüber zu reden.

Meine Damen und Herren! Herr Professor Ermacora ist aber auch Vertreter Österreichs in wichtigen internationalen Organisationen: Bei der UNO, beim Europarat, in Menschenrechtskommissionen. (*Abgeordneter Dr. Prader: Ohne Ihre Erlaubnis!*) Er sitzt dort mit Zustimmung der Regierungspartei. Aber ich muß sagen: Es wird der Regierungspartei in Zukunft schwerfallen (*Abg. Libal: Sehr richtig! Genau!*), solchen Delegationen zuzustimmen, wenn es sich um einen Coreferenten des Herrn Dr. Burger handelt! (*Beifall bei der SPÖ. — Abg. Libal: Abberufen gehört er! — Gegenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend möchte ich sagen: Das Wort hat nun die ÖVP. Werden Sie den Coreferenten Burgers nun auch als Mitglied in Ihre Partei aufnehmen? Was sagen denn die bewährten und verlässlichen Demokraten in Ihrer Fraktion dazu, daß einer der Ihren in einer Veranstaltung mit den Exponenten der Rechtsradikalen auftritt? (*Abg. Dr. Blenk: Bei den Kommunisten darf man?*) Ich kenne doch so viele verlässliche Demokraten in Ihrer Fraktion, so viele Freunde. Sind die damit einverstanden, daß einer der Ihren mit Herrn Dr. Burger in einer demonstrativen Weise auftritt?

Sie haben die Wahl, uns zu antworten, oder uns nicht zu antworten, meine Damen und Herren. Wenn Sie uns aber nicht antworten, wenn Sie zu diesem skandalösen Vorfall nicht Stellung beziehen, dann identifizieren Sie sich damit, dann müßten Sie sich den Vorwurf von der österreichischen Jugend gefallen lassen, daß eine Hälfte des Januskopfes der ÖVP die Hälfte Ermacora ist, deren Blick auf Burger gerichtet ist! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Abgeordneter Doktor Schranz, der Kollege Ermacora wird sprechen, wenn er glaubt, daß es notwendig ist, auf Ihre Ausführungen hier zu antworten.

Aber, Herr Kollege Dr. Schranz, ich möchte in aller Ruhe eines feststellen, und Sie haben mich dazu provoziert — ich habe das in den 18 Jahren meiner Zugehörigkeit zum Parlament nicht ein einziges Mal erwähnt —:

Ich war in der NS-Zeit aus dem Schuldienst entlassen. Als ich 1956 in dieses Haus gekommen bin, habe ich mich in den Unterausschuß für die NS-Amnestie berufen lassen, weil ich an der Befriedung mitarbeiten wollte, die jenes Klima von Frieden und Freiheit geschaffen hat, das Österreich aufwärtsgeführt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Und nun zu meinem Thema. Bleiben wir in der Diskussion. Während der Herr Abgeordnete Dr. Schnell... (*Abg. Doktor Fischer: Kollege Harwalik, mit Befriedung hat das nichts zu tun! — Abg. Skritek: Burger ist doch heute noch aktiver Rechtsradikaler! — Weitere Zwischenrufe.*)

Präsident Dr. Maleta (*das Glockenzeichen gebend*): Der Abgeordnete Harwalik hat ja gerade gesagt, er ist bereits bei einem anderen Thema. Bitte ihm zuzuhören.

Abgeordneter **Harwalik** (*fortfahrend*): Während der Abgeordnete Dr. Schnell meinte, daß sich das Bildungswesen 1970 in keiner guten Situation befunden hätte, warf der Abgeordnete Peter den beiden Großparteien die Verschleuderung von Hunderten Millionen Schilling auf dem Bildungssektor vor.

Der Herr Abgeordnete Peter hat an den Herrn Minister, der für sich antworten wird, die Frage der Kosten-Nutzen-Rechnung gerichtet. Als Mitarbeiter an der Schulgesetzgebung 1962 darf ich sie für mich beantworten, Herr Kollege Peter: Das Breitband der Bildung ist das Fließband der Wirtschaft. Das ist kurz die Kosten-Nutzen-Rechnung der Schulgesetzgebung 1962.

Ich habe mit Ihnen, Herr Kollege Peter, eine Art schulpolitischen Waffenstillstand geschlossen. Wenn Sie uns auch heute hier in voller schulpolitischer Kriegsbemalung entgegengetreten sind, so bleibe ich bei meinem Conrad Ferdinand Meyer: Der Pater — hier Peter — hat ein mild' Gesicht, mit diesem Antlitz disputier' ich nicht.

Aber, Herr Kollege Peter, zur Weichenstellung 1962 — das sind wir Drimmel schuldig, das sind wir dem Hause schuldig, das sind wir auch dem sozialistischen Schulpolitiker

Harwalik

Dr. Neugebauer schuldig, ich sage das ganz offen —: Das war endlich das offene Tor für die Bildung jener Kinder in den peripheren Gebieten Österreichs, die bisher geographisch und sozial bildungslimitiert waren. Für diese wurden die Tore weit aufgemacht.

Ich möchte das illustrieren: Ohne 1962 hätte heute noch der Arbeitersohn aus Eisenerz und das Grenzlandkind aus Radkersburg keinen Zugang zur höheren Bildung.

Man soll nicht replizieren, wenn man zeitlich beschränkt ist. Aber ich muß dem Herrn Kollegen Hanreich auch ein Wort sagen. Es ist unmöglich, daß er unwidersprochen bleibt.

Herr Kollege Hanreich! Reden Sie doch nicht von der Gleichschaltung der Lehrerbildung; reden Sie bitte von der Gleichhebung. Münzen Sie das doch nicht um — das ist ein Fehler! —, stellen Sie das nicht auf die kleine Münze der Lektion ab. Dann brauchte auch der Gymnasiallehrer nur den Maturastoff, wenn Sie Lehrerbildung so sehen. Lehrerbildung ist der universale Horizont der Erziehungswissenschaft, den muß auch ein Volksschullehrer besitzen. Bedenken Sie nur einen ganz kleinen Bereich der Lehrerbildung, etwa die Didaktik. Das ist die Erhellung der Bildungswerte in den einzelnen Sachgebieten und die Erhellung der Wege und der Formen zur Vermittlung dieser Bildungswerte. Und was kommt an Psychologie, an Wissenschaft und Praxis noch hinzu! Lehrerbildung ist eine Sache der Wissenschaft: das sollte heute doch, glaube ich, in einem österreichischen Parlament für alle Bewußtseinszustand sein.

Und nun bitte kurz zu meinem Thema. Das mit 1. September 1974 in Kraft getretene Schulunterrichtsgesetz wird seine Bewährungsprobe im laufenden Haushaltsjahr, im Schuljahr 1974/75 ablegen müssen, und es sind einige finanzielle Erfordernisse zur Durchführung des Gesetzes anzumelden.

Die Öffentlichkeit — auch das ist heute bereits angeklungen — hat dieses Gesetz zuerst mehr emotionell als sachkritisch reflektiert. Das unter Umständen mögliche Aufsteigen mit einem Nichtgenügend oder die Wiederholungsprüfung in zwei Unterrichtsgegenständen wird dem Kollektivurteil der Leistungsnivellierung unterworfen. Es erscheint dringend notwendig, in dieser ersten Sache die Öffentlichkeit auch von hier aus nochmals anzusprechen.

Glaubt jemand allen Ernstes, daß das Parlament einfach ein billiges pädagogisches Toleranzedikt erlassen hat?! Ich verweise auf die gründliche Vorarbeit der Schulreform-

kommission. Dort haben Wissenschaft und Praxis, dort haben die Vertreter aller Gesellschaftsbereiche doch das Wort erhoben, so wie zur Schulgesetzgebung 1962 die Akademie der Wissenschaften kritisch Stellung genommen hat. Oder glaubt die Öffentlichkeit nicht doch wirklich, daß wir Veränderungen im inneren Schulbetrieb anstreben auf Grund gesammelter Erfahrungen und auf Grund neuer pädagogischer Erkenntnisse?!

Sie wissen, daß die Auseinandersetzung sieben Jahre gedauert hat, daß der erste Entwurf abgelehnt wurde: er sei ein Entwurf, ein Gesetz mehr der Verwaltung als der Gestaltung. Sie wissen, daß Piffi dann mit seiner Proportion: „So viel Pädagogik als möglich, so viel Verwaltung als notwendig“ den Grundstein zu einer modernen Ausformung des Gesetzes gelegt hat. Der Zielparagraph spricht von der inneren Ordnung des Schulwesens als Grundlage des Zusammenwirkens von Lehrern, Schülern und Eltern als Schulgemeinschaft.

Und in dieser Deklaration liegt der Schlüssel zum Verständnis für das Gesetz. Die Eltern sind nicht mehr an den Klassentüren stehende Fragesteller, sie gestalten selbst nun auch das schulische Leben. Das heißt nicht, daß sie die Rolle des Lehrers übernehmen, aber sie sind eingebunden in das Rollenspiel der Institution Schule. Wenn der Gesetzgeber die Elternvertreter dabei weniger als Abstimmungs-, sondern mehr als Beratungsorgane vorsieht, so liegt darin keine partnerschaftliche Zurückstellung, sondern vielmehr die erzieherische Absicht, die unbefangene Begegnung von Lehrern und Schülern zu fördern.

Wenn verfassungsrechtliche Bedenken gegen eine „unterschiedliche Belangbarkeit von Lehrern, Eltern und Schülern im Schulgemeinschaftsausschuß“ aufgetreten sind, so ist dieser erzieherische Aspekt besonders zu beachten. Eine Erziehungsgemeinschaft, um die es sich ohne Zweifel beim Schulgemeinschaftsausschuß handelt, und ein Kollegialorgan sind nicht ohneweiters rechtskongruent.

Auch der härteste Gegner der Schülermitverwaltung aus den Anfängen der Diskussion wird nun erkennen, daß wir hier nicht einer pädagogischen Modetorheit nachgegeben haben, sondern daß die Schüler der Oberstufe mit wachsender Einsicht in ihren Pflichtenbereich auch ihren Anteil an der Verantwortung für die Institution Schule mitzutragen haben.

Es kann sich hier um erzieherische und keineswegs um Kontrollmomente handeln, wie wir diese bei den Forderungen der Hoch-

Harwalik

schüler etwa vorfinden. Es gibt nicht den Unsinn, daß die Schüler in den Konferenzen ihre Zensuren mitbestimmen; dazu fehlen ihnen die Voraussetzungen. Aber das Gesetz ermuntert die Lehrer, den Schülern ihr erzieherisches Wollen, auch die Leistungsbeurteilung einsichtig zu machen.

Die Schule ist kein Hoheitsraum, sondern ein Feld der mitmenschlichen Begegnung. Und dieses Feld auszuweiten, das ist der tiefere Sinn des Schulunterrichtsgesetzes.

Und für alle die, die da meinen, die Leistung werde nun total absinken — das ist ja heute auch schon angeklungen —, für sie muß ich hier eine Antwort geben. Gerade für den Schüler, für den jungen Menschen, wird es schwieriger im Sinne seiner Mitverantwortung: Mit diesem Gesetz ist eine neue Anspruchsdimension der Schule an den Schüler erreicht. Ich meine die Bewährung des Schülers in einem neuen Verantwortungsraum.

Natürlich hebt das Gesetz tradierte Sperrmechanismen auf, die den Erkenntnissen einer modernen Pädagogik nicht mehr standhalten können.

Jeder Unterricht und jede Leistungsbeurteilung muß persönlichkeitsbezogen sein. Das heißt nicht, einer überspitzten Individualisierung des Unterrichtes das Wort zu reden, aber auch nicht der Duldung unpädagogischer Leistungsschemata. Darauf hat ein Schulsystem eingestellt zu sein. Es darf den Schüler nicht an der engsten Stelle seiner Begabung abschnüren, sondern muß diesen an der weitesten Stelle seiner Begabung entfalten und ermutigen auch zu Leistungen in anderen Bereichen, in denen die Anlagen nicht gleich hoch ansprechbar sind.

Und hier hat unser Beurteilungssystem immer wieder auch beste Lehrer vergewaltigt. Nicht immer verbindet ein Lehrer mit einem zu Recht gegebenen Nichtgenügend in einem Fach die Meinung, daß dieser Schüler keine Bewährungsmöglichkeit in der nächsthöheren Klasse hätte. Wenn dieses Nichtgenügend eines Schülers, der an sich geistig und willentlich gut angelegt ist, aus einer bestimmten persönlichen oder familiären Situation verständlich gemacht werden kann, wenn der ganze Persönlichkeitshabitus eines Schülers ein Vertrauensvotum der Klassenkonferenz verdient und die Gewähr gegeben erscheint, daß dieser Schüler seine Rückstände in der nächsthöheren Klasse aufholt, warum soll dann eine solche Leistungsphilosophie und die davon abzuleitende Beurteilungspraxis unpädagogisch sein?! Das stünde doch im Gegensatz zum Grundgesetz der Schule, gegen

die fördernde Gesinnung der Schule. Der Lehrer ist weniger als Zensor, sondern mehr als Sponsor zu sehen und zu verstehen.

Wie viele Eltern, meine Damen und Herren — Sie kennen diese Klagen —, haben sich nicht schon bitter beklagt, daß ihre Kinder bei einem Nichtgenügend für den Fortgang in der Schullaufbahn gesperrt wurden! Die Schüler müssen ja ihre Nachprüfungen bestehen. Es ist nichts billiger geworden, wohl aber sind pädagogische Unbilligkeiten beseitigt worden. Jede Entscheidung über die Leistungsreife ist in die Hände der Klassenkonferenz gelegt; es entscheidet der Lehrer. Die Chance zur Mobilisierung aller Kräfte des Schülers ist gegeben, ein Psychomotor, den man nicht ungestraft für die Persönlichkeitsentwicklung ausschalten darf.

Wenn die Lehrerschaft zum Teil noch nicht die letzte Bindung an das Gesetz gefunden hat, so ist das nicht weiter verwunderlich; gibt es doch wirklich auch manche Neuerung und manche Mehrarbeit, in die man sich erst einfühlen muß. Wir müssen für eine solche kritische Haltung der Lehrer dankbar sein. Diese wird sich sicher offenhalten für neue Wege der Pädagogik. Der Lehrerschaft wird bewußt werden, daß dieses Gesetz sie in keiner Weise gängelt, sondern vielmehr den Lehrer mehr als jedes Gesetz bisher frei erhält im pädagogischen Bewegungsraum. Damit ist sicher auch eine erhöhte Verantwortung gegeben, die die Lehrer aber nie gescheut haben.

Die Schulaufsicht hat die Aufgabe, den Lehrern das kritische Eindringen in das Gesetz und in die davon abgeleiteten Verordnungen immer besser zu ermöglichen und damit auch eine kritische Würdigung des zweifellos gegebenen pädagogischen Fortschrittes zu erreichen. Aber — das ist heute schon angeklungen, und ich muß es bestätigen, der Herr Kollege Dr. Gruber hat das am Schluß seiner Ausführungen ausgeführt —: Die Interpretation einzelner Verordnungen bereitet Schwierigkeiten. Es sind Unsicherheiten feststellbar, Herr Minister. Viele Verordnungen sind nicht zeitgerecht bei den Schulen eingetroffen. So kamen und kommen die Lehrer in Vollzugsschwierigkeiten. Die Lehrer bedauern, daß die Verordnungen nicht in ausreichender Zahl eintreffen. Das soll im Geldmangel des Ministeriums seine Ursachen haben. Sosehr die Landesschulräte um die Informationsarbeit bemüht sind, so kann diese nicht in ausreichendem Maße gelingen ohne die Abhaltung von Bezirkslehrerkonferenzen. Für diese ist aber nach Mitteilung einiger Landesschulräte das Geld ebenfalls nicht vorhanden.

Harwalik

Ich ersuche Sie, Herr Bundesminister, dringend, vielleicht durch Umschichtung Ihrer Förderungsmittel die genannten Schwierigkeiten zu beheben. Die Beteiligten sollen voll gerüstet an die Umsetzung des parlamentarischen Auftrages in Erziehung und Unterricht wie in der Gemeinschaftsarbeit von Lehrern, Eltern und Schülern gehen.

Wenn heute der Kollege Hanreich auf die Kritik der Lehrer am Gesetz hingewiesen hat, so darf ich im Gegensatz dazu für viele, viele Lehrer aller Schultypen, vor allem der höheren Schulen hier die ersten Sätze des Vorwortes einer Festschrift zum zehnjährigen Bestand des Musisch-pädagogischen Realgymnasiums in Bad Aussee, das der Direktor Dr. Walter Herrmann der Festschrift vorangestellt hat, wörtlich zitieren. Er schreibt:

„Durch manche Berichte im Fernsehen und in der Presse ist in weiten Kreisen der Bevölkerung die irrige Meinung entstanden, daß nun eine Erleichterung für die Schüler eintreten werde. Wer das Gesetz aufmerksam studiert, wird für die höheren Schulen das Gegenteil feststellen: Von den Schülern wird eine wesentlich erhöhte Eigenverantwortung verlangt; aber niemand, der um die Bürde der Verantwortung weiß, wird ernstlich annehmen wollen, daß sie leicht zu tragen sei, schon gar nicht von jungen Menschen.“

Ich setze abschließend hinzu: Besser kann der Gleichklang der Schule mit dem Auftrag des Gesetzgebers nicht demonstriert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Maderner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter DDr. Maderner (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man ist in der Öffentlichkeit daran gewöhnt, daß im Plenum kontroversielle Standpunkte zur Sprache kommen. Es ist vor kurzem ein Beispiel dafür geliefert worden. Manchmal hat die Öffentlichkeit auch den Eindruck, daß Justamentstandpunkte eingehalten werden, nur um Gegensätzlichkeiten aufzuzeigen, auch dort, wo es sie nicht gibt. Das wäre sicher falsch. Ich habe sogar ein Kinderurteil gehört: Hör mal, wenn wir uns so in der Schule benehmen würden, müßten wir nachsitzen.

Wir sollen also nicht der Publizistik wegen und der Wirksamkeit wegen Gegensätze suchen, wenn sie gar nicht da sind. *(Abg. Dr. Gruber: Der Schranz soll zuhören!)* Ich glaube, daß die Spezialisierung auf die Schulbuchfragen, die Schulbuchaktion als Ursache dafür, das Budget für Unterricht abzulehnen, doch eine solche Zuspitzung der Gegensätzlichkeit um jeden Preis bedeutet.

Man sollte nicht immer vom Wegwerf Schulbuch reden. Es handelt sich im Plan um ein Arbeitsbuch, das seine Dienste erfüllt hat, wenn das Schuljahr beendet ist. Wenn dieser Plan noch nicht in die Tat umgesetzt wurde, so ist das eine Frage technischer Bedingungen, des Arbeitstempos, der Verlage, aber zweifellos ist der Plan richtig. Wir werfen ja auch jeden Tag eine Zeitung weg, ohne etwas dabei zu finden. *(Abg. Graf: Das ist ein riesiger Vergleich! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Herr Abgeordneter Graf! Es handelt sich in beiden Fällen um Druckwerke *(Abg. Graf: Das ist mir bekannt, Herr Doktor!)*, die der Information dienen. *(Abg. Graf: Na also, wissen Sie!)* Ich glaube, Herr Abgeordneter Graf, man sollte auf diese Frage eingehen.

Ein Lehrbuch muß nicht unbedingt die Funktion eines schönen Buches haben, das man in der Bibliothek stehen hat oder weitervererbt oder weiterverkauft. Es können Lehrbücher in einer Form geschaffen werden, die sich nicht wesentlich von Alltagsdruckwerken unterscheiden, wenn sie nur die Aufgabe erfüllen, zu informieren und zur Arbeit anzuregen.

Selbstverständlich sollten diese Lehrbücher so billig wie möglich hergestellt werden, wenn sie wirklich nur für ein Jahr gedacht sind. Daß das nicht geschieht, hängt nicht mit dem Plan zusammen, der dahinter steht, sondern hängt mit den Möglichkeiten zusammen, an diesen Büchern zu verdienen. Das liegt aber auf einer vollkommen anderen Ebene und hat nichts damit zu tun, daß die Idee an sich gut ist. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Daß Sie kein System der Verteilung haben! — Abg. Graf: Haben Sie etwas dagegen, daß die Verleger dabei etwas verdienen, Herr Doktor?)* — Ich bin nicht dagegen, daß sie etwas verdienen, aber es kommt auf die Dimension an. *(Weiterer Zwischenruf des Abg. Graf.)*

Ich glaube aber, wir sollten uns nicht zu sehr auf einen bestimmten Punkt festlegen, zumal wir ja diesen Punkt fast als einzigen gefunden haben, der Anlaß für Ihre Fraktion ist, dem Budget nicht zuzustimmen. Es gibt so viele andere Dinge, die gemeinsam sind, und Probleme, über die man gemeinsam nachdenken müßte, und das ist vielleicht mehr wert. *(Abg. Dr. Koren: Er ist ja der Präsident!)*

Ich glaube nicht, daß ich in der Frage der Schulbuchaktion wirklich irre. Ich bin überzeugt davon, daß es noch weitere Verbesserungen gibt. Ich könnte mir auch sehr gut denken, daß man zwischen reinen Arbeitsbüchern und Büchern, die nicht der reinen Arbeit dienen, die also tatsächlich auch in weiteren Jahren noch eine Funktion haben können, unterscheidet, das wird sich alles machen lassen.

12126

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

DDr. Maderner

Vielleicht darf ich mit den Worten eines hohen Beamten des Unterrichtsministeriums, der schon in Pension gegangen ist, antworten: Er sagte einmal einem jungen Pädagogen, der mit einer Reihe von Vorschlägen zu ihm kam, nachdem er sich das angehört hatte, folgendes: Lieber Herr Kollege! Wo nix gschicht, da kann nix gschehn! Das ist auch eine Philosophie. Wenn man nichts Neues tut, dann kann man nicht in die Enge getrieben werden und kann nicht da und dort eventuell einmal einen Fehler machen. (*Ruf bei der ÖVP: Fühlen Sie sich in die Enge getrieben?*) Aber die sind ja nur da, um verbessert zu werden, und sind nicht das Wesentliche. (*Abg. Dr. Koren: Das wichtigste sind die Fehler!*)

Das Wesentliche ist ja schon zu oft gesagt worden, ich möchte es nicht wiederholen. Das Wesentliche besteht darin, daß durch die Reformen des Jahres 1962 tatsächlich, wie mein Vorredner richtig betont hat, der Bildungszugang für Kinder weitab von den Ballungszentren geschaffen wurde. Das ist ein historisches Verdienst dieser Reform, und es wird auch diese Schulbuchaktion in einigen Jahren als ein historischer Einschnitt für eine tatsächliche Verbreitung und Vertiefung der Bildung anerkannt werden. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aber ich möchte mich damit nicht aufhalten, sondern ich möchte doch mehr zum eigentlichen Thema meiner Wortmeldung, nämlich dem berufsbildenden Schulwesen und anschließend der politischen Bildung kommen. Daß in Unterrichtsfragen eine Zweidrittelmehrheit verlangt wird, wurde vom Herrn Abgeordneten Peter bedauert. Wenn man aber bedenkt, daß man Beschlüsse, die das Schulwesen betreffen, etwa nach einem Wechsel einer Regierung total ändern sollte, wenn also etwa in der ÖVP-Regierungszeit von 1966 bis 1970 bestimmte Wege eingeschlagen worden wären und dann nach 1970 die Weichen hätten vollkommen umgestellt werden müssen, so kann man daraus schließen, welche Gefahren und Probleme es für die Jugend, für die Bildungswege gegeben hätte.

Es wurde heute schon gesagt, man plant so schwer bei Schulbauten, weil man nicht genau weiß, wohin die Bildungsreform zielt. Um wieviel ärger wäre das ohne diese verlangte Zweidrittelmehrheit? Das heißt: es ist auch ein gewisser Schutz da. (*Abg. Dr. Scrinzi: Dann genügt Ihnen die einfache Mehrheit bei den Hochschulen? Da haben Sie keine Bedenken?*)

Ich spreche nicht zu den Hochschulen, sondern ich spreche jetzt zum Unterrichtswesen, und hier haben wir die Zweidrittel-

mehrheit, und ich sage nicht nein dazu, zum Unterschied vom Herrn Abgeordneten Peter.

Herr Abgeordneter Peter schien mir einen eigenartigen Zwiespalt in sich zu spüren. Er machte dem Naturell nach den Eindruck eines progressiven Menschen, der aber durch eine superkonservative Umgebung gezwungen wird, nicht zur vollen Entfaltung zu kommen. Er schwärmt einerseits für Glöckel, andererseits ruft er zurück zur alten Matura. Er prüft den Wert der Ganztagschule an Familien von Lehrern. Verständlicherweise wird in Familien von Lehrern die Begeisterung für Ganztagschulen nicht so groß sein, weil ja die Eltern nachmittags zu Hause sind und sich dem Kind widmen können. Anders liegen die Dinge sicher dort, wo in der Familie beide Elternteile im Beruf stehen.

Kollege Peter sagt, daß es im Jahre 1962 keine Planung gegeben hat, behauptet aber, daß jetzt zu viel an Planung geschieht und daß zu lange Diskussionen etwa in der Schulreformkommission durchgeführt werden. Es sind also eine Reihe von Gegensätzen da.

Was das berufsbildende Schulwesen betrifft, so möchte ich durch einige Zahlen darstellen, daß eine offensichtliche Aufwärtsentwicklung tatsächlich stattfindet.

Die berufsbildenden Pflichtschulen hatten im letzten Budget 278 Millionen, jetzt sind 351 Millionen vorgesehen; die berufspädagogischen Institute hatten 13, jetzt sind es 18 Millionen; die Handelsakademien und Handelsschulen 454, jetzt sind es 596; die Lehranstalten für Fremdenverkehr, Frauen- und Sozialberufe 320, jetzt sind es 422; die technischen und gewerblichen Lehranstalten 881, jetzt sind es 1067. Das bedeutet selbst bei der Berücksichtigung der voraussichtlichen Kostenentwicklung einen Zuwachs von mehr als 15 Prozent netto.

Wenn die sechziger Jahre das Jahrzehnt der allgemeinbildenden Schulen gewesen sind, so sind die siebziger Jahre offensichtlich das Jahrzehnt der berufsbildenden Schulen.

Was vom Abgeordneten Peter verlangt wird, ist ja schon im Entstehen, man hat praktisch dem schon weitgehend Rechnung getragen. 1962 bestand eine vollkommen andere Einstellung allen Fragen gegenüber, allen Fragen, die mit Geld zusammenhängen. Der Optimismus war damals in der westlichen Welt sehr verbreitet.

Ich erinnere mich eines Feuilletonisten in Amerika, der schrieb, wie er Chruschtschow bekämpft, nämlich dadurch, daß er ein neues Auto auf Raten kauft, ein neues Haus auf Raten bezieht, die Kleidung auf Raten kauft

DDr. Maderner

und jetzt das Gefühl hat, dadurch die Wirtschaft angekurbelt und Chruschtschow und seinen Leuten eines ausgewischt zu haben. Wir haben damals viel weniger an Geldfragen denken müssen, als das jetzt der Fall ist und auch in Zukunft der Fall sein wird.

Die fünfte und sechste Schulorganisationsgesetznovelle werden den Übergang zum berufsbildenden Schulwesen auf manchen Ebenen erleichtern, besonders wenn man an die Aufbaulehrgänge denkt, die für Maturanten vorgesehen sind. Der Herr Abgeordnete Peter hat den Ausdruck „Maturantenschwemme“ verwendet. Ich glaube doch, daß es nicht sehr schön ist, sich das plastisch vorzustellen, junge Menschen als Schwemme zu betrachten. Ich würde eher davor warnen, einen Matura-Fetischismus zu betreiben, das heißt an die Matura unbedingt Privilegien knüpfen zu wollen und nicht zu sehr daran zu denken, daß die Matura vielmehr legitimieren soll. Zwischen Privilegierung und Legitimierung besteht ein nicht unwesentlicher Unterschied.

Herr Abgeordneter Hanreich war der Meinung, daß das Sozialprestige, das mit Prüfungen zusammenhängt, schon seine Bedeutung habe. Ich möchte eher davor warnen. Die persönliche Autorität gibt Prestige. Die Persönlichkeit, der eigene Wert, den man sich durch Arbeit an sich erworben hat, nicht sosehr eine abgelegte Prüfung. Zweifellos wird es unter vielen Nichtmaturanten und vielen Nichtakademikern genug Menschen geben, die dieselben Anrechte auf Prestige haben als Maturanten oder Akademiker. Das beweist insbesondere der zweite Bildungsweg sehr deutlich, bei dem man oft erstaunliche Begabungen entdeckt, die ohne diese Einrichtung nicht zur Entfaltung gekommen wären. (*Abg. Dkfm. Gorton: Wollen Sie die Matura als Voraussetzung für die B-Laufbahn abschaffen?*)

Ich glaube, daß das wieder eine andere Frage ist, aber man könnte darüber diskutieren. Es gibt ja für die B-Laufbahn eine Ergänzungsmatura, eine sogenannte Beamtenmatura, die sich lange Zeit auf drei Gegenstände beschränkt hat, jetzt ist eine kleine Reform da, das heißt: mit Deutsch, Geschichte und Geographie konnte man die B-Wertigkeit erreichen. Das ist ja keine Matura im allgemeinen Sinn. (*Abg. Dkfm. Gorton: Was sind die Privilegien der Matura?*)

Die Privilegien bestehen darin, daß der Maturant Zugang zur Hochschule hat und der Nichtmaturant nicht. Wenn heute in der Debatte schon mehrmals davon gesprochen wurde, daß man davor warnen muß, die Bestimmungen zum Zugang zu erleichtern, oder

wenn in einer Anfrage vor einigen Wochen an die Frau Minister Dr. Firnberg die Frage gerichtet wurde, ob es wahr ist, daß man plane, Vorbereitungslehrgänge für eine Studienberechtigungsprüfung einzurichten, und man mit gewisser Besorgnis dieser Entwicklung entgegengesehen hat, so möchte ich demgegenüber sagen: Ja, solche Vorbereitungslehrgänge werden geplant, man muß sie bejahen.

Es ist nicht richtig, daß all das, was es an Fächerangebot, vor allem in der allgemeinbildenden höheren Schule gibt, für das Studium nach der Matura absolut relevant ist und daß die Dinge, die man in einem Beruf lernt, ohne jede Bedeutung sind.

Man kann sich seine Persönlichkeit, seine Intelligenz, seine Auffassungsgabe und die Voraussetzung für ein Studium auch auf anderen Wegen erwerben. Tatsächlich ist es ja so, daß sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Welt der Zugang zu Hochschulen viel mehr geöffnet wird, als das bei uns der Fall ist. Ich bin mir dessen bewußt, daß man nicht sagen muß: Was da und dort gemacht wird, ist für uns schon beispielgebend! — Gleichzeitig aber glaube ich doch, daß man sich in näherer Zukunft wird überlegen müssen, ob der traditionelle Weg zur Hochschule der einzig richtige ist.

Wir haben eine Berufsmatura seit 1945 gehabt. Aber nur sehr, sehr wenige konnten die etwas bizarren Bestimmungen dieses Berufsmaturagesetzes erfüllen. Ich glaube, es ist wirklich an der Zeit, auch das zu überdenken.

Natürlich müssen die Gedanken von den Abgeordneten und von jenen Menschen kommen, die sich politisch mit Bildungs- und Schulfragen beschäftigen. Man wird nicht unbedingt erwarten können, daß alles von der Wissenschaft her kommt. Wie überhaupt der Versuch, Verantwortung abzuschieben von der Politik zur Wissenschaft, aus der Beratung allmählich eine Entscheidung zu machen, nicht richtig ist.

Ich möchte als Zeugen dafür den Salzburger Universitätsprofessor Gönner zitieren, der in seiner Antrittsvorlesung vor etwa drei Jahren eine klare Stellung zu dem Verhältnis Wissenschaft und Politik vom Standpunkt der Pädagogik aus bezogen hat. Er schreibt:

„Zunächst ist zu bemerken, daß der Wissenschaftler nicht gleich dem Politiker die politische, demokratische Legitimation hat. Des weiteren besteht für einen Experten, für den hochgebildeten Experten, stets die Gefahr der Enge. Er ist meist auf ein mehr oder minder

12128

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

DDr. Maderner

enges Sachgebiet spezialisiert. Eine Herrschaft der Experten, der Wissenschaftler wäre somit nicht nur nicht legitim, sondern wahrscheinlich auch tatsächlich ein Unheil. Kurz und gut, dem Politiker bleibt die Führung. Er hat die Aufgabe des Gewinnens der überwältigenden Einsicht und der daraus abzuleitenden Entscheidung der zu setzenden Aktion. Er hat dabei die Pflicht, sich der Erkenntnis der Wissenschaft zu bedienen, die jedoch nicht einfach im Dienste der Praxis steht, die aber in ihrer Suche nach Wahrheit wahrhaft gebunden für die Praxis wirkt. Aber nochmals, der Primat der Politik darf nicht angegriffen werden. Er muß in allen Bereichen des öffentlichen Lebens erkennbar sein.“

Das bedeutet, daß die Gedanken zur Schulreform schon in das richtige Bett geleitet sind, wenn sie von diesem Gremium weiterentwickelt werden, daß man nicht zu viel erwarten darf, von der Wissenschaft her, Hinweise zu bekommen.

Nun zu den politischen Motiven und zu den pädagogischen Motiven, das berufsbildende Schulwesen weiter auszubauen. Vielleicht die pädagogischen Motive zuerst: Die sogenannten sachunterrichtlichen Fächer — nach Dörpfeld — vermitteln ein gewisses enzyklopädisches Wissen, von dem in der Regel nach kurzer Zeit nur mehr wenig vorhanden ist.

Wenn man nun sagt: Allgemeinbildung ist ja gerade dieser Schimmer, der noch bleibt, wenn alles andere vergessen wurde, dann ist man in den Anforderungen zu bescheiden. Ich würde doch Bildung mehr nach den Worten des Papstes Johannes XXIII., der auf Kant aufbaut, formulieren, der es die Dreiheit von Erkennen, Urteilen und Handeln nennt.

Die Fachzersplitterung, die wir in den allgemeinbildenden höheren Schulen haben, erschwert das Urteilen eher. Der deutsche Pädagoge Derbolav spricht von dem Chor der vierzehn Fächer, die den Primaner noch im Schlaf umstellen.

Es ist nicht so, daß gerade das, was hier angeboten wird, unbedingt das wesentlichste auch für den Zugang zu den Hochschulen, aber selbstverständlich auch nicht für die Meisterung des späteren Lebensweges ist.

Was man braucht, ist Denkschulung, ist der Erwerb von gewissen Fertigkeiten, und ist aber auch eine Berufsbildung oder wenigstens eine Berufsvorbildung. Der Beruf ist für die Gesellschaft notwendig, und er ist für jeden einzelnen notwendig, weil wir heute in einer Zeit leben, in der es nur ganz wenige Individuen gibt, die ohne Beruf auskommen können.

Der Beruf ist aber meistens auch das Feld der Persönlichkeitsentfaltung. Im Beruf lernt man sehr oft den Partner fürs Leben kennen, oder man beginnt über den Beruf andere gesellschaftliche, auch politische Beziehungen anzubahnen. Die Berufsbildung braucht jeder. Berufsbildung ist daher Allgemeinbildung. Ich würde sagen, eine Allgemeinbildung ohne Berufsbildung ist gar keine Allgemeinbildung, weil die Allgemeinheit eine Berufsbildung braucht.

Man könnte in diesem Zusammenhang ja nachdenken — es wurde heute schon davon gesprochen —, daß man vielleicht eine Vereinheitlichung des Gymnasiums im Kern anstrebt und um diesen Kern, diesen gemeinsamen Kern gewisse andere Formationen gruppiert. Es ließe sich denken, daß man um einen solchen Kern Wirtschaftsfächer gruppiert und ein Wirtschaftsgymnasium entwickelt. Aber das ist vorläufig noch in der Vorstufe eine Diskussion.

Ebenso wichtig — ich will nicht sagen noch wichtiger — wie die Fragen, wie man zu mehr Berufsbildung bei höherer Bildung kommt, sind aber natürlich auch die Fragen, wie man Lehrlinge besser ausbildet, wie man diesen Dualismus, dieses Dualsystem zwischen der Ausbildung im Betrieb und der Ausbildung in der Schule vervollkommnet.

Heute gehen noch 50 Prozent oder sogar über 50 Prozent jener, die überhaupt in einer Ausbildung stehen, in eine Lehre. 20 Prozent werden in kurzer Zeit Maturanten sein. 20 Prozent Akademiker — das wäre tatsächlich eine zu hohe Zahl.

Aber das ist ja auch nicht geplant, vor allem dann nicht, wenn man die berufsbildenden mittleren und höheren Schulen ausbaut, denn von den berufsbildenden Schulen geht nur ein — unterschiedlich groß — Teil an Hochschulen, ein anderer Teil tritt sofort in den Beruf ein. Es wird die Entscheidung bei Debatten über bildungspolitische Maßnahmen in Zukunft sicher immer mehr in Richtung berufsbildende Schulen fallen müssen. Früher einmal hat man als Wirtschaftsfaktoren Boden, Kapital und Arbeit angesehen. Heute weiß man, daß die Bildung ein ebenso großer, wesentlicher Faktor ist. Früher hat man gedacht, elitär, in Schichten denken zu müssen. Es gab Eliten, die anders gebildet wurden. Heute, in einer Zeit der Demokratie wird dieses elitäre Denken zwangsläufig langsam abgebaut, wenn auch manche sich nicht rasch diesem Tempo anschließen wollen, wie etwa Herr Abgeordneter Hanreich, der mehrmals das Wort vom Prestige gebraucht hat. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Stix.)* Es ist eine

DDr. Maderner

Frage, was man unter Eliten versteht. Eliten wird es in jeder Gesellschaft geben müssen, weil ja immer Entscheidungsträger da sein müssen, eine gewisse Arbeitsteilung da ist. (*Abg. Doktor Stix: Genau das meint Kollege Hanreich!*) Ja genau das halte ich für falsch, weil er meint, daß mit der höheren Schulbildung — Matura oder mit dem akademischen Grad — die Zuteilung zum Elitenstatus erfolgt. Davor warne ich. Ich glaube, daß ganz andere Eigenschaften dafür wesentlich sind.

Ich wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die 20 Minuten fast um sind.

Präsident Dr. Maleta: Nicht von mir! Nicht von mir! Das wäre gegen die Geschäftsordnung. (*Abg. Graf: Es stimmt aber trotzdem!*)

Abgeordneter DDr. Maderner (*fortsetzend*): Ich werde konzentrieren und trotzdem noch einige statistische Unterlagen mitverwenden (*Abg. Dr. Mussil: Wenn es unbedingt sein muß!*), aus denen hervorgeht, daß das berufsbildende Schulwesen in einem deutlichen Aufstieg begriffen ist. So ist zum Beispiel von 1970/71 bis 1973/74 das mittlere Schulwesen in der Zahl der Schulen um 5 Prozent gestiegen, das höhere berufsbildende Schulwesen um 40 Prozent, im Gesamten um 15 Prozent.

Die Zahl der Klassen hat in höheren berufsbildenden Schulen sogar um 40 Prozent zugenommen, im Gesamten um 20 Prozent.

Die Zahl der Lehrer ist demgegenüber nur um 15 Prozent gestiegen, was darauf schließen läßt, daß die Belastung für die einzelnen Lehrer gewachsen ist.

Die Schülerzahlsteigerung ist ebenfalls sehr beachtlich. Die Verteilung der einzelnen Jahrgänge, zum Beispiel des Jahrgangs 1956, das ist ganz interessant, zeigt folgendes Bild: Im Jahrgang 1956 sind... (*Abg. Graf: Wir bemühen uns um eine Verkürzung der parlamentarischen Redezeit! Schicken Sie uns die Statistik zu, Herr Doktor!*) Ich kann es Ihnen auch auswendig sagen. (*Abg. Graf: Es ist nur die Frage, wann Sie es uns sagen!*) Ich will es Ihnen sagen, weil etwas Wesentliches darin enthalten ist.

Ich will Ihnen sagen, daß nach diesen statistischen Erhebungen bisher nur etwa 80 Prozent der jungen Menschen in Berufsausbildung oder anderen Ausbildungen stehen, daß ein nicht unerheblicher Teil noch in gar keiner Ausbildung steht.

Das Statistische Zentralamt meldet — um ein richtiges Bild über die Entwicklung von Schülerzahlen zu erhalten, wurden alle spezifischen Schulbesuchsquoten errechnet —: Danach ist der Anteil der fünfzehn- bis sieb-

zehnjährigen Berufsschüler von 33 Prozent im Schuljahr 1966/67 auf 39 Prozent im Schuljahr 1973/74 angestiegen.

Das bedeutet, daß trotz der Ausweitung des höheren und mittleren Schulwesens die Zahl der Berufsschüler und derer, die in einer praktischen Berufsausbildung stehen, nicht zurückgegangen ist, sondern vielmehr gestiegen ist.

Das heißt also, daß die Furcht, man könnte zu sehr von der praktischen Berufsausbildung abgehen, nicht stimmt.

Es wird uns oft vorgeworfen, Gesellschaftspolitik zu betreiben. Ich glaube, man kann dazu ja sagen. Wir betreiben Gesellschaftspolitik. Ich glaube, daß der Abgeordnete Harwalik, der vor mir gesprochen hat, diese Gesellschaftspolitik vom Schulwesen her ebenfalls genauso bejaht, wie ich das tue. Wenn ich mich an die Zeiten erinnere, in denen noch ein Gedicht aktuell war, daß wir „von der Zukunft Fernen“ Schulbildung erhoffen und daß unsere Greise nicht mehr Betteln gehen, so glaube ich, wir haben sehr viel dazu getan, dieser Zukunft Fernen zu erreichen.

Was jetzt auf dem Gebiete des berufsbildenden Schulwesens entwickelt wird, weist in eine Richtung, die sich dieser Tendenz anschließt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zuerst möchte ich meinem Vorredner, Doktor Maderner, eine Antwort geben, da er das Wegwerf Schulbuch so verteidigt hat, das Wegwerf Schulbuch, das bei seiner Einführung 400 Millionen Schilling gekostet hat und für das im kommenden Jahr bereits 1100 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Er hat es mit der Begründung verteidigt, daß das Arbeitsbuch eine so große Bedeutung hat.

Bei der letzten Schulreformkommission in der vergangenen Woche sind aber auch sozialistische Sprecher mit dem Arbeitsbuch sehr scharf ins Gericht gegangen. Sie haben festgestellt, daß dadurch eine pädagogische Verarmung eintritt. Sie haben festgestellt, daß es nur sehr wenig echte Arbeitsbücher gibt.

Ich glaube, man müßte also doch der Sozialistischen Partei und dem Herrn Minister sagen: Zuerst planen und denken, dann handeln, denn dann braucht man nicht soviel Lehrgeld

12130

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

zahlen und man wird nicht zum Verschwender. Kostenloses Schulbuch ja, Wegwerf Schulbuch nein!

Das Maß der Bildung bestimmt in unserer Gesellschaft weitgehend den beruflichen und den wirtschaftlichen Erfolg des einzelnen Menschen. Das Maß der Bildung ist auch ausschlaggebend für die Stellung des einzelnen in der Gemeinschaft. Ich glaube, daß die Bildung auch einen Gegenpol zum rein materiellen Denken in der Leistungsgesellschaft darstellt und daher für die volle Entfaltung der Persönlichkeit, für die Lebensqualität des Geistesmenschen ausschlaggebend ist.

Das ist der Grund, warum der ländliche Raum im Bereich der Bildung, der Schule Gleichberechtigung anstrebt und beansprucht und eine gleichwertige Ausstattung mit den notwendigen Einrichtungen verlangt.

Die Bildungs- und Kulturpolitik hat den Bewohnern des ländlichen Raumes die notwendige Förderung zu geben, damit dieses Ziel trotz regionaler Erschwernisse erreicht werden kann. Wir werden diese Erschwernisse nicht beseitigen können, wir werden aber helfen können, die Chancengleichheit doch annähernd zu erreichen.

Es gilt also, diese regionalen Bildungschancen zu verbessern. Regionale Chancengleichheit bedeutet, daß jeder unter annähernd gleichen wirtschaftlichen Bedingungen jene Schulen und Bildungseinrichtungen besuchen kann, die seiner Begabung und seinen Zielvorstellungen entsprechen.

Das ist derzeit leider nicht der Fall. Es gibt Fortschritte, das sei gerne zugegeben. Die Entwicklung hat durch die Schulgesetze 1962 stärkste Impulse bekommen, das Bildungsbewußtsein wurde gerade bei der ländlichen Bevölkerung stark gefördert. Die Disparität aber konnte nicht abgebaut werden.

Es gibt nun neue Entwicklungstendenzen, wie sie zum Teil in der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorhanden sind, die diese Disparität eher vergrößern könnten.

Die Stellungnahme des Finanzministers zeigt ja deutlich, daß er nicht in der Lage ist, dieser Novelle zuzustimmen. Ich glaube, es muß vermieden und verhindert werden, daß hier wieder neue regionale Disparitäten aufbrechen.

Die Unterlagen für die Bildungsplanung wurden stark verbessert. Ich verweise nur auf die Schülerverlaufsstatistik von Vorarlberg und von der Steiermark.

Ich möchte den Beamten des Unterrichtsministeriums, welche diese große Arbeit durchführen, einmal einen herzlichen Dank aus-

sprechen. Ich glaube, das ist notwendig, weil sie uns die Waffen für die Gestaltung einer modernen Bildungspolitik in die Hand geben.

Die Schülerverlaufsstatistik von Vorarlberg — andere Länder liegen noch nicht vor — zeigt, daß die Länder und Gemeinden die größten Anstrengungen machen, diese Bildungsdisparität zu mildern. Die Erfolge, von denen heute hier so viel gesprochen wurde, sind also nicht nur auf das Konto des Bundes zurückzuführen; insbesondere gilt das für den baulichen Sektor.

In Vorarlberg wurden 1973 — so steht das in dieser Bildungsplanung des Unterrichtsministers drinnen — 53 Prozent aller kommunalen Investitionen für das Bildungswesen ausgegeben. Das ist eine Leistung, die sich sehen lassen kann.

Die bauliche Ausstattung der Pflichtschulen ist besser als die bei den mittleren und höheren Schulen. Für die Pflichtschulen sind die Gemeinden zuständig, für die höheren Schulen der Bund.

Der Bund macht starke Vorgriffe auf die Zukunft — 3 Milliarden Leasing, das ist heute schon gesagt worden. Der Bund verlangt in der Praxis auch große Beiträge von den Gemeinden und von den Ländern für seine Schulen. Ich möchte das nicht kritisieren, sondern nur feststellen und klarstellen. Ich sehe eine gewisse Gefahr, daß sich der Herr Unterrichtsminister oder die Sozialistische Partei mit Federn schmückt, die eigentlich den Gemeinden und den Ländern zustehen.

Die Untersuchung über die Verteilung der Bildungslasten zeigt weiters eine sehr starke unterschiedliche Belastung der einzelnen Gebietskörperschaften und der Gemeinden nach ihrer Größe.

Die erste Ursache ist wohl die stark unterschiedliche Übertrittsrate nach der 4. Klasse Volksschule in die AHS. Je größer die Gemeinde, desto größer ist die Übertrittsrate.

In der Steiermark ergibt sich ein solches Bild (*der Redner weist eine Statistik vor*): Hier sind die kleinen Gemeinden, und da ist dann Graz. Das erspart natürlich den Gemeinden namhafte Beträge, weil wir wissen — das steht auch in der Statistik —, daß ein Schüler der AHS dem Bund 16.500 S kostet. Ohne Personalaufwand, der auch in der Pflichtschule vom Bund bezahlt wird, belaufen sich die Kosten immer noch auf 3300 S.

Die zweite Ursache dieser finanziellen Ungerechtigkeit ist die stark unterschiedliche Schülerzahl im Verhältnis zur Wohnbevölkerung. In Wien gibt es 79 Schüler allgemein-

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

bildender Pflichtschulen auf 1000 Einwohner und in Vorarlberg 163, also mehr als das Doppelte. Und für diese Schüler hat die Gemeinde zu zahlen.

Im letzten Finanzausgleich wurde keine gerechte, befriedigende Lösung gefunden. Wir müssen feststellen, daß der Fortschritt im Bildungsbereich und die Verbesserung der regionalen Chancengleichheit auch von der gerechten Aufteilung der Bildungslasten abhängig sind. Bildungspolitik muß daher vermeiden, daß neue Schichten von Privilegierten entstehen, solche, die in günstigen Zonen leben, und solche, die in ungünstigen Zonen leben. Die Landbevölkerung darf eben nicht zur Nachhut der Bildungsgesellschaft werden.

Ich bin weit davon entfernt, den „Menschen“ nur mit der Matura und der Hochschule beginnen zu lassen. Ein gut ausgebildeter Handwerker hat vielleicht bessere Zukunftschancen als ein arbeitsloser Akademiker.

Die Schulverlaufsstatistik in Vorarlberg zeigt aber auch starke schichtspezifische Unterschiede im Bildungsverhalten der Bevölkerung. Es ist in diesem Bericht angeführt, daß dieses Bildungsverhalten sicher nur langsam verändert werden kann. Es gehen von den Freiberuflern fast 64 Prozent der schulpflichtigen Kinder in eine AHS, von den Lehrern 53 Prozent, von den Unselbständigen im Gewerbe und in der Industrie 14,7 Prozent und von den selbständigen Landwirten 9,7 Prozent.

In diesem Bericht heißt es dann nüchtern: Die bildungspolitischen Bemühungen der letzten zehn bis zwanzig Jahre haben zwar das gesamte Niveau der Bildungsbeteiligung stark angehoben, aber die regionalen und schichtspezifischen Unterschiede wurden dadurch kaum verringert.

Aus dem Bericht kann weiters entnommen werden, daß die Organisationsform der Volksschule weniger Bedeutung hat als die sozioökonomische Struktur der Wohngemeinde und die Qualität des Lehrers.

Das ist in diesem Bericht besonders betont. Eine niederorganisierte Volksschulunterstufe — sagen wir die zweiklassige Form — braucht bei einem guten Lehrer den Vergleich mit der Unterstufe der vollorganisierten Volksschule nicht zu scheuen. Das wissen die Praktiker. Es ist daher festzustellen, daß die Forderung der Volkspartei richtig war, die Volksschulunterstufe dem Dorf zu erhalten, das Hauptschulnetz regional breit zu streuen und die Schule mit einem guten Lehrer zu versorgen.

Herr Minister! Wir haben die Hauptschullehrerbildung in Form von Schulversuchen, die keine waren und sind, auf sechs Semester

ausgedehnt. Diese Ausbildung wird, wenn nicht Folgemaßnahmen einsetzen, das Reservoir der Volksschullehrer stark schmälern und damit eine neue Gefahr für die Volksschule heraufbeschwören.

In den westlichen Bundesländern besteht ein starker Lehrermangel. Das bewirkt auch einen starken Lehrerwechsel. Im Schuljahr 1973/74 fehlen in Vorarlberg 800 Dienstposten. Das ist ein Drittel. Es heißt im Bericht: 400 davon sind unbedingt zu besetzen.

Wir wissen, daß die Ursachen des Lehrerwechsels sehr verschieden sind: die Weiterbildungsmöglichkeit für den jungen Lehrer, der Schulbesuch der Kinder für den älteren Lehrer und keine Möglichkeit von Mehrdienstleistungen in einer entlegenen Volksschule, aber gute Möglichkeiten von Mehrdienstleistungen an den zentralen Orten. Das bedeutet also eine starke finanzielle Benachteiligung.

Und wenn im ländlichen Raum der Lehrer so wichtige Funktionen im Bereich der Bildung und der Kultur zu erfüllen hat, hat die Gemeinde seine gesellschaftliche Integration zu fördern, zum Beispiel durch Beistellung von Wohnraum. Es hat aber der Staat eine finanzielle Gleichstellung oder einen finanziellen Ausgleich zu gewähren, nachdem durch den Einspruch des Finanzministers und der Budgetentwicklung ja nicht zu erwarten ist, daß in der nächsten Zeit eine sechssemestrige Volksschullehrerbildung und eine annähernd gleiche Bezahlung erfolgen. Ich glaube, es ist also eine Landlehrerzulage notwendig.

Die Schulverlaufsstatistik zeigt deutlich — und das haben ja Praktiker immer gesagt —, daß Verkehrsversorgung und Schulwegbedingungen jene infrastrukturellen Faktoren sind, welche für die Bildungsbeteiligung beziehungsweise für die Wahl weitergehender Schulformen von großer Bedeutung sind und diese negativ beeinflussen können. Es gibt einen Abschreckungseffekt, der besonders stark wird, wenn regionale Schwierigkeiten mit schwachen Einkommensverhältnissen gekoppelt sind.

Und durch die inflationäre Entwicklung, Herr Bundesminister, bestehen neue Gefahren. Die Schul- und Heimbeihilfen werden von zwei Seiten ausgehöhlt: einmal reichen die Sätze nicht aus, um die tatsächlichen Mehrkosten zum Beispiel für ein Internat abzugelten, und zweitens werden die Beihilfen infolge des nominell steigenden Einkommens immer geringer. Und hier fallen gerade Menschen herein, die zu den bildungsmotivierten gehören, die dieser Förderung verlustig gehen.

12132

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Ich sehe also in der Inflation, für welche die sozialistische Regierung verantwortlich ist, eine Gefahr für die Verbesserung der Chancengleichheit im ländlichen Bereich.

Der vorliegende Bericht des Bundesministeriums sagt außerdem sehr deutlich zur Schülerfreifahrt, so wie sie 1971 erstmals beschlossen wurde — und 1971 war ja der Beschluß so mangelhaft, daß dann Gott sei Dank eine Novelle auf Bemühen der ÖVP erreicht werden konnte, die diese Mängel weitgehend doch ausgeschaltet hat —:

„Die durch die Verkehrslage bedingten Benachteiligungen der Kinder aus den Streusiedlungs- und Berggemeinden wurden durch diese Bundesbeihilfe nicht nur nicht behoben, sondern sogar noch verstärkt.“

Wir haben das hier oft mitgeteilt und darauf hingewiesen. Und Gott sei Dank konnte die Novelle 1972 einiges verbessern. Aber auch jetzt noch müssen Kinder aus Streusiedlungen lange Fußwege zurücklegen. Nach dem Bericht gibt es eine finanzschwache Berggemeinde, die heute noch ein Achtel ihrer Jahreseinnahmen für den Transport zur Verfügung stellen muß, weil die Sätze, die der Finanzminister genehmigt, in den Berggebieten nicht ausreichen.

Und es heißt dann: Um Chancengleichheit zu erzielen, müssen einzelne Räume verschieden intensiv unterstützt werden. — Ich glaube, das wäre der Weg, um zu helfen und gleichzeitig auch die Mittel sparsam zu verwenden.

Weiters, Herr Minister, vermisse ich immer noch das Recht zur nötigen Flexibilität für die Schule gerade in diesen Räumen, um das Unterrichtsende so festsetzen zu können, daß eine echte Anpassung an die Verkehrsmittel erfolgen kann.

Ich sehe eine weitere Gefahr. Die Schulreformkommission vergaß weitgehend auf die ökonomische Seite. Was bringt es und was kostet es?

Als ich vor drei Jahren in der Schulreformkommission einmal gefragt habe, ob das Unterrichtsministerium Kostenvergleiche anstellt: Gesamtschule—Hauptschule der heutigen Form, Ganztagschule—Tagesheimschule, sechsemestrige Lehrerausbildung, kostenloses Schulbuch, da wurde mir mitgeteilt, das wäre doch nicht Sache der Schul- und Unterrichtsverwaltung. Das sei Sache der Regierung, des Finanzministers, des Parlaments.

Jetzt hat der Finanzminister die Reform gestoppt. Die Kosten seien aus staatspolitischen

Gründen zu hoch. Und das kann eben ein neues Ungleichgewicht zuungunsten des ländlichen Raumes abgeben.

Darüber hinaus überfordern die ständigen Änderungswünsche an die Organisationsformen vielfach die finanzielle Leistungskraft der Gemeinden. Sie gefährden den notwendigen Ausbau der Kindergärten, denn das ist Sache der Gemeinden. Hier haben die Länder tatkräftig mitgeholfen, aber der Bund hat sich bis jetzt ganz steril verhalten. Er tut nichts auf diesem Gebiet.

Für den ländlichen Bereich ist der zweite Bildungsweg von größter Bedeutung. Aber statt Einführung des Fernunterrichtes im Medienverbund gab es die Einführung des sozialistischen Rundfunks. Die Regierungspropaganda erschlägt also die Institutionalisierung des Fernunterrichtes, der über Rundfunk und Fernsehen auch Menschen in den entlegenen Gebieten erreichen würde.

Die verstärkte Förderung der außerschulischen Jugendarbeit und des kulturellen Lebens ist für den ländlichen Raum eine ganz große Aufgabe. Aber auch dieser Bereich bleibt auf der Strecke, weil die vier Bundestheater ein Defizit von 780 Millionen Schilling haben. Jeder Spieltag verschlingt 3 Millionen Schilling. *(Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.)*

Herr Minister! Das sind falsche Schwerpunkte, die hier gesetzt werden, einmal Verschwendung und dann wieder Sparen am falschen Platz.

Nun einige Worte zum landwirtschaftlichen Schulwesen. Ich kann mich hier sehr kurz fassen, weil die Hoffnung besteht, daß die Odyssee der landwirtschaftlichen Schulgesetze, daß die sozialistische Bildungsblockade gegen die Bauernschaft nach zehn Jahren nun endlich zu Ende geht. Ich hoffe, daß der dritte Unterausschuß zur Beratung der landwirtschaftlichen Schulgesetze nicht wieder einer vorzeitigen Neuwahl in den Nationalrat zum Opfer fällt, sondern daß er in den ersten Monaten des kommenden Jahres seinen Bericht fertigstellen kann und daß dann der Nationalrat zu einem Beschluß kommt.

Die landwirtschaftlichen Schulgesetze müssen die Anpassung des Systems an die verschiedenen Erwerbsformen gewährleisten. Es ist das Ziel des Vollerwerbsbauern, die Fachschule zu besuchen — das gilt auch für seine künftige Frau —, eine abgeschlossene Berufsausbildung zu haben und die landwirtschaftliche Meisterprüfung zu machen.

Der Nebenerwerbslandwirt braucht aber zur landwirtschaftlichen Ausbildung einen zweiten Beruf im gewerblich-kaufmännischen

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Bereich. Deshalb ist es notwendig, daß die Anrechenbarkeit der land- und forstwirtschaftlichen Schule in nichtlandwirtschaftlichen Berufen sichergestellt wird. Es ist weiter erforderlich, daß die Bundesländer, die trotz weitgehendem Fehlen von gesetzlichen Bestimmungen sehr hervorragende Leistungen aufzuweisen haben, verschiedenen Formen des heutigen Fach- und Berufsschulwesens anpassen können und daß diese Formen abgesichert werden. Ferner soll sichergestellt werden, daß die Lehrinhalte und die Organisationsformen an die sich ständig ändernden Berufsbilder in der Landwirtschaft angepaßt werden.

Herr Minister! Ich weiß, daß Sie sich hier bemühen, und ich hoffe, daß die Verhandlungen zu einem guten Abschluß kommen.

Die Menschen im ländlichen Raum verlangen den vollen Anschluß an die Bildungsgesellschaft, die ihnen berufliche Aufstiegschancen und individuelle Entfaltungsmöglichkeiten sichert. Die wirtschaftlichen Bedingungen sind so zu gestalten, daß das Bildungswesen die speziellen Aufgaben erfüllen kann. Wenn dies erfolgt, dann ist es gerade der Mensch im ländlichen Raum, der einen wesentlichen Beitrag dazu leisten kann, daß die Bildung eine Symbiose von intellektuellen, rationalen Leistungen mit praktischen Fähigkeiten erreicht und daß gleichzeitig die emotionalen Bereiche, also die echte Menschlichkeit, nicht verkümmert.

Dieses Ziel gilt es zu erreichen, für dieses Ziel arbeitet die Österreichische Volkspartei! Die Menschen im ländlichen Raum sollen keine Nachhut der Bildungsgesellschaft werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Probst**: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Hanreich.

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Hanreich** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte kurz auf die Bemerkungen meines Vorredners von der Sozialistischen Partei Herrn Dr. Maderner eingehen, weil ich glaube, daß er mich in wesentlichen Punkten mißverstanden hat. Ich huldige nicht einem falschen Elite-Denken, ich bin aber der Meinung, daß jeder Leistung auch ein gewisses Sozialprestige zurecht zukommt.

Wir Freiheitlichen haben uns immer dazu bekannt, daß unterschiedliche Begabungen im Volk vorhanden sind und daß es im Interesse der Gemeinschaft liegt, diese unterschiedlichen Begabungen voll zu nutzen. Wir bekennen uns auch dazu, daß die Leistung des einzelnen, seine Begabung im Interesse der Gemeinschaft einzusetzen, honoriert werden muß. Er soll

dafür nicht nur Geld in angemessenem Umfang bekommen, sondern auch ein angemessenes Sozialprestige.

Ich möchte damit nicht gesagt haben, daß jemand, dem es mit Mühe gelungen ist, eine Matura zu bestehen, ein Leben lang davon zehren darf. Er muß seine Leistungsfähigkeit, seine Leistungsbereitschaft im Interesse des Ganzen immer wieder unter Beweis stellen. Wir wollen nicht, daß jemand, der einmal eine Leistung erbracht hat, sich für alle Hinkunft in einer Art Kaste gewisse Vorrechte schafft und sichert. Wir wollen aber, daß jeder, der zu der Leistung bereit ist, auch anerkannt wird, und wir wollen, daß die Leistung des einzelnen auch herausgefordert wird, weil wir sie brauchen, weil sie für uns notwendig ist, um die schwierigen Aufgaben zu lösen, vor denen wir stehen. Mit einem Absenken des Niveaus, mit einem Verfallenlassen der Begabungsreserven, die in unseren jungen Leuten stecken, werden wir die Zukunftsaufgaben nicht lösen. *(Zustimmung bei der FPÖ.)*

Wenn ich eine Bemerkung höre, wie die, daß man jedem die Chance geben muß, Intelligenz zu erwerben, dann glaube ich doch, daß das an der Wirklichkeit vorbeigeht. Es bestehen nur sehr bescheidene Möglichkeiten, das Intelligenzniveau des einzelnen zu beeinflussen, viel geringere, als es wünschenswert wäre. Dort wo die Möglichkeiten bestehen, dort bekennen wir uns zur Förderung, weil wir, wie ich noch einmal betonen möchte, alle Begabungsreserven ausschöpfen wollen.

Das gilt auch für die Spitzenbegabungen. Das gilt gerade für die Leute, die wirklich große Chancen in sich tragen und die dazu vermehrt herausgefordert werden müssen. Die Tatsache, daß jemand über eine Begabung verfügt, ist nicht ein Talent, auf dem man sich ausruhen kann, sondern ist eine Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft, zu der er herausgefordert werden muß, ist eine Verpflichtung, der er sich gewachsen erweisen muß, und das Schulsystem hat dazu beizutragen.

Zu der Frage der notwendigen Zweidrittelmehrheit bei der Entscheidung über Maßnahmen im Schulsystem möchte ich bemerken, daß es äußerst seltsam ist, daß sich die Kollegen der Sozialistischen Partei als die Systemerhalter im Schulwesen aufspielen, während man sich bei der Hochschule mit einer Mehrheit von 0,4 Prozent bereit zeigt, alles von unten nach oben zu kehren und eine Systemveränderung durchzuführen, die weit über das hinausgeht, was man als sinnvoll und zweckmäßig im Sinne einer gedeihlichen Entwicklung bezeichnen kann.

Dipl.-Ing. Hanreich

Hier hat man in den ursprünglichen Vorschlägen, die ja momentan nur zögernd behandelt werden, des Guten zuviel getan. Aber ich frage Sie: Wieso ist in einem so wichtigen Bereich wie dem der Hochschul-ausbildung — hinsichtlich der Lehrer ist das ja auch vom Kollegen Schnell unterstrichen worden — die einfache Mehrheit plötzlich gut genug? Wieso ist dort nicht der Grund zur Kontinuität, zur Systemerhaltung gegeben? Diese seltsame Zwiespältigkeit der Sozialistischen Partei in dieser Frage bedürfte wohl noch einiger Aufklärung.

Zuletzt noch eine Bemerkung, die ich gerne dem Herrn Minister dargelegt haben möchte.

Ich entnehme der Zeitschrift „handikap“, und zwar der Nr. 9 vom Oktober 1974, daß die Körperbehinderten bei ihm vorgeschrieben und gebeten haben, doch Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß bei den Theatern, bei der Oper begünstigte Möglichkeiten beziehungsweise überhaupt Möglichkeiten geboten werden, auch Körperbehinderte, die an einen Rollstuhl gefesselt sind, an diesen Kulturveranstaltungen teilnehmen zu lassen.

Es wurde auch darauf hingewiesen, daß beim Schulneubau Möglichkeiten geschaffen werden sollen, körperbehinderte Kinder in die bestehenden Schulen zu integrieren, damit sie nicht irgendwo in eine besondere Schule gehen müssen.

Wie dieses Blatt schreibt, hat der Herr Bundesminister dazu die Erarbeitung einer Studie über dieses Thema zugesagt.

Ich möchte da doch bitten: Herr Minister! Wäre es nicht zweckmäßiger, die einzelnen betroffenen Stellen anzuweisen, aus eigenem Vorschläge dafür zu unterbreiten und wenn möglich sofort zu realisieren, die diese vom Schicksal schwergeplagten Menschen in eine bessere Situation zum Kulturkonsum bringen? Ich glaube, hier wäre eine rasche Soforthilfe durchaus zweckmäßig! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Bundesminister Dr. Sinowatz. Ich erteile es ihm.

Bundesminister für Unterricht und Kunst **Dr. Sinowatz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich glaube, daß wir alle heute sagen können, daß bei der Debatte über die Unterrichtsverwaltung ein sehr sachlicher Ton vorgeherrscht hat. Das ist auch gar nicht überraschend, und zwar deswegen, weil erstens die Vielschichtigkeit dieses Problems über die — fast möchte ich sagen — Grenzen der Ansichten der eigenen Fraktion hinausgehen und weil zweitens im Grunde genommen eine billige Schwarzweißmalerei auf diesem Gebiet gar nicht möglich ist.

So gesehen ergibt sich auch für mich eine sehr interessante Perspektive zum Wollen jener Politiker, die die Schulgesetze 1962 verabschiedet haben: Die Perspektive, daß sie damit, daß sie für die Schulorganisation und ihre Veränderungen eine Zweidrittelmehrheit verlangten, nicht etwa eine Hürde aufbauen und schon gar nicht eine Falle stellen wollten.

Ich empfinde das so, daß speziell für diesen Bereich, nicht aber etwa für den Bereich der Hochschulen, nicht etwa für den Bereich anderer schulpolitischer Faktoren außerhalb der Schulorganisation, nicht etwa für andere politische Angelegenheiten diese Mehrheit verlangt wurde. Darin sehe ich eine Aufforderung an uns, speziell in diesen wichtigen Fragen immer wieder gemeinsame Lösungen zu suchen.

Ich glaube, daß wir uns zu diesem Geist der Schulgesetze 1962 immer bekannt haben. Daß wir alle dabei mitgearbeitet haben, zeigen ja die Aktivitäten in der Schulreformkommission und im Unterausschuß des Unterrichtsausschusses. Bei diesen Arbeiten haben ja alle drei Fraktionen, und zwar sehr wesentlich und sehr intensiv, mitgearbeitet.

Nun bitte ich Sie, auch meine Stellung zu einem sehr strittigen Kapitel der Schulpolitik der Gegenwart, zur Schulbuchaktion, zur Kenntnis zu nehmen.

Ich glaube, daß die Hinweise, die heute gegeben wurden, nicht ohne Ergänzung durch mich bleiben dürfen. Auch hier möchte ich sagen, daß ich allen guten und realisierbaren Vorschlägen zur Weiterentwicklung der Schulbuchaktion völlig offen gegenüberstehe, daß ich die jetzige Form der Schulbuchaktion durchaus nicht als etwas Endgültiges betrachte. Dieses Problem ist nämlich ebenfalls weitaus schwieriger, vielschichtiger, als der Laie meint. Nur eine Voraussetzung muß dafür gewährleistet sein, nämlich daß wir dieses Problem wieder versachlichen, es aus der Emotion des politischen Alltages herauslösen und — ich bitte um Entschuldigung — diese Frage nicht zum Anlaß nehmen, damit unter Umständen andere, ich möchte sagen, parteipolitische Zielsetzungen zu verbinden.

Hohes Haus! Eines müssen wir feststellen: Wir haben mit der Schulbuchaktion den Eltern die Sorgen um das Schulbuch voll abgenommen. Alle Schüler in allen Schulen haben alle Bücher, die sie im Unterricht benötigen.

Wir haben damit die Voraussetzung zur Sicherung der Methodenfreiheit der Schule und ferner die Voraussetzung für die Weiterentwicklung des Lehrbuches geschaffen. Wir haben die Voraussetzung dafür geschaffen,

Dr. Sinowatz

daß wir heute bei der Neuproduktion der Lehrbücher für die Volksschulen, die Hauptschulen und die Unterstufen der allgemeinbildenden höheren Schulen bereits bei 70 Prozent Arbeitsbüchern angelangt sind, wobei auch ich der Meinung bin, daß nicht jedes Arbeitsbuch, das sich Arbeitsbuch nennt, so ist, wie wir es haben wollen.

Auch da ist manche Kritik am Platz, und wir wissen, daß sich hier die Entwicklung nicht von heute auf morgen vollzieht und daß sich an diese Entwicklung manches anschließt, was wir im Grunde genommen gar nicht haben wollen.

Die Vorschläge, die bisher gemacht wurden, sind zum Teil deswegen nicht realisierbar, weil sie noch höhere Kosten erfordert hätten, zum Teil deswegen nicht, weil sie dem Grundgedanken der Schulbuchaktion widersprechen, nämlich daß die Bücher tatsächlich auch in der Schule zur Verfügung stehen, zum Teil auch deswegen nicht, weil sie, wie mir scheint, nicht ganz durchdacht sind.

Alles, was von der Weitergabe der Bücher spricht, ist sehr verführerisch und scheint jedem, der sich mit der Materie nicht voll befaßt, durchaus durchführbar zu sein.

Herr Abgeordneter Gruber sagte aber schon: Mehrstufenbücher können nicht weitergegeben werden. Bücher, die man einmal für die Reifeprüfung, für eine Abschlußprüfung, für eine Befähigungsprüfung benötigt, sollten im Eigentum des Schülers bleiben.

Fachbücher: Was steht da heute auf diesem Gebiet zur Verfügung? Zum Beispiel „Fenster — Fensterwände“, „Stadtentwässerung“. — Das sind ja Bücher, die für den Beruf von ungeheuer großer Bedeutung sind und die in der Hand des Schülers bleiben sollen.

Wörterbücher, Tabellen, Atlanten und die Arbeitsbücher können nicht weitergegeben werden. Das bedeutet in der Praxis, daß alle Bücher, die es heute in der Volksschule gibt, im Grunde genommen nicht mehr weitergegeben werden können. Das zur Entwicklung im Bereich der Volksschule.

Was nun die Schule der Zehn- bis Vierzehnjährigen und den Polytechnischen Lehrgang betrifft, so schätzen wir in der Unterrichtsverwaltung, daß man unter Umständen etwa 20 Prozent der Bücher weitergeben könnte.

Was die weiterführenden Schulen anlangt, hat kürzlich Abgeordneter Schleinzner bei einer Veranstaltung der Österreichischen Frauenbewegung von den 26 Schulbüchern gesprochen, die seine Tochter in der sechsten Klasse einer allgemeinbildenden höheren Schule hat. Das sind die Bücher, die übrigbleiben, die man

weitergeben könnte. Alles andere sind Mehrstufenbücher, Bücher die im Besitz der Schülerin bleiben müssen. Das macht von den Gesamtkosten ein Drittel aus.

Aber da (*der Redner hält einige Bücher hoch*) sind wieder Bücher — das ist also entscheidend —, man spricht von 26 Büchern. Meine Damen und Herren! Darunter sind sechs Mathematikbücher, die so (*der Redner zeigt einige dünne Bücher*) aussehen. Wir wollten ja mit der Schulbuchaktion erreichen, daß wir so dünne Hefte zur Erleichterung des Unterrichtes in der Schule schaffen. Einem Mathematikbuch von früher entsprechen sechs solche dünne Heftchen in der Hand der Schülerin.

Dazu kommen noch Bücher wie das Geschichtsbuch, „Grundzüge der Botanik“, das Buch für Geographie und Wirtschaftskunde. Das sind durchwegs Bücher, die im Grunde genommen bei der Schülerin verbleiben sollen, auch im Hinblick darauf, daß sie ja die Matura wird ablegen müssen.

Dann haben wir (*der Redner zeigt neuerlich ein Buch*) das Religionsbuch. Meine Damen und Herren! Der größte Teil der Kostensteigerung bei den Lehrbüchern betrifft die Religionsbücher. Hervorragende Religionsbücher! Ein solches Buch wegzugeben, kann ich mir, meine Damen und Herren, beim besten Willen nicht vorstellen! (*Abg. Dr. Zittmayr: Jetzt kommen noch Tränen! — Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich schätze dieses Buch so hoch ein, Herr Abgeordneter, daß ich es nicht zustandebrächte, ein solches Buch als „Wegwerfbuch“ zu bezeichnen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Nun, meine Damen und Herren, kommt ja zu den Kosten der Weiterverwendung etwas dazu, nämlich, daß durch die niedrige Auflage dieser Bücher sich sofort der Preis der Bücher erhöht. Wissen Sie, daß ein großer Teil der Bücher, die wir heute in der Schulbuchaktion haben, billiger ist als vor Beginn der Schulbuchaktion, weil wir die hohe gesicherte Auflage haben! Das würden wir ja verlieren, wenn wir die andere Variante wählen.

Das nächste sind die Verwaltungskosten, die Sie ja selbst kennen, die Schwierigkeiten bei der Organisation, bei der Durchführung einer solchen Form der Schulbuchaktion. Bestenfalls kommen wir auf 0:0, bestenfalls sind die Kosten gleich, und wir haben dann die Nachteile, die wir immer wieder in der Vergangenheit kritisiert haben: die Nachteile aus hygienischen Gründen und die Frage: Wer bekommt dann die guten Bücher, wer bekommt die schlechten Bücher von denen, die da nachfolgen? Weiter die Frage: Ist es

12136

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Sinowatz

immer so, daß der Lehrer, der nachher kommt, auch die Bücher im Unterricht verwenden will, die ihm dann gegeben werden? Wo bleibt denn die Methodenfreiheit für den Lehrer?

Aber trotzdem: Es muß alles getan werden, um diese Aktion sparsam zu gestalten. Wir haben deswegen für die nächste Schulbuchaktion die Grundausrüstung klar festgestellt, eine Straffung des Angebotes vorgenommen, wir haben ein effizientes Kontrollsystem, und zwar auch ein Beratungssystem für den Lehrer in Aussicht genommen, und ich rechne, daß wir damit etwa 10 bis 15 Prozent der Kosten einsparen werden.

Wir haben für das übernächste Jahr zum Beispiel vor, eines der teuersten Bücher anders zu gestalten, das Lesebuch. Die Lesebücher kosten 50 Millionen Schilling jährlich. Das Lesebuch soll in Zukunft gewissermaßen als Lesebank zur Verfügung stehen: Einzelheftechen auf Abruf für den Gebrauch in der Schule. Auch das ist eine Möglichkeit, die sich durch die Schulbuchaktion ergibt.

Wir werden im Frühjahr eine Schulbuch-enquete durchführen, bei der, wie immer bei uns im Schulbereich, alle Beteiligten anwesend sein werden, ihre Meinung sagen werden, bei der wir auch zeigen werden, was sich Gewaltiges geändert hat im Bereich des Lehrmittels Schulbuch; Gewaltiges hat sich seither geändert. Wir werden gemeinsam beraten, wie wir unter Umständen Vorschläge aufgreifen können, die zu einem noch besseren System führen könnten.

Noch einmal: Wir sind offen für alle Vorschläge, und wir wollen wirklich sachlich alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Schulbuchaktion stehen, behandeln. Ich möchte aber als Unterrichtsminister — und als der stehe ich hier vor Ihnen — sagen, daß ich diese Schulbuchaktion vom pädagogischen Standpunkt für einen unerhörten Fortschritt für die Zukunft halte, der heute noch gar nicht in seinen Konsequenzen voll abgeschätzt werden kann. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Und nun nur eines zum Herrn Abgeordneten Peter, der gesagt hat, daß die „Zauberflöte“ sowohl in Salzburg wie in Wien, sowohl bei den Festspielen wie in der Staatsoper inszeniert wurde. Er hat dabei nicht ganz unrecht. Aber ich darf sagen, daß lange Verhandlungen gestern zu einem Abschluß zwischen den österreichischen Bundestheatern und Herbert von Karajan geführt haben. Aus künstlerischen Überlegungen und aus wirtschaftlichen Überlegungen werden daher die Wiener Staatsoper, die Salzburger Festspiele und die Osterfestspiele ab 1. September 1976 im Hinblick auf die künstlerische Planung sowie die sich

daraus ergebende größtmögliche Ausnützung von Inszenierungen zusammenarbeiten. Auf Grund dieser Voraussetzung wird Herbert von Karajan ab 1977 jedes Jahr im Mai an der Wiener Staatsoper tätig sein. Eine besondere Vereinbarung sieht vor, daß die künstlerischen Ergebnisse dieser Arbeit, dieser Planungen durch modernste Mittel der Massenmedien weitesten Bevölkerungskreisen zugänglich gemacht werden.

Ich glaube, daß auch das ein Beweis dafür ist, daß wir die wirtschaftlichen Erfordernisse immer wieder zu verbinden versuchen mit den kulturellen Anforderungen, die an uns gestellt sind.

Das ist auch heute erstmals — erstmals, muß ich sagen, meine Damen und Herren — sehr deutlich bei der Unterrichtsdebatte zum Vorschein gekommen. Es ist kein Zufall, daß in der Schulreformkommission in den letzten Wochen und Monaten darauf hingewiesen wurde und heute im Parlament öfter auf diesen Zusammenhang verwiesen worden ist.

Natürlich, ich sagte es bei der Länderprüfung der OECD: Allen Bildungspolitikern in ganz Europa weht jetzt und in den nächsten Jahren ein kühler Wind ins Gesicht, zugegeben. Aber wir in Österreich haben immer Maß gehalten in unseren bildungspolitischen Vorstellungen und bei der Realisierung dessen, was wir uns gemeinsam erarbeitet haben.

Daher habe ich mich beim Schulunterrichtsgesetz hinsichtlich des Einführungstermins 1. September 1974 weder von der ÖVP dazu erpressen lassen, noch von der FPÖ davon abhalten lassen. Es war der Entschluß von mir, dieses Gesetz mit 1. September 1974 in Kraft treten zu lassen, und ich bekenne mich dazu, weil ich es für unverständlich gehalten hätte und auch gewissermaßen für eine Herausforderung aller, die mit unserem Schulwesen verbunden sind, daß wir so lange über ein Gesetz reden und dann, wenn wir es beschließen, es nicht auch in Kraft setzen, bei allen Schwierigkeiten, die im ersten Jahr eines so großen Gesetzes damit verbunden sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich freue mich sehr darüber, daß der Herr Abgeordnete Gruber heute im Zusammenhang mit der bildungspolitischen Zielvorstellung auch die Lebensqualität genannt hat, weil ich ja das immer in den Vordergrund stelle, die Möglichkeit, die ich darin sehe, zur Humanisierung der Gesellschaft über eine moderne Bildungspolitik beizutragen.

Natürlich, meine Damen und Herren, natürlich, Herr Abgeordneter Peter und Herr Abgeordneter Hanreich, gibt es auch ökonomische Standpunkte für den Staat in der Form,

Dr. Sinowatz

daß er für die Wettbewerbsfähigkeit auch in Zukunft vorzusorgen hat und daß er die Finanzierungsmöglichkeiten für die bildungspolitischen Reformvorhaben festlegen muß. Und für den einzelnen Menschen insofern, daß neben der Komponente Lebensqualität bei der Bildung auch die Lebenserwartung steht, daß damit auch eine gewisse Berufserwartung, eine gewisse Erwartung hinsichtlich seiner kommenden Tätigkeit verbunden ist. Zwischen diesen Zielsetzungen haben wir ununterbrochen und immer wieder Entscheidungen zu fällen in einer Gesellschaft, die sich pluralistische Gesellschaft nennt und daher der persönlichen Entscheidungsfreiheit ein weites Feld beläßt.

Ich möchte abschließend bemerken: Ich habe immer gesagt, daß unsere österreichische Schule gut ist, daß wir sie nicht um der Reform willen reformieren möchten, sondern wegen der raschen gesellschaftlichen Veränderungen, denen wir ausgesetzt sind. Wir wollen keine Überforderung der Schule durch die Gesellschaft, wie es vielfach immer wieder zum Ausdruck kommt. Manches, was die Gesellschaft nicht bewältigen kann und will, möchte sie auf die Schule übertragen in der Hoffnung, daß die Schule das zustande bringt, was sie selbst nicht tun kann und bisweilen nicht tun will.

Wir wollen nicht auch die mechanische Übertragung bildungspolitischer Modelle aus dem Ausland. Wir wollen keine Verunsicherung durch eine zu rasche Veränderung, wir müssen mit den Gegebenheiten immer wieder rechnen. Daher treten wir für eine permanente Reform in kontrollierten Schritten ein. Daher sind wir für die Schulversuche, für die Erprobungen, sind wir dafür, einen gemeinsamen Weg zu finden in der Schulpolitik, und deswegen beachten wir auch in der Schulpolitik sehr deutlich und immer wieder die österreichische Kontinuität unserer Schule. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Kaufmann.

Abgeordneter Dr. **Kaufmann** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die heurige Budgetdebatte unterscheidet sich insofern von den vorangegangenen Debatten, als es die letzte in der herrschenden Legislaturperiode ist und ihr deshalb etwas Bilanzartiges anhaftet. Sicher, man kann in der knappen Zeit, die uns zur Verfügung steht, keine umfassende Bilanz etwa über drei Jahre Kulturpolitik ziehen, aber man kann bilanzartig einige Anmerkungen machen, und ich glaube, das sollte hier heute auch geschehen.

Sie, Herr Bundesminister — ich habe das schon einmal an dieser Stelle gesagt —, haben bei Ihrem Amtsantritt gesagt, Sie wollten nicht nur Unterrichtsminister, Sie wollten auch Kunstminister sein, und Sie haben in dem soeben erschienenen Spielstättenplan mit Stolz darauf hingewiesen, daß Ihr Ministerium seit der sozialistischen Regierung Bundesministerium für Unterricht und Kunst heißt; eine Titelerweiterung, die wir übrigens schon bei unserem Grazer Kulturgespräch im Jahre 1970 angeregt haben.

Aber, Herr Bundesminister, die von Ihnen angekündigte Wende ist ausgeblieben. Der Punch, wenn ich das vielleicht so formulieren darf, der Punch fehlt. Sie sind bei allen hoffnungsvollen Ansätzen in der Administration steckengeblieben: Nichts ist zu sehen von der „völlig neuen Phase“ der Kulturpolitik, die Sie etwa im Vorwort zum Kunstbericht 1972 angekündigt haben, nichts oder nur sehr wenig vom Umdenken in der Kunstförderung.

20 Gesetze haben während Ihrer Amtszeit, Herr Bundesminister, Ihr Ministerium verlassen und das Parlament erreicht. Von diesen 20 Gesetzen waren 19 Unterrichtsgesetze und nur ein einziges, nämlich das Bundstheatergesetz, über das wir demnächst im Unterausschuß zu verhandeln haben werden, befaßt sich mit der Kunst.

Ich weiß, man soll Gesetze nicht zählen und untereinander ausspielen. Das ist sicherlich eine Äußerlichkeit, aber doch in diesem Zusammenhang von einer gewissen symbolhaften Aussagekraft. Und in einer Zeit, in der man die Kunst aufwerten wollte, in der man so viel von Neuordnung gesprochen hat und es ganz anders machen wollte als vorher, hat man es auch anders gemacht, und zwar so, daß man Ihnen, der Sie ein Kunstminister sein wollen, die Bundesmuseen, das Zwanzgerhaus, die Albertina und den gesamten Denkmalschutz weggenommen und ins Wissenschaftsministerium gegeben hat, wo sie jetzt ein Stiefkinderdasein führen müssen.

Auch bei den Bundestheatern — aber darauf komme ich noch am Ende meiner Ausführungen zurück — gibt es im Grunde nichts Neues. Das Defizit wächst munter weiter, die Schwierigkeiten sind nicht kleiner geworden. Die Kunstberichte, einer der hoffnungsvollen Ansätze, sind in der Idee steckengeblieben und dokumentieren praktisch, daß in der Kunstförderung weiterhin nach dem Gießkannenprinzip vorgegangen wird und es nicht zu wirklichen Schwerpunktbildungen kommen konnte.

Die Versuche, einige Millionenbeträge für etablierte Institutionen einfrieren zu lassen

Dr. Kaufmann

und dafür eine progressive Veranstaltung zu fördern oder für die „Initiative junger Leute und für junge Leute“ einen Betrag auszusetzen, der kaum eine Million ausmacht, diese Versuche sind eben jene Schwalben, die leider noch keinen Sommer machen.

Der Vorschlag, die Kunstförderung auf eine völlig neue Basis zu stellen und einen neuen, kühnen Weg zu versuchen etwa durch die Schaffung einer Art Künstlerselbstverwaltung, in der natürlich nicht nur die Künstler, sondern auch andere mitbestimmt hätten, dieser Vorschlag ist von Ihnen zwar „grundsätzlich“ angenommen, aber dann in der Praxis abgelehnt worden. Statt dessen haben Sie zahlreiche Beiräte, Kommissionen und Juries geschaffen, die reden dürfen, so lange und so viel sie wollen, die sich aber letzten Endes doch der Entscheidung Ihres Ministeriums beugen müssen. Sie haben sich damit — ich glaube, das muß man hier auch einmal aussprechen — in Gegensatz zu ihrem Vorgänger Gratz gesetzt, der noch im August 1971 wörtlich sagte: „Es ist nicht vertretbar, daß der Minister oder ein Beamter entscheidet, was Kunst und als solche förderungswürdig ist“.

Sie haben weiter sehr viele Erhebungen angekündigt; der Spielstättenplan liegt jetzt vor — ich hatte noch keine Zeit, ihn anzusehen, er ist uns erst vor zwei Tagen vorgelegt worden —, andere Untersuchungsergebnisse stehen aus. Aber wie, Herr Bundesminister — und das ist die große Frage —, werden die Konsequenzen aussehen?

Ganz schlimm ist es um den österreichischen Film bestellt. Der Film ist in Österreich praktisch tot, obwohl es in der Regierungserklärung noch geheißen hat — ich zitiere —: „Dem sich neu formierenden österreichischen Film wird ein Filmförderungsgesetz die notwendige Basis geben müssen.“

Wir sind weiter denn je davon entfernt. Es ehrt Sie zwar, daß Sie im Ausschuß und auch bei anderen Gelegenheiten gesagt haben, Sie müßten zugeben, daß Sie sich die Sache leichter vorgestellt hätten. Es ist also nicht so gegangen, wie Sie wollten, aber das ändert nichts daran, daß Sie in der Materie gescheitert sind.

Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einige Erinnerungen bringen. Noch am 8. November 1972 haben Sie im Ausschuß bei der Behandlung des Films gesagt: „Beim Filmförderungsgesetz handelt es sich um eine sehr schwierige Materie. Es liegen bereits einige Entwürfe vor, deren jeweiliger Stand immer wieder mit den beteiligten Stellen ausführlich diskutiert wird. Ziel des Gesetzes ist die Förderung des kulturpolitisch wertvollen Filmes in Österreich“.

In einer parlamentarischen Anfragebeantwortung vom 30. Mai 1973 haben Sie gesagt:

„Ich stehe nach wie vor zu meiner Absicht, womöglich noch in diesem Jahr die Vorlage eines Filmförderungsgesetzes in die Wege zu leiten. Es kann derzeit noch nicht endgültig beantwortet werden, ob die Förderung des kulturellen Films in Österreich in einem eigenen Gesetz verankert werden soll oder ob dies zusammen mit dem Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie geschehen wird.“

Und im heurigen Jahr, am 2. Juli 1974, haben Sie in einem sehr distanzierten Ton plötzlich erklärt:

„Da ein Filmförderungsgesetz sich nicht nur auf einen kleinen Bereich der Filmförderung beziehen, also keinesfalls die sehr wesentlichen Fragen des Kommerzfilms, der Produktionsstätten, des Verleihs, der technischen Anlagen und der Ausstattung der Kinos ausklammern kann, kann das Bundesministerium für Unterricht und Kunst keinesfalls ein spezielles, nur auf seine Agenden zugeschnittenes Filmförderungsgesetz einbringen“. Das ist das Ende des Zitats.

Und was die Budgetmittel für den Film für das Jahr 1975 anlangt: Wir finden zwar einen wesentlich höheren Betrag im Rahmen der Ermessenskredite für jene Filme, über die der Filmbeirat zu entscheiden hat, dem aber steht eine alarmierende Unterdotierung des Unterrichtsfilmes gegenüber. Der Nachholbedarf ist dort mit 40 Millionen Schilling errechnet worden, und nun steht im kommenden Jahr dafür weniger zur Verfügung als im heurigen Jahr. Ich glaube, die Vernachlässigung des Unterrichtsfilmes können Sie nicht länger auf sich nehmen.

So ist das, was man gerne sozialistische Kulturpolitik nennt, Stückwerk geblieben. Was wir von der Opposition an Alternativen zu bieten hatten und an Vorschlägen, Neues zu versuchen, ist von Ihrer Regierung nicht aufgegriffen worden. Ich erinnere nur an einige Dinge: die Schaffung kultureller Wachstumsgesetze, die Verankerung der Kunst in der Verfassung, die Schaffung eines Nationalfonds für den Denkmalschutz, die Schaffung einer Clearingstelle für Museen und Kunstankäufe, eine „Woche der Kunst“ oder einen „Monat der Kunst“, einen „Tag der Kunst“ im Parlament, die Schaffung eines Filmförderungsinstituts, ein Konzept für die Künstlerselbstverwaltung. Dies sind nur einige Beispiele, die sicher dazu angetan wären, gerade auf dem Gebiet der Kunstförderung und der Kunstpflege neue Wege zu versuchen und neue Ziele zu erreichen.

Dr. Kaufmann

Nun lassen Sie mich noch etwas zu den Bundestheatern sagen. Wir werden zwar im Unterausschuß bei der Behandlung des Bundestheatergesetzes Gelegenheit genug finden, den gesamten Fragenkomplex aufzurollen und gründlich darüber zu diskutieren, ich glaube aber doch, daß heute und an dieser Stelle einige Anmerkungen angebracht werden sollen.

Zunächst einmal zum Gesetzentwurf selbst: Ich habe schon wiederholt erklärt, daß wir einem Bundestheatergesetz und einer Reform der Bundestheater grundsätzlich positiv gegenüberstehen. Schließlich ist diese Reform ja unter Unterrichtsminister Dr. Mock initiiert und begonnen worden.

Nachdem dann, Herr Bundesminister, Ihr Vorgänger gescheitert war und es mit einer Minilösung versucht hatte, haben Sie einen neuen Anlauf unternommen. Ich glaube, in den letzten Monaten hat es, wenn ich mich jetzt recht entsinne, fünf Entwürfe innerhalb kürzester Abstände gegeben, bis dann der Letztentwurf zustande gekommen ist und knapp vor den Sommerferien noch den Ministerrat passieren mußte.

Dieser Letztentwurf, diese Regierungsvorlage ist dann, kaum daß sie den Ministerrat passiert hatte, von der Gewerkschaft als untauglich abgelehnt worden, und zwar mit mehreren Begründungen: der Entwurf sei nicht mit der Gewerkschaft abgesprochen worden, die Rechte der Dienstnehmer seien nicht gesichert, es sei zu erwarten, daß Rechte sogar weggenommen werden, die Arbeitsplätze seien in Gefahr. Außerdem fühlten sich die Gewerkschaften übergangen, denn man habe ihnen versprochen, sie vorher noch einmal anzuhören.

Das sind schwerwiegende Vorwürfe, mit denen man sich sicherlich auseinandersetzen muß, denn wir haben nie einen Zweifel daran gelassen, daß man ein solches Gesetzeswerk nicht gegen die Dienstnehmer machen kann.

Es ist eine Ironie, aber ich glaube, es kommt nicht von ganz ungefähr, daß ausgerechnet einer sozialistischen Regierung ein solches Malheur passieren mußte.

Im übrigen ist dann auch noch im Ministerrat selbst die Vollzugsklausel geändert worden.

Herr Bundesminister! Ich werde auch das Gefühl nicht los — vielleicht irre ich mich —, daß Sie selbst keine reine Freude mehr an diesem Gesetz zu haben scheinen. Ich erinnere mich, daß Sie im vergangenen Sommer — ich glaube, es war in Salzburg — erklärt haben, daß es sehr viele Schwierigkeiten mit diesem Gesetz gebe, weil mehrere zuständige Abgeordnete viel zuviel unterwegs seien und es dadurch schon terminliche Schwierigkeiten gebe.

Außerdem habe ich einen Artikel der „Presse“ vom 3. Oktober 1974 unter dem Titel „Zu wenig Abgeordnete für Kultur“ entnommen, daß Sie dem Artikel zufolge sagen, „daß nur mit äußerstem Glück eine Beschlußfassung des Bundestheatergesetzes in der Sommersession 1975 denkbar ist: Den Querschuß von seiten der Gewerkschaft nannten Sie einen „Rückfall in die Tage des Klassenkampfes“.

Und dann noch: „Für den erwähnten Unterausschuß, der gebildet werden muß“ — er ist in der Zwischenzeit gebildet worden —, „um noch über das Gesetz zu beraten, stehen allen drei Parteien nur wenig fachkundige oder interessierte Abgeordnete zur Verfügung — und gerade die sind durch mehrere andere Funktionen bereits überlastet.“

Also ich konnte daraus keinen sehr großen Optimismus für den weiteren Fortgang dieser Gesetzesverhandlungen herauslesen.

Doch nun zu den Bundestheatern selbst. Ich habe schon gesagt: Das Defizit wächst munter weiter, und die Leuchttürme, wie Sie die Bundestheater einmal genannt haben, leuchten leider nicht immer so, wie sie eigentlich leuchten sollten und könnten. Wir werden auch beim Abgang bald die Milliardenengrenze erreicht haben.

Da frage ich mich heute eigentlich nur eines: Warum der Herr Bundeskanzler das alles ganz selbstverständlich findet, derselbe Bundeskanzler, der noch vor kurzer Zeit, als er allerdings noch nicht Bundeskanzler war, ganz anders geredet hat. Es ist interessant, sich das heute in Erinnerung zu rufen.

Es steht in der „Arbeiter Zeitung“ vom 14. Februar 1970, daß der Herr Bundeskanzler erklärte: „Die ÖVP hatte kein Geld für die Verwirklichung eines Spitalskonzepts, sie hatte auch kein Geld für den Ausbau wissenschaftlicher Institute und die Besoldung wissenschaftlicher Assistenten, aber sie hat... für die Bundestheaterverwaltung jährlich 400 Millionen Schilling an Subventionen“ zur Verfügung. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

So ändern sich die Zeiten! Derselbe Bundeskanzler sonnt sich heute nämlich sehr gerne zu Füßen dieser Leuchttürme bei entsprechenden Galaveranstaltungen, und er hat auch ein sehr kostspieliges Hobby in letzter Zeit entwickelt, indem er nämlich einmal Bundestheaterchef spielt und einmal Unterrichtsminister spielt, indem er sich in die Verhandlungen um die Neubestellung der Direktoren einmischte, in aller Öffentlichkeit Zensuren austeilte, Kandidaten belobigte, andere vergräbt und alles noch schwieriger macht, als es, wie wir alle wissen, ja ohnehin ist. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Kaufmann

Warum ich das alles zitiere, meine Damen und Herren? — Ich sage das jetzt mit Nachdruck: Nicht, um dieses Spiel fortzusetzen und jetzt etwa für die Rentner oder den Spitalsbau auf Kosten der Bundestheater Geld zu reklamieren, obwohl das, wie sie selbst wissen, gar nicht unpopulär wäre, sondern um an Sie zu appellieren, beim Bundestheatergesetz solche Voraussetzungen zu schaffen, daß diese Theater in Zukunft aus dem Parteienstreit herausgenommen werden können! (*Beifall bei der ÖVP.*) Denn, meine Damen und Herren, wer weiß, wie die politischen Verhältnisse in diesem Haus in einem Jahr sein werden! Vielleicht sitzt dann der Herr Bundeskanzler wieder im Parkett hier herunter (*Zwischenruf bei der SPÖ*) und will dann mit dem Bundestheaterdefizit wieder Spitäler und Schulen bauen. Ich glaube, das sollten wir verhindern. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Weil ich schon bei der Nostalgiewelle bin und in Erinnerungen schwelge: Ich habe — ich möchte das eigentlich hier nur anmerken — auch von Ihnen eine Äußerung gefunden, und zwar aus der Zeit, als der Bundesminister Dr. Sinowatz noch Landtagsabgeordneter im Burgenländischen Landtag war. Da haben Sie gesagt — es war am 20. Dezember 1963 —: „Wenn man bedenkt, daß der Abgang, das Defizit der Bundestheater 258 Millionen Schilling jährlich beträgt“ — wie schön wäre es, wenn wir dort wären! —, „dann muß man sagen, daß die Wünsche und Forderungen unserer Dorfbevölkerung nach mehr Licht...wirklich berechtigt sind“. (*Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Herr Bundesminister! Wenn wir das Bundestheaterdefizit als Finanzquelle für das Licht heranziehen wollten, müßten die Dorfbewohner bei der heutigen Höhe noch sehr lang auf das Licht warten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was die Situation in den Theatern selbst betrifft, habe ich schon gesagt: Die Leuchttürme leuchten nicht immer so, wie sie sollten. Denn eines ist sicher: Große künstlerische Erfolge, künstlerische Sternstunden drängen jede Finanzdebatte in den Hintergrund. Es ist nicht von ungefähr, daß heute, gerade heute so viel über das Geld geredet wird.

In der Staatsoper stehen wir vor einer personellen Neuordnung. Der neue Direktor ist bestellt, und man wird abzuwarten haben, was er tut. Ich bin aber der Meinung, daß ein Mann von seinem künstlerischen Rang Anspruch auf ein Maß an Vertrauensvorschuß hat.

Nach wie vor offen sind die Probleme im Burgtheater. Dort hat ja der Herr Bundeskanzler sehr wesentlich zur Desorientierung beigetragen.

Ich muß mich jetzt fragen: Wie soll das weitergehen? Im Ensemble herrscht wachsende Unsicherheit und auch Angst, und das ist der künstlerischen Leistung nicht zuträglich.

In letzter Zeit, habe ich feststellen können, ist der Vorhang im Burgtheater an drei Abenden nicht mehr hochgegangen. Das ist eine Neuerung. Ist das der Anfang einer neuen Entwicklung? — Immerhin bedeutet so etwas auch einen Einnahmefall. Ich schätze, daß es etwa 300.000 S sein werden. Das sind immerhin die Kosten für zwei mittlere Dekorationen im Akademietheater.

Dem Theaterbesucher fällt weiters auf, daß manche Fächer fünf- bis sechsfach besetzt sind, manche kaum oder zuwenig. Manche Künstler sind überbeschäftigt, manche — und darunter Spitzenkünstler — sieht man überhaupt nicht mehr. Diese müssen dann untätig sein und ins Ausland oder auf Tourneen gehen.

Nach welchen Kriterien werden etwa gleich beim Eintreten in das Burgtheater Spitzengagen vergeben? Wie sieht es mit der Planung aus? Strehlers Inszenierung der „Sommerfrische“, die mich übrigens persönlich fasziniert hat — ich möchte das sagen —, läßt man wegen übermäßiger Länge um 18 Uhr am Abend beginnen, und jagt dann noch das Publikum durch verkürzte Pausen.

Ich frage mich nur: War denn wirklich niemand da, der gesagt hat, daß es unmöglich ist, an Wochentagen um 18 Uhr zu beginnen, wenn man Wert darauf legt, daß auch arbeitende Menschen ins Burgtheater hineingehen? Man hätte sich dann nämlich ersparen können, diese Aufführung hinterdrein zusammenzukürzen, wobei nicht immer künstlerische Gesichtspunkte ausschlaggebend waren.

Ich frage mich auch — und das gilt für den gesamten Theaterbetrieb —: Was sollen kostspielige und überdimensionale Proben, wenn während der Proben die Künstler ausgewechselt werden und der, der dann zum Zug kommt, ohnehin nur mehr ein paar Tage Zeit hat, wirklich zu probieren?

Fragen über Fragen, Hohes Haus. Aber auch ein noch so gutes Gesetz wird nicht alle diese Probleme lösen können. Daher muß es — das ist meine tiefe Überzeugung — zu einem Gesinnungswandel kommen. Es muß wieder der Wille zur Kontinuität vorherrschen. Unsere Bundestheater sollen weder Durchhäuser und Stätten zum höheren Ruhm irgendeines Direktors sein, sondern Bühnen, die Maßstäbe setzen und die Leistungen erbringen, die anderswo nicht erbracht werden können. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Dr. Kaufmann

Direktoren sollen nicht ständig kommen und gehen und nach der Einarbeitung bereits an ihr nächstes Haus denken, sondern diese Direktoren sollen zur Pflege dieser Kontinuität berufen sein und dieser Kontinuität dienen. Ich sage mit Nachdruck „dienen“, obwohl das nicht sehr populär ist.

Nur auf diese Weise werden optimale Leistungen zu erzielen sein, und nur so werden sich auch die Künstler in den Ensembles wieder wohl fühlen.

In diesem Sinne, Herr Bundesminister, wollen wir auch an ein neues Bundestheatergesetz herangehen und in diesem Sinne sind wir zur Mitarbeit bereit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Luptowits.

Abgeordneter Luptowits (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Ich werde versuchen, mich in sehr punktueller Weise mit einigen Dingen auseinanderzusetzen, weil mir ja ein Limit gesetzt ist. Ich kann auf all die Fragen, die Kollege Kaufmann hier angeschnitten hat, leider Gottes nicht eingehen, so sehr reizvoll es wäre, hier darüber zu diskutieren.

Zuerst möchte ich feststellen, daß es bestimmte Gemüter auch in diesem Hause gibt, die meinen, Reformen seien nicht möglich, weil sie zu teuer sind.

Meine Damen und Herren! Wir müssen dauerhaft und unabhängig von vordergründigen Stimmungen begreifen, daß es auch gesellschaftliche Investitionen gibt, die unumgänglich sind, selbst wenn sie Geld kosten. Ich glaube, daß die Reformen, die der Herr Bundesminister durchgeführt hat auf dem Gebiet der Schule, der Bildung und der Kunst, der allgemeinen Kulturförderung realistisch waren. Sie waren sicher nicht himmelstürmend, aber wir wollen, wie er richtig gesagt hat, Reformen in kleinen Schritten durchführen, aber wir wollen zum Ziel kommen.

Die Frage, die sich bei der subventionierten Kultur im allgemeinen stellt, geht ja im besonderen darum: Wie groß soll der Anteil des Kuchens für Fragen der Kunst und Kultur sein?

Es gibt eine sehr zeitgemäße Variante: Viel Feind — viel Ehr. Heute kann man ruhig gerade in dieser Frage sagen: Viel Feind — wenig Geld. Das ist, glaube ich, gerade in Fragen der Kultur und des Anteils der Kunst am gesamten Budget doch wirklich zu sagen. Wenn ich aber hier einen Vergleich ziehe — und Kollege Kaufmann hat das genau getan —, dann kann ich als einer, der seit

dem Jahre 1966 hier zu Fragen der Kunst immer Stellung genommen hat, doch wohl folgendes sagen:

Es ist ein grundsätzlicher Wandel vor sich gegangen. Der grundsätzliche Wandel liegt schon darin, daß der derzeitige Bundesminister für Unterricht und Kunst tatsächlich ein Freund der Künste ist, daß es kein Zwang für ihn ist, mit den Künstlern Aussprachen zu pflegen und Begegnungen zu suchen. Die Minister der Vergangenheit haben das ja nicht getan und haben es hier auch offen zugegeben. Der Herr Dr. Piffi-Perčević hat es hier im Hause einige Male getan.

Ich möchte diesen kleinen Wandel an einigen Beispielen demonstrieren, damit Sie sehen, wie der Bundesminister, wie die Fraktion Kulturaufgaben und Kulturpolitik sieht.

Erstens: Wir versuchen — oder wir haben es versucht —, einen Konsens mit der Mehrheit der Bevölkerung in der Kulturpolitik zu erzielen. Das geht natürlich nicht von heute auf morgen. Das ist ein schwieriges Unterfangen. Aber es sind Ansätze da. Wir laden alle Damen und Herren auch dieses Hauses ein, mittätig zu sein in dieser Frage, einen verstärkten Konsens mit der Bevölkerung, mit der Mehrheit der Bevölkerung zu erzielen.

Für die Fragen der Kulturförderung, Herr Kollege Kaufmann, gab es in der Vergangenheit — Sie haben vom „Gießkannenprinzip“ gesprochen; das unterstreiche ich vollkommen — keine objektiven Förderungskriterien. Diese objektiven Förderungskriterien hat zumindest der Bundesminister für Unterricht Dr. Sinowatz versucht. Das Förderungskonzept, das heute vorliegt, bietet doch mehr Öffentlichkeit für alle an der Kunst interessierten. Die Förderungspraktiken und die Förderungsrichtlinien oder das Konzept zeigen, daß es auch durchsichtiger geworden ist.

Sie haben die Kunstberichte erwähnt. Wir haben über diese Fragen ja diskutiert. Sicher sind die Kunstberichte nicht das, was wir uns letztlich vorstellen. Es fehlt vielfach die Motivation. Es fehlen viele Dinge, die wir gemeinsam hier ja sehen. Es ist noch nicht das, was es sein sollte oder könnte. Aber es ist zumindest der Versuch gemacht worden, der österreichischen Bevölkerung zu zeigen, wie und in welcher Weise Kunst gefördert wird. Die Einrichtung der Jury hat sich im großen und ganzen als praktikabel erwiesen, ob das die Film- oder die Kunstkommission oder jetzt die Grundlagenforschung betrifft, die uns sicher einige Hinweise geben wird, wie und in welchem kulturellen Bereich wir stärkere Akzente setzen sollen.

12142

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Luptowits

Herr Kollege Kaufmann! Das Kleinbühnen-Konzept, das auch Bundesländer-Kleinbühnen einschließt, ist in meinen Augen ein ganz großer Erfolg. Ich muß sagen: Ich erwarte mir ja gerade von diesen Kleinbühnen, ich erwarte mir von allen anderen Bühnen überhaupt eine Art Konkurrenz gegenüber den privilegierten Bundestheatern. Daß es heute nicht der Fall ist, bedauern wir zutiefst.

Aber ich muß ehrlich sagen: Ich erwarte mir selbstverständlich vom „Theater im Künstlerhaus“ und von allen anderen Theatern, die so gefördert werden, einiges. Ich habe mir in der „Tribüne“ und in anderen Keller-Theatern sowie im „Werkstätten-Theater“ einige Stücke angesehen. Da sind Begabungen am Werke, die, wenn sie gefördert werden, eines Tages ohne Zweifel mit den Künstlern an den Bundestheatern konkurrieren können.

Ich will nicht näher darauf eingehen. Ich könnte ein praktisches Beispiel aus der Vergangenheit erzählen. Aber da mir eben die Zeit fehlt, muß ich damit sehr haushalten.

Das „Dramatische Zentrum“, Kollege Kaufmann, gibt Stipendien für junge Leute, für Stückeschreiber, für Ausstattung, für Regisseure, für Kontakte mit dem Ausland. Das „Dramatische Zentrum“ ist ja deshalb geschaffen worden, um eine Basis gerade für den künstlerischen Nachwuchs zu haben. Das „Theater im Künstlerhaus“ soll ja auch mit dazu beitragen, diesen neuen Begabungen eine Stätte zu geben, wo sie zeigen können, was sie künstlerisch eigentlich leisten.

Zur Frage der Filmförderung. Das ist ein altes Leiden, muß auch ich sagen. Mir paßt die Entwicklung auch nicht, wie sie derzeit ist. Wir haben über diese Frage schon jahrelang diskutiert. Es gibt eben bestimmte Erscheinungen und beharrende Kräfte, die es wahrscheinlich zu überwinden gilt, um zu einer Förderung zu kommen, wie wir sie alle gemeinsam uns vorstellen.

Die Förderung kleiner Veranstaltungen, wie die Randspiele, die „Aktion 2000“ in Salzburg, wie alle kleineren musikalischen Veranstaltungen, zum Beispiel in Breitenbrunn, ich glaube, daß alle diese Dinge gezeigt haben, daß der Herr Bundesminister für Unterricht und Kunst gewillt ist, neue Akzente zu setzen und neue Initiativen anzuerkennen.

Sie haben vielleicht übersehen, daß der Herr Bundesminister die Absicht hat, künftig einen bestimmten Betrag, bestimmte Ankaufsmittel vom Bund an die Länder zu übertragen, um den Ländern die Möglichkeit zu bieten, ihre Begabungen hier auch finanziell zum Zug kommen zu lassen.

Ich glaube, daß diese Dinge doch sicherlich gesehen werden müssen, und wenn man schon nicht unbedingt ja sagen muß, so sollte man zumindest anerkennen, was hier an Initiativen in die Wege geleitet wurde.

Die Frage der Bundestheater: Sicherlich könnte man es sich leicht machen und sagen: zusperren. Ja, dann ersparen wir uns eben die vielen hunderte Millionen. Ist das eine Lösung? Ich glaube, nein.

Wenn man sich zu einem Kulturstaat, zur Förderung der Kunst, wenn man sich zu den Theatern im allgemeinen bekennt, dann muß man auch diese Theater der Opulenz bejahen. Sicherlich erfordern sie sehr viel Geld. Aber ich bin der Meinung, das Überleben dieser Theater — auch der Bundestheater, möchte ich sagen — kann doch nur in der Kooperation liegen.

Nun, wie können denn Bundestheater kooperieren? Herr Bundesminister! Ich glaube, vielleicht sollten wir hier unsere Phantasie etwas walten lassen. Warum wäre es nicht denkbar oder möglich, daß man über die Grenzen hinaus kooperiert? Warum wäre es nicht denkbar oder möglich, meinethalben mit München zu kooperieren? Oder ich wage sogar zu behaupten, vielleicht sollte man auch den Versuch machen, mit Budapest zu kooperieren. Es hat hier in der Vergangenheit großartige künstlerische Kontakte gegeben. Wäre es nicht möglich, daß Orchester und Ballett an Ort und Stelle bleibt und daß alles andere sozusagen mit ins Haus geliefert wird?

Das sind nur einige Hinweise, in Kürze geliefert. Man müßte über Details selbstverständlich nachdenken.

Wobei ich bei der Staatsoper gar nicht so skeptisch bin, denn in der Staatsoper gibt es doch wirklich nur im großen und ganzen 45 Opern, mit denen wir es ja dauernd zu tun haben. Ob jetzt besser Regie geführt wird oder ein opulenterer Sänger da am Werk ist oder ein Dirigent, das hängt von den verfügbaren Mitteln ab.

Worüber ich auch nicht ganz glücklich bin, ist die Entwicklung im Burgtheater, das muß ich heute ganz offen sagen, aber nicht wegen der Fragen, die Kollege Kaufmann hier angeschnitten hat, wegen der personellen oder anderen Schwierigkeiten.

Worum es mir geht, Herr Bundesminister, ist folgendes: Ich glaube, man muß das Burgtheater, die Problematik des Burgtheaters nach Form und Inhalt neu durchdenken. Ich bin der Meinung, daß die Rolle, die das Burgtheater zu spielen hat im gesamten Theaterraum und in der gesamten deutschsprachigen Theaterlandschaft es wert ist,

Luptowits

sich über diese Frage wirklich Gedanken zu machen. Denn alles andere sind, so meine ich, sicherlich unangenehme Erscheinungen, aber im wesentlichen sehe ich sie als sekundär an. Primär kommt es mir darauf an, die gesamte Aufgabe und die Stellung der Aufgabe neu zu überdenken. Ob es jetzt einzelne sind, die dort führen, oder Führungsgruppen, das scheint mir dabei nicht das Wesentliche zu sein.

Kollege Kaufmann! Sie haben doch übersehen, daß unterdessen die Bundestheaterverwaltung eingerichtet wurde. Diese Bundestheaterverwaltung — ich möchte das nur an einem Beispiel demonstrieren — hat sich doch schon sehr fruchtbar bemerkbar gemacht, zum Beispiel in der Abschaffung des Ausstattungswahnsinns. Denn was sich hier manche Künstler in der Ausstattung geleistet haben, das war ja wirklich haarsträubend. Aber hier hat — das muß ich sagen — die Bundestheaterverwaltung Enormes geleistet. Wenn Sie sich die Beträge im Budget ansehen, dann sieht man hier schon sehr stark den korrigierenden Stift.

Ich glaube, daß wir uns auch Gedanken machen sollten über die Reduzierung der Stargagen. Das können wir aber nicht allein entscheiden, weil wir doch abhängig sind von New York, von Hamburg, von Berlin, von München und von anderen Orten. Ob der Versuch gelingen wird, einmal zu einer vernünftigen Relation der Gagen zu kommen, weiß ich nicht. Aber versuchen sollte man es vielleicht.

Ich bin der Meinung, daß wir Kulturpolitiker uns über das Theater mehr Gedanken machen sollten. Nicht ziellos verwalten, meine ich; nicht kritiklos hätscheln, denn es gibt ja, auch solche, die sich dann im Glanz sonnen und sagen: Ich war ohnehin schon immer dafür, daß diese Bundestheater bestehen bleiben sollen.

Aber wir sollten auch nicht gedankenlos die Bundestheater verdammen, denn meine Damen und Herren, gerade das subventionierte Theater hat ja eine besondere Aufgabe in unserer gesamten Kulturpolitik. Ich bin halt der Auffassung, man sollte auf die partizipatorischen Effekte bedacht sein, das heißt, die Anteilnahme an der Kultur sollte nicht nur passiv sein, sondern wir sollten versuchen, Einrichtungen ins Leben zu rufen, wir sollten versuchen, neue Initiativen zu setzen. Ich denke an Olympia, an die Spielstraße, ich denke an Kybernetiko, an die Medienausstellung und an andere Dinge. Man sollte hier wirklich neue Versuche machen, und ich glaube, daß auf diesem Weg sicherlich noch Möglichkeiten vorhanden sind.

Ich möchte gleichzeitig sagen, daß — zu dem Film zurückkommend — die Aktion „Der gute Film“ hier in Österreich sich ganz große Verdienste erworben hat, nicht nur dadurch, daß sie Filme vorführt, sondern auch dadurch, daß sie Seminare veranstaltet, daß sie die Interessenten in die Medienkunde einführt. Das halte ich gerade in einem Zeitalter, wo man so viel von den Medien spricht und sie nutzbar und dienstbar machen kann und sollte, für wichtig. Man sollte diese Aktion hier besonders hervorheben.

Meine Damen und Herren! In der Kulturpolitik und in der Kunstpolitik im besonderen gibt es keine sprunghaften Entwicklungen, kann es keine geben. Auch in der Künstler-selbstverwaltung nicht. Ich habe mir das auch idealistisch so schön vorgestellt, am Reißbrett skizziert. Aber die Wirklichkeit ist halt etwas anders, man muß halt auch mit den menschlichen Schwächen und mit den organisatorischen Einrichtungen rechnen, die hier mit berücksichtigt werden sollen.

Trotzdem bin ich der Auffassung, wir sollten hier nicht verzagen, und gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik sollten wir es nicht unterlassen, mit neuen Ideen, mit viel Phantasie ans Werk zu gehen. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Ofenböck.

Abgeordneter Ofenböck (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich müßte den Herrn Bundesminister zuerst ansprechen, da er jedoch nicht hier ist, werde ich das, was ich primär jetzt ihm allein hätte sagen wollen, wohl etwas später sagen müssen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Lebensqualität wird mit zunehmender Kürzung der Arbeitszeit, mit der Zunahme einseitiger, oft extrem belastender Berufstätigkeiten primär im Freizeitbereich angestrebt und letztlich auch im Freizeitbereich empfunden. Es nehmen daher nicht nur die Bedürfnisse aller arbeitenden Menschen zu, den verlängerten Urlaub zur Regeneration des Körpers und der Leistungsfähigkeit in einen Sommer- und in einen Winterurlaub zu teilen. Der in seinen Lebensbedingungen am Arbeitsplatz und durch seine Umwelt so extrem beeinflusste Mensch bedarf nicht nur der Erholung im Sommer und im Winter, er braucht ständig mehr Erholung und Entspannung in gesunder Umwelt und möglichst nicht nur zur Urlaubszeit, sondern wochentags, zumindest an jedem Wochenende.

Ofenböck

Es wäre daher längst erforderlich, daß jene Erholungs- und Freizeiteinrichtungen geschaffen werden, die in der Nähe von Ballungsräumen der Naherholung suchenden Bevölkerung angeboten werden müssen.

Diese Einrichtungen sollen Möglichkeiten der Kommunikation, ebenso Möglichkeiten der sozialen Kontakte bieten und damit der immer mehr Platz greifenden Isolierung und Vereinamung vieler Menschen beugen.

Das heißt, daß neben den vereins- oder gemeindeeigenen Sportanlagen, die nur von Schulen oder Sportorganisationen benützt werden können, auch allgemein zugängliche Sport- und Spielflächen geschaffen und der Öffentlichkeit angeboten werden müssen.

Eingehende wissenschaftliche Forschungen sind hierfür unerlässlich, um alle für eine sinnvolle Freizeitgestaltung erforderlichen Erkenntnisse und Voraussetzungen zu schaffen.

Herr Bundesminister! Wären Sie bereit, diese Forschungen in die Wege zu leiten? Sie müßten nämlich zu einer Ergänzung des Sportstättenplanes dienen, der ja bisher nur von Sportanlagen, von Anlagen, die sportgerecht zu sein haben, ausgeht, während das, was ich hier als Freizeiteinrichtungen meine, über diese streng sportlichen Anlagen weit hinausgeht.

Der Staat hat und braucht beim Sport nicht zu reglementieren. Er kann und soll Sport auch nicht durch Beschluß verordnen. Es muß der Entscheidung des einzelnen überlassen bleiben, jenen Sport auszuüben, der ihm Erfüllung, Freude und Ausgleich vermittelt. Diese Freiheit, die alle seine Mitglieder an sich auch sicherlich anstreben, ist zweifellos durch die Selbstverwaltung des Sports in allen seinen Sparten und Gliederungen garantiert. Sie sind leider mehr, als mir lieb ist, finanziell abhängig von ihren Geldgebern, sowohl von den privaten als auch von den öffentlichen. Die Vereine haben mit dieser Abhängigkeit zu leben und fertig zu werden.

Sportanlagen, Bauten und Geräte kosten heute Beträge, die von den Vereinen allein nicht mehr aufgetrieben werden können. Das, was die an der persönlichen Sportausübung interessierten Österreicher aller Altersschichten von der öffentlichen Hand erwarten, sind erstens Freizeitzentren und Freizeitparks mit benutzerfreundlichen, freizeitgerechten Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in der Umgebung von Ballungsräumen, die für die berufstätigen Menschen und deren Familien geeignet sein müssen. Das zweite, das man vom Staat, von der Öffentlichkeit noch erwartet, ist die Förderung der privaten Initiativen von Vereinen und Verbänden.

Wie sehen nun diese Möglichkeiten, die allein durch diese Gegebenheiten der öffentlichen Hand vorgezeichnet werden, aus? Ich habe das Budget durchstudiert. Sicherlich auch schon, Herr Bundesminister, vor der Finanz- und Budgetausschußsitzung, bei der mir der Abgeordnete Kerstnig, von dem ich soeben erfahren habe, daß er sich hinter mich in die Rednerliste eintragen hat lassen, vorgeworfen hat, daß ich nichts zu kritisieren habe. Nun, zu kritisieren, Herr Abgeordneter, gibt es einiges, wie sie gleich hören werden.

Was weist die Sportförderung des Bundesbudgets aus? Im Kapitel 1/1222 einen Betrag von 60,935.000 S. Das scheint ein imponierender Betrag zu sein. Ich glaube aber, es gelingt mir gar nicht unschwer nachzuweisen, daß es nicht nur nicht mehr, sondern eher noch viel weniger ist, als das im Vorjahr oder vor zwei Jahren noch der Fall war. Denn allein an Administration, also an Geldern, die dem Sport nur indirekt, möglicherweise vielfach überhaupt nicht zukommen, ist ein Betrag von 2,270.000 S ausgewiesen. An sonstigen Aufwendungen, zu denen auch die Ehrenpreise, die der Herr Unterrichtsminister bei vielen Anlässen hergibt, zu zählen sind, ist ein Betrag von 3,203.000 S ausgewiesen. Wenn man jetzt auch noch die notwendigen Beiträge des Bundes an den olympischen Stätten dazuzählt, für die im Vorjahr und heuer Sonderbeiträge zu nennen waren, dann sind das 11,250.000 S. Weil das dem allgemeinen Sport im großen gesehen nicht zur Verfügung gestellt werden kann, sind das nur mehr 44,212.000 S.

Für Sportstättenpläne, also für die Pläne für den Bau von Sporthallen, Schwimmbädern, Kunsteisbahnen und sonstiger Sportstätten sind im Budget — Abgeordneter Kerstnig bitte, wenn Sie das nicht gelesen haben sollten — nur 9,5 Millionen Schilling vorgesehen. Selbst wenn ich das Eissportzentrum Klagenfurt, das in einer Sonderpost ausgewiesen ist, mit 4,850.000 S noch dazuzähle, ist der Betrag geringer als der Voranschlag 1974, der 15,161.000 S ausgewiesen hat. Das sind die Tatsachen. Man kann daher von einer Betonung des Sports nicht nur nicht reden, sondern es ist eher eine Unterbetonung, wie ich es formulieren möchte.

Jetzt zu etwas, von dem ich meine, daß man es unbedingt einmal deutlich machen muß. Es gibt ein fürchterliches Wirrwarr an Vorschriften, denen die Vereine, wenn sie sich etwa um Förderungsmittel bemühen wollen, einfach nicht mehr gerecht werden können.

Meine Damen und Herren! Das Bundes-sportförderungsgesetz gibt einige wenige Möglichkeiten für Vereine und Verbände, dort

Ofenböck

Mittel für die Sportförderung in Anspruch zu nehmen. Darüber hinaus hat jedes Bundesland entweder ein Sportgesetz oder ein Sportförderungsgesetz, wo primär, weil das Land für Sportfragen zuständig ist, Förderungsmittel beantragt werden sollen. Darüber hinaus gibt es in vielen Fällen die Möglichkeit, aus dem Fremdenverkehr Sportförderungsmittel in Anspruch zu nehmen.

In Niederösterreich etwa gibt es auch eine Finanzsonderaktion für die Schaffung von Freizeiteinrichtungen nicht nur sportlicher Art, bei denen das Land einen Zinsenzuschuß gewährt, um den man sich auch noch bemühen kann. Die Vereine können weiters über die Sportfachverbände um Totomittel ansuchen. Die Dachverbände haben auch noch kleinere Beträge für die Vereine zur Verfügung. Und zum Schluß — und nicht zuletzt — sind es die Gemeinden, die zwangsläufig Geldbeträge für die Sportvereine herzugeben haben, weil die Vereine die Aufgaben, nämlich die Herstellung von Sportanlagen in den Sitzgemeinden, von sich aus allein natürlich nicht bewerkstelligen können.

Meine Damen und Herren! Wenn es noch einen Verein gibt, der von allen Förderungsmöglichkeiten weiß, dann ist er schon hervorragend geführt! Aber um dies alles zu tun und zu veranlassen, das heißt, alle jene unangenehmen Wege des Bettelns um Unterstützung gehen zu müssen, dafür sollte bei der nächsten Gelegenheit im Gespräch mit den Ländern eine Vereinfachung dieses fürchterlichen Wirrwarrs, Sportförderungsbeträge in Anspruch zu nehmen, gefunden werden.

Meine Damen und Herren! Ich werde oft gefragt, ob ich für den Leistungs- oder für den Breitensport eintrete. Ich muß sagen, eines darf das andere nicht ausschließen. Primär glaube ich, daß es Aufgabe des Staates ist, der gesamten Bevölkerung jene Freizeitanlagen zur Verfügung zu stellen, die diese Bevölkerung durch die veränderte Arbeitswelt, durch die Veränderung der Welt insgesamt heute braucht. Der Breitensport ist es ja, der letzten Endes Impulse für den Leistungssport gibt. Denn je mehr Leute etwa Ski laufen, umso mehr Auswahlmöglichkeit hat der Österreichische Schiverband, die geeignetsten Läufer in die Spitze hineinzuführen.

Erst gestern wieder durften wir uns darüber freuen, daß es in diesem Schiwinter wieder österreichische Erfolgsgibt. Ich hoffe, sie werden sich fortsetzen. Das heißt also, wir brauchen keine Sorgen zu haben, uns vor der Leistung zu schämen. Denn der Leistungssportler hat primär die Leistung zu erbringen; und Leistung zu erbringen ist, glaube ich, noch nicht unan-

ständig. Wir sollten uns abgewöhnen, das in einem kritischen Licht zu sehen. Es ist vielleicht noch die letzte Möglichkeit, wo es auf die Leistung, nur auf die Leistung ankommt, um bewertet zu werden. Also meine Lanzen breche ich für den Breitensport ebenso wie für den Leistungs- und Spitzensport; hier gibt es keine Differenzierung.

Herr Bundesminister! Ich wollte mit etwas beginnen, was mir unangenehm ist, aber das wollte ich am Anfang loswerden. Jetzt mußte ich es doch in meine Rede einbauen. Es tut mir leid, aber ich muß Sie auf etwas aufmerksam machen, was Sie zweifellos der Presse schon entnommen haben werden.

Vor etwa einer Woche fand ich in einer großen Wiener Tageszeitung einen Bericht, der überschrieben ist mit „Liebe und Suff am Grab“. Ein Professor einer höheren allgemeinbildenden Lehranstalt in Wiener Neustadt läßt Schüler in einem Friedhof die Notdurft verrichten. „Zwischen Grabsteinen wird ein Saufgelage gemimt, ein Schüler und eine Schülerin legen sich auf ein Grab und spielen Liebespaar...“ Und das alles unter der Überschrift: Bildnerische Erziehung.

Herr Bundesminister! Ich darf mir jetzt die Frage erlauben: Kann das Bildnerische Erziehung sein, die hier, wenn auch nur gemimt, gemeint ist? Ich habe nicht die Absicht, in ein schwebendes Verfahren einzugreifen. Es wurde eine Disziplinarkommission mit dieser Frage beschäftigt, es hat sich die Staatsanwaltschaft eingeschaltet, die allein jene Gremien sein werden, die hier Recht zu sprechen haben.

Herr Bundesminister! Als Wiener Neustädter Abgeordneter aber kann es mir nicht gleichgültig sein, wie in einer Wiener Neustädter höheren Lehranstalt Bildnerische Erziehung dargeboten wird. Ich kann nicht verstehen, daß etwa der Direktor dieser Schule sagt, er hält nicht viel von Pietät. Diese Aussage ist nachgewiesen. Herr Bundesminister! Es wird Ihnen die ganze Affäre wahrscheinlich unangenehm genug sein, und Sie werden ebenso wie ich den Entscheidungen der hiezu zuständigen Gremien entgegensehen, aber kann denn das ein guter Weg sein?

Ich fürchte fast, daß es System ist, denn es ist ja nicht das erste Mal, daß so etwas in Wiener Neustadt passiert ist, denn es hat sich ja schon vorher zweimal, wie ich mir habe sagen lassen und wie auch die Presse zu berichten wußte, ähnliches ereignet: Sex-Altäre, was geht die Kirche dein Bauch an?, wobei ein Bild geboten wurde, das in der Schule ausgestellt wurde, in dem eine nackte Frau auf einem Gerät gesessen ist. Für mich ist das etwas so

Ofenböck

Ungewöhnliches, daß ich nicht verstehen kann, daß das noch in die Bildnerische Erziehung unserer heutigen Schulen Eingang finden kann. Ich wäre Ihnen dankbar, Herr Bundesminister, würden Sie zu dieser Affäre eine, wie ich hoffe, klärende Äußerung machen.

Jetzt komme ich zu den Fragen, die demnächst im Unterrichtsressort intensiver behandelt werden sollen. Wir haben vor kurzem das Gesetz über die Bundesanstalten zur Ausbildung von Leibeserziehern und Trainern einstimmig beschlossen. Diesem Gesetz haben alle Parteien und auch alle Sportverbände, alle an diesem Thema interessierten Personengruppen die Zustimmung gegeben.

Es stellt sich nunmehr, sowohl was das Gesetz anlangt als auch was die Lehrpläne zu diesem Gesetz anlangt, die in der Folge herausgekommen sind, heraus, daß die Voraussetzungen, wie wir sie ursprünglich im Ausschuß und im Plenum beschlossen haben, nicht so gegeben sind, wie dies vorher den Anschein erweckt hat.

Die Bundessportorganisation hat etwa große Angst, daß die bis jetzt gewährleistete Einheitlichkeit der Ausbildung vom Lehrwart bis zum Trainer für ganz Österreich verlorengeht und nun von jedem Bundesland nach seinen eigenen Gesichtspunkten durchgeführt wird. Außerdem meint die Bundessportorganisation, daß im Gesetz die Mitsprache des Sports bei der Aufnahme zur Ausbildung nicht gegeben ist. Es sei nirgends festgehalten, daß bei der Erstellung des Lehrplanes beziehungsweise der Richtlinien für die Ausbildung der jeweilige Fachverband federführend ist, und es ist nicht festgehalten, daß die Fachprüfer von den Fachverbänden und der Bundessportorganisation gestellt werden, wie auch nicht gesichert ist, daß die Vortragenden des fachlichen Teiles Trainer der Fachverbände oder ausländische Trainer auf Wunsch der Verbände sind.

Herr Bundesminister! Auch die Schilehrerausbildung, die durch das Gesetz in eine veränderte Rechtslage gestellt worden ist, macht Sorgen bei den hievon Betroffenen, und nicht nur bei den hievon Betroffenen, sondern ich muß fürchten, auch bei der gesamten am Sport interessierten Öffentlichkeit und auch der Wirtschaft.

Die Schilehrerausbildung wurde jetzt auf eine völlig neue Basis gestellt, und es ist nichts anderes, als daß die Länder und die Berufsorganisation der Schilehrer eine Änderung des § 4 verlangen. Die Länder und dieser Berufsschilehrerverband sind der Auffassung, daß zur Wiederherstellung der bisher bewährten Aufnahmeveraussetzungen für die staatliche Schilehrerausbildung eine Änderung des § 4 zweckmäßig wäre. Sollte in absehbarer Zeit

eine solche Novellierung nicht zustande kommen, erwarten die Länder eine teilweise Berücksichtigung ihrer Anliegen in der vom Bundesminister für Unterricht und Kunst zu erlassenden Durchführungsverordnung.

Herr Bundesminister! Ich darf Ihnen dieses Problem ans Herz legen, obwohl ich weiß, daß beim kommenden Schikurs der Abgeordneten darüber noch ausführlich eine Besprechung wird abgeführt werden müssen.

Zum Schluß darf ich hier noch ein Problem, das ich mir auch schon erlaubt habe im Ausschuß anzuziehen, in Erinnerung rufen.

Herr Bundesminister! Wenn heute das Philharmonische Orchester durch Inserate um Nachwuchskräfte wirbt und sich auf diese Inserate kaum Bewerber mehr melden, dann ist das eine alarmierende Tatsache für ein Land, das sich bisher, glaube ich, doch zu Recht als ein echtes Kulturland mit Tradition bezeichnen konnte.

Herr Bundesminister! Weil nicht mehr genügend Talente geweckt werden, die zweifellos in jedem einzelnen unserer neun Bundesländer vorhanden sind, deswegen kommt es dazu, daß sich nicht mehr genügend Kräfte für unsere großen Klangkörper melden. Wie kommt es dazu?

Die heutige Ausbildung der Lehrer an den Pädagogischen Akademien überläßt zwangsläufig den Schülern, den kommenden Lehrern, daß sie sich selbst jene Instrumente aussuchen, für die sie Interesse haben. Das ist in den meisten Fällen Klavier. Aber wo kann denn etwa ein Volksschullehrer seine Klavierkenntnisse in kleinen Schulorten ohne Instrument anderen beibringen? Er hat ein Instrument erlernt, das er im besten Fall für sich, seine Familie oder seine Freunde heranziehen kann, aber jene Instrumente, die er auf dem Land den Kindern beibringen können sollte, hat er bisher nicht erlernt.

Ich glaube daher, daß es notwendig wäre, daß die Ausbildung der kommenden Lehrer darauf Rücksicht nimmt, daß sie jene Instrumente zu beherrschen imstande sein sollen, die sie draußen den Kindern beibringen können, nicht nur während des Schulunterrichtes, sondern außerhalb der Schule, denn das ist ja immer noch die geforderte Nebenbeschäftigung des Lehrers, daß er sich am kulturellen Geschehen im Ort beteiligt. Hier einzuhaken, wäre, glaube ich, sehr notwendig.

Das Budget bietet leider keinerlei Anlaß zur Annahme, daß die Musikerziehung aus der bisherigen Randerscheinung im Bildungsbereich herausgeführt wird. Es wäre auch notwendig, daß den Musikschulen eine bessere Förderung zuteil wird.

Ofenböck

Herr Bundesminister! Ich weiß, daß hier primär die Länder wieder zuständig sind, aber einer Ihrer Vorgänger hat einmal gefunden, daß er Musikschulen fördern soll, und Sie fördern weiter, aber die Beträge sind seit dem ersten Tag gleichgeblieben, obwohl die Musikschulenzahlenmäßig zugenommen haben. Es gibt mehr Musikschulen, aber der seinerzeit festgesetzte Betrag wird jetzt auf viel mehr Musikschulen aufgeteilt und nicht einmal die eingetretene Geldentwertung berücksichtigt.

Niederösterreich bekam 1973 nur die Hälfte dessen, was es in den fünfziger Jahren bekommen hat. Während die Länder aber ihre Beiträge in der Zwischenzeit verzehnfacht haben, reduziert sich der Bundesbeitrag vielfach um mehr als die Hälfte. Hier wäre es notwendig, daß Förderungsausgaben an die Musikschulen Rücksicht auf deren begabte Schüler nehmen, die es ermöglichen, daß unsere großen Klangkörper nicht mehr betteln gehen müssen, um die dringend notwendigen Nachwuchskräfte zu bekommen. Tun wir alles, damit der Bestand unserer großen Orchester den guten Ruf Österreichs als Musikland auch künftighin gewährleistet! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident **Probst**: Zu Worte kommt der Herr Abgeordnete Dr. Kerstnig.

Abgeordneter Dr. **Kerstnig** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn der Abgeordnete Ofenböck auch in der uns bekannten Art ein bißchen herumgemäkelt hat, so muß ich doch sagen, daß er richtige Kritik nicht zu üben vermochte, jedenfalls eine ernstzunehmende Kritik auch heute in seinen Worten nicht drinnen war.

Nun lege ich das keineswegs so aus, als ob für den Minister und für die sportinteressierten Österreicher keine Wünsche mehr auf dem Sportgebiet offen wären. Ich weiß mich vielmehr mit den Sportfunktionären in den über 6000 Sportvereinen, in denen fast 2 Millionen Österreicher organisiert sind, völlig einig, wenn ich sage, daß es ein „Genug“ oder gar ein „Zuviel“ im Sport nicht gibt und nicht geben kann.

In dieser Meinung gehen die Funktionäre von ASKÖ, Union und ASVÖ völlig konform. Denn obwohl Österreich nicht wie etwa Schweden oder Deutschland einen einheitlichen und nationalen Sportbund hat, sondern die einzelnen Vereine in den drei bekannten Dachverbänden zusammengeschlossen sind, die in einem mehr oder weniger engen Nahverhältnis zu den politischen Parteien stehen, kann man im allgemeinen von einer einträchtigen Zusammenarbeit bei Verfolgung der sportlichen Ziele in Österreich sprechen. Jedenfalls

glaube ich sagen zu müssen, daß von einer Verpolitisierung des Sports bei uns Gott sei Dank keine Rede sein kann.

Ja man kann sagen, daß ein gesundes Konkurrenzstreben der Dachverbände sogar fördernd auf die sportliche Aktivität wirkt. Dieser ständige Leistungswettbewerb, der sich im Geist sportlicher Fairneß abspielt, findet die volle Unterstützung auch des Ministers und der öffentlichen Sportverwaltung. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Kompetenzspielraum in Sportangelegenheiten auf der Bundesebene äußerst gering ist; mein Vorredner hat zu Recht davon gesprochen. Aber diese eingeschränkte Kompetenz wird gegenwärtig im Interesse des Sports so weit ausgeschöpft, als es nur möglich ist. Es versuchen das Ministerium und die leitenden Beamten auch hier immer wieder Wege zu finden, diese Möglichkeiten auszuweiten.

Wenn die angestrebten und eigentlich — wie schon aus den Worten des Vorredners hervorgegangen ist — dringend notwendigen Erweiterungen sportfördernder Maßnahmen und bundeseinheitlicher gesetzlicher Regelungen, zum Beispiel, wie erwähnt, bei der Ausbildung von Leibeserziehern und Sportlehrern, bei den Trainerlehrplänen, bei der Lehrwarteausbildung und so weiter, auf Schwierigkeiten stoßen, so liegt der Grund vor allem darin, daß die Länder gegen eine Kompetenzvermehrung des Bundes auch dort sind und Widerstand leisten, wo sie selbst oft zu wenig Verständnis für die berechtigten Wünsche unserer Sportverbände zeigen.

Ich glaube, daß wir tatsächlich alle zusammenwirken sollen — und ich bin überzeugt, der Minister wird es mit Dank vermerken, wenn er dabei die Unterstützung der Abgeordneten des Hauses findet —, daß dieser Kompetenzzwirrwarr etwas entflochten wird.

Ich brauche über die Bedeutung des Sports in unserer Zeit nichts zu sagen. Er hat sich in den letzten Jahrzehnten vom Hobby einiger weniger zur — wie einmal gesagt wurde — wichtigsten Nebensache der Welt entwickelt; in einer Zeit, da die verfügbare Freizeit der Menschen laut Statistik von wöchentlich zirka 14 Stunden auf durchschnittlich 63,5 Stunden angestiegen ist. Es handelt sich um den Zeitraum seit der Jahrhundertwende. Diese Freizeit wird in unserem Zeitalter der Rationalisierung und Automatisierung und des fortschreitenden Ersatzes der manuellen durch die maschinelle Arbeit noch weiter zunehmen.

Es gilt nun, diese Freizeit sinnvoll zu nützen, wenn diese Entwicklung für die Menschheit nicht zum Fluch werden soll. Was gäbe es für eine sinnvollere Freizeitgestaltung als

Dr. Kerstnig

eben den Sport. Der Sport wird zunehmend wichtiger als Freizeitraum des einzelnen, als Bewegungsfeld der Jugend, aber — im Hinblick auf die Verdoppelung der Lebenserwartung — auch in immer stärkerem Maße für unsere älteren und alten Bürger.

Leibeserziehung, Turnen und Sport wirken vielen Gefahren entgegen, die den Menschen in der modernen Gesellschaft bedrohen. Sie bewahren ihn vor dem Versumpfen in der Freizeit, fördern menschliche Beziehungen und dienen seiner Gesundheit und Leistungsfähigkeit. Sie sind also auch die beste Form vorsorgender Gesundheitspflege.

Wir Sozialisten sind der Auffassung, daß bei Erfüllung dieser Aufgabe die sportliche Selbstverwaltung und die öffentliche Sportverwaltung als Partner in gemeinsamer Verantwortung handeln sollen. So bekennt sich auch unser Minister dazu, daß die Übungsstätten der Schulen zugänglich und anziehungsfähig für die Sportausübung sein sollen — auch außerhalb des Unterrichts, auch für Menschen, die nicht mehr zur Schule gehen. Sie sollen Sportstätten der „Offenen Tür“ sein.

Die jugendpflegerischen Bemühungen der Sportvereine sollten darüber hinaus der Hilfe der Schule im besonderen gewiß sein. Wenn sich Lehrer der Jugendarbeit zur Verfügung stellen, gebührt ihnen der öffentliche Dank, der ihnen leider — und das muß man immer wieder feststellen — von seiten der unmittelbaren Vorgesetzten und mißgünstiger Kollegen oft nicht genug gezollt, wenn nicht gar in unkameradschaftlicher Weise in eine Art Vorwurf verkehrt wird. Lehrer und auch alle anderen Sportfunktionäre, die bereit sind, ihre Zeit und ihr Wissen zur Verfügung zu stellen, sind ja die eigentlichen Träger unseres Sports, mit denen er steht und fällt.

Der ASKÖ-Bundestag vor einem Monat hat daher in einem Antrag eindringlich auf die Bedeutung fachlich qualifizierter Sportfunktionäre für den gesamten österreichischen Sport hingewiesen und neuerlich aufgezeigt, daß diese derzeit für ihre fachliche Aus- und Weiterbildung als Sportfunktionäre ihren Gebührenurlaub verwenden müssen. Die Arbeitsgemeinschaft für Sport und Körperkultur in Österreich erhob daher neuerlich, wie schon vor einiger Zeit, ihre Forderung nach Einführung eines gesetzlichen Bildungsurlaubes von mindestens zwei Wochen für solche Sportfunktionäre. Ich darf sagen: Der Herr Unterrichtsminister steht diesem Anliegen positiv gegenüber.

Ich möchte darauf hinweisen, daß auch auf allen anderen Gebieten den Forderungen, Anregungen und Hinweisen der Sportfunktionäre

aus den Dach- und Fachverbänden seitens des Ministeriums in größtmöglichem Maße Rechnung getragen wird.

Ich erwähne nur das Sporthallenprogramm mit dem Ziel der Errichtung von 21 großen Sporthallen, die in drei Turnsäle unterteilt werden können und neben dem Schulsport auch den Sportvereinen zur Verfügung stehen sollen.

Weiters läuft derzeit ein Planungswettbewerb für einen standardisierten Normturnsaal aus Bauelementen. Dreihundert dieser fabriksfertigen Serienturnsäle sollen in Auftrag gegeben werden.

Von großer Bedeutung für ganz Österreich ist auch das Hallenbäderprogramm mit 66 Hallenbädern.

Als besonders erfolgreich sind auch die Schulversuche zu bezeichnen, die talentierten Hochleistungssportlern neben einem intensiven Training und dem erforderlichen Besuch oder der Teilnahme an Wettkämpfen einen geordneten und zielführenden Schulbesuch ermöglichen.

Ich erwähne diese Möglichkeiten beispielsweise für Gymnasiasten in Stams, für Handelschüler in Waidhofen an der Ybbs, weiters die verschiedenen Hauptschulen; so mit ganz besonderem Erfolg in Feistritz an der Drau, wo auch Weltmeister Franz Klammer seine Ausbildung erhielt, von dem wir eben gehört haben, daß er auch im gegenwärtigen Bewerb wieder ganz vorne mit dabei ist.

Ein besonders interessanter Schulversuch ist die Neigungsgruppe Schilauf an der Volksschule in Bad Kleinkirchheim für die Neun- bis Zehnjährigen. Ein gleiches Vorhaben des Direktors Kronig an einer Volksschule in Villach wird gegenwärtig vom Ministerium geprüft.

Aber auch das Jugendtrainingszentrum für den Schwimmsport in Wiener Neustadt, für den Rudersport am Attersee und die Einrichtung von sogenannten Sportzügen an verschiedenen Schulen Österreichs wären in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

Eine besonders wirksame Förderung des Spitzensports stellt die „Traineraktion“ dar, die seit 1973 läuft und für die Sportfachverbände geradezu die Rettung in letzter Stunde dargestellt hat und darstellt.

So wurden 1974 bereits für 22 hauptamtliche Trainer von 20 Fachverbänden die Lohnkosten durch den Bund mit 80 Prozent bezuschußt, was einen Aufwand von 3 Millionen erforderte. Auch dieser Betrag wird für 1975 aufgestockt. Daneben werden auch die Administrationssubventionen für die Sport-

Dr. Kerstnig

verbände wieder angehoben, gegen die Ofenböck aus mir unverständlichen Gründen hier polemisiert hat. Er muß ja wissen, in welcher Schwierigkeit die Verbände alle sind, gerade hinsichtlich der Aufrechterhaltung der notwendigen Administration.

Überhaupt ist ein Blick in die Voranschläge der letzten zehn Jahre sehr aufschlußreich. Die Zahl der Budgets aus der Zeit der ÖVP-Alleinregierung im Vergleich mit denen der SPÖ-Regierungszeit sprechen hier eine sehr deutliche Sprache. Sie zeigen anschaulich die unterschiedliche Haltung zu diesem großen Anliegen unseres Volkes — vor allem unserer Jugend —, zum Sport. Vergleichen wir nun die Ansatzpost 12226, die von 1966 bis zum heute vorliegenden Voranschlag von 22 Millionen auf 57 Millionen gestiegen ist, wobei sie während der ÖVP-Zeit nur um 8 Millionen Schilling erhöht wurde, sich aber in der Zeit der Regierung Kreisky mehr als verdoppelt hat.

Nun wird gesagt, der Betrag wäre gar nicht so hoch; Ofenböck hat hier gesagt, der Betrag wäre gar nicht so hoch. Er wird natürlich kleiner, wenn ich die einzelnen Förderungsmaßnahmen, die Beträge, die dafür ausgegeben werden, wieder von dem Betrag abziehe und nur das lasse, was dann noch übrig bleibt.

Ich bedaure, daß mir nicht die Zeit bleibt, aufzuzeigen, wie auch die anderen Ministerien den Sport im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützen, etwa das Wissenschaftsministerium durch wichtige Forschungsaufträge, andere durch Freistellungen von Funktionären und Trainern. Besonders erwähnen aber muß ich das Landesverteidigungsministerium unter Minister Lütgendorf, der selbst Funktionär des internationalen Militärsportverbandes ist und sowohl durch Assistenzleistung bei Sportveranstaltungen wie auch durch gezielte Förderung des Militärsports im allgemeinen und der präsenzdienstleistenden Spitzensportler im besonderen seine Sportgesinnung immer wieder unter Beweis stellt.

Die Regierung Kreisky hat auch zur Olympia-Stadt Innsbruck in richtiger Einschätzung des Wertes einer solchen Veranstaltung für Österreich spontan ja gesagt, als Denver zurückgetreten ist. Ganz anders als die seinerzeitige ÖVP-Regierung, die unsere Bundeshauptstadt bei ihrer erfolgversprechenden Kandidatur für die Sommerspiele schmählich im Stich ließ. Es ist derselbe Geist, meine Herren, der Sie heute alles unternehmen läßt, um zu hintertreiben, daß Wien zu einer der UNO-Hauptstädte der Welt wird. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Aber jetzt kämpfen Sie dagegen, und jetzt wollen Sie es unmöglich machen.

Meine sehr Verehrten! Das Urteil darüber hat einer der Ihren gefällt. Wie hat doch Ihr — ich glaube — Jugendsprecher oder Ihr Abgeordneter in der Steiermark, Schilcher, diese Haltung genannt? Ich glaube „kleinkariertes Parteidenken“. So, meine sehr Verehrten, werden Sie die Interessen Österreichs nicht vertreten können.

Ich kann als Mitglied des Sportausschusses des Organisationskomitees der XII. Winterolympiade jedenfalls versichern, daß die Vorbereitungen bishersowohl auf organisatorischem wie auch auf dem Sportbautensektor so planmäßig verlaufen, daß nicht nur die Durchführung der Olympiade selbst gesichert ist, sondern dort auch bereits die olympischen Testbewerbe in den einzelnen Disziplinen in diesem Winter klaglos abgeführt werden können.

Es wäre noch viel zu sagen, zum Beispiel über die neugeschaffene österreichische „Sporthilfe“ zur Unterstützung talentierter und würdiger Amateursportler oder über den Schipool — zuerst für den alpinen und nun auch für den nordischen Rennsport —, der für unsere Kader optimale Bedingungen schafft. Dafür möchte ich vor allem Minister Dr. Sinowatz, aber auch Ihrem Herrn Präsidenten Ing. Salinger namens des Österreichischen Schiverbandes danken, die hier beweisen, daß man auch über die politischen Fronten hinweg für Österreich erfolgreich zusammenarbeiten kann.

Auf Grund meiner jahrzentelangen Erfahrungen als Sportfunktionär muß ich sagen, daß im Sport immer Wünsche offenbleiben werden, aber die Sportförderung noch nie so gut und wirkungsvoll war wie unter der gegenwärtigen Regierung und die österreichischen Sportler ihr das zu danken wissen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Der nächste Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Frauscher.

Abgeordneter Dr. Frauscher (ÖVP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Laufe der Debatte wurde die Entwicklung der letzten Jahre schon von den verschiedensten Gesichtspunkten aus beleuchtet; ich möchte den Ausführungen meiner Kollegen nur einige allgemeine Bemerkungen anfügen.

Die Regierung ist stolz darauf, daß der Anteil des Budgetkapitels Unterricht am Gesamtbudget größer geworden ist und daß die Budgetziffern von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Das ist an und für sich richtig, aber man muß die Dinge doch etwas genauer analysieren. Und wenn man das tut, kommt man sehr bald darauf, daß den Löwenanteil

12150

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Frauscher

dieser Steigerungen der Personalaufwand beansprucht, weil eben auch die Lehrer jedes Jahr mehr bekommen müssen und weil die Lehrerzahl sehr stark gestiegen ist. Trotzdem ist der Lehrermangel heute noch nicht behoben, und wir mußten jedes Jahr feststellen, daß an manchen Schulen nicht einmal sämtliche Pflichtgegenstände unterrichtet werden konnten.

Was den Sachaufwand betrifft, muß man, glaube ich, bedenken, daß die zur Verfügung stehenden Mittel durch die exorbitante Teuerung sehr stark entwertet wurden und bei weitem nicht ausreichen, sämtliche Anforderungen zu erfüllen. Wir mußten während der vergangenen Jahre von Fällen berichten, wo seitens der Schulverwaltung Strom- und Heizkostenrechnungen erst bezahlt wurden, nachdem im Winter die Sperre der Strom- und Wärmelieferungen angedroht worden war.

Jahr für Jahr mußten wir auf die hohe Zahl von Abweisungen von Bewerbern für das Studium an berufsbildenden höheren Schulen, besonders an höheren technischen Lehranstalten hinweisen, die trotz bestandener Aufnahmeprüfung aus Platzmangel abgewiesen werden mußten.

Als ich einmal bei der Budgetdebatte die Vermutung äußerte, die Aufnahmeprüfung würde an diesen Schulen auch dazu verwendet, den Zuzug etwas zu bremsen, erntete ich nur abweisende Kritik. Mit Interesse las ich daher jetzt die Stellungnahme des Finanzministeriums zur 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle. Dort wird nämlich bezüglich jener Bestimmung, derzufolge für die Aufnahme in eine einjährige Haushaltsschule keine Aufnahmeprüfung mehr erforderlich sein soll, eine interessante Feststellung getroffen. Es wird dort ausgeführt, daß jetzt schon die größten Schwierigkeiten bestehen, den Zuzug räumlich zu verkraften, und die Gefahr gesehen, daß durch den Entfall der Aufnahmeprüfung die Situation noch wesentlich verschärft werde. Offensichtlich glaubt man also auch im Finanzministerium den Zuzug zu einer Schule über die Aufnahmeprüfung bremsen zu können, und ich nehme an, daß Sie, Herr Minister, das genauso zurückweisen werden wie meine seinerzeitige Vermutung.

Was den Neubau von Schulen betrifft, bestreitet ja niemand, daß einiges erreicht worden ist. Interessant wird die Sache jedoch wieder dann, wenn man untersucht, wie diese Schulbauleistungen finanziert worden sind.

Nach vielem Fragen haben wir nämlich herausbekommen, daß das Leasing-Verfahren für Sie zum Stein der Weisen geworden ist. An und für sich haben ja wir, wie mein Kollege

Dr. Gruber schon erwähnt hat, gegen das Leasing-Verfahren nichts einzuwenden. Auch unter der ÖVP-Regierung wurden verschiedene Schulbauten über das Leasing-Verfahren finanziert. Es kommt aber, wie so oft im Leben, auf die richtige Dosierung an, und da haben Sie, wie wir glauben, das Maß des Vernünftigen und des Verantwortbaren schon weit überschritten.

Das gesamte Volumen des Leasing-Verfahrens hat nämlich bereits 3 Milliarden Schilling erreicht. Wenn man so weitermacht, wird in einigen Jahren der Zeitpunkt kommen, wo aus ordentlichen Budgetmitteln neue Schulbauten überhaupt nicht mehr in Angriff genommen werden können, weil man alle Mittel zur Bezahlung der Leasing-Raten wird heranziehen müssen. Sie haben also diese Schulbauleistungen einzig und allein durch einen Vorgriff auf künftige Budgets finanziert und möglich gemacht.

Zu den Schulbüchern wurde heute schon eine ganze Menge gesagt. Auch nach Ihren Ausführungen, Herr Minister, bleibt die Tatsache bestehen, daß ein erheblicher Teil der Bücher weiterverwendet werden könnte, aber weggeworfen wird.

Welch ein Unsinn es gerade in unserer Zeit ist, wo wir das Sparen nötiger haben denn je, die Kinder durch die Wegwerfbücher zur Verschwendung zu erziehen, darauf will ich gar nicht näher eingehen. Hier geht es um etwas ganz anderes, nämlich um die Finanzierungsquelle der ganzen Aktion. Es ist ja gar nicht die Regierung, die etwa aus Budgetmitteln die Beträge für die Schulbücher zur Verfügung stellt. Es sind vielmehr die Familien selbst, die dafür aufkommen müssen. Die Aufwendungen für die Schulbücher wie auch für die Schülerfreifahrten gehen ja zu Lasten des Familienlastenausgleichsfonds, und es werden somit jene Summen gekürzt, die als Familienbeihilfen ausbezahlt werden könnten. Das ist auch ein Faktum, auf das wir immer wieder hinweisen werden.

Ganz kurz noch ein paar Bemerkungen zur 6. Novelle des Schulorganisationsgesetzes. Sie haben ja hier einen ganzen Katalog von Maßnahmen vorgeschlagen. Mein Kollege Gruber ist im einzelnen bereits auf unsere Vorstellungen dazu eingegangen. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Vorschläge gar nicht finanzierbar sind. Wir sind eigentlich sehr dankbar, daß Sie diese Vorschläge gemacht haben, weil dadurch der Herr Finanzminister veranlaßt worden ist, einmal klaren Wein einzuschenken über die tatsächliche Lage unserer Staatsfinanzen, sonst hört man es ja ganz anders von ihm.

Dr. Frauscher

Ich muß sagen, Sie haben einen ganz großen pädagogischen Erfolg erzielt, denn der Herr Finanzminister, der jahrelang eine beispiellose Verschwendungspolitik betrieben hat, kommt jetzt im Zusammenhang mit Ihrer Novelle doch wieder darauf zurück, daß die Staatsfinanzen eigentlich nach den Grundsätzen der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu führen wären.

Der Finanzminister schreibt in seinem Gutachten unter anderem, daß man noch mehr als bisher den Gedanken der Bildungsökonomie unterstreichen müsse, und er stellt überhaupt die Frage, ob die beabsichtigten kostspieligen Maßnahmen noch in Einklang mit den Grundsätzen der Staatswirtschaft des Bundes — Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit — gebracht werden könnten und ob der für diese Maßnahmen gewählte Zeitpunkt überhaupt vertretbar sei.

Ich möchte nur sagen: Wären diese Maßnahmen von uns vorgeschlagen worden, auch nur ein Teil davon, hätte uns der Herr Abgeordnete Fischer bestimmt Lizitation vorgeworfen. Ich hoffe nur, daß Sie nicht auf den Gedanken verfallen werden, mangels Geld für kostspielige Reformmaßnahmen nun Maßnahmen zu treffen, die wenig oder gar kein Geld kosten.

Ich denke dabei an die in der 6. Schulorganisationsgesetz-Novelle vorgesehene Änderung der Bezeichnung „Lehranstalten für wirtschaftliche Frauenberufe“ auf „Wirtschaftlich soziale Lehranstalten“. Diese Schultype erfreut sich größter Beliebtheit, und ich wurde genauso wie meine Kollegen von besorgten Eltern bestürmt, alles zu tun, damit es hier zu keiner Änderung kommt. Daß Ihre Partei es nicht bei der Titeländerung belassen will, sondern ganz andere Ziele verfolgt, wurde ja allgemein bekannt, als die Vorsitzende der sozialistischen Frauen, Frau Bundesrat Demuth, in einer Fernsehsendung diese Schultype offen angriff.

Nach diesen mehr allgemeinen Problemen muß ich leider noch auf eine ganz konkrete Sache eingehen. Ich sage „leider“, weil ich mir von Ihnen, Herr Bundesminister, in dieser Angelegenheit ein anderes Vorgehen erwartet hätte, welches mir erspart hätte, diese Sache hier vorzubringen.

Es handelt sich um das Werkschulheim Felberthal beziehungsweise genauer gesagt, um die Frage der Abberufung des Leiters dieser Schule. Nach meiner Meinung wäre hier unbedingt der Forderung der Eltern und des Schulerhalters nachzugeben gewesen. Ihre Toleranz gegenüber den Vorkommnissen im Werkschulheim ist mir unverständlich. Aber vielleicht muß man sich in diesem

Zusammenhang an die Feststellung des Herrn Bundeskanzlers in einer der letzten Sitzungen der Frühjahrssession erinnern, daß nämlich die Sozialistische Partei ja nicht nur systemkonforme, sondern auch systemändernde Reformen durchführen will, und da wäre vielleicht diese Schule auf dem richtigen Weg.

Bevor ich auf die Vorkommnisse, die zur Abberufung des Direktors führten, näher eingehe, möchte ich kurz die Zielsetzungen der Schule umreißen.

Das Werkschulheim Felberthal ist eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht. Es gilt für sie also das Privatschulgesetz. Schulerhalter ist der Verein zur Förderung von Werkschulheimen; laut Privatschulgesetz wird diesem Verein ein bestimmender Einfluß auf den Geist der Schule und die Stellenbesetzung eingeräumt. Den Schülern wird die Allgemeinbildung im Sinne der humanistischen Bildungsidee nach dem Lehrplan eines Realgymnasiums vermittelt, außerdem lernen sie ein Handwerk. Sie verlassen die Schule mit einem Reifezeugnis und dem Gesellenbrief des erlernten Handwerks. Ohne eine konfessionelle Schule zu sein, steht das Werkschulheim im Sinne der Gründer auf christlicher Grundlage. Auf dem Gebiet der Gemeinschaftserziehung werden die Gedanken der Pfadfinderbewegung berücksichtigt.

Seit einigen Jahren sind allerdings diese geistigen Grundlagen des Werkschulheimes im Verfall. Es entstand ein Vakuum, in das nach und nach eine radikale Soziologie einrückte, die, ausgehend von marxistischem Gedankengut, unsere Gesellschaftsordnung für alle Übel verantwortlich macht.

Sichtbar wurde die Entwicklung erstmals im Jahre 1972, als Lehrer, Erzieher und Schüler an der Nixon-Demonstration in Salzburg teilnahmen und auch durch die Teilnahme an Vietnam-Demonstrationen. Getragen wurde die Entwicklung von einer radikalen Minderheit, deren Treiben leider vom Direktor und einigen Lehrern geduldet wurde.

Von diesem Schülerkollektiv wird auch eine Untergrundzeitung herausgegeben. Die Ziele des Kollektivs werden dort sehr offen angeführt, es heißt dort unter anderem: „Unsere Aufgabe sehen wir nicht in einer äußerst vagen, konfusen, inkonsequenten Politisierung nach ‚links‘, wie es der ‚Rotstift‘ — das ist eine Lehrlingszeitung — „anscheinlich vorhat, sondern wir stehen klar auf der Seite der internationalen kommunistischen Weltbewegung, der einzig konsequent marxistischen Bewegung. Wir stehen treu zu den Prinzipien des ML“ — also Marxismus — Leninismus — „und fühlen uns eng mit der einzigen proletarischen Partei in Österreich, der Kommunistischen Partei, verbunden.“

12152

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Frauscher

Wir werden alle gesellschaftlichen Prozesse im Werkschulheim und in der ganzen Welt von unserer konsequenten Position aus analysieren; das ist die beste Möglichkeit, klare Alternativen, Stoßrichtungen und Perspektiven zu eröffnen.“

„Mitschüler! Genossen! Wir sind bereits stark verankert im WSH“ — also Werkschulheim. — „Helft uns also bei unserer schweren Arbeit vorwärtszukommen.“ Soweit diese Schülerzeitung.

In der Praxis schauen die Aktivitäten des Kollektivs dann so aus, daß die sogenannten konservativen Lehrer konsequent und bei jeder Gelegenheit als doof, blöd, faschistoid, reaktionär uns so weiter bezeichnet werden. Es wird bis hinunter in die 1. Klasse dafür Stimmung gemacht, daß Erzieher und Eltern kein Recht hätten, auf die äußere Erscheinung oder auf die Weltanschauung Einfluß zu nehmen. Die Schüler werden angehalten, geschlossen gegen als sinnlos hingestellte Heimregeln vorzugehen. Schüler, die in den Verdacht kommen, in Opposition zum Kollektiv zu stehen, werden ignoriert, als Außenseiter betrachtet und manchmal unter Druck gesetzt.

Man versucht, den einzelnen Lehrer durch gezielte Aktionen zu verunsichern: durch Interesselosigkeit, gezieltes Fragen im Unterricht, grundsätzliche Mißachtung jener Spielregeln, auf denen ein sinnvolles Zusammenleben beruht.

Die geschilderte Entwicklung blieb natürlich den Lehrern und Eltern nicht verborgen. Schon Ende 1971 wurde auf einer Klassenkonferenz vor einer radikalen Entwicklung gewarnt. Vom Direktor der Schule wurde es jedoch verabsäumt, rechtzeitig entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Entwicklung zu unterbinden. Ganz im Gegenteil: Die Vorkommnisse wurden verharmlost und verniedlicht, und es ist daher kein Wunder, daß die anfangs kleine Gruppe allmählich eine breite Basis fand.

Schließlich wurde es jedoch den Lehrern und Eltern zu bunt. Am 8. Juli dieses Jahres verlangten bei einer Lehrerversammlung 80 Prozent der Lehrer die Abberufung des Direktors und einiger Lehrer. Am 20. Juli äußerten bei einer Elternversammlung 80 Prozent der Eltern die gleiche Meinung.

Unter dem Eindruck dieser Proteste wurde am 2. August in einer Vorstandssitzung des schulerhaltenden Vereines der Direktor seines Postens enthoben und ein neuer Schulleiter bestellt. Dem Bundesministerium für Unterricht wurde mitgeteilt, daß man auf den Subventionsposten des Direktors verzichte. Auch dem Landesschulrat wurde dies bekanntgegeben, der darauf am 2. September einen

Bescheid erließ, mit welchem die Betrauung des vom Verein vorgesehenen Schulleiters mit der Leitung der Schule untersagt wurde. Im Bescheid wurde dem Verein doch gleichzeitig bekanntgegeben, daß man einer Berufung gegen den Bescheid die aufschiebende Wirkung gemäß § 64 AVG nicht aberkennen würde, da keine Gründe für die Aberkennung der aufschiebenden Wirkung einer Berufung gegeben seien, da weder private Interessen noch das öffentliche Wohl wegen „Gefahr in Verzug“, wie es im Gesetz heißt, die vorzeitige Vollstreckung des Bescheides erfordern.

Dieser Meinung war jedoch das Ministerium nicht, und auf ausdrückliche Weisung des Herrn Bundesministers an den Landeshauptmann von Salzburg als Präsidenten des Landesschulrates wurde am 30. September vom Landesschulrat ein weiterer Bescheid erlassen, mit welchem der Berufung die aufschiebende Wirkung aberkannt wurde. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*) Der Landeshauptmann erklärte dazu ausdrücklich, daß er die Weisung weder in materieller Hinsicht noch durch das AVG gedeckt erachte, und er lehnte jede Mitverantwortung ab.

Vom Ministerium wurde dann eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt, die bis heute allerdings zu keinem Ergebnis kam, obwohl eine rasche Klärung im Interesse dieser Schule überaus wichtig wäre und eine solche auch versprochen worden war. Der Verzicht des Vereines auf den Subventionsposten des Direktors wurde bis heute nicht zur Kenntnis genommen.

Herr Bundesminister! Das Werkschulheim ist eine Privatschule. Die Eltern, die ihre Söhne dorthin schicken, haben ein Recht darauf, daß diese in jenem Geiste erzogen werden, der bei der Gründung der Schule Pate stand und der ihr über die Grenzen unseres Landes hinaus einen hervorragenden Ruf verschafft hat. Die Eltern werden mit allen Mitteln kämpfen, damit die Schule nicht zu einer Plattform für linksradikale Agitation und gesellschaftspolitische Experimente umfunktioniert wird.

Wir als Opposition werden die weitere Entwicklung mit größter Aufmerksamkeit verfolgen und erwarten von Ihnen, Herr Minister, eine Entscheidung, die auf die Interessen der Eltern und des Schulerhalters Rücksicht nimmt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident: Zum Wort kommt Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Darf ich vielleicht gleich auf den Herrn Kollegen Frauscher eingehen, der sich bei den wirtschaftlichen

Edith Dobesberger

Frauenberufen vehement dagegen wehrt, daß eine Änderung eintritt. Nun tue ich mich besonders leicht, weil mir Herr Kollege Hanreich so hilfreich an die Hand gegangen ist, der gemeint hat: Schadet es wirklich, wenn wir eine Schule bekommen, wo auch junge Männer hineingehen, wo auch junge Männer ihre Ausbildung bekommen, und schadet es diesen jungen Männern, wenn sie eine hauswirtschaftliche Ausbildung erreichen?

Dem gebührt besonderer Dank, denn wenn wir Frauen solches verlangen, dann belächelt man uns immer ein bißchen: Wenn es ein Mann verlangt, wird das damit doppelt unterstrichen.

Was wir mit der Änderung des Titels — also nicht mehr nur „wirtschaftliche Frauenberufe“, sondern auch das „soziale“ soll dazukommen — erreichen wollen, daß diese Schule für die verschiedenen Sozialberufe in dieser Richtung ausbilden soll: Wir glauben, daß das in Zukunft ein Beruf ist, den wir brauchen und wofür wir nicht nur die Mädchen ausbilden sollen. Es spricht niemand davon und es meint auch niemand, eine Schultype einfach abzuschaffen. Wir wollen sie nur den gegebenen Umständen anpassen.

Nun ein paar Worte zu dem, was ich sagen wollte: In diesen Tagen ist schon gesprochen worden von den Einrichtungen, die aus dem Familienlastenausgleich auf dem Gebiete des Schulwesens geschaffen worden sind. Ich glaube, wir dürfen dabei nicht übersehen, daß von diesen sozialen Maßnahmen ein Impuls im Schulwesen ausgeht, an den wir vor einigen Jahren noch gar nicht zu denken gewagt hätten, weil wir es nicht für möglich gehalten hätten, daß Forderungen, die wir gestellt haben, zum Beispiel an die Schulorganisation, an die bessere Qualifikation der Schulen, wie auch an die Verbesserung und Modernisierung des Schulbuches, erfüllt werden könnten. Man hat es einfach nicht für möglich gehalten, daß wir dafür so viel Geld zur Verfügung hätten.

Die Frau Kollegin Hubinek hat gestern gesagt: Verschwenderische Gaben sind über die jungen Familien ausgegossen worden. Nun, da muß ich eines sagen: Wir dürfen alle diese Dinge nicht nur als sozialpolitische Maßnahmen für die Familien sehen, wir müssen sie immer wieder auch schulpolitisch sehen. Ich glaube, gerade Sie hätten alle Verpflichtung dazu, „danke schön“ zu sagen. Warum? Es ist heute schon so viel davon gesprochen worden, daß der ländliche Raum benachteiligt werde. Noch nie hat der ländliche Raum so viel Verbesserungen erfahren wie in den letzten Jahren. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

So ganz verschämt kommt es zwar zum Ausdruck, wenn der Herr Kollege Gruber sagt, es sind auch positive Maßnahmen gesetzt worden. Aber das verschluckt man so, das will man verdrängen. Man redet nur von dem, wo man glaubt, daß man besser liegt. Aber der Gedanke, daß Zentralschulen notwendig sind — Herr Kollege Leitner, Sie sind wahrscheinlich noch viel mehr am Land draußen als ich — ist heute doch schon unbestritten. Wenn wir hinauskommen, so begegnen wir doch überall Schulbussen. So wird es den Menschen am Land möglich, ihre Kinder in höhere Schulen zu schicken. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Vor einigen Wochen hat mir eine Bäuerin in Windhaag im Mühlviertel gesagt ... (*Abg. Dr. Leitner: Das haben wir erkämpft!*)

Aber Sie hätten vorher schon die Möglichkeit gehabt, das alles zu machen. Sie haben gar nicht daran gedacht, etwas zu tun. Wir mußten das beginnen, und dann hat sich in der Diskussion herausgestellt, daß man Änderungen machen muß. Zugegeben, aber wir haben damit — nein, das sage ich lieber nicht. (*Ruf bei der ÖVP: Sagen Sie es! — Wir haben Schulbusse schon eingeführt, da haben wir noch gar nicht gewußt, daß Sinowatz Unterrichtsminister wird!*) Ja, daß es einen Minister Sinowatz geben wird, das haben wir nicht gewußt, aber die Forderung nach den Zentralschulen ist schon uralt. Das brauchen Sie uns wirklich nicht sagen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Und wenn Sie uns immer wieder sagen, es wird mit diesen Einrichtungen Mißbrauch getrieben, so ist mir — entschuldigen Sie — ein Vergleich eingefallen; Sie reden immer wieder davon, die Armen sollen das haben, aber die anderen sollen das nicht haben. Der Herr Abgeordnete Zeillinger hat gestern gesagt: Ich kann für meine Kinder das Schulbuch zahlen, ich kann für meine Kinder die Schulfreifahrt zahlen. Zugegeben! Aber Sie haben ja früher auch die Klostersuppe gehabt und jeder, der gekommen ist, hat die Klostersuppe bekommen, wahrscheinlich wurde damit auch manchmal Mißbrauch getrieben. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch etwas. Wie sehr Sie diese ganzen Geschichten anerkennen, zeigt doch folgendes: Vor einigen Tagen wurde im „Österreichbild“ gezeigt, daß es in Vorarlberg einen privaten Verein gibt, der für behinderte Kinder großartige Leistungen erbringt. Nun ist man empört, daß dieser private Verein nicht in den Genuß der freien Schulfahrt kommt, nicht in den Genuß des freien Schulbuches kommt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Ja, für die Kinder, aber nicht für einen privaten Verein. (*Beifall bei der SPÖ.*) Wir dürfen

Edith Dobesberger

doch einfach nicht übersehen, daß das ein Verein ist.

Es gibt ja nicht nur diesen einen Verein, es gibt eine ganze Reihe von Vereinen. Und eines, glaube ich, dürfen wir einfach nicht übersehen: das ist, daß wir jetzt für alle diese Dinge einen Rechtsanspruch haben und daß es früher ein Almosen gewesen ist. Das muß ich immer wieder sagen. Ich weiß nicht, ob Sie das nicht genau so empfunden haben, wie wir dies empfunden haben. Für mich war es als Kind entsetzlich, wenn es hieß: Dieist arm, die braucht das, und die ist nicht arm, die braucht das nicht. Man kann das einfach keinem beibringen, was das heißt, aber wir können das nachempfinden, weil wir es selber empfunden haben. (*Abg. Dr. Bauer: Wir sind auch nicht die Söhne von Generaldirektoren!*) Ja, aber warum reden Sie dann so? Dann müßten Sie das doch verstehen. Dann müßten Sie das doch begreifen.

Zur Schulbeihilfe möchte ich noch eines sagen. Wenn wir in dem Bericht des Ministeriums lesen, daß noch viel zu wenig Eltern, die das Recht hätten anzusuchen, von diesem Recht Gebrauch machen. Es muß noch mehr geschehen, daß die Eltern darum ansuchen.

Nun zu einer Ungerechtigkeit, die ich auch immer wieder im Bereich der Schulbeihilfe und der Heimbeihilfe und der Studienbeihilfe empfinde. Das ist, daß die Selbständigen den Unselbständigen gegenüber bevorzugt werden. Es geht einfach nicht an, daß die Bedürftigkeit und der Familienstand nur auf der Basis des Einkommens liegen und daß nicht das Vermögen dazu herangezogen wird. Es ist einfach nicht richtig, daß dieses Vermögen nicht doch auch eine Grundlage sein könnte für die Bewertung, ob es jemandem zumutbar ist, für die Ausbildung seines Kindes aufzukommen. Das können wir uns einfach nicht vorstellen.

Und nun zur Schulbeihilfe noch ein Wort. Wieder zum Land zurück. Die Heimbeihilfe ist wieder ein Teil, der vor allem den ländlichen Kindern zugute kommt. Kinder, die in der Stadt, im Zentralraum wohnen, brauchen keine Heimbeihilfe. Das sind wieder die Kinder draußen.

Nun zum Prügelknaben Schulbuch ein paar Worte. Wenn man den ÖVP-Politikern zuhört, dann hat man das Gefühl, wenn wir das Schulbuch abschaffen, dann haben wir sämtliche Schwierigkeiten im Bereich des Budgets bereinigt.

Das ist nicht meine Meinung! Der Abgeordnete Dr. Lanner hat ja im Fernsehen gesagt — das habe ich selber gehört —, wenn das Geld für die Zuschußpensionen

nicht vorhanden ist, können wir das regeln, wenn wir das freie Schulbuch abschaffen. Das habe ich selber gehört, das hat er gesagt. Ich habe es so verstanden, und er hat es so gesagt. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Aber darf ich jetzt in diesem Zusammenhang etwas sagen. 70 Millionen zahlt die Landwirtschaft in den Familienlastenausgleichsfonds, und 2 Milliarden bekommt die ländliche Bevölkerung zurück. Wo ist da jetzt noch etwas zu sagen? (*Zwischenruf bei der ÖVP.*) Nein, ich stelle fest! Ich werfe nicht vor, ich stelle fest, aber es geht nicht an, daß den Kindern die Schulbücher mit dem Argument genommen werden sollen, wir brauchen die Verbesserung der ländlichen Zuschußrente.

Nun hat es immer geheißsen, es ist keine Diskriminierung, wenn man ein ein bis zwei Jahre altes Schulbuch verwendet. Solange die Eltern die Schulbücher gekauft haben, haben sich die Eltern immer wieder aufgehalten, daß sie das Schulbuch von größeren Kindern beim kleineren nicht mehr verwenden können, weil in der Zwischenzeit ein neues gekommen ist. Heute, jetzt auf einmal soll man es länger behalten.

Noch etwas. Wissen Sie, wie alt Schulbücher werden? Im Jahr 1946 habe ich an meiner Schule die Lehrerbibliothek in Ordnung gebracht. Wissen Sie, daß das Bücher für die Vorbereitung des Lehrers gewesen sind, die noch vor 1900 ihre Herausgabe erlebt haben? So alt werden nämlich Bücher, wenn wir sie einmal in der Schule drinnen haben.

Dann noch etwas. Ich erinnere mich, als wir in Linz von der Gemeinde die Schülerlade bekommen haben, daß eine Kollegin vom ÖVP-Lehrerverein eine rhetorisch großartige Rede gehalten hat, die sie geschlossen hat mit den Worten: Und merken Sie sich, aus eigenen Büchern lernt es sich besser.

Heute hat es die sozialistische Regierung verwirklicht. Wir lernen besser aus eigenen Büchern. Aber jetzt ist das auch wieder nicht richtig. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Noch ein Wort zur Verbesserung der Schulbücher. Ich habe vorhin gesagt, wie alt Schulbücher werden. Ich habe immer ein Mathematikbuch verwendet, wo ich das Gefühl hatte, daß es sehr gut ist, daß es wirklich in Ordnung ist. Da kam mir durch Zufall im Jahr 1969 dieses Mathematikbuch von der ersten Auflage in die Hand — das kam im Jahr 1932 heraus —, also ein ganz schönes Alter von 1932 bis 1969. Und in diesem Buch hat sich nichts geändert als ein paar Zahlen, die den gegebenen Inflationsraten angepaßt wurden. (*Abg. Graf: In der Mathematik sind nun einmal 2 und 2 4!*)

Edith Dobesberger

Es wäre eine ganze Menge im Mathematikunterricht zu modernisieren notwendig. Eine ganze Menge! Aber dazu hat man ja nie die Möglichkeit gehabt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Noch ein Wort zur Verschwendung. Sie werden wieder empört sein, aber ich möchte es doch noch schnell sagen.

Die „Verschwendung“ beim Schulbuch ist für Sie ganz einfach unmöglich. Aber als die sozialistischen Frauen gegen die Verschwendung in der Verpackung protestiert haben, da war in der Konsumentenenquête, die jetzt stattgefunden hat, ein Vertreter der Industrie empört, daß man gegen die Werbung und gegen die Verschwendung der Verpackung sein kann. Das ist einfach nicht möglich. Wenn etwas für den Fortschritt wesentliches geschaffen wird, dann sind Sie dagegen. Aber daß auch in der Wirtschaft ganz Wesentliches eingespart werden könnte, davon wollen Sie überhaupt nichts hören, davon wollen Sie nichts wissen.

Wir glauben aber doch, daß diese schulpolitischen Maßnahmen für die Zukunft wesentlich sind, und daher stehen wir hinter ihnen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Leitner gemeldet. Bitte.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Es hat die Frau Abgeordnete Dobesberger wieder einmal, wie das schon sehr häufig von hier und von anderer Stelle aus von sozialistischen Abgeordneten geschehen ist, mitgeteilt, daß die Landwirtschaft in den Familienlastenausgleich 70 Millionen Schilling einzahlt und 2 Milliarden Schilling herausnimmt. Ich möchte hier feststellen, daß das nicht stimmt. Meine Damen und Herren, bemühen Sie sich um die schriftliche Antwort des Herrn Finanzministers, der zwar das gleiche gesagt hat, aber dann dazugesagt hat, daß er die anderen Beiträge, die die Landwirtschaft zahlt, nicht feststellen kann.

Und ich stelle hier fest, daß die Landwirtschaft genauso wie alle anderen österreichischen Staatsbürger den Beitrag vom Einkommen zum Familienlastenausgleichsfonds bezahlt. Genauso wie alle anderen! Aber das wird natürlich nicht gesagt.

Ich stelle hier fest, daß die Landwirtschaft für ihre Dienstnehmer die 6 Prozent der Lohnsumme genauso wie alle anderen, die Dienstnehmer beschäftigen, einzahlt. Das wird auch nicht gesagt.

Und ich stelle hier fest, daß die Landwirtschaft schließlich, und zwar als einzige Berufsgruppe, eine zusätzliche Leistung von 125 Prozent des Steuermeßbetrages erbringt. Und das sind eben die 70 Millionen Schilling. Dies ist eine zusätzliche Leistung, welche die Landwirtschaft erbringt.

Ich möchte hier noch etwas feststellen. Der Familienlastenausgleichsfonds — das sagt ja schon der Name — ist ein Lastenausgleich, und ich finde es schon sehr merkwürdig, daß man einer Berufsgruppe, die bekanntlich viele Kinder hat, immer vorwirft, daß sie aus dem Fonds zu viel bekommt und zu wenig einzahlt.

Dann noch etwas zu einem anderen Punkt. Das ist die Schülerfreifahrt. *(Zwischenrufe.)*

Präsident: *(das Glockenzeichen gebend):* Herr Kollege, was berichtigen Sie?

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** *(fortsetzend):* Dann, bitte, wird das ein anderer Kollege sagen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundesminister. Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Unterricht und Kunst Dr. **Sinowatz:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich habe nur einige Anmerkungen zur Kultur- und Sportpolitik zu machen.

Ich möchte klarstellen, Herr Abgeordneter Kaufmann, daß ich voll und ganz zum Bundestheatergesetzentwurf stehe und mich bemühen werde, im Unterausschuß möglichst rasch zu einem Ergebnis zu kommen. Daß es einer sozialistischen Regierung passiert, daß die Gewerkschaft dagegen Stellung genommen hat, ist darauf zurückzuführen, daß es früher einen Bundestheatergesetzentwurf noch nie gegeben hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir haben aber gestern, auch Sie, die Vorschläge des Gewerkschaftsbundes bekommen, und ich glaube, Sie sind mit mir einer Meinung, daß uns hier keine Welten trennen, daß es leicht möglich sein wird, die Auffassungen auf einen Nenner zu bringen.

Zu den Bundestheatern bitte ein Wort, damit keine Legende entsteht. Die Steigerungsrate des Betriebsabganges ist seit 1972, seitdem wir uns vehement um eine Reform bemühen, zurückgegangen, und zwar waren es 1972 auf 1973 23 Prozent, 1973 auf 1974 12 Prozent, und 1974 auf 1975 werden es 10 Prozent sein.

Noch eines, damit die Arbeiten, die auf diesem Sektor vollbracht werden, auch gewürdigt werden können. Im Zuge der Bundestheaterreform wurde die Volksoper restauriert, wurde der Goethehof instandgesetzt, wurden

Bundesminister Dr. Sinowatz

die Werkstätten zentralisiert, wurden die Vorverkaufskassen endlich errichtet, wurde das Kulissendepot aufgestockt, wurde die Volksoper schließlich generalsaniert, das Akademietheater generalsaniert, das Transportwesen zentralisiert. Wir haben das gesamte Abonnementgeschäft auf EDV umgestellt. Wir haben die Programmhefte neu gestaltet, das Bühnenorchester des Burgtheaters neu gegründet und nunmehr das Bundestheatergesetz eingebracht.

Es ist viel Arbeit gewesen in diesen Jahren im Bereich der Bundestheater. Auch hier sollte man — und hier stimme ich mit Ihnen überein — möglichst den politischen Alltag verlassen und ein schwieriges Problem, das nicht nur uns, sondern heute alle Kultur- und Finanzpolitiker der ganzen Welt befaßt, zu lösen versuchen.

Zu einem stehe ich, was ich 1963 im Burgenländischen Landtag gesagt habe: Kulturpolitik kann nicht ausschließlich vom Standpunkt der Bundestheater her betrachtet werden. Das ist viel mehr. Die Bundestheater sind ein kleiner Bereich der Kulturpolitik. Aber das, was letztlich alle Menschen in Österreich betrifft, das ist viel mehr. Und gerade das ist eigentlich das Vorhaben, das ich immer hatte: bei allen Bemühungen, im Bereich der Kulturpolitik wegzukommen von der bloßen Kunstförderungs politik.

Deswegen bin ich nicht für die Künstler-selbstverwaltung in diesem Bereich, weil ich nicht bereit bin, die Verantwortung, die politische Verantwortung des Ministers an irgendwen abzugeben. Diese Verantwortung, diese politische Verantwortung hat der Minister zu tragen! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Herr Abgeordneter Ofenböck! Ihre Zahlen-spielereien waren schon im Ausschuß sehr interessant. *(Abg. Ofenböck: Ich habe im Ausschuß keine gebracht!)* Ich muß Sie richtigstellen, es nützt mir nichts! Herr Abgeordneter Ofenböck! Für den Sportstättenleitplan sind nicht 9,5 Millionen Schilling vorgesehen, sondern 21 Millionen Schilling. Auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes mußten die Beträge geteilt werden, sie sind also bei zwei Posten zu finden.

Dieser Betrag ist übrigens höher als der, der im Vorjahr vorgesehen gewesen ist. Wie überhaupt die Sportförderung, wenn man auch die Mittel für die Vorbereitung der Olympischen Spiele abzieht, gestiegen ist: 1973 gegenüber 1972 von 34 Millionen auf 38 Millionen Schilling, 1974 gegenüber 1973 von 38 Millionen auf 56 Millionen Schilling und im Budget 1975 von 56 Millionen auf 61 Millionen Schilling. Wir haben hier, glaube ich, sehr, sehr viel in den letzten Jahren getan.

Nun zu dem Vorfall in Wiener Neustadt. Hier hat ein sehr moderner und bisweilen unkonventionell vorgehender Kunsterzieher versucht, die dionysische Idee gewissermaßen mit der Gegenwart zu konfrontieren. Nicht sehr glücklich — das gebe ich zu — in Einzelheiten. Aber er war von einer guten Absicht getragen. Der gesamte Lehrkörper dieser Schule hat sich gegen diese Menschenjagd ausgesprochen, die nachher, von einer Zeitung in Wiener Neustadt ausgehend, gegen diesen jungen Lehrer entfacht wurde, und die gesamte Schülerschaft der Anstalt hat sich hinter diesen Lehrer gestellt.

Ich habe den Herrn Fachinspektor zu mir rufen lassen. Er wird am Montag zu mir kommen und mir über diesen Vorfall berichten.

Nur eines: Daß man damit auch den Direktor treffen wollte, der gleichzeitig der Vizepräsident des Niederösterreichischen Landesschulrates ist, Hofrat Bialonczyk, das kann man aus den Zeilen der Zeitung sehr wohl herauslesen. *(Abg. Ofenböck: Die Zeitung habe ich nicht zitiert, Herr Minister!)*

Sehen Sie, jetzt komme ich auch zu der Frage, die von Herrn Abgeordneten Frauscher aufgeworfen wurde: Werkschulheim Felberthal. Ja, ich habe im Gespräch mit dem Vereinsvorstand, mit den Lehrervertretern immer gefragt: Warum eigentlich ist die geistige Grundlage des Werkschulheims ins Wanken geraten? Ist es nicht pädagogisch richtig, zu fragen, ist es nicht richtig, herauszubekommen, was die Ursachen gewesen sind? Gerade das will die Ministerialinspektion, die unter dem Vorsitz von Herrn Ministerialrat Leitner seit einigen Wochen hart arbeitet und sich sehr objektiv bemüht, sowohl Schüler als auch Eltern und Vereinsvorstand zu hören.

Ich bin der Meinung, daß wir auch hier nicht einer Menschenjagd Vorschub leisten sollen. Denn im schulischen Bereich habe ich immer, seitdem ich Unterrichtsminister bin, versucht, wirklich objektiv festzustellen, was gewesen ist, im Fall Stadler in Mürrzuschlag, im Fall Larcher in Tirol, jetzt im Fall Hossner in Wiener Neustadt und im Fall Löw beim Werkschulheim.

Und sehen Sie, bei all diesen Persönlichkeiten handelt es sich um Professoren, die nicht der Sozialistischen Partei angehören. Ich glaube, daß wir mit großer Objektivität trachten, ganz gleich, wer was ist, zu untersuchen und festzustellen, was ist.

Dabei geht es uns in erster Linie um das pädagogische Erfordernis. Es geht uns darum, festzustellen, was schuld daran ist, daß es zu solchen Zwischenfällen gekommen ist,

Bundesminister Dr. Sinowatz

um dann das zu tun, was notwendig ist, daß diese geistigen Grundlagen, von denen Sie gesprochen haben, auch wirklich zum Tragen kommen können.

Das ist unsere Auffassung, und dafür wollen wir uns auch in Zukunft bemühen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident: Zum Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Eduard Moser.

Abgeordneter Dr. Eduard Moser (ÖVP): Meine Damen und Herren! Zuerst gestatte ich mir, in Ergänzung der tatsächlichen Berichtigung des Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Leitner zur Frau Abgeordneten Dobesberger noch ein Zitat zu bringen aus der Veröffentlichung „Bildungsplanung in Österreich“, herausgegeben vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, aus dem Jahre 1974. Dort steht folgendes zum Fahrtkostenzuschuß:

„Die durch die Verkehrslage bedingten Benachteiligungen der Kinder aus den Streusiedlungs- und Berggemeinden wurden also durch diese Bundesbeihilfe nicht nur nicht behoben, sondern sogar noch verstärkt, weil den Kindern in ohnehin schon verkehrsmäßig gut erschlossenen Gebieten in der Regel die ganzen Kosten ersetzt wurden.“

Erst durch die Novelle, die von der ÖVP erkämpft wurde, wurde dieses Unrecht zum Teil beseitigt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun vielleicht noch ein Wort zur Schulbuchsache. Herr Bundesminister Sinowatz hat gleich zu Beginn eine sogenannte Schulbuchkommission im Ministerium eingesetzt, in die auch Elternvertreter berufen wurden. Nachdem sich diese Kommission nicht als Bestätigungsgremium der Ideen des Herrn Bundesministers erwiesen hat, wurde sie einfach nicht mehr einberufen. Frau Abgeordnete Dobesberger! Ich bitte Sie, treten doch Sie mit Ihrer Leidenschaftlichkeit an den Bundesminister heran, damit er in demokratischer Weise die Kommission, die er selbst eingesetzt hat, auch wieder einberuft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wie groß diese Regierung bei Versprechungen ist und wie klein sie wird, wenn es an das Einlösen dieser Versprechen geht, möchte ich Ihnen an einem Budgetbeispiel zeigen: am Kapitel Jugendförderung. Der Herr Bundesminister hat am 13. November im Finanzausschuß dazu folgendes erklärt. — Ich zitiere wörtlich aus der „Parlamentskorrespondenz“:

„Bei der Erwachsenenbildung und außerschulischen Jugenderziehung ist in den letzten Jahren eine sprunghafte Steigerung der Beträge erfolgt, sodaß eine 3prozentige lineare Kürzung für 1975 aus Einsparungsgründen zu vertreten ist.“

In der Öffentlichkeit versäumt Herr Bundesminister Sinowatz keine Gelegenheit, immer wieder darauf hinzuweisen, wie wichtig die weitere Förderung der Erwachsenenbildung, der Jugendorganisationen und des Herbergswesens in Österreich sei. Ich finde, es ist eine dialektische Glanzleistung, angesichts der Milliardenausweitung des Budgets, angesichts der 1,1 Milliarden für das Schulbuch, angesichts der Verschwendungsskalation bei der UNO-City, von notwendigen Einsparungen durch eine 3prozentige lineare Kürzung bei den Jugendverbänden zu sprechen. Herr Bundesminister! Das haben Sie hinter den Polstertüren des Finanzausschusses getan! Ich bitte Sie, treten Sie vor die Verbände der Erwachsenenbildung, vor die Jugendorganisationen, vor die Herbergsorganisationen hin und sagen Sie, daß Sie diese Kürzung vertreten, nicht nur hinter Polstertüren! Das möchte ich von Ihnen doch verlangen.

Der Herr Bundesminister begründet diese Kürzung mit den Worten „angesichts sprunghafter Steigerungen in den letzten Jahren“. Wie sehen, meine Damen und Herren von der Linken dieses Hauses, diese sprunghaften Steigerungen aus?

Die Jugendorganisationen erhielten im Jahre 1970, also noch in einem Budget, das die ÖVP-Regierung beschlossen hat, 14,5 Millionen Schilling, im Jahre 1975 bekommen sie 18,4 Millionen Schilling, kaum die Teuerungsrate. Und da spricht der Herr Bundesminister von einer sprunghaften Steigerung der finanziellen Förderung in den letzten Jahren! Herr Bundesminister! Das sind sehr kleine Sprünge, ich möchte sagen Minisprünge in Ihrer Bildungspolitik, die sich in diesem Budget dokumentieren.

Am Herbergssektor haben wir eine Steigerung von 1970 auf 1975, Herr Bundesminister, von 6,5 auf 8,7 Millionen Schilling. Damit können Sie nicht einmal eine halbe Herberge bauen, Herr Bundesminister! Und Sie sprechen ununterbrochen von der Notwendigkeit, das Herbergswesen zu vervollständigen.

In der Unruhe hier im Saal überhört man leider die Empörung der Jugendverbände, die sich gestern bei einer Pressekonferenz dokumentiert hat. Ich verstehe sie; sie ist auch richtig, denn eine Kürzung von 19 Millionen auf 18,4 Millionen ist weder vertretbar noch notwendig in diesem Budget. Und sie ist umso unerträglicher — lassen Sie sich das auch sagen —, wenn man hinter vorgehaltener Hand leise erwähnt, daß man für die sozialistischen Jugendverbände bei anderen Budgetposten schon vorsorgen wird. Das, meine Damen und Herren, paßt gut in die Förderungsrichtlinien unter dem Tarnschild „Sachlichkeit und Leistung“.

Dr. Eduard Moser

Vielleicht auch ein Beispiel, Herr Abgeordneter Dr. Kerstnig, für das „kleinkarierte Parteidenken“, von dem Sie hier gesprochen haben. Ich möchte den Herrn Bundesminister daran erinnern, daß er einen Jour fixe zur Besprechung von Fragen der Jugendförderung einberufen hat, und er weiß ganz genau, was dort festgestellt worden ist. Das Engagement der Jugendorganisationen ist für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft von großer Bedeutung.

Und weiter: die in den Jugendorganisationen erbrachten pädagogischen und sozialen Leistungen liegen im öffentlichen Interesse und sind bestens zu fördern. Herr Bundesminister! Das haben Sie dort allen Jugendorganisationen zugesagt. Wenn man jetzt das Budget ansieht, muß man sagen: Große Ankündigungen und keine Leistungen. Lassen Sie sich vom Ordinarius für Soziologie, Herrn Professor Rosenmayr, am 29. Oktober dieses Jahres bei einem Seminar sagen, daß den Jugendorganisationen viel zu wenig Beachtung in unserem Staat geschenkt worden sei. Herr Bundesminister! Auch Sie schenken ihnen zu wenig Gehör. Der einzige, der ihnen wirklich Beachtung schenkt, ist eigentlich der Herr Bundeskanzler. Er ladet Jugendorganisationen immer wieder zu Gesprächen ein, meist zu Themen, mit denen er nicht fertig wird, so etwa zuletzt zum Privilegienabbau. Dieses Gespräch schließt immer wieder mit Worten von der wertvollen Tätigkeit der Jugendorganisationen, von der großen Bedeutung ihrer Leistungen, daß sie besonders gefördert werden müssen und daß der Bundeskanzler sich immer für sie einsetzen werde.

Meine Damen und Herren! Angesichts dieses Budgets ist alles Lug und Trug, ein beschämender Mißbrauch der Jugendorganisationen für billige Reklametricks dieser sozialistischen Regierung. Das kann man gar nicht scharf genug zurückweisen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen. Wünscht die Frau Berichterstatterin ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die in der Beratungsgruppe VI zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlags 1975. Es sind dies die Kapitel 12 und 13 samt den dazugehörenden Teilen des Konjunkturausgleich-Voranschlags sowie Kapitel 71 in 1285 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (1285 und Zu 1285 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1375 der Beilagen) Spezialdebatte

Beratungsgruppe XIV

Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung

Präsident: Wir gelangen nunmehr zur Verhandlung über die Beratungsgruppe XIV. Diese umfaßt das Kapitel 14 des Bundesvoranschlags.

Spezialberichterstatter ist der Herr Abgeordnete Maderthaler. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Maderthaler:** Herr Präsident! Hohes Haus! Der Finanz- und Budgetausschuß hat das Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung des Bundesvoranschlags für das Jahr 1975 in seiner Sitzung am 12. November 1974 unter Vorsitz des Obmannstellvertreters Abgeordneten Sandmeier in Verhandlung genommen.

In dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesvoranschlag 1975 ist für das Wissenschafts- und Forschungsressort ein Gesamtausgabenrahmen von 5.689,628.000 S vorgesehen. Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1974 von 4.867,179.000 S ergibt dies eine Steigerung von 822,449.000 S, das sind 16,90 Prozent.

Im einzelnen entfallen auf den Personalaufwand 2.373,828.000 S (1974: 2.008,695.000 S) und auf den Sachaufwand 3.315,800.000 S (1974: 2.858,484.000 S). Gegenüber dem Bundesvoranschlag 1974 ist im Personalaufwand eine 18,18prozentige Steigerung, im Sachaufwand eine Erhöhung von 16,00 Prozent zu verzeichnen.

Der Anteil des Wissenschafts- und Forschungsbudgets am Gesamtbudget des Bundes beträgt 3,08 Prozent, wogegen der Anteil am Gesamtbudget 1974 3,05 Prozent betrug.

Personalaufwand

Die um 365,133.000 S erhöhten Ansätze auf dem Personalsektor halten sich zwar in einem notwendigen Rahmen und sind zu einem Teil durch die allgemeine Gehaltsregelung bedingt, dienen aber auch zu einem wesentlichen Teil einer echten Personalvermehrung im Dienste der Forschung und Wissenschaft im Gesamtausmaß von 508 Dienstposten, um den dringenden Bedarf, insbesondere der Hochschulen, befriedigen zu können. So konnten zum Beispiel auf dem wissenschaftlichen Hochschulsektor zwölf neue Lehrkanzeln, davon zwei durch Umwandlung von

Maderthaner

Extraordinariaten, und 50 neue außerordentliche Professorendienstposten gemäß § 10 a HOG dienstpostenmäßig vorgesehen und auch veranschlagt werden.

Bei den Kunsthochschulen konnte ein Zuwachs von 40 Dienstposten für Ordentliche Professoren (davon 16 Neusystemisierungen und 24 Umwandlungen von Extraordinariaten) erzielt werden.

Sachaufwand

Der Forschungsbereich der Ressortkredite, das sind die Ansätze

- 1/1413 — Expertengutachten und Auftragsforschung,
 - 1/1414 — Wissenschaftliche Forschung,
 - 1/1415 — Gewerbliche Forschung,
 - 1/1416 — Forschungseinrichtungen,
 - 1/1417 — Österreichische Akademie der Wissenschaften und Forschungsinstitute,
 - 1/1418 — Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation und
 - 1/1419 — Forschungsunternehmungen
- steigt von 635,144.000 S im Jahre 1974 um 92,117.000 S auf 727,261.000 S für das Jahr 1975, was einer Steigerung von 14,50 Prozent gleichkommt.

Im Bundesvoranschlag 1975 wurde der Ansatz für Auftragsforschung 1/1413 verdoppelt; in diesem Ansatz sind auch die Aufwendungen für die Projekte auf dem Gebiet der Energieforschung vorgesehen. Weiters soll im Jahre 1975 erstmals ein Staatspreis für Energieforschung in der Höhe von 100.000 S zur Ausschreibung gelangen.

Eine beträchtliche Erhöhung hat das internationale Projekt „Man and Biosphere“ sowie das neu aufgenommene Projekt „Hydrologisches Programm“ erfahren; ebenso auch die Aufwendungen für Forschungsvorhaben in internationaler Kooperation: der Beitrag für CERN beträgt für 1975 96,679.000 S; für Molekularbiologie — Europäische Zusammenarbeit 3,100.000 S; für das Institut für Führungsaufgaben der Technik 550.000 S; für das Europäische Zentrum für mittelfristige Wettervorhersage 2,500.000 S und schließlich als neuer Ansatz der Beitrag des Bundes für das gemeinsam mit der österreichischen Industrie geplante Projekt der Beteiligung Österreichs an dem europäischen Weltraumforschungsprogramm „ESRO-Spacelab“ in der Höhe von 5 Millionen Schilling.

Die Beiträge des Bundes für die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie wurden insgesamt von 120,439.000 S auf 165,234.000 S erhöht, was einer Steigerung von 37,19 Prozent entspricht.

Die Sachaufwandskredite der wissenschaftlichen Hochschulen erfuhren eine Steigerung von 13,35 Prozent auf 1.235,853.000 S und dienen vor allem den Aufwendungen für Unterrichts- und Forschungserfordernissen, einschließlich des Gebietes der EDV-mäßigen Ausstattung.

Als neuer weiterer Schwerpunkt des Ressorts wurde für 1975 erstmals für das Hochschulzentrum Wien — Althanstraße, welches den gesamten Komplex der Hochschule für Welthandel und des Zoologischen Institutes der Universität Wien beheimaten soll, ein Betrag von 77,600.000 S als erste Rate des im Leasing-Verfahren zu errichtenden Bauwerkes veranschlagt.

Die Kredite der Kunsthochschulen steigen um 26,98 Prozent auf 110,829.000 S. Diese starke Steigerung dient vor allem für die Erweiterung des Studienbetriebes.

Neben einer Erhöhung der Ansätze (1/14108) für internationalen Stipendienaustausch, für Austausch von Gastprofessoren und Wissenschaftlern und so weiter konnten erstmals auch die Verpflichtungen aus internationalen Abkommen (Kulturabkommen, wissenschaftlich-technischen Abkommen) als gesetzliche Verpflichtung bei dem Ansatz 1/14117 in der Höhe von 4,970.000 S zusätzlich im Bundesvoranschlag 1975 aufgenommen werden.

Die Steigerung der Kredite auf dem Bibliothekssektor um 44,24 Prozent gegenüber dem laufenden Budgetjahr bringt einen Ausgabenrahmen von 92,885.000 S; die Ausgabenstruktur enthält neben dem weiteren Ausbau des Bibliothekswesens, der Ausstattung der wissenschaftlichen Bibliotheken auch die Abstattung der zweiten Rate für den Ankauf der weltberühmten Anthony van Hoboken-Sammlung für die Österreichische Nationalbibliothek, der im Jahre 1974 erfolgt ist und eine einmalige, nie wiederkehrende Möglichkeit des Ausbaues der Musiksammlung der Österreichischen Nationalbibliothek darstellt.

Schließlich gelang es gerade auf dem Sektor des wissenschaftlichen Publikationswesens, eine seit langem bestehende Lücke zu schließen, indem im Bundesvoranschlag für 1975 erstmalig eine Förderungspost für wissenschaftliche Zeitschriften und Publikationen beim Ansatz 1/14006 im Ausmaß von 4 Millionen Schilling vorgesehen werden konnte.

Die Sachaufwandansätze für den Museumsbereich werden einen weiteren Ausbau der Museen und Sammlungen des Bundes ermöglichen; das Kreditvolumen für 1975 beträgt 46,095.000 S.

12160

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Maderthaner

Die Sachaufwendungen für das Denkmalschutzwesen weisen als Schwerpunktgebiet eine Steigerung von zirka 20 Prozent und ein Kreditvolumen von 65,767.000 S auf. Damit wird die in den letzten Jahren eingeleitete Entwicklung der zielstrebigen Erhöhung der Ansätze für den Denkmalschutz und zur Förderung des kulturellen Erbes fortgeführt. Für das Jahr 1975, das vom Europarat zum Jahr des Denkmalschutzes erklärt wurde, werden damit vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung kräftige Impulse zur Erhaltung des architektonischen Kulturerbes ausgehen können.

Die Einnahmenentwicklung im Rahmen des Kapitels 14 weist eine Steigerung von 165,013.000 S im Jahre 1974 auf 200,371.000 S für 1975 auf, was einer Steigerungsrate von 35,358.000 S oder 21,43 Prozent gleichkommt.

Schließlich sind im Konjunkturbelebungsprogramm des Konjunkturausgleich-Voranschlags für das Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung 213,137.000 S veranschlagt.

An der Debatte, die sich an die Ausführungen des Spezialberichterstatters anschloß, beteiligten sich die Abgeordneten Dr. Blenk, Radinger, Dr. Scrinzi, Kern, Dr. Fleischmann, Dr. Ermacora, Wuganigg, Dr. Kaufmann, Dr. Gisel, Dr. Gruber, Blecha, Dr. Eduard Moser, Doktor Heinz Fischer, Dr. Bauer und Kinzl.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg beantwortete eingehend die an sie gerichteten Fragen.

Bei der Abstimmung am 21. November 1974 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze des Kapitels 14 unverändert angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 14: Wissenschaft und Forschung samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags des Bundesvoranschlags für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, in die Spezialdebatte einzugehen.

Präsident: Wir gehen in die Debatte ein.

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Blenk.

Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Abgeordnete Dr. Fischer hat den Reigen der Spezialdebattenredner seiner Partei mit der Bemerkung eingeleitet, die Budgetdebatte gebe Anlaß, und

zwar traditionsgemäß Anlaß dazu, neben der Behandlung der Budgetansätze auch allgemeine politische Fragen zu erörtern. Er hat dann diese Grundsatzfeststellung zum Anlaß genommen, wie er sagte, das Oppositionsverhalten der Österreichischen Volkspartei entsprechend unter die Lupe zu nehmen.

Herr Dr. Fischer! Was Sie gemacht haben — Sie wissen das genau —, war natürlich etwas anderes. Sie haben offenbar aus sachlichen Schwierigkeiten heraus eine Art Rückblick in eine Zeit gemacht, in der die ÖVP die Verantwortung in diesem Lande allein getragen hat. Sie haben das allerdings in einem sehr negativen Sinn gemacht. Sie haben nämlich gemeint: Wir haben in der letzten Zeit — zum Teil allein, zum Teil mit den anderen Parteien dieses Hohen Hauses — diese und jene Gesetze beschlossen. Warum haben Sie die nicht beschlossen?

Sie sagten zu uns: Sie haben nicht beschlossen: das Arrangement mit der EWG, Sie haben nicht beschlossen gewisse Sozialgesetze, Sie haben nicht beschlossen das Bodenbeschaffungsgesetz, die Witwenpensionen, Sie haben nicht beschlossen — und so weiter.

Herr Dr. Fischer! Abgesehen davon, daß die Nennung gewisser Dinge, die Sie als Versäumnisse aufgezählt haben, von Ihnen besser unterlassen worden wäre, denke ich zum Beispiel an die Vorwürfe wegen der EWG, von der Sie genauso gut wie ich wissen, daß diese Assoziation zur EWG zu lang unter dem Unstern sozialistischer Ablehnung gestanden ist; das Wort vom kapitalistischen Bürgerblock, das Ihr damaliger Parteivorsitzender Pittermann gebraucht hat, ist heute noch allseits in Erinnerung: Sie haben Dinge geerntet, die lange gewachsen sind. Sie haben zum Teil Dinge zu Ende geführt, die schon wohl vorbereitet waren.

Herr Dr. Fischer! Wenn Sie wirklich so viel Interesse an einer Beleuchtung der ÖVP-Alleinregierungszeit gehabt hätten, dann hätten Sie aber unter anderem auch darauf verweisen können, was damals alles an grundlegenden Gesetzeswerken und Reformen über die Bühne dieses Hohen Hauses gegangen ist. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich meine damit — wenn wir beim gegenwärtigen Budgetkapitel beginnen — genauso das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz wie das Forschungsförderungsgesetz, ich meine genauso das Rundfunkgesetz wie die Bundesbahn-Neuregelung, ich meine genauso das ÖIAG-Gesetz wie die Kapitalmarktgesetze, ich meine genauso die Strukturernierungsgesetze wie alle übrigen Kapital- und Wirt-

Dr. Blenk

schaftsförderungsgesetze, die hinlänglich unter dem Namen „Korenplan“ bekannt sind und, Herr Dr. Fischer — das wurde an dieser Stelle schon mehrfach gesagt —, welche die rechtliche und faktische Grundlage des Wohlstandes unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft sind, auf dem wir heute aufbauen und den Sie für sich reklamieren! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Dr. Fischer! Sie haben weiter gemeint — und das klang nun wie eine recht niedliche, ich meine aber eher wie eine demagogische Wortspielerei —, daß man im Rahmen des ÖVP-Vorbringens — der ganzen Oppositionszeit, nehme ich an — die Dinge immer habe dreiteilen müssen in das, was a) die ÖVP verlangt habe, b) was sie beantragt habe und c) was sie tatsächlich gewollt habe.

Herr Dr. Fischer! Sie wissen selbst viel zu gut, wie rhetorisch leer solche Hülsen sind, wenn sie auch wirkungsvoll sein mögen, aber eines möchte ich Ihnen gleich offen sagen: Wir sind froh, daß wir noch nicht alles wissen, was Sie über das hinaus, was Sie mit Ihrer mageren Mehrheit durchgezogen haben, tatsächlich wollen.

Zum Teil, Herr Dr. Fischer, bekommen wir ja seit einigen Jahren einen Geschmack davon, wie Sie Ihre Vorstellungen durchziehen. Aber ich sage noch einmal: Irrelevant ist, was Sie wollen, solange es nicht politisch umgesetzt ist; wir sind froh, daß wir das nicht wissen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich komme nun zum Thema des Budgetkapitels Wissenschaft und Forschung. Ich möchte aber vorweg eines sagen, wieder an Sie gerichtet, Herr Dr. Fischer: Wenn Sie hier, und zwar zum x-ten Male, sagen: Diese Österreichische Volkspartei!, und das ist auch eine jener Wiederholungen, die Sie uns immer an den Kopf werfen, wenn Sie angeblich etwas aufdecken wollten, wenn Sie also hier immer wieder als Standardformel sagen: Und diese ÖVP hat einen Grundsatz, nämlich: jeder einzelne Ansatz ist ihr zuwenig, jede einzelne Dotierung ist ihr zuwenig, aber gleichzeitig möchte sie den Gesamtrahmen wesentlich reduziert wissen, dann sage ich Ihnen, Herr Dr. Fischer: Was wir im Laufe dieser Budgetdebatte tun — und das gilt auch für das derzeit zu verhandelnde Kapitel —, ist nicht das Vorbringen von Forderungen und Wünschen, sondern es ist ein schlichtes Konfrontieren Ihrer Partei und der Öffentlichkeit mit dem, was diese Regierung, was diese Sozialistische Partei seinerzeit versprochen hat, was sie an Erwartungen und zum Teil an Begehrlichkeiten geweckt hat und was sie

— und diese Bilanz geht sehr schlecht für Sie aus — nicht erfüllt und nicht durchgehalten hat, und nur darauf werden wir uns konzentrieren, wenn wir dieses Budget einer sehr kritischen Betrachtung unterziehen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Hohes Haus! Das Kapitel Wissenschaft und Forschung ist — auch das wird seit Jahren immer wieder in Parteiprogrammen, in Regierungserklärungen, in Festtagsreden gehört — ein Schwerpunkt der Arbeit dieser Regierung. Ich bestreite nicht, daß das Ministerium ursprünglich tatsächlich die Absicht hatte, dieses Kapitel zu einem Schwerpunkt zu machen. Wir sind uns klar darüber, daß es eine Konsequenz und eine Folge der verworrenen und der nicht mehr überblickten sozialistischen Finanz- und allgemeinen Gesellschaftspolitik dieser Gefälligkeitsdemokratie ist, daß das verhindert wird.

Es wurde heute vom Herrn Berichterstatter — ähnlich wie schon im Ausschuß — darauf verwiesen, daß trotzdem dieses Budgetkapitel sehr beträchtliche Ausweitungen erfahren habe. Ich habe an dieser Stelle schon bei früheren Debatten zu den verschiedenen Budgets darauf hingewiesen, daß eine recht interessante Vergleichsgröße für die Bildungsschwerpunkte die Entwicklung des Bildungsbudgets ist, und darunter kann man heute grob die Entwicklung der beiden Ministerialbudgets Unterricht und Wissenschaft verstehen.

Ich sage Ihnen dazu eines: Diese Zahlen schauen bei allem, was Sie ansonsten in Einzelfragen für sich buchen mögen, für Sie keineswegs erfreulich aus.

Wir haben in der ÖVP-Alleinregierung in den Jahren 1966 bis 1969 grundsätzliche Zunahmen der Bildungsbudgets im Schnitt um 0,6 Prozent gehabt, das heißt Zuwächse am Gesamtbudget.

In der Zeit der SPÖ-Alleinregierung sind die Zuwächse zum Teil auf 0,3 Prozent hinuntergesunken, im letzten Jahr auf 0,2 Prozent, und im nächsten Jahr werden es knapp 0,5 Prozent sein.

Ich meine damit nur: auch der Vergleich zu der Zeit der ÖVP-Alleinregierung schaut für Sie gesamthaft gesehen durchaus nicht so aus, daß Sie euphorische Freudengesänge anstimmen müssen.

Wie schauen diese Zahlen wirklich aus?

Wir haben im Gesamtbudget heuer — das ist bekannt — eine Steigerung von 16,01 Prozent; ich nehme hier das Grundbudget.

Wir haben im Budget Wissenschaft und Forschung eine Steigerung im Grundbudget von 16,89 Prozent, also etwa durchaus im Rahmen der Gesamtsteigerung liegend.

12162

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Blenk

Nun könnte man sagen: Es ist immer noch normal. Aber hier stoßen wir auf ein Problem, das die gesamten Kapitel, ja das gesamte Budget dieser sozialistischen Regierung auszeichnet, nämlich auf die betrübliche Tatsache, daß der größte Teil aller Steigerungen, der nominellen Steigerungen, auf gesetzlich gebundene, zweckgebundene Ausgaben fällt, daß anders gesagt der Rahmen jener Mittel, die für echte, gestaltende Arbeit frei sind, ständig abnimmt.

Das deckt sich genauso mit dem, was wir im gegenständlichen Budget sehen. Wir haben hier beispielsweise den Ausgabenrahmen im gesetzlich verpflichtenden Bereich zwischen 20 und 40 Prozent; ich werde nachher noch an einzelnen Fällen dartun, wie kläglich stagnierend bis rückschreitend die tatsächlich gestaltenden Ausgabenbereiche sich darstellen. Mit einem Unterschied oder mit einer Ausnahme: soweit es nämlich das Ministerium selbst betrifft. Ich muß das noch einmal wie schon Jahre zuvor feststellen.

Bei der Gründung, bei der seinerzeitigen Schaffung dieses Ministeriums hat man sehr feierlich darauf verwiesen, daß das selbstverständlich mit keinen administrativen Mehraufwendungen oder personellen zentralen Ministerialaufwendungen oder Auswachsen verbunden sei. In Wirklichkeit schaut es anders aus.

Wir kennen zwar die ganzen Personalschichtungspläne, die vorgelegt wurden, aber die Zahlen sprechen für sich. Wir haben im Ministerium einen Personalaufwand, der um 41,7 Prozent gestiegen ist. Wir haben Sachaufwendungen — Frau Bundesminister, das wissen Sie —, die um etwa 180 Prozent gestiegen sind.

Nun werden Sie mir wahrscheinlich mit einer gewissen Berechtigung einwenden: Da sind alle jene Dinge drinnen, die eben zum Teil echt den Hochschulen zugute kommen, wie das Hochschulzentrum mit 77 Millionen und so weiter.

Frau Bundesminister! Ich möchte das zum Teil anerkennen, aber nur zum Teil. Denn diese ganzen, nunmehr in der zentralen Budgetierung aufscheinenden Posten sind zum Teil Positionen, die früher in anderen Budgets aufgeschienen sind, im Bautenbudget beispielsweise, die nur mit der neuen, zum Teil noch nicht ganz geklärten — glaube ich — Art der Finanzierung zusammenhängen oder, anders gesagt: Wenn wir die hier nicht mit hereinrechnen, dann dürften wir sie, genau genommen, auch nicht in die Steigerungsrate des gesamten Wissenschaftsbudgets hineinnehmen.

Ich möchte mich zwei Kapiteln zuwenden, Hohes Haus, den Hochschulen und der Forschung.

Wie schaut es bei den Hochschulen aus? Ich muß hier wohl der Aktualität und der Bedeutung halber kurz einige Betrachtungen zur Situation bezüglich des Universitätsorganisationsgesetzes wiedergeben, eines Gesetzes, das ja die ganzen Diskussionen und Sorgen im Hochschulbereich seit einigen Jahren widerspiegelt; eines Gesetzes, das in den Auseinandersetzungen, vor allem auch der Regierungspartei, immer wieder Anlaß dazu gibt, auf eine angeblich nicht konstruktive Haltung der Österreichischen Volkspartei hinzuweisen.

Ich möchte zur Vorgeschichte nur der Ordnung halber in Erinnerung rufen: Dieses Gesetz wurde auf Grund einer Bundesratsmotion aus dem Jahre 1968 zunächst im Jahre 1971 in einem ersten Diskussionsentwurf vorgelegt. Der Ministerialentwurf wurde 1972 vorgelegt. Etwa ein Jahr nach Abschluß eines Begutachtungsverfahrens, in dem praktisch alle betroffenen Kreise sich mit Entschiedenheit und mit massiven Argumenten gegen die Regierung, gegen den Entwurf wandten, wurde die Regierungsvorlage eingebracht.

Seither, seit Ende des Jahres 1973, verhandeln wir dieses Gesetz. Wir verhandeln es so, daß ich hier ganz ohne Einschränkung sagen darf, wir haben jeden möglichen Termin, der dafür freigemacht werden konnte, akzeptiert. Wir haben Tage — zusammen sind es Wochen — über dieses Gesetz verhandelt.

Ich muß allerdings dazu sagen: über ein Gesetz, das nicht nur wegen seiner grundlegenden sachlichen Auffassungsunterschiede, sondern vor allem wegen einer leider Gottes sehr mangelhaften legislativen Ausstattung zu einer unglaublichen Kleinarbeit geführt hat, zu einer Kleinarbeit — der Herr Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses hat das einmal vorwurfsvoll als Gründlichkeit bezeichnet, mit der wir das angehen —, die uns bis heute noch nicht sehr weit geführt hat.

Folge dieser Zeitklemme, in die sich die sozialistische Regierung selbst gebracht hat, war eine Fristsetzung, die wir um der Sache willen zutiefst bedauern, weil wir glauben, es ist der schlechteste Dienst, den man den Hochschulen und der Bildung in diesem Lande erweisen kann, wenn man eine derartig grundlegende und noch dazu in so wesentlichen Punkten unterschiedlich beurteilte Neuerung unter Zeitdruck durchziehen will.

Das möchte ich hier nur festhalten und möchte dem anschließen einige der wesent-

Dr. Blenk

lichen Punkte, in denen wir, ohne daß ich ins Detail gehe, unterschiedliche Vorstellungen zur Regierungsvorlage haben.

Wir meinen, daß diese Regierungsvorlage in einem unzulässigen Maße ständische Interessengegensätze im Hochschulrahmen verabsolutiert, daß sie zu einer Gruppenuniversität ausholt, die dem nicht entspräche, was wir uns vorstellen, nämlich einer auf die Arbeitsplatzsituation abgestellten Universität, einem Modell, das wir am besten im Institut damit umreißen, daß wir sagen: Hier sollen nicht willkürliche Paritäten, sondern alle jene bestimmen, die tatsächlich im Rahmen und am Arbeitsplatz der Uni, des Institutes wissenschaftlich tätig sind.

Die Regierungsvorlage schafft, auch das wurde im Laufe der sehr eingehenden Debatte immer wieder herausgestellt, zuviel Bürokratismus und Entscheidungshierarchie, und zwar dort, wo Koordination und Kooperation vorrangig sein müßten. Die Regierungsvorlage zeigt starke Zentralisierungstendenzen durch einen starken Ausbau des Aufsichtsrechtes, durch die Möglichkeit von Ersatzvornahmen dort, wo an sich Universitätsentscheidungen am Platz wären, und schließlich nicht zuletzt durch die Etablierung einer Universitätsdirektion, die völlig unabhängig vom Universitätsrektor in direkter Unterstellung unter das Ministerium tätig sein soll.

Ich möchte schließlich, ohne vollständig zu sein, noch das, wie mir scheint, Danaer-Geschenk der Budgetautonomie erwähnen, einer Autonomie, bei der die Hochschulen gebunden werden sollen an die Entscheidungen, an die Richtlinien, an die Vorschriften des Ministeriums, gleichzeitig aber unter dem Mantel der Autonomie praktisch die unangenehme und undankbare Aufgabe der Verteilung der naturgemäß beschränkten Mittel haben sollen.

Soviel dazu, meine Damen und Herren. Nun einige grundsätzliche Überlegungen zur Frage des Hintergrundes allgemeiner bildungspolitischer Erwägungen.

Schon bei der Budgetdebatte 1973 wurde von der Frau Bundesminister auf die von mir aufgeworfene Frage nach der Bildungsplanung, nach der Bedarfserhebung, nach den Konzepten der Bildungsberatung geantwortet, daß der ganze Akademikerzuwachs keinesfalls bedenklich sei. Es werde — und das wurde vor kurzem wieder bestätigt — trotz der derzeit 75.000 Inskribierten an den österreichischen Hochschulen keine Überproduktion erfolgen, es sei nur mehr oder weniger die Deckung eines akademischen Nachholbedarfes, und im übrigen müsse jeder die Chance der Bildung haben, der sie nützen wolle. *(Abg. Dr. Fischer: Sehr richtig!)*

Dazu möchte ich eines sagen, Herr Doktor Fischer, und vielleicht können Sie dazu dann Ihre Gegenüberlegungen vorbringen. Ich glaube, daß hier der Begriff der Chancengleichheit zwangsläufig in die Debatte kommt. Ich meine, daß dieser Begriff wie so viele Schlagwörter weitgehend dann zu einer Leerformel wird, wenn wir uns nicht fragen: Chancengleichheit wofür und Chancengleichheit für wen?

Oder extrem formuliert — da stütze ich mich auf einige Vorstellungen, die die Frau Bundesminister bei verschiedenen Gelegenheiten von sich gegeben hat —: Wenn Chancengleichheit nur darin bestehen soll, daß man schließlich einen humanistischen Freizeitbackground bei jeder möglichen Beschäftigung und Berufstätigkeit hat, dann ist sie fragwürdig und echt eine Leerformel.

1973 hat die Frau Bundesminister auf meine damalige Frage, wie etwa die Bedarfsplanung aussehen könnte, gesagt, sie glaube an den Grundsatz, daß man Akademiker nicht für die Wirtschaft produzieren dürfe, sondern daß Bildung als Lebensqualität anzusehen sei. So weit, so gut. Ich möchte jedoch eines dazu meinen: Der verfassungsrechtlich verankerte Grundsatz der Bildungsfreiheit ist in eine andere Richtung ausgelegt. Wenn es nämlich im Artikel 18 des Staatsgrundgesetzes heißt, es steht jedermann frei, seinen Beruf zu wählen und sich für denselben auszubilden, dann wird das Problem ganz virulent im Hinblick auf die kommende allgemeine Gesellschafts- und, wenn Sie wollen, auch Arbeitsmarktentwicklung. Dann ist das nicht nur mehr eine ästhetische, humanistische Lebensqualitätssituation und Problematik — wiewohl ich akzeptiere, daß Bildung natürlich im lebensqualitativen Sinne eine entscheidende Rolle zu spielen hat.

Mir scheint aber, daß man hier die praktischen Folgen dieser ganzen Situation nicht übersehen darf. Wenn wir verhindern wollen, daß Akademiker produziert werden, die anschließend unakademische Tätigkeiten ausführen müssen — damit tun wir dem Begriff der Lebensqualität nichts Gutes —, dann müssen wir uns überlegen — damit komme ich zu einem heißen Eisen, das ich bewußt angreife —, ob wir den Auslesemechanismus, den wir heute soziologisch als gegeben ansehen, nicht doch ändern müssen.

Wir betonen heute sehr oft und meiner Meinung nach mit Recht, daß die grundsätzliche Ungerechtigkeit des Zuganges zu den Hochschulen in sozialen, in regionalen und ähnlichen Motiven liege.

Dr. Blenk

Kein Mensch aber spricht davon, daß man an Stelle der Ablehnung jedes Numerus clausus — das ist im Grunde für mich ein Wort — eventuell doch überlegen müßte, ob man nicht gerechtere Auslesekriterien finden müßte. Ich sage ganz offen — wiewohl es sehr unpopulär ist —, daß es beispielsweise durchaus richtig wäre, etwa Begriffe wie „Begabung“ und „Intelligenz“ in theoretisch-abstrakten Dingen als ein solches Auslesekriterium anzusehen.

Wir leben heute insoweit in einer verkehrten Welt, als man den Begriff der „Begabung“ ausschließlich abstellt auf solche Berufe und auf solche persönliche Ausformungen, zu denen zumindest eine Mittelschulbildung, wenn nicht gar eine Universitätsausbildung verlangt wird. Was heißt das, meine Damen und Herren? Das heißt — das ist ein sehr weitgehendes, auch soziologisches Problem —, daß man automatisch alle die Berufe, für die das nicht verlangt wird, in einem völlig unzulässigen Maß abwertet.

Meine Damen und Herren! Ich glaube: Wenn wir davon nicht abgehen, machen wir etwas, was das ganze Problem wesentlich verschärft: Wir bauen nicht ab ein falsches Sozialprestige, das heute, wie wir es aus Statistiken alle kennen, etwa im Bereiche von Akademikern oder hohen Beamten oder Unternehmerfamilien noch überwiegend da ist, nämlich den Trend zum Akademiker — wir bauen den nicht ab —, sondern wir verpflanzen dieses verkehrte Sozialprestige auch in jene Kreise, die das heute — Gott sei Dank zum Teil zu Unrecht, soweit es um echte Begabungen angeht — noch nicht haben.

Ich meine also, daß der ganze Ansatz für die Frage Numerus clausus, für die Frage Beschränkung oder nicht, eine Stufe früher beginnen muß, nämlich in der grundsätzlichen Umbildung der öffentlichen Einstellung zur Frage der Bildung im Sinne von institutionalisierter oder gradualisierter Bildung. Ich möchte meinen, wir haben Beispiele genug, von Schweden angefangen, daß eben nichts damit getan ist, wenn wir auf der einen Seite akademisches Proletariat haben, wobei ich das gar nicht an die Wand malen möchte, auf der anderen Seite aber in all jenen Berufen, die eine genauso qualifizierte Begabung, aber keine unbedingte Hochschulausbildung verlangen, eine Mangelsituation haben.

Frau Bundesminister! Wenn Sie meinten — etwa in der Unterlage zur OECD-Länderprüfung, die vor kurzem über die Bühne ging —, daß irgendwelche Maßnahmen — gesetzliche oder administrative —, die einen Numerus clausus bedeuten, von der Bundes-

regierung und von fast allen politischen Kräften abgelehnt werden, dann stimmt das natürlich, soweit es diesen Begriff des Numerus clausus angeht. Aber ich kann Ihr Papier, das Sie heute verteilt haben als Antwort auf eine Aussendung des Vorsitzenden der ÖH, nicht billigen, Frau Bundesminister. Sie sagen darin: Es stimmt nicht, daß wir beispielsweise in Wien im vergangenen Semester 1200 erst-inskribierte Medizinstudenten, aber nur 700 Laborplätze haben. Aber wenn es, wie behauptet wird, stimmt, dann müssen wir doch einfach zur Kenntnis nehmen, daß zumindest administrative Beschränkungen oder Begrenzungen oder Verschiebungen des Studiums bestehen, ob wir uns nun sehr pathetisch oder unpathetisch vom Numerus clausus lösen oder ihn in irgendeiner Form akzeptieren.

Frau Bundesminister! Ganz abgesehen davon wissen Sie auch: Wenn wir ein fixes Kriterium für die tatsächliche Situation auf den Hochschulen hernehmen, nämlich die Aufwendung pro Studierenden, befinden wir uns dann eben in einem sehr betrüblichen Rückschritt. Ich habe schon bei früherer Gelegenheit von diesem Platze aus darauf verwiesen, daß allein vom Jahr 1967 auf das Jahr 1974 die realen Ausgaben pro Studenten im ganzen Hochschulbereich um 14 Prozent gesunken sind. Ich glaube, Frau Bundesminister, das verbietet uns, daß wir einen — wenn Sie gestatten — formalen Justamentstandpunkt einnehmen, der nur die Tatsache verdecken soll, daß wir diesen ganzen Verhältnissen und Problemen hilflos gegenüberstehen.

Nun zu einigen Zahlen des Budgets im Hochschulbereich: Der Herr Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses hat im Finanzausschuß bei der Behandlung dieses Problems gemeint, das Budget für die Hochschulen stelle das beste dar, das er sich überhaupt vorstellen könne.

Herr Abgeordneter Radinger! Bei allem Respekt vor Ihrer Bescheidenheit — ich verstehe es; wenn man vier Jahre sozialistischer Vorsitzender in einem Ausschuß ist, wird man zwangsläufig bescheiden —: So weit dürfte es nicht gehen. Sehen wir uns einmal die Zahlen an — und ich muß hier auch den Herrn Berichterstatter etwas korrigieren —: Die Ausgaben für das Kapitel Hochschulen liegen etwas unter der Steigerungsrate des gesamten Bundesbudgets — nur für die Hochschulen, nicht für das gesamte Budgetkapitel —, nämlich bei 15,9 Prozent. Vergleichswert 16,01 Prozent, also etwa gleich. Aber auch hier betrüblich — ich habe schon darauf verwiesen —, daß die Steigerungen speziell in den zweckgebundenen Bereichen vor sich gehen; 22 bis 24 Prozent.

Dr. Blenk

Wie sieht es in den Bereichen aus, die tatsächlich das Hochschulgeschehen bestimmen? — Ich nenne einige Zahlen, die alles aussagen mögen: Anlagen für Hochschulen — Steigerungsrate 9,5 Prozent. Aufwendungen für Hochschulen: Der Berichterstatter hat von 13,4 Prozent Sachaufwandsteigerung gesprochen. Ich habe nur 6,4 Prozent Steigerung gegenüber dem Grundbudget 1974 gefunden. Und nun — man höre und staune —: Wenn man das vor kurzem beschlossene Budgetüberschreitungsgesetz dazurechnet, dann kommen wir zu einem Minus von 3,9 Prozent für den gesamten Sachaufwand an den Hochschulen gegenüber dem Jahre 1974.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Bundesminister! Ich kann mir nur vorstellen, daß das entweder wirklich zu einer völligen Devoutierung und Aushöhlung des Hochschulgeschehens führen soll oder — was ich mir nur als anderen, keineswegs besseren Ausweg denken kann — daß es hier um schlichte Scheinbudgetierungen geht.

Ähnlich ist die Situation bei den Bauten, Hohes Haus. Wir haben schon seit einigen Jahren — und es ist bis heute offiziell immer noch die Grundmaxime, nach der also investiert werden soll — ein langfristiges Hochschulbauprogramm vorliegen. Wir haben vor allem in den Bautenbudgets immer wieder die langfristigen Dotationsausweise für die Hochschulen. Wie schaut das aus?

Im vergangenen Jahr wurden für das Jahr 1975 im langfristigen Aufteilungsschlüssel 572 Millionen Schilling für Neubauten zugesagt. Und wer das heurige Budget daraufhin untersucht, stellt genau eine Halbierung fest: 284 Millionen Schilling! Wenn wir das vergleichen mit den Ansätzen für das Jahr 1974, ergibt das eine Steigerung von sage und schreibe 1,4 Prozent.

Herr Abgeordneter Radinger! Wenn das das beste Budget ist, das Sie sich vorstellen können, dann wiederhole ich Ihre bemerkenswerte Bescheidenheit.

Ich habe allerdings vor kurzem nach dem Finanzausschuß dann lesen können, daß offenbar für andere Bereiche, nämlich für den Neubau des Ministeriums, Projekte im Ausmaß von 400 Millionen Schilling ausgeschrieben oder realisiert werden sollen. Ich möchte dazu meinen: Das ist sehr beachtenswert, wenn wir dem nur einige Werte beispielsweise über die Instandsetzungsversprechungen des vergangenen Jahres für 1975 gegenüberstellen.

In Wien — Chemisch-physikalisches Institut Währinger Straße — statt 5,7 Millionen Schilling 1000 S, Universität Salzburg statt 20 Millionen Schilling 14 Millionen Schilling,

Universitätsinstitut Währinger Straße statt 25 Millionen Schilling 1 Million Schilling, Institutsgebäude Helfferstorferstraße statt 50 Millionen Schilling 5 Millionen Schilling, Salzburg — Universitätsneubau, erster Bauabschnitt — statt 10 Millionen Schilling 2 Millionen Schilling, in Leoben statt 3 Millionen Schilling 1000 S, philosophische Fakultät Innsbruck statt 20 Millionen Schilling 1000 S und so weiter.

So sehen die konkreten Ziffern aus! Und das ist das beste Budget, das sich der Herr Vorsitzende für den Hochschulbereich vorstellen kann!

Ich frage noch einmal, Frau Bundesminister: Was ist unter diesen Umständen von jenem offenbar noch geltenden langfristigen Hochschulinvestitionsprogramm noch zu halten?

Ich möchte abschließend zum Hochschulbudget sagen: Was Wunder, daß angesichts dieser Situation die Unruhen an den Hochschulen zunehmen, daß radikale Kräfte immer ungehemmter ihr Wesen oder Unwesen treiben, daß die Studienkosten, die Lebenskosten immer steigen, daß die Außenstände der Universitäten größer werden und dergleichen mehr. Ich meine: Es wäre wert, daß man diesen Problemen nicht nur verbal begegnen würde.

Zur Forschung, meine Damen und Herren! Es ist überflüssig, hier über die überragende Bedeutung der Forschung für Wissenschaft und Lehre, für den Fortschritt, den Wohlstand und die Lebensqualität zu sprechen. Das erklärte Ziel, so haben die Frau Bundesminister und verschiedene Mitglieder auch der sozialistischen Fraktion immer wieder erklärt, der sozialistischen Fraktion und auch übrigens der Forschungskonzeption besteht darin, den Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf einen Stand anzuheben, der dem der vergleichbaren Industrieländer entspricht. Um das zu erreichen, hat die Frau Bundesminister kürzlich gemeint, müssen wir mit jährlichen Steigerungsraten von 20 bis 24 Prozent für den gesamten Forschungsbereich rechnen.

Soweit diese Aussage. Wie sieht das nun in der Realität aus? Einige nackte Zahlen: Der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung hat gegenüber dem vergangenen Jahr einen nominellen Zuwachs von 4,6 Prozent zu verzeichnen, der Fonds zur Förderung der Forschung in der gewerblichen Wirtschaft eine Steigerungsrate von 2,8 Prozent nominal, die Unterrichts- und Forschungserfordernisse für die Hochschulen wurden um 0,7 Prozent angehoben.

Meine Damen und Herren! Wir wissen, daß Forschungsausgaben besonders kostenempfindlich sind, und es wurde von Experten

12166

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Blenk

errechnet, daß beispielsweise bei der derzeitigen Inflation die Forschungskosten pro Jahr nicht um 10, sondern etwa um 15 Prozent steigen. Das heißt real, daß der gewerbliche Forschungsförderungsfonds beispielsweise um runde 12 Prozent real verkürzt wird gegenüber dem Vorjahr, daß der wissenschaftliche Forschungsfonds um mehr als 10 Prozent verkürzt wird, und über die Hochschulforschung mit 0,7 Prozent nomineller Steigerung, glaube ich, erübrigt sich jedes Wort, obwohl die Forschungskonzeption lapidar meinte, ohne Geld keine Forschung. Eine Binsenwahrheit! Und diese Binsenwahrheit wurde mit einem Programm der Steigerungsraten verknüpft, wo es hieß, 2 Prozent des Bruttonationalproduktes müssen oder sollen im Jahre 1980 erreicht sein.

Ich will nicht ins Detail gehen, ich will nur sagen, bei den Zuwächsen wird auf der Basis der Berechnung des Jahres 1972 genau im Jahre 1980 ein Anteil von 1,2 Prozent erreicht sein.

Daß allerdings nicht alle Forschungsbereiche so stiefmütterlich behandelt werden, das sei nur der Ordnung und vielleicht der Konzeption dieser Regierung halber erwähnt. Wir haben natürlich Bereiche, die schon etwa um die 20 Prozent aufgestockt werden. Ich habe aber nur einen gefunden, und das ist das Boltzmann-Institut, jenes Institut, das hier vor kurzem von der Frau Bundesminister auf eine Anfrage des Herrn Abgeordneten Schranz als ein sozialistisches Institut für sich reklamiert wurde.

Ich möchte noch zum Wirtschaftsforschungsproblem eine Überlegung anbringen. Ich habe schon bei der Forschungsdebatte kurz die Tatsache erwähnt, daß man immer wieder Forschungsausgaben in das Konjunkturbelebungsprogramm transferiert. Das ist, Frau Bundesminister — und diese Adresse geht nicht nur an Sie, sondern auch an den Finanzminister, aber es kennzeichnet nur die allgemeine Situation dieser Regierung und dieses Budgets —, ein Mißbrauch und ein Unsinn schlechthin. Denn wenn es irgendeine Ausgabensphäre gibt, die echt für konjunkturpolitische Maßnahmen oder Manipulationen ungeeignet ist, dann ist es der ganze Forschungsbereich. Wenn es einen Bereich gibt, Frau Bundesminister, der in jeder Richtung langfristig angelegt ist, der in jeder Richtung keine Einkommens-, sondern echte Kapazitätseffekte in volkswirtschaftlichem, gesamtwirtschaftlichem Sinne beinhaltet, dann ist es der Forschungsbereich.

Ich verstehe bis heute nicht, warum diese Regierung und warum Sie, Frau Bundesminister, das akzeptieren, daß man wesentliche Aufgaben, die zu Ihrem Ressort gehören,

praktisch als konjunkturpolitische Ausgleichsmätzchen deklariert, wobei ich dazu sagen möchte, daß die Wahrscheinlichkeit, daß sie tatsächlich realisiert werden, ja sehr gering ist. Das ist ein Mißbrauch der Forschungsproblematik und der Forschungsausgaben.

Ich möchte also zusammenfassend sagen, Hohes Haus, und komme damit zum Schluß: Dieses Budget zeigt wie das Gesamtbudget, daß diese Regierung nicht einmal in der Lage ist, die von ihr selbst ausgesuchten Schwerpunkte entsprechend zu dotieren. Wir halten fest, daß in den Bereichen der Hochschulen und Forschung das Versagen dieser Regierung, das Versagen der Finanz- und Budgetpolitik der SPÖ einmal mehr offenkundig wird. Zur permanenten, hinlänglich bekannten Krise der Hochschulen kommt immer deutlicher die Krise der sozialistischen Forschungspolitik als Resultat einer finanz-, budget- und gesellschafts- — ja, ich muß hinzufügen — parteipolitischen Entwicklung, die einen Weg nimmt, den wir als höchst bedenklich bezeichnen müssen: den Weg der Verschleuderung von Milliarden für Dinge, die offenbar nur sozialistischen Zielen dienen, den Weg der Forcierung sozialistischer Institutionen und Initiativen zu Lasten allgemeiner Notwendigkeiten, den Weg der Aushöhlung familienpolitischer Fundamente durch sozialistische Steuer- und Sozialmaßnahmen, den Weg — auch das muß ich dazu sagen — permanenten Mißbrauches der mit echter Demokratie unvereinbaren Demokratisierung, den Weg des Ersatzes reiner Sachpolitik durch eine bloße Gefälligkeitsdemokratie und schließlich den Weg einer gewaltigen Erschwerung der langfristigen Sanierung der bestehenden Verhältnisse — und das ist das, was wir für die Zukunft jeder Regierung befürchten, meine Herren von der Sozialistischen Partei — durch eine immer unübersehbarere und kaum mehr zu bewältigende Verschuldung unter gleichzeitiger unvertretbarer Ausweitung des Anteiles der gesetzlich gebundenen Ausgaben.

Daß wir unter diesen Umständen, Hohes Haus, dieses Budget, das die wesentlichsten Erwartungen im Hochschul- und Forschungsbereich unbefriedigt läßt, das eindeutige sozialistische gesellschaftspolitische Züge trägt, das alles in allem ein weiterer Beweis für die Unfähigkeit dieser Regierung ist, große Aufgaben sinnvoll zu bewältigen, ablehnen, ist selbstverständlich. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Radinger.

Abgeordneter **Radinger** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr

Radinger

Abgeordnete Dr. Blenk hat, wie nicht anders zu erwarten, vor allem einen meiner Sätze im Budgetausschuß nicht einmal, sondern öfters zitiert, nämlich daß dieses Budget das beste Wissenschaftsbudget wäre. Er hat allerdings vergessen, einen einschränkenden Nebensatz hinzuzufügen, den ich hinzugefügt habe, nämlich „unter den gegebenen Umständen“. Es war also dieser Superlativ kein Superlativ, sondern ein Elativ, und zu dem bekenne ich mich. (*Abg. Offenböck: Also doch nicht mehr!*)

Im übrigen hat der Herr Abgeordnete Dr. Blenk hier eine Rede gehalten, die in ihrer Terminologie basiert auf einem Pamphlet, das der Sohn eines ÖVP-Abgeordneten unterzeichnet und allen Abgeordneten zugesendet hat. Wenn ich nun diesem jungen Studenten zutraue, daß er hier wirklich vielleicht in seinen Emotionen, in seinem jugendlichen Schwung über das Ziel geschossen hat — wenn ich ihm das zubillige —, so müßte ich erwarten, daß ein Abgeordneter, der hier im Hause sitzt, der sämtliche Unterlagen zur Verfügung hat, doch etwas sachlicher argumentieren würde als ein Student, wobei das keine Abqualifizierung für den Studenten sein soll.

Ich möchte aber doch, weil letzten Endes nur Zahlen immer wieder das widerlegen können, was hier fälschlich behauptet wird, auch mit einigen Zahlen auf die Ausführungen des Herrn Dr. Blenk eingehen. Die Gesamtausgaben des Bundes steigen heuer im Vergleich zum Budget 1974 um 15,68 Prozent, die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung jedoch um 16,90, also stärker als die Gesamtausgaben.

Ich darf nun ein paar globale Zahlen bringen, denn es ist ja das letzte Budget vor den Nationalratswahlen im kommenden Jahr, das letzte Budget dieser Regierung. Sie werden also gestatten, wenn ich einige zusammenfassende Zahlen bringe, die vielleicht doch die Situation etwas anders zeigen, als sie dargestellt wurde. Der Anteil des Wissenschaftsbudgets an der Gebarung des Bundes ist auf 3,08 Prozent gestiegen, nachdem er im Jahre 1970 noch 2,32 Prozent betragen hatte.

Wir wissen schon — und hier muß ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Fischer recht geben —, daß von Seiten der ÖVP die Verhaltensweise fortgesetzt wird, einzelne Kapitel als unterdotiert zu bezeichnen und die Gesamtheit des Budgets als zu hoch, als zu expansiv darzustellen.

Es verdient aber, glaube ich, hervorgehoben zu werden, weil hier gerade die bildungspolitischen Aspekte im Vordergrund stehen,

daß die Ausgaben für die Gruppen Unterricht und Kunst sowie Wissenschaft und Forschung zusammen seit dem Jahr 1970 die größte Steigerungsrate aller Bereiche aufweisen, daß die Bundesaussgaben für das Schulwesen von 10,2 Milliarden Schilling auf 21,1 Milliarden Schilling gestiegen sind, also mehr als verdoppelt wurden, und daß in diesem Zeitraum die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung von 2,4 Milliarden Schilling auf 5,7 Milliarden Schilling gestiegen sind und die Ausgaben für das Hochschulwesen von 2 Milliarden Schilling auf 4,3 Milliarden Schilling gestiegen sind.

Ich glaube, mit einer solchen Bilanz einer Saison kann man sich schon sehen lassen. Denn das bedeutet letzten Endes Steigerungen von 138 beziehungsweise 117 Prozent innerhalb dieses Zeitraumes. Das sind Mehrzuwendungen für Wissenschaft und Forschung, die — das kann man, glaube ich, ruhig sagen — jeden Österreicher, unbeschadet seiner politischen Einstellung, soweit er dem Hochschulwesen und dem Bereich Wissenschaft und Forschung den gebührenden Rang zuerkennt, mit echter Freude erfüllen könnten. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Aber auch die beiden Forschungsfonds können innerhalb dieser Zeit ganz beachtliche Steigerungen aufweisen, nämlich der Fonds der wissenschaftlichen Forschung von 60 auf 133 Millionen Schilling, also um 122 Prozent, der Fonds der gewerblichen Wirtschaft von 64 auf 170 Millionen, also um 166 Prozent.

Es ist verlockend, länger bei zahlenmäßigen Vergleichen zu verweilen — und es ist auch notwendig, glaube ich, das zu tun —, um die Dinge wieder ins richtige Lot zu bringen. Wenn man sich als Richtzahl 82 Prozent anmerkt, um die nämlich der Bundeshaushalt von 1970 bis 1975 gestiegen ist, dann wird auf einen Blick klar und deutlich erkennbar, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung, für Bildung mit ihren weit höheren Steigerungsraten doch echte Schwerpunkte dieser Regierungspolitik darstellen.

Ein paar Zahlen noch dazu. Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben des Bundes sind dieses Jahr, also 1975, 2,3mal so hoch wie 1970. Die Ausgaben auf diesem Sektor des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung liegen 150 Prozent über dem Niveau von 1970. Um das 2,2fache stiegen auch die Zuwendungen für Hochschulforschung und hochschulverwandte Forschungen und für den wissenschaftlichen Forschungsfonds. Rund 3,7mal so hoch wie 1970 sind die 1975 dem Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft zugewendeten Budgetmittel.

12168

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Radinger

Beachtenswert sind, um auf den Hochschulbereich zurückzukommen, die Erhöhung der Zahl der Lehrkanzeln um 199 seit dem Jahr 1970, die Schaffung von 300 Dienstposten für außerordentliche Professoren neuen Typs, die Schaffung von mehr als 1100 Assistentenposten und schließlich die Erhöhung des Sachaufwandes um 120 Prozent.

Ohne diese großzügige Personalvermehrung und ohne diese großzügige Erhöhung des Sachaufwandes wäre es zweifellos unmöglich gewesen, dem starken Anstieg der Hörerzahl gerecht zu werden.

Einer völlig unberechtigten Kritik wird auch heute wieder die Entwicklung des Bau- beziehungsweise Raumprogramms der Hochschulen unterzogen. Auch hier, möchte ich sagen, sprechen Zahlen eine eindeutige Sprache. Im Jahr 1969 verfügten die Hochschulen über eine Nutzfläche von insgesamt 390.000m². Allein seit 1971 wurden 70.000m² Fläche neu geschaffen. Darüber hinaus wurde der Raumbestand durch Anmietungen zusätzlich erhöht, sodaß derzeit eine Nutzfläche von insgesamt 552.000m² zur Verfügung steht.

Ich glaube: Das ist eine Leistung, die umso beachtlicher ist, wenn man das starke Ansteigen der Baukosten in den letzten Jahren einkalkuliert. Noch nie zuvor, das gilt für das Nichthochschulwesen genauso wie für das Hochschulwesen, wurde in einem vergleichbaren Zeitraum so viel Raum geschaffen wie in der Zeit der sozialistischen Regierung! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Hätte man, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, in den vorangegangenen Jahren nur gleich viel an Raum geschaffen, so gäbe es an den österreichischen Hochschulen heute praktisch kein Raumproblem mehr. In den wenigen Jahren der sozialistischen Ressortführung ist tatsächlich mehr geschehen als je zuvor. Ich glaube, das verdient an dieser Stelle hervorgehoben zu werden. Wenn die Österreichische Volkspartei mit den Leistungen ihrer Finanzminister, ihrer Bautenminister und ihrer Unterrichtsminister zu ihrer Zeit zufrieden war, dann müßte sie sich dem Beifall für die Frau Bundesminister und für die Regierung, der eben aus den Bänken der sozialistischen Fraktion erklungen ist, anschließen, oder sie müßte, wenn schon nicht das, zumindest dem Kapitel zustimmen.

Meine Damen und Herren! Dabei ist eine ansehnliche Zahl von Vorhaben, Bauvorhaben an allen Standorten von Hochschulen im Gange. Sie wissen, daß in Wien eine Reihe von Vorhaben im Gange ist, und ich möchte

nur als neue Art der Finanzierung auf diesem Gebiet in Wien das Vorhaben zur Vergrößerung der Hochschule für Welthandel und das Zoologische Institut hier herausstreichen. Durch dieses Vorhaben allein wird eine Fläche von zirka 40.000m² geschaffen werden.

Wenn nun in Flugschriften, in unsachlichen Flugschriften, dem Ministerium der Vorwurf gemacht wird, den Bau des Zoologischen Institutes verzögert zu haben, dann, glaube ich, ist diese Unsachlichkeit doch jedem klar, der miterlebt hat, wie durch eine sogenannte Bürgerinitiative hier der erste Versuch, ein solches Institut zu bauen, verhindert wurde und selbstverständlich eine Verzögerung dadurch verursacht wurde.

Meine Damen und Herren! Für den Beginn der achtziger Jahre erwarten wir Studentenzahlen zwischen 80.000 und 90.000. Das sind Vorausschätzungen, die nur dann stimmen, wenn die Voraussetzungen dafür die gleichen bleiben. Um die Hochschulen für diese Aufgaben quantitativ und qualitativ vorzubereiten, wird es notwendig sein — das ist uns vollkommen klar —, den durch die Kostenexplosion hervorgerufenen Negativeffekten auch durch Rationalisierungsmaßnahmen dort, wo immer es möglich sein wird, entgegenzuwirken.

Ich darf auch darauf hinweisen, daß die Sozialaufwendungen für Studierende seit 1970 eine großartige Steigerung erfahren haben, nämlich um 104 Prozent, darunter die Studienförderung um 98 Prozent.

Wenn nun, meine Damen und Herren — das ist klar und das gilt auch für andere Bereiche —, die Steigerung in diesem Jahr geringer sein sollte als in den vergangenen Jahren, so ist das in erster Linie darauf zurückzuführen, daß solche Positionen eben in früheren Jahren schwerpunktmäßig dotiert und gesteigert worden sind und daher also die Steigerungsrate in diesem Jahr geringer ist.

Durch diese Förderungsmaßnahmen und Sozialaufwendungen ist es zu unserer Freude möglich geworden, den Anteil der Studenten, die aus Arbeiterfamilien stammen, auf 13 Prozent der Studierenden zu erhöhen, was freilich noch immer bei weitem nicht dem Anteil der Vätergeneration der Arbeiter, nämlich 38 Prozent, nahekommt.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, ist es auch aufschlußreich festzustellen, daß der Anteil der Studenten, die aus Arbeiterfamilien stammen, genauso groß ist wie der der ausländischen Studierenden in Österreich.

Radlinger

Ich möchte aber, weil gerade diese Sozialaufwendungen nicht immer und überall gerade auf Gegenliebe stoßen, sagen, daß natürlich trotz Förderung und sozialer Aufwendungen auch beim Studenten wie bei jedem anderen jungen Menschen eine gewisse Anzahl von Konditionen übrigbleiben, die ungleiche Startbedingungen schaffen, die durch öffentliche Maßnahmen, durch Leistungen der Gemeinschaft nicht kompensiert oder ausgeglichen werden können. Ich denke dabei an die physische und psychische Verfassung, ich denke an milieubedingte Benachteiligung. Ich denke vor allem daran, wieviel es ausmacht, ob ein junger Mensch, und vor allem auch ein Student, aus der Geborgenheit eines intakten Elternhauses Kraft und Selbstbewußtsein für seine Arbeit schöpfen kann.

Wenn nun die Sozialaufwendungen für Studenten in einer Aussendung, die ich heute schon zitiert habe, als zu gering bezeichnet werden, wenn trotz der wirklich zahlenmäßig so bedeutenden Förderungsmaßnahmen eine Sozialmisere konstruiert wird, dann möchte ich das zum Anlaß nehmen, zu beleuchten, wie sozial und wie fortschrittlich sich die ÖVP neuerdings zum Problem der Studienkosten stellt.

Vor einigen Tagen hatte die Österreichische Volkspartei den Besuch des CDU-Abgeordneten Dr. Richard von Weizsäcker hier in Wien. Herr Dr. von Weizsäcker hat offensichtlich einige neue Denkpulse in der ÖVP ausgelöst. Es erklärte nämlich der Generalsekretär des Wirtschaftsbundes, Herr Dr. Busek, anläßlich dieses Besuches in einem ORF-Interview folgendes: Er halte es für denkmöglich, daß Akademiker, wenn sie auf Grund ihrer Ausbildung besser verdienen, zu Zahlungen herangezogen werden können; wenn die Gesellschaft die Ausbildungsmöglichkeiten kostenlos zur Verfügung stellt, dann könne diese Gesellschaft auch fordern, daß der auf Grund dieser kostenlosen Ausbildung erreichte höhere Verdienst mit einer Sonderabgabe belastet werde, um die Ausbildungskosten teilweise zu refandieren.

Es sind die Kosten der Ausbildung, aber nicht die Stipendien bitte. Ich entnehme das dem „Neuen Volksblatt“ vom 2. Dezember 1974.

Nun muß ich sagen: In der Erfindung von Sondersteuern oder Sonderabgaben ist ja die Österreichische Volkspartei bisher schon sehr einfallsreich gewesen. Ich denke hier an die Autosondersteuer, und ich könnte mir vorstellen, daß die ÖVP tatsächlich auch das Studieren für einen Luxus hält, für denselben Luxus wie das Auto, und das Studium mit einer Sonderabgabe belegt. Ich kann mir

vorstellen, wie sich unsere Jungakademiker und unsere Studenten darüber freuen werden, wenn Sie hören, daß sie, wenn es auf die ÖVP ankäme, unter Umständen in Hinkunft doppelt besteuert würden.

Ich muß sagen, daß diese Variante einer Sonderabgabe für uns einfach unfassbar ist, denn einmal wird außer acht gelassen, daß der junge Mensch, wenn er studiert, sicher eine besondere Leistung erbringt und daß er dann nach Beendigung seines Studiums ja doch normalerweise wiederum in Form einer besonderen Leistung für die Gesellschaft einen Teil seiner Ausbildung zurückerstattet. Schließlich und endlich dürfte es nicht unbekannt sein, daß höhere Einkommen bei uns ja auch höher besteuert werden. Also was soll dann noch die Sonderabgabe für kostenlose Ausbildung?

Ich könnte mir vorstellen, daß das eine Bremse wäre, die in erster Linie doch wiederum Kinder aus kleineren Verhältnissen treffen würde, die eine Hypothek für ihre Zukunft mitnehmen würden. Wenn sie dann fertig sind mit ihrem Studium, müßten sie von dem ersten Geld, das sie verdienen, mit dem sie ihre Berufseinrichtung finanzieren, mit dem sie eine Familie gründen wollen, auch noch eine Sonderabgabe entrichten.

Ich glaube, es wäre an der Zeit, daß verantwortliche Persönlichkeiten der ÖVP zu diesem Gedanken Stellung nehmen und sich von ihm distanzieren, damit hier Klarheit herrscht, es sei denn, daß das eine neue bildungspolitische Variante ist.

Meine Damen und Herren! Es wurde auch heuer wiederum das Problem der beschränkten Aufnahme von Ausländern an den österreichischen Hochschulen sehr lebhaft — und nicht immer sachlich — diskutiert. Wir wissen, daß die Einführung von Zulassungsbeschränkungen in einigen Ländern zur Folge hatte, daß die in diesen Ländern nicht zum Studium zugelassenen Studenten, vor allem aus der Bundesrepublik, in überwältigender Mehrheit nach Österreich drängen.

Nun wäre dazu folgendes zu sagen — und eine gemeinsam vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und von der Rektorenkonferenz zu diesem Problem veröffentlichte Information gibt über dieses Problem sehr wertvolle Aufschlüsse —:

In Österreich gibt es derzeit 9400 ausländische Studenten, das sind rund 13 Prozent der Gesamtstudierenden. Von den nicht ganz 100 Studienrichtungen, die es in Österreich gibt, können Ausländer lediglich in etwa 10 nur in beschränktem Umfang aufgenommen werden. Eine solche Beschränkung dient vor

Radinger

allem natürlich der Erhaltung der Studienplätze für die österreichischen Studenten. Wenn nämlich eine Reihe von Staaten — ich rechne dazu die Bundesrepublik oder Dänemark, die absolut also keine armen Staaten sind — einen Numerus clausus eingeführt haben, so ist das zweifellos ihre ureigenste Angelegenheit. Unsere Angelegenheit aber, unsere Verpflichtung wird es sein, zu verhindern, daß Menschen, die auf Grund von Maßnahmen ihrer Staaten dort nicht zum Studium zugelassen werden und nun versuchen, hier in Österreich zu studieren, hier in Österreich Österreichern Studienplätze wegnehmen, oder daß für ausländische Studierende in Österreich bessere Konditionen gelten als in ihren eigenen Staaten oder bessere, als für Österreicher hier gelten.

Ich erspare es mir aus Zeitgründen, alles das anzuführen, was für ausländische Studierende in Österreich getan wird. Ich verweise nur darauf, daß es 435 Stipendien im Ausmaß von 7,4 Millionen Schilling für ausländische Studierende gibt. Ich verweise darauf, daß Ausländer dann kein Studiengeld zu bezahlen haben — so wie Österreicher —, wenn sie aus Entwicklungsländern kommen, wenn sie aus Staaten kommen, die den Österreichern keine Studiengebühren abverlangen, wenn sie Stipendien österreichischer Körperschaften erhalten oder wenn sie länger als sechs Jahre hier steuerpflichtig waren.

Die Zahl der Studierenden ist gewaltig angestiegen. Das wissen wir. Es hat falsche Einschätzungen der Entwicklung der Studentenquoten gegeben.

Vor zirka zwei Wochen — das ist heute schon erwähnt worden — wurde eine Prüfung der österreichischen Bildungs- und Hochschulpolitik durch Experten der OECD durchgeführt. Die Experten wiesen darauf hin, daß diese seinerzeitige von Österreich angestellte Schätzung wesentlich unter den tatsächlichen Zahlen geblieben ist. Geschätzt wurde für das Jahr 1975 eine Zahl von 39.000 bis 49.000 Studenten; wir stehen jetzt bei über 70.000.

Dieser starke Anstieg der Studentenzahlen gibt gelegentlich — das ist ja heute wieder angeklungen — Anlaß dazu, beunruhigende Äußerungen hinsichtlich der Gefahr eines akademischen Proletariats oder von Akademiker-Arbeitslosigkeit zu hören, als ob diese Gefahr drohend vor uns stünde.

Die OECD-Prüfer, anerkannte internationale Experten, stimmten jedoch alle in ihren Stellungnahmen darin überein, daß Österreich unter den Industriestaaten noch immer in

der unteren Hälfte der Studentenquote rangiere. Sie sprachen von einer Entwicklung zu einer geographischen und sozialen Gleichberechtigung als Ergebnis einer fortschrittlichen Bildungspolitik. Als wesentliche Grundlage dieser Prüfungsgespräche diente eine für das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung von Herrn Dr. Höllinger verfaßte Gesamtdarstellung der Lage und Entwicklung der österreichischen Hochschulen, sozusagen ein für die OECD aufbereiteter Hochschulbericht.

Ich darf sagen, daß diese zirka 500 Seiten umfassende Arbeit außerordentliche Anerkennung seitens dieser internationalen Experten gefunden hat und als für andere Staaten geradezu vorbildlich und nachahmenswert bezeichnet wurde.

Es wurde aber immer wieder auch hier darauf hingewiesen — ich habe das schon gesagt —, daß derzeit kein Grund für eine Angst vor einer „Akademiker-Überproduktion“ bestehe. Ein Beispiel: Es wurden mit Stichtag 20. September dieses Jahres bei den Arbeitsmarktverwaltungen in Österreich 124 arbeitslose Akademiker als vorgemerkt vorgefunden, von diesen 124 waren aber 95 nur beschränkt vermittlungsfähig, sodaß also eine extrem niedrige Zahl von tatsächlich arbeitslosen Akademikern vorgemerkt war.

Das Problem der Akademiker-Arbeitslosigkeit ist nichts Neues. Die Autoren dieser OECD-Unterlage führen 20 Titel von Programmschriften aus den Jahren 1761 bis 1828 an, die alle beweisen, daß es solche Sorgen schon vor 200 Jahren gegeben hat und daß sich diese Sorgen besonders dann immer laut und deutlich bemerkbar machen, wenn die Studenten aus den niederen Ständen ohne „natürliche“ Berufung auf die Universitäten gingen und in die Stände der Gelehrten eingedrungen sind. — Also auch das ist nichts Neues.

Ich möchte folgendes sagen: Das Problem der Beschäftigung beziehungsweise der Arbeitslosigkeit von Akademikern ist weitgehend ein Teil des Gesamtproblems von Vollbeschäftigung oder Arbeitslosigkeit. Ich und die Menschen meiner Generation haben das Problem der Akademiker-Arbeitslosigkeit kennengelernt. Es war dies in der Zeit der großen Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre — entschuldigen Sie den Ausdruck, aber er gilt noch immer —, als das kapitalistische System der damaligen Zeit durch sein katastrophales Versagen Millionen von Menschen in Not und Elend stürzte und dem Extremismus in die Arme trieb. Es endete schließlich im Grauen des Zweiten Weltkrieges.

Radinger

Meine Damen und Herren! Damals gab es Studentenquoten und Akademikerzahlen, die, verglichen mit den heutigen, geradezu lächerlich klein waren. Aber damals gingen Hochschulabsolventen verschiedenster Studienrichtungen im wahrsten Sinn des Wortes hausieren. Damals mußten Hochschulabsolventen jahrelang warten, bis sie eine Beschäftigung bekamen, und mußten sich dann glücklich schätzen, wenn sie teilbeschäftigt waren und unterbezahlt wurden.

Wenn wir heute als Österreicher um uns blicken, dann muß uns, wenn wir objektiv bleiben wollen, so recht zum Bewußtsein kommen, wie verdient sich diese Regierung mit ihrer konsequenten Politik der Vollbeschäftigung gemacht hat. Denn nur in einer Zeit der Vollbeschäftigung gibt es eine freie Berufswahl, aber auch Beschäftigungsmöglichkeiten für Akademiker.

Der Österreichischen Volkspartei scheint freilich das Problem der Vollbeschäftigung nicht so dringend zu sein, ihr geht es offensichtlich nicht so nahe wie uns. Man neigt dort manchmal dazu, das Problem der Arbeitslosigkeit zu verniedlichen, die Vollbeschäftigung sogar als ein Hindernis für Stabilität abzulehnen. Dabei begibt man sich auf einen unsachlichen Boden, um eine Teuerungsrate, die durch die Politik dieser Regierung im internationalen Vergleich relativ niedrig gehalten werden konnte, als Ergebnis einer sozialistischen Politik anzuprangern und dabei zu übersehen, daß wir im Süden dieses Landes einen Nachbarn haben, in dem die Schwesterpartei der Österreichischen Volkspartei seit eh und je die erste Geige spielt, ein Land, in dem es aber eine Inflationsrate von 24 Prozent und ein Chaos wie kaum sonst irgendwo gibt.

Meine Damen und Herren! Die Studie für die OECD weist nach, daß die Zahl der erstinskribierenden männlichen Studierenden leicht rückläufig ist, daß die Zuwachsrate seit dem Wintersemester 1969/70 eine fallende Tendenz aufweist und daß der Zuwachs bei den erstinskribierenden Hörern seit dem Wintersemester 1970/71 allein auf den Zuwachs an weiblichen Erstinskribierenden zurückzuführen ist (*Beifall bei der SPÖ*), etwas, was mir unverdienten Beifall einbringt (*Abg. Graf: Unverdienten hat so mancher bekommen!*), aber ich weiß schon, wie es gemeint war. Es ist so, daß die Zahl der männlichen Akademiker seit 1951 um 17 Prozent zugenommen hat, während sich die Zahl der Frauen mit Hochschulbildung mehr als verdoppelt hat. Das ist sehr beachtlich.

Nun möchte ich noch kurz die Länderquoten beleuchten: Es zeigt sich — es ist

schade, daß unser Herr Unterrichtsminister nicht anwesend ist, aber der weiß das sicher auch so —, daß die Zunahme der Studienquote seit 1967 im Burgenland mit 143 Prozent am höchsten ist, während sie in Wien mit 23 Prozent am geringsten ist, wobei natürlich Wien nach wie vor aus verständlichen Gründen mit seiner Studentenquote an der Spitze der Bundesländer steht, aber — wie gesagt — was die Zunahme betrifft, hat das Burgenland einige andere Bundesländer, zum Beispiel Vorarlberg, Herr Dr. Blenk, und Niederösterreich — da kann Dr. Blenk nichts dafür —, hinter sich gelassen.

Eine Reihe von Untersuchungen und Bedarfsschätzungen hat gezeigt, daß bei zahlreichen Studienrichtungen immer noch ein Fehlbedarf da ist. Ich verweise auf die schon bekannte Untersuchung des Wirtschaftsförderungsinstitutes aus dem Jahr 1972; danach fehlen noch 1600 Akademiker, und bis 1977 wird ein zusätzlicher Bedarf von 11.700 festgestellt. Eine Untersuchung, die von der Ärztekammer bestätigt wird, weist nach, daß bis 1980 nicht mit einem Überangebot an Ärzten zu rechnen sein wird.

Ganz arg ist die Sache bei dem Angebot an Lehrern für höhere Schulen. Hier wird es notwendig sein, die Absolventenzahl noch bedeutend zu steigern: Bis zum Jahr 1980 müßten 18.390 Lehramtsprüfungen abgelegt werden, damit der Bedarf annähernd gedeckt werden kann.

Meine Damen und Herren! Selbstverständlich soll das nicht bedeuten, daß wir die jungen Leute auffordern, ins Uferlose zu studieren; ohne Rücksicht auf Verluste, wie man so schön im Volksmund sagt. Das ist sicher nicht der Fall. Es wird notwendig sein, allen diesen Prognosen und Schätzungen mit einem gewissen Maß an Skepsis gegenüberzutreten. Es wird notwendig sein, die Entwicklung ständig im Auge zu behalten und die Probleme ständig neu zu überdenken. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung unterzieht sich dieser Aufgabe — ich muß sagen — mit großem Verantwortungsbewußtsein.

So steht zum Beispiel die Ausarbeitung eines Forschungsprogramms zum Problemkreis „Bedarf an Absolventen“ vor dem Abschluß, etwas, was wir, glaube ich, sehr begrüßen müssen.

Eines ist aber natürlich auch klar — es ist heute schon zum Ausdruck gekommen —: Die Qualifikationsanforderungen für höhere Berufspositionen werden immer größer, und in diesem Qualifikations- und Berechtigungssystem hat der Hochschulabsolvent eben noch immer die größten Chancen. Die An-

12172

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Radinger

hebung des Qualifikationsniveaus veranlaßt immer mehr junge Menschen, sich einem Hochschulstudium zuzuwenden, um in unserer Gesellschaft eine gewisse Aufstiegsmöglichkeit zu suchen, um sich dieser Aufstiegsmöglichkeit nicht zu begeben. (*Präsident Dr. Maleta übernimmt den Vorsitz.*)

Aber anderseits — das ist heute schon einige Male betont worden; ich möchte es wiederholen, weil ich glaube, daß es notwendig ist, das noch einmal zu sagen — ist die Bedeutung und der Wert von Bildung über die beruflich verwertbare Seite hinaus als wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität von immer weiteren Schichten erkannt worden. Es ist daher verständlich, daß man sich dieser Bildung eben auch aus diesem Grunde zuwendet.

Wir fühlen uns daher verpflichtet, die Voraussetzung für ein ständiges Anheben des Bildungsniveaus der gesamten Bevölkerung zu schaffen, um immer mehr Menschen die bewußte Teilnahme, aber auch das bewußte Mitwirken am Kulturleben zu ermöglichen und um bessere Voraussetzungen zu schaffen, daß immer mehr Menschen sich bewußt in unserer demokratischen Gesellschaft verantwortlich mitwirkend betätigen.

Wir wollen dabei klarerweise nicht außer acht lassen, daß sich diese Bildungspolitik trotz allem, bei aller demokratischen Freiheit, auch an den Gegebenheiten des Arbeitsmarktes wird orientieren müssen.

Ich möchte mit einigen Sätzen zum Abschluß kommen und möchte zusammenfassend sagen: Der Strukturwandel, der sich an den Hochschulen vollzogen hat, ist gekennzeichnet durch eine Zunahme der unteren Sozialschichten, durch ein starkes Vordringen der Frauen und dadurch, daß regionale Unterschiede im Begriffe sind abzufachen. Es ist das eine Entwicklung, die wir absolut begrüßen.

Um mit dieser Entwicklung Schritt zu halten, um dieser Entwicklung gerecht zu werden, bedurfte es ungeheurer Anstrengung seitens der Regierung, seitens des Ressorts. Diese Anstrengungen zeigten sich in einer Verdoppelung des Hochschulbudgets in vier Jahren, in einer vorher kaum vorstellbaren Vermehrung des Personals — ich habe erwähnt: Professoren, Assistenten —, in der Schaffung von bisher 70.000 m² Nutzfläche, in einer Expansion der Studienförderung auf dem Gebiete der Studienbeihilfen, die fast verdoppelt wurde, der Beseitigung der Hochschultaxen, der Schaffung der Sozialversicherung, der Schülerfreifahrt und der gewaltigen Erhöhungen für Subventionen für Heime und Mensen.

Ich erspare es mir, die Ihnen bekannten Ergebnisse der Studienreform hier vorzutragen. Auf dem Gebiet der Legistik wurde eine ganze Reihe von wertvollen Vorhaben durchgeführt. Ein Vorschlag — und darauf muß ich zurückkommen — zur Reform der Struktur und der Organisation der Hochschulen ist vom Ministerium vor Jahresfrist dem Parlament als Regierungsvorlage zugeleitet worden, das sogenannte UOG. Ich möchte als Vorsitzender dieses Ausschusses den Verhandlungen nicht vorgreifen und enthalte mich daher vorderhand jeder Wertung der bisher geleisteten Arbeit.

Aber ich glaube: Es wird an den Abgeordneten dieses Hauses liegen, ob unsere Hochschulen, unser Hochschulwesen der demokratischen Entwicklung unserer Zeit angepaßt werden. Wissenschaft und Forschung waren tatsächlich, so wie es die Regierungserklärung normiert hat, ein zentrales Anliegen dieser Regierung. Zahlreiche Wissenschaftler sind aus dem Ausland zurückgekehrt, ein Phänomen, das uns alle nur freuen kann. Der brain drain wurde gestoppt. Es hat sich eine neue Beziehung zwischen Politik und Wissenschaft angebahnt, die stärker denn je zuvor als Erkenntnisgrundlage und Entscheidungsgrundlage für Regierungspolitik, aber auch für administrative Entscheidungen anerkannt und herangezogen wird.

Meine Damen und Herren! Es wurde in diesen wenigen Jahren sozialistischer Regierung dem Hochschulwesen, der Wissenschaft und der Forschung personell, materiell und finanziell mehr gegeben als je zuvor in vergleichbarer Zeit. Wir werden daher selbstverständlich dieses Budgetkapitel mit aller Befriedigung — so wie ich es schon einmal gesagt habe — unterstützen und auch beschließen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Bauer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Bauer (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Bundesminister Dr. Sinowatz hat in der Debatte, die den Beratungen dieses Kapitels vorausgegangen ist, zum Ausdruck gebracht, daß sich die Debattenbeiträge auf einem sehr hohen und vor allem auf einem sehr sachlichen Niveau bewegen. Wenn man den Debattenbeiträgen meiner beiden Vorredner hier im Saal zugehört hat, so kann man das auch aus der Perspektive eines Abgeordneten bestätigen und für diese Debatte fortsetzen.

Dr. Bauer

Ich möchte, meine Damen und Herren, genau so ruhig, wie es mein geschätzter Vorredner getan hat, die Gelegenheit benützen, um auf einige seiner Argumente einzugehen, wobei er es mir relativ leicht gemacht hat, weil er hier eine Privatmeinung des Generalsekretärs des Wirtschaftsbundes, meines Freundes Dr. Busek, der doch sicher zur intellektuellen Elite in diesem Lande zählt, verabsolutiert und als Meinung unserer Partei so quasi zu verkaufen beliebte. Bei uns ist es eben so, sehr geschätzter Herr Kollege Radinger, daß jeder einzelne seine private Meinung auch dann sagen darf, wenn das vielleicht nicht unbedingt Parteimeinung ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich darf Ihnen in diesem Zusammenhang, anknüpfend an diesen Gedanken, noch etwas hier in Erinnerung rufen. Sie haben so ein Schreckgespenst an die Wand dieses Hauses und hinaus, weit hinaus über dieses Haus in die Wohnungen der Österreicherinnen und Österreicher zu projizieren versucht, nämlich das Schreckgespenst, daß jeder Akademiker, wenn er sein Absolutorium hat, wenn er ins Berufsleben geht, dann für seine Ausbildung dem Vater Staat die Kosten dieser Ausbildung zu ersetzen hat. Ich danke, daß ich Sie richtig verstanden habe, Herr Kollege, Sie nicken. Das ist genau das schwedische Modell, verehrter Herr Kollege, und ich nehme zur Kenntnis, daß Sie sich von diesem schwedischen Modell distanzieren, was mich persönlich sehr freut — hoffentlich kommen Sie nicht in Schwierigkeiten mit dem Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber in diesem Zusammenhang, geschätzter Herr Kollege, eine Bemerkung: Ich weiß nicht, ob Sie hier gewesen sind bei allen Debattenbeiträgen. Sie waren ein sehr fleißiger Zuhörer. Es waren nicht alle hier, das gilt für alle Fraktionen. Das ist ja überhaupt ein Problem, das mit dem Klima zusammenhängt. Allerdings nicht mit dem Klima hier im Haus, sondern mit dem Klima hier in diesem Saal, unter dem wir ja alle leiden. Das glaube ich hier festhalten zu müssen.

Ich weiß nicht, Herr Kollege, ob Sie da waren, als die Frau Kollegin Dobesberger gesprochen hat. Sie hat in einer sehr bemerkenswert eindringlichen Weise — das ist in meinen Ohren hängen geblieben, wenn man nämlich fünf Kinder in Ausbildung hat, dann weiß man, was die Ausbildung auch dann kostet, wenn der Vater Staat sehr viel leistet — darauf hingewiesen, daß doch zu überlegen wäre — vielleicht habe ich sie falsch verstanden, möglicherweise wird

sie dann zu einer tatsächlichen Berichtigung herauskommen, ich lade sie gerne dazu ein; jedenfalls hat sie es dem Sinne nach zum Ausdruck gebracht —, daß doch zu überlegen sei, daß bei der Ausbildung der Kinder das Elternhaus bei der Erstattung der Kosten irgendwie herangezogen werden solle. Freilich hat sie vom vermögenden Elternhaus gesprochen. Ich nehme nicht an, daß sie an die sozialistischen Generaldirektoren in der verstaatlichten Industrie gedacht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und noch etwas, lieber Kollege Radinger — das zieht sich wie ein roter Faden durch manche Diskussionsbeiträge der linken Seite —, weil man hier so einen Ausflug vom Wissenschaftsbudget weg in die Bereiche der Nationalökonomie gemacht hat. Wissen Sie, wenn man permanent hört, daß diese Volkspartei ja die ist, die mit der Arbeitslosigkeit spekuliert, dann darf ich mir erlauben, Ihnen etwas in Erinnerung zu rufen: eine längst zurückliegende Wahl: Ihre Partei hat bei dieser Wahl — heute distanziert man sich von diesen Dingen — einen schwarzen Raben als Gespenst der Arbeitslosigkeit affiziert. Wir, die wir Leute wie Figl und Raab in unserer Partei hatten, denken heute noch an diesen schwarzen Raben.

Ein ganz klares Wort: Für uns gibt es nicht: Vollbeschäftigung nein, Stabilität ja. Für uns gibt es: Inflation nein, Vollbeschäftigung und Stabilität ja, das ist die Politik unserer Partei. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn Sie, Herr Kollege, darauf hingewiesen haben, daß die Zahl der weiblichen Inskribierenden, der weiblichen Studierenden zunimmt — die Frau Bundesminister hat bei dieser Bemerkung wohlgefällig genickt —, so dürfen wir alle, die wir in diesem Raum hier sitzen, nicht ein Problem übersehen, das uns alle trifft: daß es außerordentlich schwierig ist, weibliche Akademikerinnen in bestimmten Berufen — ich rede von bestimmten Berufen, das trifft nicht alle — unterzubringen. Ich lade jeden einzelnen von Ihnen, auch von meiner eigenen Fraktion und von den Freiheitlichen, ein, einmal den Versuch zu unternehmen — das kommt ja vor, da und dort werden Abgeordnete auch dazu verwendet, um zu intervenieren —, eine junge Juristin unterzubringen. Meine Damen und Herren! Da haben Sie ein Spießbrutenlaufen. Ich nehme gerne zur Kenntnis, Frau Bundesminister, daß Sie Bedarf haben, ich werde mich rühren, möchte dann aber nicht erleben, daß man danach fragt — das werden nicht Sie tun —, welches Parteibuch diese junge Dame hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

12174

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Bauer

Meine Damen und Herren! Das sind so einige der Probleme, mit denen ich mich im Zusammenhang mit meinem Vorredner auch beschäftigen wollte.

Jetzt in aller Kürze einige Dinge, die ich anknüpfend an den grundlegenden Diskussionsbeitrag meines Freundes Blenk hier noch zum Ausdruck bringen möchte.

Allgemeine bauliche Situation, Hochschulen in Wien. Ich habe mir das mitgenommen, denn so transparent, wie dieses Budget zu sein scheint, ist es ja nicht. Ich habe mir das mitgenommen, hoffe es zu finden. — Ich habe es schon.

Die Helferstorferstraße, das sogenannte Juridicum, das Gebäude, in dem zu einem Zeitpunkt, den wir alle hoffentlich noch erleben, die Juristen untergebracht werden sollen, ist seinerzeit im Teilheft 1973 mit 200 Millionen Schilling präliminiert gewesen. Im Teilheft 1974, neuester Stand, das kann nur heißen unter Berücksichtigung der Gesamtbaukosten und unter Berücksichtigung auch gewisser Baukostensteigerungen, 380 Millionen Schilling. Ich habe mir jetzt eine Fotokopie mitgenommen — das ist ja leicht nachzuschauen und nachzublättern hier in dem Teilheft „Bauten“, Beilage C —, da finden Sie: Gesamtaufwand für die Helferstorferstraße — Teilheft 1974: 380 Millionen Schilling —, Teilheft 1975, neuester Stand, Frau Bundesminister, 380 Millionen Schilling. Also ein und derselbe Betrag.

Das bedeutet, daß entweder die Baukostensteigerungen von 1974 auf 1975 nicht bei den Präliminierungen berücksichtigt wurden (*Abg. Wedenig: Es wurde ja gar nichts gebaut 1974!*) oder — ich greife den Zwischenruf meines Freundes Wedenig auf, ich habe recht gute Ohren — daß hier kleiner gebaut wird. (*Abg. Dr. Fischer: Sie hören das Gras wachsen!*) Das Gras wachsen hören, das überlasse ich Ihnen, Kollege Fischer, da haben Sie eine traumhafte Erfahrung, das weiß ich. Sie haben so große Schwierigkeiten mit dem neuen Stil, das sieht man immer wieder, wenn Ihre Herren und Damen gelegentlich hier herauskommen.

Also 380 Millionen, unverändert präliminiert. Ich stelle noch einmal fest: Entweder wird hier kleiner gebaut, oder es sind die Baukostensteigerungen nicht berücksichtigt.

Aber was liest man? 1974 erste Rate, wenn Sie wollen, 10 Millionen Schilling, 1975 nur mehr 5 Millionen Schilling. Und da hört man dann, daß ohnehin vorgesorgt ist für diesen Bau, weil ja irgendwo aus irgendeiner anderen Post, und zwar aus der Stabilisierungsquote, Abzweigungen er-

folgen sollen. 1975 sollen für dieses juristische Gebäude insgesamt an 20 oder noch mehr Millionen Schilling zur Verfügung stehen.

Das steht in einem glatten, exorbitanten Widerspruch zu den Äußerungen des Herrn Bautenministers, der auf eine parlamentarische Anfrage im Feber dieses Jahres erklärt hat, daß der Neubau des Juristengebäudes zu Lasten des Grundbudgets und der Stabilisierungsquote gehe und daß bisher nur 5 Millionen zur Verfügung stehen und nicht mehr.

Der Herr Bautenminister hat freilich sehr wortreich bei der Behandlung dieses Kapitels im Finanz- und Budgetausschuß zum Ausdruck zu bringen versucht, man würde schon irgendwo Geld auftreiben, aber ich stelle fest, es ist ein ganzes Jahr die Baugrube in der Helferstorferstraße Baugrube geblieben, und nach diesen Ansätzen wird das im Jahre 1975 genauso sein, und nichts wird sich ändern.

Wenn man also weiß, meine Damen und Herren, daß es gerade bei den Juristen einen unglaublichen Zuwachs an Studierenden gibt, daß dort in Hörsälen, in die maximal 150 Menschen hineingehen, 200, 250 drinnen sind, so frage ich die Frau Bundesminister: Wer wird dafür die Verantwortung tragen, wenn einmal in der Universität irgend etwas passiert? Der Professor? Der Rektor? Der wird selbstverständlich diese Verantwortung nicht tragen können.

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang, wobei ich meine, daß man nicht genügend oft auf die unerhörte Notwendigkeit der Deckung des Raumbedarfes gerade für die Universität Wien hinweisen kann.

Mit Befriedigung, Frau Bundesminister, haben wir vernommen, daß jetzt doch die Zoologie unten am Franz-Josefs-Bahnhof-Gelände im Rahmen eines Leasing-Verfahrens — wahrscheinlich mit der Hochschule für Welt-handel, private Financiers, trotzdem wird der Vater Staat zahlen müssen, zwei Milliarden Schilling sind erforderlich — ihr Institutsgebäude erhält, va bene. Noch immer aber, Frau Bundesminister, sind Sie, wenn ich das hier mit aller Höflichkeit anmerken darf, dem Haus nähere Angaben über die notwendige Erweiterung der Universität in Richtung Allgemeines Krankenhaus schuldig geblieben.

Der Herr Bautenminister hat davon geredet, daß es unerhörte Schwierigkeiten gibt, daß er dabei ist, das Problem dadurch zu lösen, daß das schwierige Paket der Grundtransaktion zwischen Gemeinde Wien und Bund aufgeschnürt wird. Hoffentlich kommt der Herr Bautenminister gelegentlich, nicht wahr, mit Ihnen in einen natürlich nur

Dr. Bauer

dienstlichen Kontakt und Sie beide bemühen sich, dieses Paket aufzuschneiden. Denn schön langsam werden die Dinge ja fad. Seit Jahren verspricht man den jungen Studierenden, den Professoren, der Öffentlichkeit, daß hier etwas geschieht, und seit Jahren löst man diese Fragen nicht, sondern verschiebt, verschiebt die Dinge wahrscheinlich auf zukünftige Regierungen.

Meine Damen und Herren! In diesem Zusammenhang noch eine weitere Bemerkung. Auch das merke ich mit dem gebotenen Respekt vor dem Bundesminister an, der eine Dame ist, das halte ich fest, eine der bestangezogenen, deshalb ist offenbar dieses Budget so schleißig. Ich möchte das hier mit aller Bescheidenheit, Frau Bundesminister, festhalten: daß seit Jahren, seit Jahren, nicht nur die Zoologie und nicht nur die juristische Fakultät in Wien auf den Baubeginn warten, sondern daß auch die Juristen in Innsbruck auf diesen Baubeginn warten und daß erst für 1975 irgendwelche Vorstellungen, irgendwelche Vorschläge in Aussicht gestellt sind. Dabei sind auch dort die Raumverhältnisse katastrophal.

Und jetzt darf ich in diesem Zusammenhang etwas ganz Ernstes anmerken: die Hochschülerschaft. Ich habe Ihnen voriges Jahr bescheinigt, Sie hatten immer ein sehr gutes Verhältnis zur studierenden Jugend, Frau Bundesminister, Sie kümmern sich zum Unterschied von anderen um das, was in Ihrem Ressort vorgeht, Sie brauchen auch nicht — wie der Herr Bundeskanzler — drei Staatssekretäre.

Sie haben, Frau Bundesminister, aber leider doch ein gestörtes Verhältnis — erlauben Sie mir, daß ich Ihnen das zu bescheinigen suche — zu den offiziellen Stellen der österreichischen Hochschülerschaft. Sonst könnte ich mir nicht vorstellen, daß Sie, Frau Bundesminister, zwei Briefe nicht beantwortet haben. Ich habe die Durchschläge gesehen, ich beziehe mich nicht auf den Brief, den der Vorsitzende des Hauptausschusses Ihnen geschickt hat, ich identifiziere mich auch nicht damit, das ist das Vorrecht der Jugend, daß man hier Ihren Rücktritt verlangt und ähnliches. Ich beziehe mich darauf, daß Ihnen, Frau Bundesminister, von einem Vertreter einer Körperschaft öffentlichen Rechtes zwei Briefe übermittelt wurden, die Sie nicht beantwortet haben. Und das finde ich, vor allem deshalb, weil ich Sie als Dame schätze, als Bundesminister hart bekämpfe, fair bekämpfe, unmöglich, und das sehe ich nicht isoliert, sondern das sehe ich eingebettet in bestimmte Unmutsreaktionen an den österreichischen Hochschulen; Unmutsreaktionen,

die uns allen in diesem Haus nicht gleichgültig sein können, weil wir alle miteinander hier die extreme Linke genauso ablehnen wie die extreme Rechte.

Aus all diesen Gründen, Frau Bundesminister — es sind einige Details, die ich hier angemerkt habe —, ist es nur selbstverständlich, daß mein Freund Blenk erklärt hat, daß wir von der Volkspartei den Ansätzen der Beratungsgruppe XIV die Zustimmung nicht geben können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Scrinzi. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Scrinzi (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin mir darüber im klaren, daß die fundamentalen wirtschaftspolitischen und auch budgetpolitischen Fehler, die nach freiheitlicher Auffassung das Gesamtbudget charakterisieren und die auch zu unserer Ablehnung des Gesamtbudgets führen, in dem vorliegenden, nunmehr in Behandlung stehenden Haushaltskapitel nicht ohne negativen Niederschlag bleiben können.

Wenn man den jüngst bekanntgewordenen Bericht und die Analyse des Wirtschaftspolitischen Institutes studiert hat, dann ist ja ohnedies diese ganze Debatte eigentlich zu einem Versuch an einem völlig untauglichen Objekt verurteilt.

Wir haben auf dem Gebiete der Finanzierung des Hochschul- und Forschungswesens in Österreich aber noch eine zusätzliche Problematik. Dieses Haushaltskapitel steht in der dreifachen Schere der Inflation, der sogenannten Bildungsexplosion und der spezifischen Kostensteigerung im Wissenschafts- und Forschungsbetrieb.

Diese besondere Ausgangslage macht es außerordentlich schwierig, den tatsächlichen Nutzeffekt der Ansätze einigermaßen in seiner Auswirkung auf die weitere Fortentwicklung im Wissenschafts- und Forschungsbereich beurteilen zu können.

Die Meßziffern — und die muß man heranziehen — im internationalen Bereich zeigen nach wie vor, daß wir auf dem Gebiet der Forschung und Wissenschaft im untersten und hintersten Feld liegen. Es ist richtig, daß in den letzten Jahren — ich glaube doch sagen zu dürfen, daß der Markstein die Schaffung des eigenen Ressorts war — Erhebliches aufgeholt und viel verbessert werden konnte. Aber es war eben zu viel aufzuholen, und die Versäumnisse gehen auf Jahre und Jahrzehnte zurück.

12176

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Scrinzi

Bildung, Wissenschaft, Forschung haben vor allem in der Nachkriegszeit aus Gründen, die ich nicht im einzelnen erörtern will, zu den Stiefkindern dieses Hauses gezählt. Und so hat auch die meiner Meinung nach auch vom Standpunkt eines kritischen Oppositionellen aus nicht zu bestreitende Beschleunigung im Nachholen das Zurückbleiben insgesamt, im internationalen Vergleich, nicht kompensieren können.

Wenn wir nämlich, gleichgültig welche Maßzahlen, etwa das Bruttosozialprodukt vergleichbarer europäischer Länder heranziehen, den Anteil an den jeweiligen Staatshaushalten dieser Länder hernehmen oder als Maßzahl den Pro-Kopf-Aufwand anderer Staaten für Wissenschaft und Forschung betrachten, dann schneiden wir immer noch sehr, sehr schlecht ab. Man kann sagen, daß vergleichbare Länder — das möchte ich betonen — das Zwei- bis Dreifache für die gleichen Belange ausgeben. Und wenn ich im europäischen Vergleichsfeld bleibe, so liegen hinter Österreich lediglich noch Portugal, Spanien, Griechenland und Island. Das ist aber auch zugleich eine Anklage gegen die Haltung und Einstellung der letzten Jahrzehnte. Das muß ich sagen und das habe ich auch schon betont, als andere Parteien die Regierung gebildet haben.

Und trotzdem sollten wir aus dieser Tatsache die einzig mögliche Konsequenz in gemeinsamer Anstrengung, wie ich meine, ziehen, nämlich so rasch als möglich aufzuholen. Denn wir wissen eines: Die ergiebigste Investition, die man vor allem in einer Industriegesellschaft vornehmen kann, ist die Investition auf dem Sektor der Wissenschaft und Forschung.

In den USA hat man ausgerechnet, daß der seit 1930 dort eingetretene Zuwachs an Produktion und damit an Wohlstand zu 80 Prozent auf die auf bildungspolitischen Gebiet getätigten Investitionen zurückzuführen ist. Wenn man eine volkswirtschaftliche Kostenrechnung macht, erweist sich, daß der Anteil der Bildungsinvestition, gemessen am Endpreis einer erzeugten Ware, erstaunlich hoch ist, nämlich etwa bei 25 Prozent dieses Bruttoendpreises liegt.

Das sollte uns besonders in einer Zeit, wo der Finanzminister hinten und vorne nicht mehr weiß, wie er seine Defizite abdecken soll, mehr bewegen als das etwas unkritische Kleben an zwar sehr gängigen und sehr gut klingenden Modeworten, wie jenem von der Chancengleichheit. Eine freie Gesellschaft — und die Freiheitliche Partei ist eine Verfechterin der freien Gesellschaft — kann selbstverständlich am Grundsatz der Bildungsfreiheit nicht rütteln lassen.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, Bildungsfreiheit kann ja nicht zu einem subjektivistischen Exzeß ausarten, wonach jeder auf öffentliche Kosten seine persönlichen Bildungsbedürfnisse befriedigen kann, ohne Rücksicht darauf, ob damit nicht nur Bildungs-, sondern auch Ausbildungsziele verwirklicht werden und wie weit diese subjektiven Bildungs- und Ausbildungsziele auch im allgemeinen Interesse liegen. Denn auf die Dauer kann Bildungsfreiheit und kann Bildung — auch hier müßte man viel Kritisches dazu sagen; es klingt ja wunderbar: Bildung als Lebensqualität — nur dann verwirklicht werden, wenn es gelingt, durch die Ergebnisse und den Ertrag der Volkswirtschaft die hierfür notwendigen allgemeinen Kosten zum Betreiben der entsprechenden Bildungseinrichtungen und zur Beseitigung des sozialen und des sonstigen Zensus auf diesem Gebiet, auch im Bereich des Förderungswesens aufzubringen.

Lassen wir uns also nicht von Schlagworten faszinieren, deren durchaus sozialetische Grundtendenz nicht bestritten werden soll, sondern analysieren wir doch sehr nüchtern die Tatsache, daß wir im Begriffe sind, gewisse Strukturprobleme unseres Bildungswesens mit Hilfe von solchen Schlagworten, die vielfach das Denken überflüssig machen, zu verdrängen.

Schon im Zuge der Debatte über das vorhergehende Haushaltskapitel, nämlich über das Unterrichtswesen, wurden derartige Strukturfragen unserer Bildungspolitik angeschnitten. Es hat insbesondere mein Parteifreund Peter sich sehr eingehend mit der Entwicklung im Bereich der höheren allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen beschäftigt und auf die Ungleichgewichtigkeit dieser Entwicklung hingewiesen. Ich meine, mich hier anschließen zu können — was übrigens auch andere Redner beider Parteien getan haben —, daß es notwendig erscheint, gewisse Weichenstellungen schon im voruniversitären Raum vorzunehmen.

Da möchte ich noch einmal zur Aufklärung und zur Vermeidung der Wiederholung eines Mißverständnisses sagen: Wir verstehen den Abschluß einer allgemeinbildenden höheren Schule mit dem Maturitätszeugnis nicht als ein Privileg, sondern wir meinen gerade das Gegenteil dessen, was man den Ausführungen meines Parteifreundes Ing. Hanreich unter-schieben wollte. Die Meinung, man müsse heute Kinder nur deswegen auf eine allgemeinbildende höhere Schule schicken, weil man damit gewissermaßen ein — es wurde schon gesagt — Statussymbol, so wie das Auto heute, Gott sei's geklagt, dazu gehört, erwirbt. Dieser Mentalität muß man oder müßte man entgegentreten und darauf hinweisen, daß

Dr. Scrinzi

wir zunehmend Gefahr laufen, daß der junge Mensch, der dieses Statussymbol erreicht hat, der die Hürde dieses Sozialprestiges genommen hat, vor der Tatsache steht, daß er im Grunde nichts hat als Bildung.

Das ist an sich sehr viel, das möchte ich sagen, aber im Hinblick auf die Notwendigkeiten, die das Leben an ihn stellt, sich nämlich eine berufliche Existenz zu schaffen, die sein Fortkommen sichert, die ihm Familiengründung und die Erziehung von Kindern ermöglicht, ist das heute wenig. Ich muß anfügen, dank der Konsequenzen des Massenandranges, der nachlassenden Auslese- und Qualifikationskriterien — nicht im Sinne der Errichtung oder der Wiederrichtung sozialer Barrieren — ist es dazu gekommen, daß dieses Bildungsziel in seiner Qualität leider absinkt.

Wir haben immer wieder aus dem Hochschulraum berechnete Klagen zu hören, daß das Maturitätszeugnis heute nicht einmal mehr in jedem Fall der Nachweis der Hochschulreife ist.

Ich unterstütze Bestrebungen, die dahin gehen, auch außerhalb der bis jetzt üblichen Wege — zum Hochschulstudium führende allgemeinbildende oder berufsbildende Schulen abzuschließen oder die Matura im Rahmen von Abendschulen —, daß man den Versuch unternimmt oder die derzeitige Möglichkeit verbessert, bestimmte, besonders geeignete Leute, die auf eine lange berufliche Bewährung zurückblicken können, unter bestimmten Voraussetzungen dem Hochschulstudium zuzuführen. Aber ich warne vor Entwicklungen, wie wir sie in anderen Ländern mit anderen gesellschaftspolitischen Systemen studieren konnten, die im Endergebnis dazu führen, daß die Hohen Schulen dann letzten Endes auf das Niveau von besseren Fachschulen absinken. Die Gefahr ist sehr groß, und wir haben uns eingehend informieren können in einem großen Land dieser Welt, daß man schließlich dort landet, daß die Revolutionsräte durch Beschluß über die Hochschulqualifikation entscheiden.

Nun, ich sehe hier — um nicht mißverstanden zu werden — keine akute Gefahr. Ich zeige nur auf, daß unter Umständen Gefahren entstehen können, wenn man eben allzu unkritisch von Bildung als Lebensqualität, von Chancengleichheit spricht und dabei übersieht, daß der absoluten Chancengleichheit einfach gewisse natürliche Gegebenheiten und Hindernisse im Wege stehen.

Was wir durch eine sozialorientierte Bildungspolitik tun können, ist, jene Ungleich-

heiten zu beseitigen, wo die gleiche Begabung deshalb nicht umgesetzt werden kann in höhere Bildung und akademische Ausbildung, weil materielle Mittel, weil das Angebot an erreichbaren Schulen nicht vorliegen oder weil keine ausreichende Aufklärung der Eltern-generation da ist.

Es wäre aber gefährlich — und damit komme ich zu einem Thema, das interessanterweise die Sprecher beider anderen Fraktionen vor mir angeschnitten haben — zu meinen, das Bekenntnis zur Bildungsfreiheit schließe ein, daß ohne Rücksicht auf die Situation von Angebot und Nachfrage, also ohne Rücksicht auf die marktwirtschaftliche Lage und die Fähigkeit, akademisch ausgebildete Fachleute aufzunehmen, jedermann Anspruch habe, grundsätzlich von der Öffentlichkeit gefördert zu werden.

Es ist somit das Thema angerissen — und ich will mich damit beschäftigen —, das heißt: Droht uns ein akademisches Proletariat? Die Akzentsetzungen der ÖVP- und SPÖ-Sprecher haben sich hier unterschieden. Ich glaube, wenn man die Frage so ein bißchen reißerisch stellt: „akademisches Proletariat?“, dann kann man sie nur schlecht beantworten. Die Frage muß nämlich sehr differenziert gestellt werden. Die OECD-Studie hat uns doch zwar eine gewisse Beruhigung erteilt, aber auch in der österreichischen Wirklichkeit haben wir bestimmte Entwicklungstendenzen, die uns verpflichten, eine vorausschauende Politik zu betreiben, und nicht erst dann, wenn bestimmte Entwicklungsschäden eingetreten sind, nach der Feuerwehr zu rufen. Denn diese Problematik hat sich selbst in Staaten mit orthodox-marxistischer Gesellschaftsordnung, die sehr stark die Marktbezogenheit ihrer bildungspolitischen Maßnahmen betonen, ergeben. Etwa in der DDR wird auch seit einiger Zeit die Frage erörtert: Bilden wir mehr Akademiker aus, als wir später brauchen und unterbringen können?

Und wenn wir uns erinnern, daß es noch gar nicht lange her ist, daß in diesem mittleren Europa etwa das Buch Pichts von der Bildungskatastrophe geschrieben wurde, daß Darrndorf das Buch geschrieben hat „Bildung ist Bürgerrecht“ und daß man heute im gleichen Raum ... (*Abg. Dr. Gruber: Das war ein Freiheitlicher!*) Das ist ein FDP-Mann. Danke für die Aufklärung, aber Sie unterschätzen die vorhandene Bildung bei den freiheitlichen Abgeordneten. Das wissen wir schon, daß das ein FDP-Mann ist. (*Abg. Dr. Gruber: Nur zur Erinnerung!*) Danke vielmals, es hat dieser Erinnerung nicht bedurft, aber ich nehme sie entgegen. (*Abg. Dr. Gruber: Ich glaube nicht, daß Darrndorf*

Dr. Scrinzi

sehr abhängig ist von der FDP!) Das wird ihm und der FDP meiner Meinung nach gar nicht schaden; mehr will ich nicht sagen.

Es ist also noch gar nicht allzulange her, daß diese Bücher über „Bildungskatastrophe“ geschrieben wurden. Heute hat man in der Bundesrepublik ganz andere Sorgen und Probleme als damals. Es ist nicht so, daß jetzt aus irgendeiner gesellschaftspolitischen oder ideologischen Haltung heraus das Gespenst vom akademischen Proletariat an die Wand gemalt werden soll. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten eine unverdächtige Quelle. Es ist eine Studie des Internationalen Arbeitsamtes von Genf, die im Jänner dieses Jahres veröffentlicht wurde. Und die enthält eine Menge interessanter Daten. Ich zitiere etwas, was, glaube ich, ganz besonders auch von uns überlegt und bedacht werden sollte. Es heißt hier:

„Während des größten Teiles der sechziger Jahre haben die Beschäftigungsmöglichkeiten für Hochschulabsolventen mit der Erweiterung der Bildungsmöglichkeiten Schritt gehalten. Während der letzten Jahre wurde diese bedeutende Zunahme von Bildungsmöglichkeiten jedoch von wachsenden Schwierigkeiten der Absolventen in vielen Fachbereichen bei der Suche nach geeigneter Arbeit begleitet. Obwohl diese Erscheinung in verschiedenen Teilen Europas in unterschiedlichem Ausmaß auftritt, ist sie allgemein durch eine Unausgeglichenheit von Angebot und Nachfrage nach hochqualifizierten Arbeitskräften in zahlreichen Bereichen gekennzeichnet. Diese Unausgeglichenheit macht sich bemerkbar durch längere Arbeitssuche, weniger progressive Gehaltsskalen, Beschäftigungen, die den Qualifikationen der Stelleninhaber nicht entsprechen, und selbst durch Arbeitslosigkeit. Die Beschäftigungsaussichten für Hochschulabsolventen sind in einer Reihe von Ländern zu einem Politikum geworden, insbesondere in solchen, in denen die Ausweitung der Bildungsmöglichkeiten sehr zügig erfolgte und nicht durch ausdrückliche arbeitsmarktpolitische Erwägungen eingeschränkt worden ist.“

Meine Damen und Herren! Das ist das Ergebnis einer wissenschaftlichen Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes. Ich glaube, wir sollten das nicht mit einer Hand abtun, sondern uns fragen, wie weit sind wir in Österreich von einer derartigen Entwicklung bedroht. Es ist schon gesagt worden, wir haben zweifellos in einer Reihe von akademischen Berufen noch einen echten Nachholbedarf, wir stehen bei anderen Gruppen am oberen Plafond, und wir haben vor allem, wenn wir die zu erwartenden Zahlen der Absolventen mit einbeziehen, für die nächsten

Jahre da und dort wahrscheinlich bereits einen Überbestand. Dazu kommt noch, daß wir in vielen Ländern eine verdeckte Akademikerarbeitslosigkeit haben, verdeckt dadurch, daß Zweitstudien gemacht werden, daß an normale Studien noch spezielle Kurzstudien angeschlossen werden und so weiter. Das sollte uns veranlassen, darüber nachzudenken, damit es uns nicht so geht wie gewissen skandinavischen Ländern, aber auch England hat die Probleme, Frankreich beschäftigt sich damit, Italien hat Sorgen, die Niederlande ebenso, die DDR und die BRD gleichfalls. Für uns wird also eine sehr sorgfältige und intensive Marktanalyse — man stoße sich nicht an diesem ökonomischen Begriff, wenn wir uns im so erhabenen Bereich der Bildung bewegen — erforderlich werden, wir müssen unsere Berufsberatung verstärken. Wir müssen im voruniversitären Raum sehr viel mehr begabte Kinder in die berufsbildenden Studien zu lenken trachten, für die Hochschulreife die Qualitätserfordernisse eher anheben, um nicht eines Tages in die Zwangslage versetzt zu sein, mit dirigistischen Maßnahmen eingreifen zu müssen, die zweifellos soziale Ungerechtigkeiten mit sich bringen und mit der Vorstellung einer freien Gesellschaft nur sehr schlecht vereinbar sind.

Wir sollten — und das gehört zu einem Thema, das in anderem Zusammenhang auch von zweien meiner Vorredner angerissen wurde — uns mit dem Gedanken befassen, doch das System der Elite-Schule im Hochschulraum neu zu überlegen; nicht um dort eine durch sozialen Status des Vaters oder durch den ökonomischen der Eltern gekennzeichnete privilegierte Schicht zu schaffen, sondern um ein System zu schaffen, das eine optimale Beförderung der echten Begabungen an jene Schlüsselstellen des Wirtschafts-, des öffentlichen, des wissenschaftlichen, des politischen Lebens bringt, was nur im Interesse jeden Landes und insbesondere jeder Demokratie liegen kann. Wir haben nachahmenswerte Vorbilder, die ich nicht zu nennen scheue, obwohl ich weiß, daß das eine, wenn ich Rußland hier nenne, geeignet wäre, mir nachzusagen, ich sei in den Sog dieser Gesellschaftsordnung geraten; aber ich finde auch das französische System durchaus überlegens- und nachahmenswert.

Nun, ich weiß, wenn man solche Themen anschnidet, hat man in erster Linie mit dem Widerstand bestimmter Gruppen der Hochschülerschaft zu rechnen. Das sollte uns nicht an der Diskussion dieser Dinge hindern, und ich habe es eigentlich bedauert, Herr Kollege Dr. Bauer, daß Sie so rasch Fersengeld gegeben haben, als die Äußerungen

Dr. Scrinzi

Karl Friedrich von Weizsäckers zitiert wurden, der gesagt hat, man müsse auch ein System überlegen, wo in einem gewissen Umfang die öffentliche Studienförderung rückzahlbar wird. Sie haben da selber gesagt, dieses Modell werde in Schweden praktiziert, Sie haben es für Österreich nicht für praktikabel gehalten. Ich halte es für praktikabel und für sinnvoll. Ich bin der Meinung, gerade wenn wir uns zur Bildungsfreiheit bekennen, auf der anderen Seite uns darüber im klaren sind, daß wir nicht unbegrenzt Bildungsinvestitionen tätigen können, ohne Rücksicht auf die Erfordernisse und Bedürfnisse der Gesellschaft, müssen wir es uns überlegen, wie wir hier ohne soziale Härten, ohne einen neuen sozialen Zensus zu schaffen, ein solches System allenfalls verwirklichen. Mit Genugtuung bekenne ich mich dazu und nehme es zur Kenntnis, daß der Ring Freiheitlicher Studenten diese Auffassungen seit vielen Jahren — wie letzten Endes der große Anhang, den er unter den Studenten hat, beweist — schließlich mit Erfolg vertreten hat. Wir sind uns darüber im klaren, daß der Widerstand, der hier vor allem von sehr lautstarken militanten Minderheiten geleistet wird, ganz andere Motive hat. Ich will gar nicht davon reden, daß wir wissen, daß es zur internationalen Strategie des Marxismus gehört, in den Ländern westlicher Gesellschaftsordnungen ein akademisches Proletariat als eine Waffe der Systemänderung zu schaffen, daß ganz andere Überlegungen hinter diesem Feldzug gegen jede Steigerung der Qualitätserfordernisse, gegen jede Überlegung, nicht unbeschränkt und ohne Rücksicht auf gesellschaftspolitische Bedürfnisse Studierende auszubilden, stehen.

Ich habe, Frau Bundesminister, den Eindruck, Sie haben im Umgang mit diesen Studierenden in der letzten Zeit sehr eindringliche Erfahrungen gesammelt, Erfahrungen, die Sie vielleicht veranlassen, zu überlegen, ob wir nicht auch die undifferenzierte Mitbestimmungsdoktrin, die wir weitgehend in Ihrem UOG-Entwurf kritisieren, neu überdenken sollen und ob nicht die Politik der konsequenten Hierarchiezerstörung letzten Endes auf ihre Urheber zurückfallen könnte.

Ich will mich mit unserer kritischen Haltung dem UOG gegenüber nicht länger befassen. Ich habe das aus Anlaß der Budgetdebatte zum selben Haushaltskapitel im vergangenen Jahr ausführlich getan. Ich habe die fünf fundamentalen Grundsätze unserer Haltung in der Hochschulreform damals dargelegt und kann nur sagen, wir haben bisher nicht nur keinen Grund, sie zu revidieren, sondern die seither fortgesetzte Entwicklung gibt uns mehr denn je recht.

Die Ausländerstudentenfrage wurde auch angeschnitten. Ich erspare mir Einzelheiten. Ich bekenne mich dazu, daß es mir notwendig erscheint, den Perzentanteil der Ausländer, wenn nicht herabzusetzen, dann mindestens auf dieser Höhe, wie er jetzt ist — 13 Prozent — einfrieren zu lassen.

Ich unterstütze Ihre Bestrebungen, die dahin gehen, daß wir natürlich als Mindestanfordernis der Zulassung von ausländischen Studierenden in Österreich jene Voraussetzungen verlangen müssen, die sie in ihrem eigenen Heimatland zu erbringen haben. Denn sonst werden wir einerseits zu einem Refugium peccatorum aller Versager aus der ganzen Welt und außerdem zu einem Refugium jener Systemveränderer, die offensichtlich in ihren eigenen Heimatländern schon Schiffbruch erlitten haben und glauben, das tolerante Österreich sei noch ein Boden, wo sie sich betätigen können.

In diesem Zusammenhang verdient auch das Problem der noch immer zu langen Studiendauer untersucht zu werden. Wenn ich auf das Ergebnis der OECD-Studie, die im Auftrag von OECD-CERI durchgeführt wurde, zurückkomme, so ist das Verhältnis immer noch unbefriedigend. Ein Viertel der in Österreich, allerdings in einem besonderen Fall, untersuchten Studierenden kann als erfolgreich in dem Sinn betrachtet werden, als sie etwa in der vorgesehenen Studiendauer ihre Studienabschlüsse erreichen. Drei Viertel gehören nicht zu den Erfolgreichen. Und nach wie vor haben wir einen Prozentsatz von mehr als einem Drittel aller Studierenden, die überhaupt ihre Studien nicht abschließen. Da liegen meines Erachtens die größten und bedenklichsten Fehlinvestitionen unserer Bildungspolitik. Wenn Sie wollen, kann ich eine viel strapazierte, aber berechnete Vokabel aus einem anderen Bereich hernehmen: Wir haben einen hohen Anteil von Wegwerfstudenten. Gerade diese Studenten sind für den arbeitenden und steuerzahlenden Menschen in Österreich eine ständige Herausforderung.

Ich werde mich nicht mit dem so bedeutsamen Sektor der Forschung beschäftigen. Das wird mein Parteifreund Dr. Stix in seiner Wortmeldung tun. Aber ich kritisiere in diesem Budget eine nicht zu verkennende Tendenz der Gewichtsverlagerung der Förderungsmittel in die außeruniversitäre Forschung, zum Teil zu Lasten der übrigen.

Ich unterstelle Ihnen hier nicht Tendenzen, daß Sie gesellschaftspolitische oder parteipolitische Ziele verfolgen. Aber ich meine, aus der von mir bejahten Notwendigkeit, die außeruniversitäre Forschung stärker als in der Vergangenheit zu fördern, ergibt sich, daß

12180

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Scrinzi

wir versuchen müssen, den ganzen Bereich der Forschung gesetzlich in den Griff zu bekommen, daß es notwendig ist, wie wir es schon vor Jahresfrist betont haben, ein Forschungsorganisationsgesetz zu schaffen, das uns eine verbesserte Kontrolle, eine verbesserte Mobilität zwischen den verschiedenen Forschungsbereichen und eine verbesserte Koordination bringen soll.

Die Grundsätze zu einem solchen Forschungsorganisationsgesetz haben wir vor einigen Monaten der Öffentlichkeit bekanntgegeben. In Kürze wird die Freiheitliche Partei dem Hohen Haus einen Initiativantrag vorlegen, der ein solches Forschungsorganisationsgesetz beinhalten wird.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und möchte deponieren, daß ich namens der Freiheitlichen Partei dem vorstehenden Kapitel meine Zustimmung gebe, diese Zustimmung unter anderem aber auch noch von einem Abänderungsantrag abhängig mache, den wir eingebracht haben und den ich bitte, dann zu verlesen.

Dieser Abänderungsantrag setzt sich zum Ziel, gewisse Umschichtungen in diesem Haushaltskapitel vorzunehmen, und zwar mit drei besonderen Schwerpunkten. Wir beantragen in diesem Abänderungsantrag eine Erhöhung der Mittel für den Studentenheimbau um 10 Millionen, weil wir meinen, daß insbesondere nicht nur nach wie vor der Bedarf ungedeckt ist, sondern daß durch die Eckzinserhöhung zusätzliche Belastungen der schon bestehenden Heime eingetreten sind.

Wir beantragen eine Erhöhung der Mittel für den Fonds der wissenschaftlichen Grundlagenforschung um 10 Millionen und eine Erhöhung der Aufwendungen für die Hochschulen um weitere 15 Millionen. Das sind insgesamt 35 Millionen. Diese Mittel sollen dadurch gedeckt werden, daß wir den von uns schon kritisierten außerordentlich hohen Anteil für ein einziges ausländisches internationales Forschungsprojekt, CERN, um diesen Betrag kürzen.

Wir beantragen eine weitere Umschichtung von zwei Millionen, um damit eine besondere Gelegenheit ausnutzen zu können. Im Jahre der großen Maubertsch-Ausstellung haben wir die Möglichkeit, einen Maubertsch um zwei Millionen Schilling zu erwerben. Wir halten dies für gut und machen auch diesbezüglich gleichfalls einen Umschichtungsvorschlag in unserem Abänderungsantrag.

Meine Damen und Herren! Wir werden wie bisher aus den folgenden Überlegungen dem Kapitel Wissenschaft und Forschung

unsere Zustimmung geben: Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die Errichtung eines eigenen Ressorts richtig war. Wir sind hier einer gesamteuropäischen Tendenz gefolgt und haben damit die Voraussetzungen... (*Abg. Dr. Gruber: Wo ist ein gesamteuropäisches wissenschaftliches Forschungsministerium?*) In einer ganzen Reihe von europäischen Ländern — und zwar vor allem im OECD-Raum — haben wir Wissenschaftsministerien, und wir sind dieser Tendenz und einer Empfehlung zur Errichtung eines solchen Ministeriums in Österreich gefolgt.

Wenn ich mir das vorhergehende Kapitel zahlenmäßig anschau und zur Kenntnis nehme, daß im Unterrichtsbudget, wenn Sie wollen, die Pflichtschullehrer, die Hochschule und die Wissenschaft und Forschung bisher mit einem Anteil von 20 Prozent Aftermieter waren, kann ich nur sagen: Nach wie vor halte ich dieses eigene Ministerium für notwendig und richtig.

Unsere Zustimmung zu diesem Kapitel beinhaltet natürlich keine Zustimmung zu dem in Beratung stehenden Universitätsorganisationsgesetz der Bundesregierung. Wir werden den Boden unserer grundsätzlichen Einwände gerade gegen dieses Gesetz nicht verlassen.

Wir sind uns darüber im klaren, daß die Schwerpunktbildung, wie man sie im vergangenen Jahr noch feststellen konnte, im heurigen Jahr in diesem Haushaltskapitel nicht mehr so überzeugend nachzuweisen ist, aber wir betrachten nach wie vor und jenseits der für uns in weiten Bereichen unannehmbaren Universitätsorganisation die Frage der österreichischen Hochschulen und der österreichischen Forschung als ein gemeinsames Anliegen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Der Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen ist hinreichend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Ich bitte die Schriftführerin, Frau Abgeordnete Dr. Erika Seda, ihn zu verlesen.

Schriftführerin Dr. Erika Seda: Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen zur Regierungsvorlage betreffend Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle beschließen:

In der Anlage I der im Titel bezeichneten Regierungsvorlage sind die nachfolgenden finanzgesetzlichen Ansätze wie folgt zu ändern:

Schriftführerin

Finanzge- setzlicher Ansatz bzw. Summe	Bezeichnung	Abzuändern		
		von	um	auf
		Millionen Schilling		
1/14106	Hochschulische Einrichtungen; Förderungs- ausgaben.....	121.039	10.000	131.039
1/1410	Summe	771.913	10.000	781.913
1/14146	Wissenschaftliche Forschung; Förderungs- ausgaben.....	133.239	10.000	143.239
1/14187	Forschungsvorhaben in internationalen Kooperationen; Aufwendungen (gesetz- liche Verpflichtungen).....	107.829	35.000	72.829
1/1418	Summe	107.833	35.000	72.833
1/14208	Hochschulen; Aufwendungen	460.476	15.000	475.476
1/1420	Summe	3,134.627	15.000	3,149.627
1/14403	Museen; Anlagen	15.683	2.000	17.683
1/14406	Museen; Förderungsausgaben	4.318	2.000	2.318

Präsident Dr. **Maleta**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Harwalik. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Harwalik** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Bevor ich zu meinem Anliegen komme, darf ich mich mit einigen Sätzen auf die sehr interessanten Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi beziehen.

Er hat hier das Wort „Chancengleichheit“ sehr kritisch unter die Lupe genommen. Die ÖVP hat in ihrem Bildungsprogramm an die Stelle dieses Wortes den Ausdruck „Chancengerechtigkeit“ gesetzt. Ich halte ihn für viel treffender und zielführender.

Hier sind wir allerdings mit Georg Picht einer Meinung, daß heute soziale Gerechtigkeit vorerst eine gerechte Verteilung der Bildungschancen ist. Das hat aber auch der Herr Primarius Dr. Scrinzi nicht außer Kraft gesetzt und sicher auch mit gemeint und mit betont.

Ich bin auch der Meinung, daß das Problem der Hochschulüberfüllung in einzelnen Bereichen eine Angelegenheit der Kanalisierung im Wege einer umfassenden Bildungsberatung ist. Der Numerus clausus ist wohl kaum eine Lösung.

Eine Teillösung bietet sich sicher in der Einrichtung postsekundärer Bildungsgänge im Hochschulbereich an. Hier hat es einen sehr verheißungsvollen Anlauf gegeben an den Hochschulen, aber eigentlich kaum eine Anfangs- und schon gar nicht eine Fortentwicklung.

Länger kann ich aber in diesem Rahmen auf diese sehr interessanten Probleme, die

der Herr Abgeordnete Dr. Scrinzi sehr sachkritisch dargestellt hat, nicht eingehen.

Ich komme zu meinem sehr dringlichen Anliegen.

Die Klubs der im Hause vertretenen Parteien haben die Presseaussendung der Österreichischen Hochschülerschaft Graz, Fakultätsvertretung Medizin, vom 3. Dezember dieses Jahres erhalten, daß am 10. und 11. Dezember 1974 an der Grazer medizinischen Fakultät ein zweitägiger Vorlesungsstreik von Professoren und Studenten und eine Protestkundgebung mit mehreren hundert Medizinstudenten in der Grazer Innenstadt durchgeführt werden, wenn bis 6. Dezember keine bindende Zusage auf eine Dotation in der Höhe von 68 Millionen Schilling für die Fertigstellung des Neubaus der vorklinischen Institute in Graz eintrifft. Seit Jahren bemüht sich die Fakultätsvertretung Medizin um die rasche Fertigstellung dieser Bauten. Es hat schon am 19. Juni dieses Jahres in dieser Sache einen Vorlesungsstreik gegeben. Sie kennen, Frau Bundesminister, die leidvolle Baugeschichte dieser Institute.

Mit den vorgesehenen 35 Millionen Schilling ist es unmöglich, das von der Bundesregierung — und darauf lege ich jetzt den Akzent — versprochene Fertigstellungsdatum von 1976 einzuhalten.

Ich bitte Sie, Frau Bundesminister, unter Hinweis auf dieses Versprechen der Regierung gemeinsam mit dem Herrn Bautenminister alle Möglichkeiten für die Bereitstellung des angesprochenen Betrages von 68 Millionen Schilling zu prüfen und vielleicht mit einem Umschichtungsverfahren den verständlichen Streikbeschluß abzuwenden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Dr. **Maleta**: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wille. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Wille** (SPÖ): Herr Präsident! Frau Bundesminister! Hohes Haus! Wir werden 1975 rund 5,7 Milliarden Schilling für Wissenschaft und Forschung ausgeben, das sind gegenüber 1974 um 17 Prozent mehr. Für uns ist neben allen Erörterungen über die einzelnen Ansätze natürlich auch interessant, wie sich diese 5,7 Milliarden Schilling auf die österreichische Wirtschaft und Gesellschaft auswirken werden und auswirken können.

Diese Fragen sind berechtigt, obwohl wir in den vergangenen 25 Jahren geradezu in einer unwahrscheinlich konjunkturell günstigen Lage gelebt haben, aber heute immer mehr sehen, daß die Schwierigkeiten und Probleme, die heute weltweit wirtschaftlich und gesellschaftlich da sind, auf Österreich abfärben werden. Man könnte sagen, Österreich hat es besser, aber Österreich ist keine Insel der Seligen.

Wir haben heute bereits in der industrialisierten Welt 13 Millionen Arbeitslose, Stagnation und Inflation, also eine Reihe von Problemen, die der Ordnung bedürfen. Die positive Entwicklung unseres Landes soll durch die Probleme, die weltweit gesehen werden müssen, nicht eingeschränkt werden.

Deswegen einiges zur wirtschaftsbezogenen Forschung, die von enormem Wert für die wirtschaftliche Entwicklung, für das Wachstum der Wirtschaft ist. Es ist einfach unbestritten, daß der Großteil des Wachstums auf Wissenschaft und Forschung zurückzuführen ist, daß also die wirtschaftliche Entwicklung abhängig ist von den Initiativen in Wissenschaft und Forschung.

Es ist dem Bundesministerium und der Frau Bundesminister zu danken, daß in den wenigen letzten Jahren gerade auf diesem Gebiete der Wissenschaftspolitik wahrlich eine Welt in Österreich verändert worden ist.

Jährlich sind die Mittel wesentlich erhöht worden. Die Anpassung der Zielvorstellungen an neue Gegebenheiten erfolgte. Von einer geradezu naiven Forschungspolitik kamen wir weg zu einer pluralistischen Forschungskonzeption, sodaß heute der Forscher eher in der Lage ist als vor wenigen Jahren, die Forschung als einen Komplex im Dienste gesellschaftlicher Entwicklung zu sehen.

Zu dem kamen eine ganze Serie von organisatorischen Maßnahmen, die die Kommunikation, die Kooperation und die Koordination verbessert haben.

Es kam zu einer Harmonisierung der nationalen Forschungsträger, aber zudem auch zu einer Harmonisierung mit den internationalen oder multinationalen Aktivitäten, denn ähnliche Aktivitäten kennen die EG, ähnliche Aktivitäten kennt die OECD.

Insgesamt können wir sagen, daß heute der Wert der Forschung völlig unbestritten ist, wenn eben auch viele Aufgaben auf uns warten.

Zum Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft möchte ich sagen, daß es zweifellos richtig ist, wie der Herr Abgeordnete Blenk sagt, daß hier nicht Konjunkturpolitik betrieben werden soll. Die Fonds sind auch auf Grund ihrer Größe dazu kaum in der Lage.

Aber ich bitte doch zu bedenken — auch Sie, Kollege Blenk —, daß nahezu die gesamte Infrastruktur total sozialisiert ist, daß also die gesamte Forschungs-Infrastruktur vom Staat finanziert wird und daß es aus diesem Grunde eben nicht nur gilt, eine einzelne Budgetpost einer kritischen Betrachtung zu unterziehen, sondern daß man die gesamte Forschungspolitik und die Ausgaben dafür einer Kritik unterziehen muß.

Es wäre zudem sehr schön, wenn die Wirtschaft, die in den letzten Jahren, gemessen an den staatlichen Aktivitäten, zweifellos zurückgeblieben ist, sich mit einer Forschungsumlage oder mit ähnlichen Aktivitäten beteiligen würde, sodaß nicht nur die öffentliche Hand diese Forschungsausgaben zu tragen und zu finanzieren hat.

Eine sehr positive Entwicklung nahm in den letzten Jahren das größte österreichische Nationallabor, die Österreichische Studiengesellschaft für Atomenergie. So wie die Akademie der Wissenschaften in der Grundlagenforschung eine zentrale Rolle spielt, spielt die Studiengesellschaft in der angewandten oder wirtschaftsbezogenen Forschung die entscheidende Rolle.

Im Schwerpunktbereich „Neue Technologien und Methoden“ wurden eine Reihe von Aktivitäten gesetzt, die mit der Wirtschaft abgesprochen worden sind; zudem übernahm die Forschungsgesellschaft Forschungsaufträge aus der Wirtschaft. Gemeinschaftsprojekte wurden entwickelt, und eine Reihe von Unternehmungen siedelte sich sogar in Seibersdorf an. 50 Prozent der gesamten Forschungs- und Entwicklungskapazität konzentriert sich auf 30 derartige Themen. Die Studiengesellschaft wird 1975 mit 165 Millionen Schilling um 37 Prozent mehr Mittel zur Verfügung haben als 1974. Natürlich könnte man auch hier

Wille

sagen, das ist ungenügend, aber auch hier gilt es ebenso wie in anderen Bereichen Maß zu halten.

Zudem möchte ich sagen, daß natürlich die Leistungen Seibersdorfs anerkannt werden. Es gibt einen Vergleich mit anderen Kernforschungszentren, aus dem klar hervorgeht, daß die Betriebskosten und die Kosten pro Mitarbeiter in Seibersdorf recht günstig liegen. Ferner muß darauf hingewiesen werden, daß vor allem die Leistungen, die Seibersdorf in Zusammenhang mit Dissertationen und Diplomarbeiten erbringt, beachtlich sind und daß die Zahl der Arbeiten pro wissenschaftlichem Mitarbeiter mit 2,8 Arbeiten im Jahr relativ hoch ist.

Nun noch einige Gedanken zur Forschungspolitik im Zusammenhang mit der Gesellschaft. So interessant es ist, daß sich beispielsweise der Forschungsförderungsfonds der gewerblichen Wirtschaft mit Elektronenstrahlbohren und Elektronenstrahlschweißen beschäftigt, so interessant es ist, daß sich die Akademie der Wissenschaften mit der Geschichte über das Sitzmöbel beschäftigt, so ist doch darauf hinzuweisen, daß heute die Probleme immer mehr als ein Komplex im Zusammenhang mit den weltweiten Krisen gesehen werden müssen.

Im 2. Bericht an den Club of Rome heißt es: Die Welt ist an Krebs erkrankt. Der Mensch ist der Krebs. — Das zeigt, in welcher schwierige Lage wir gesellschaftlich gekommen sind, wenn wir weltweit — und es ist nur weltweit zu sehen — Wissenschaft und Forschung einer Betrachtung unterziehen.

Der Mensch als Denker, Forscher und Humanist hat endlich die Einsicht, eine Welt vor sich zu begreifen, die im Wachstum wuchert, in der er selbst zwischen maßlosem Überfluß und grenzenlosem Elend den Boden verliert. Sosehr wirtschaftliches Wachstum für uns alle heute noch notwendig ist, ist zu bedenken: Ein Wachstum von jährlich 5 Prozent führt dazu, daß am Ende des kommenden Jahrhunderts das Produktionsvolumen verfünfhundertfacht sein wird und die gegenwärtige Produktion um 50.000 Prozent zugenommen hätte. Diese „Bäume“ werden nicht in den Himmel wachsen.

Es ist zudem aber auch zu sagen, daß Prognosen natürlich nicht alles sind. Aber diese Einsicht ermöglicht uns nicht den Ausweg, zu sagen, wir verzichten auf Zukunftsforschung, wir verzichten auf Prognosen.

In eine andere Richtung gedacht sind wir ebenso ratlos. Während der Papst über die Pille stolpert, stolpert die Welt über eine Bevölkerungsexplosion, von der es im Bericht

an den Club of Rome heißt: Wenn nicht heute drastische Maßnahmen in der Familienpolitik einsetzen, sondern vielleicht erst in 20 Jahren, dann werden in den nächsten Jahrzehnten noch 500 Millionen Kinder auf die furchterlichste Weise zugrunde gehen.

Österreich versucht, auf dem Gebiete der Zukunftsforschung einen Beitrag zu leisten, indem es den Ausbau des Internationalen Instituts für angewandte Systemanalyse vorantreibt. Die Bundesregierung hat bereits vor einigen Wochen beschlossen, 32 Millionen Schilling dafür zur Verfügung zu stellen. Im Institut werden gegenwärtig Industriesysteme, Stadt- und Regionalsysteme, Energiesysteme und Ökologiesysteme untersucht. Es handelt sich um ein Institut, in dem heute 50 international anerkannte Wissenschaftler tätig sind und nach dem Ausbau rund 90 tätig sein werden. Sie werden bemüht sein, alle diese aufgeworfenen Fragen im Zusammenhang mit anderen internationalen Großinstituten einer Lösung zuzuführen.

Heute geben wir in Österreich rund 1 Prozent des Bruttonationalprodukts — also mehr als 6 Milliarden Schilling — für Forschung und Entwicklung aus. Rund 11.000 Menschen — davon 5000 Wissenschaftler — arbeiten in 1500 Forschungsstätten an der Welt von morgen. Diese Welt von morgen möge nicht nur anders, sie soll reicher sein; reicher an Harmonie, reicher an Humanität, die sich nicht als „große Zahl“ gegen diese Welt richtet.

Der Mensch ist das Maß aller Dinge, lehrt uns der Humanismus. Doch das Maß ist krank geworden, das Maß selbst bedarf einer Heilung.

Die Gesellschaftswissenschaften und die Wirtschaftswissenschaften sind von uns heute mehr denn je aufgerufen, an der Lösung dieser Probleme und an der Heilung dieser Welt mitzuarbeiten. Die Weltkrise Bevölkerungsexplosion hat die Weltkrisen Armut, Hunger und Elend und die Weltkrisen Nahrungsmittelkrise, Rohstoffkrise, Energiekrise und Umweltkrise gezeugt. So gesehen werden wir alle viel Arbeit vor uns haben und uns anstrengen müssen, dieser Herausforderung wissenschaftlich gerecht zu werden.

Abschließend möchte ich noch zum Änderungsantrag des Abgeordneten Dr. Scrinzi sagen, daß ihm die sozialistische Fraktion beitrifft. Danke sehr. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Trauerkundgebung

Präsident Dr. Maleta: Hohes Haus! Ich bitte einen Augenblick um Aufmerksamkeit.

12184

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Präsident Dr. Maleta

Soeben erhalte ich die Mitteilung, daß der Abgeordnete zum Nationalrat Ernst Ulbrich um 17 Uhr gestorben ist. Wir wollen seiner jetzt in einer Trauermminute gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich zum Zeichen ihrer Trauer für die Dauer einer Minute von ihren Plätzen.)

Präsident Dr. Maleta: Ich danke.

Fortsetzung der Tagesordnung

Präsident Dr. Maleta: Der nächste zum Wort gemeldete Abgeordnete ist Dr. Fleischmann. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Fleischmann** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte mich einem Gebiet zuwenden, von dem ich meine, daß es von besonderer Bedeutung für ein renommier-tes Kulturland ist, welches zu sein Österreich immer den Anspruch erhebt, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil ich glaube, daß wir sehr viele kulturelle und kulturpolitische Fragen zu bewältigen haben, die uns eine Aufgabe stellen, mit der fertigzuwerden nicht immer ganz leicht ist.

Schon seit langer Zeit hört man Klagen, daß die Bundesmuseen teilweise nicht mehr den Anforderungen der modernen Zeit entsprechen. Ebenso konnte man von den Leitern der Bundessammlungen hören, daß ihr Ankaufsbudget nicht ausreichend gewesen sei. Auch gab es viele Schwierigkeiten bei den kleinen, aber so sehr wichtigen wissenschaftlichen Publikationen, deren Förderung praktisch nur über den Notring erfolgen konnte, weil anderweitige Mittel bisher nicht zur Verfügung gestanden sind.

Alle diese Schwierigkeiten, die zum Teil aus sträflichen Vernachlässigungen zur Zeit der ÖVP-Alleinregierung resultiert haben, sind im Laufe der Zeit durch die Tatkraft der Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung behoben worden.

So wurden den Museen und Bundessammlungen beträchtlich erhöhte Kredite eingeräumt, und es wurde erstmalig ein eigener Budgetansatz für die Förderung des wissenschaftlichen Publikationswesens geschaffen. Für die Sozialisten bedeutet dies aber nicht die Erfüllung einer lästigen Pflicht, sondern vielmehr die Einlösung von gesellschaftlichen Verpflichtungen, die eben der Allgemeinheit obliegen.

Hohes Haus! Im vergangenen Jahr fand eine vom Bundesministerium organisierte Exkursion statt, die leider — man muß wirklich sagen: leider — in der Öffentlichkeit nicht ihren gebührenden Niederschlag gefunden hat. Ziel dieser Exkursion war die Grazer Universität und dort im besonderen die Hochschulbibliothek.

Den Teilnehmern an dieser Exkursion wurden sehr interessante Einsichten vermittelt, die — ich sagte es schon — leider nicht einmal der zweifellos interessierten Fachöffentlichkeit zur Gänze zugänglich gemacht werden konnten. Vor allem das interessante System der Organisation, aber auch die Systematik der Institutsbibliotheken hätten es durchaus verdient, aufmerksamer betrachtet zu werden. Hier wurde erstmalig versucht — und man muß sagen, daß dieser Versuch gelungen ist —, den organischen Zusammenhalt von Institutsbibliotheken und Zentralbibliothek sinnvoll zu verwirklichen. Wie wir hören konnten, soll dieses System nun auch an anderen Hochschulen Anwendung finden.

Daß dieser Fortschritt sehr rasch erfolgen soll, weil er ganz in unserem Sinne liegt, zeigt auch die Steigerung des Ansatzes für das Bibliothekswesen um fast 45 Prozent. Der Ausgabenrahmen in einer Höhe von fast 93 Millionen Schilling ist der bisher absolut höchste, meine Damen und Herren, den es jemals für diese Budgetpost gegeben hat.

Hohes Haus! Einen weiteren wichtigen Schwerpunkt finden wir im Budgetansatz für die Kunsthochschulen. Der Zustrom an Studenten ist unvermindert hoch und macht es notwendig, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen. Daher wurde auch diese Post um fast 27 Prozent erhöht und beträgt im kommenden Jahr annähernd 111 Millionen Schilling. Damit ist eine dringend notwendige Erweiterung des Studienbetriebes möglich geworden.

Es soll hier vielleicht überhaupt die Problematik der Kunsthochschulen kurz gestreift werden. Mit der Einbeziehung der Linzer Kunsthochschule in den Hochschulbetrieb scheint ein Prozeß abgeschlossen, der die Gleichstellung der Kunsthochschulen mit den wissenschaftlichen Hochschulen zum Ziele hatte. Das hatte nicht nur für die Studierenden, sondern auch für den Lehrkörper beträchtliche Vorteile. Vor allem durch die Übernahme in das ordentliche Professorenverhältnis oder durch die Bestellung von außerordentlichen Professoren besonderer Art war es möglich, die Lehr- und Lernfreiheit an diesen Instituten in besonderem Maße zu gewährleisten. Denn auch die unorthodoxe Meinung, meine Damen und Herren, muß ebenso ihren Platz finden können wie anderswo im demokratischen Geschehen.

Ich habe schon immer die Auffassung vertreten, daß Minderheiten nur dann bestehen können, wenn man ihnen Vorteile einräumt. Die bloße Gleichberechtigung von Minderheiten ist zu wenig — und zwar trifft das für alle Fälle von Minderheiten zu —, weil sie unausweichlich zur Kapitulation führen muß. Daß

Dr. Fleischmann

gerade unter dieser Regierung entscheidende Impulse gesetzt werden konnten, darf uns daher mit berechtigtem Stolz über das Erreichte erfüllen.

Hohes Haus! Das kommende Jahr wurde vom Europarat zum Jahr des Denkmalschutzes erklärt. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das gilt nicht für die Regierung!*) Wir alle kennen die Bemühungen des Bundesdenkmalamtes, die seit vielen, vielen Jahren, Herr Kollege Kohlmaier, nur höchst bescheidene Erfolge gebracht haben. Das lag aber nicht nur bei dieser Behörde, sondern es lag in den meisten Fällen auch an den Eigentümern denkmalgeschützter Objekte, sofern diese nicht im öffentlichen Besitz gewesen sind. Wir kennen auch die Methoden, mit denen man den Denkmalschutz umging. Daher ist es besonders zu begrüßen, daß es nunmehr nicht nur gesetzliche Regelungen zur Altstadterhaltung gibt, sondern daß überhaupt in der letzten Zeit ein gewisser Gesinnungswandel in der öffentlichen Meinungeingetreten zu sein scheint.

Wir können mit Stolz feststellen, daß seit der Installierung der sozialdemokratischen Regierung Jahr für Jahr eine überdurchschnittliche Erhöhung der Budgetansätze für die Denkmalpflege erfolgt ist. So wird auch im kommenden Budget wieder eine 20prozentige Steigerung zu verzeichnen sein.

Der Präsident des Bundesdenkmalamtes hat mir vor einiger Zeit einmal gesagt, daß er mit 50 Millionen hochzufrieden sein würde, wenn man ihm diesen Betrag im Sachaufwand zur Verfügung stellen könnte. Der Herr Präsident Thalhammer wird im nächsten Jahr über einen Sachaufwand von 65,7 Millionen Schilling verfügen; er wird daher über mehr Geld verfügen, als er sich selbst es vorgestellt hat.

Allerdings — und das, meine Damen und Herren, muß auch mit aller Deutlichkeit gesagt werden — knüpfen wir an diese Erhöhung bestimmte Erwartungen, nämlich die Erwartung, daß nunmehr auch in erhöhtem Maße Aufwendungen für Profanbauten erfolgen sollen.

Diesem Beispiel — ich habe die Broschüre „Die Freyung zu Wien“ hier, das Ferstl-Projekt (*der Redner zeigt diese Broschüre vor*) —, das durch das Ministerium zusammen mit der Stadt Wien und einem Bankinstitut im Komplex um das ehemalige Cafe Central anlässlich des Denkmalschutzjahres gesetzt werden soll, sollte auch das dazu berufene Bundesdenkmalamt naheifern.

Kulturelles Erbe, Hohes Haus, sind nämlich nicht nur Kirchen und Schlösser, so wichtig sie auch sein mögen und so sehr sie ihren Platz in der menschlichen Landschaft haben, kulturelles Erbe sind aber auch Ziegelöfen,

schilfgedeckte Bauernhäuser und Altstadtviertel. Hier das rechte Maß zu finden — ich weiß es schon —, wird nicht immer einfach sein. Andererseits aber glauben wir, daß durch das Verständnis der Öffentlichkeit, das zusehends im Ansteigen begriffen ist, hier Hilfestellung geleistet werden kann.

Wie wir aus den Bundesländern hören, werden auch dort sehr vielfältige Anstrengungen unternommen, gerade im kommenden Jahr des Denkmalschutzes entsprechende Leistungen zu erbringen. Der Bund hat seine Verpflichtungen nicht auf die leichte Schulter genommen. Wir können daher erwarten, daß gerade dieses Jahr neben den schon angeführten Leistungen weitere Denkanstöße bringen wird. Und das ist gut so. Denn der Fortschritt, so notwendig er ist, darf nicht auf Kosten des kulturellen Erbes gehen.

Die gegenwärtige Nostalgiewelle, meine Damen und Herren, wird vielleicht manches erleichtern. Dennoch aber glauben wir, daß die Bewahrung des Überkommenen nicht von modischen Trends abhängig gemacht werden darf. Daher haben wir uns verpflichtet gesehen, diese Erhöhungen in den Budgetansätzen vorzunehmen.

Für uns, meine Damen und Herren, sind Kunst und Kultur nicht bloßes Lippenbekenntnis, sondern Verpflichtung zum Tätigwerden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Wuganigg. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Wuganigg (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn man den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Blenk gefolgt ist, dann mußte man zur Annahme kommen, daß Wissenschaft und Forschung in unserem Lande noch immer ein Pfründnerdasein führen und seitens des „bösen“ Ministeriums nun zum Hungertod verurteilt sind.

Was nach Ansicht des Herrn Abgeordneten Dr. Bauer an den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Blenk allerdings sachlich war, ist mir ein Rätsel. Wenn man von einem „permanenten Mißbrauch“, von „Verschwendung“ und „Verschleuderung“ und von „Unfähigkeit der Regierung“ spricht, bezweifle ich, daß das sachlich ist. (*Abg. Dr. Blenk: Das ist leider sehr sachlich, Herr Kollege!*)

Dennoch bin ich der Ansicht, daß man die Probleme so sehen soll, wie sie der Wirklichkeit entsprechen, frei von jenem verzerrten Trugbild einer unsachlichen Argumentation. (*Abg. Dr. Blenk: Haben Sie das Budget überhaupt angeschaut?*) Herr Dr. Blenk! Wie können

Wuganigg

Sie so etwas überhaupt sagen? (*Abg. Dr. Gruber: Wir nehmen das schon an!*) Ich glaube Ihnen, daß Sie das annehmen.

Für uns — und das wurde heute schon ausgesprochen — sind Wissenschaft und Forschung ein zentrales Anliegen, wie Sie den Regierungserklärungen vom 27. April 1970 und vom 5. November 1971 entnehmen können. Für uns bedeuten Wissenschaft und Forschung eben mehr als politische Zweckpropaganda.

Nun aber zu Ihrer Argumentation. Wenn der Herr Dr. Blenk sagt, daß die Regierung nicht einmal in der Lage ist, die Schwerpunkte der Regierungspolitik zu finanzieren, so will ich Ihnen, Herr Dr. Blenk, antworten: Sie könnten froh sein, wenn Sie in der Zeit von 1966 bis 1970 diese Steigerungsraten beim Wissenschaftsbudget aufzuweisen gehabt hätten wie jetzt. (*Abg. Dr. Gruber: Haben wir gehabt!*) Nein! Haben Sie nicht gehabt! Ich werde es Ihnen vorlesen:

1966: 15,71 Prozent, 1967: 11,18 Prozent (*Abg. Dr. Blenk: Bei welcher Inflationsrate?*) — es tut mir leid —, 1968: 9,85 Prozent, 1969: 8,2 Prozent und 1970: 15,9 Prozent. In keinem einzigen Jahr haben Sie 16,9 Prozent erreicht! (*Abg. Dr. Blenk: Herr Kollege! 10 Prozent Inflation!*)

Herr Kollege! Sie haben gesagt, Sie werden sich auf das konzentrieren, was seitens der Regierung erfüllt wurde, und Sie werden vor allen Dingen das aufzeigen, was nicht erfüllt wurde. — Einverstanden, Herr Dr. Blenk. Sie müssen dann aber auch uns gestatten, dasselbe zu tun. Dann wollen wir einfach einmal vergleichen: Wie war es seinerzeit, und wie ist es jetzt? Wie sieht also dieser Vergleich und wie sieht die Wirklichkeit aus?

Wie war denn die Ausgangslage, Herr Dr. Blenk, als das Ministerium für Wissenschaft und Forschung seine Tätigkeit begann? Was haben wir denn von Ihnen an positiven Leistungen für die Forschung vorgefunden? (*Abg. Dr. Gruber: Das Forschungsförderungsgesetz!*) Was steht denn in den Forschungsberichten, die Sie damals als Alleinregierung veröffentlicht haben? Kennen Sie diese Berichte überhaupt? (*Abg. Dr. Gruber: Ja, natürlich!*) Haben Sie die Berichte gelesen? (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Dr. Blenk war ja noch gar nicht im Parlament. (*Abg. Dr. Gruber: Sie auch nicht!*) Sie schon, Herr Dr. Gruber, das glaube ich schon.

Herr Dr. Blenk! Es steht zum Beispiel im ersten Bericht auf Seite 51, daß der Anteil der Forschungsausgaben in den Anfängen der sechziger Jahre der Größenordnung von Entwicklungsländern entsprach, daß die Forschung in Österreich im internationalen Vergleich

innerhalb der Industriestaaten an letzter Stelle lag, daß Österreich gemeinsam mit Italien zu den nicht forschungsorientierten Staaten gerechnet wurde.

Ich frage Sie, Herr Dr. Blenk: Wer war denn damals für all diese Unterlassungen, für die so miserable Situation der Forschung verantwortlich? — Doch nicht diese Bundesregierung! Das waren doch Sie! Das war doch das Ergebnis Ihrer Politik und das Ergebnis Ihrer Forschungspolitik. (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

Im Jahre 1970 mußten Sie dann abtreten. Länger hätte auch die österreichische Regierung Ihre Politik nicht überleben können! (*Neuerliche Zustimmung bei der SPÖ.*)

Heute können wir auf 4½ Jahre des Wirkens einer sozialistischen Bundesregierung zurückblicken und feststellen, daß die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung — jetzt komme ich zum Budget — gegenüber dem Jahre 1970 um 138 Prozent angestiegen sind (*Abg. Dr. Blenk: Die Inflation gleichfalls!*), daß die Ausgaben für die Forschung allein um 174 Prozent erhöht wurden (*Abg. Dr. Blenk: Und die Inflation?*), daß der Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung von 60 Millionen Schilling auf 133 Millionen Schilling und jener der gewerblichen Forschung von 64 Millionen Schilling auf 170 Millionen Schilling erhöht wurde. Der Bundeshaushalt hingegen hat sich um 82,1 Prozent und unser Bruttonationalprodukt hat sich um 89,7 Prozent erhöht, aber die Gesamtausgaben der Forschung — Staat und Wirtschaft zusammen — sind um 111 Prozent angestiegen. Wir haben damit die 1-Prozent-Marke überschritten, wobei sich die Ausgaben der Wirtschaft für die Forschung im selben Zeitraum nur um 91 Prozent erhöhten und somit gegenüber dem Bund stark zurückgeblieben sind.

Vielleicht darf ich an dieser Stelle noch eine Feststellung treffen: Zu Beginn des Jahres 1972 wurde die von anerkannten Wissenschaftlern erarbeitete österreichische Forschungskonzeption der Öffentlichkeit übergeben. Seither sind etwas mehr als zwei Jahre vergangen. Aber wenn Sie die Zielprojektion, die damals erstellt wurde, mit dem Budget des Jahres 1975 vergleichen, dann werden Sie feststellen können, daß auch diese Zielprojektion übertroffen wurde. Noch nie zuvor haben Wissenschaft und Forschung eine ähnliche Förderung erhalten.

Wir haben in der Forschungspolitik einen großen Schritt nach vorne getan. Zum ersten Male wird in Österreich eine nach Konzepten geplante Wissenschafts- und Forschungspolitik betrieben. Gleichzeitig beginnt sich

Wuganigg

ein breites Forschungsbewußtsein in unserer Gesellschaft aufzubauen. Denn die Gesellschaft, in welcher der Mensch von heute steht, wird von der Wissenschaft bestimmt.

Wenn also der Herr Abgeordnete Dr. Blenk hier gesagt hat, daß all das, was man hier in den vergangenen Jahren geleistet hat, einfach zu wenig, stagnierend, ungenügend, rück-schrittlich ist (*Abg. Dr. Mussil: Nullum!*), obwohl Sie selbst während der Zeit Ihrer Alleinregierung nur einen verschwindenden Bruchteil dessen zustande brachten, wenn Sie also Ihre demagogische Politik des Lizi-tierens fortsetzen, dann, meine Herren der rechten Seite, erinnern Sie uns an ein Wort, das Victor Adler gerne gebraucht hat: „Dem Kibitz ist kein Einsatz zu hoch.“ Das ist die Rolle, die Sie heute in der Politik und die Sie in der Forschungspolitik spielen, mehr aber nicht. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Dr. Maleta: Zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsi-dent! Hohes Haus! Ich möchte mich in meinem Debattenbeitrag zu dem Kapitel Wissenschaft und Forschung auf das Thema der Energieforschung beschränken. In dieser Hinsicht ist ja dieses Jahr 1974 bereits ein ausgesprochen ereignisreiches Jahr geworden. Vor uns liegt der bereits durchdiskutierte Entwurf für ein österreichisches Energie-forschungskonzept, zuletzt erörtert auf dem Symposium am 25. und 26. Oktober anlässlich des Staatsfeiertages.

Warum messen wir Freiheitlichen dem eine so große Bedeutung bei? Ich darf daran erinnern, daß wir vor ziemlich genau einem Jahr ein freiheitliches Energiekonzept vorge-legt haben. In diesem Energiekonzept sind eine ganze Reihe von Forderungen und An-regungen enthalten in Richtung einer ver-stärkten Energieforschung. Es handelt sich im wesentlichen um folgende Bereiche: Vor-sorgemaßnahmen im weitesten Sinne, die Erkundung neuer Lagerstätten, also Prospek-tion, sodann Spartechnologien, weiters Ab-wärmenutzung. Darüber hinaus hatten wir in unserem Energiekonzept dringend ange-regt, auch in Österreich mit der Erforschung neuer Energiequellen zu beginnen. Wir hatten dabei konkret Anregungen gegeben bezüglich der Geothermie, also der Erdwärme, und bezüglich der Sonnenenergie; ich komme im einzelnen noch darauf zurück.

Sodann ist etwas Bemerkenswertes einge-treten. Obwohl zu diesem Zeitpunkt des Vor-jahres noch kein Energiekonzept der Bundes-regierung vorgelegen war, reagierte die Frau

Bundesminister Dr. Firnberg rasch, und schon um die Jahreswende wurde an die Erarbeitung eines Energieforschungskonzeptes gegangen. Anders als wir das sonst gewöhnt sind im Raum der Politik, wo sich wie in anderen Räumen auch, die Dinge hart stoßen, wurden diesmal die freiheitlichen Anregungen, die schriftlich vorlagen, aufgegriffen und zu einem beträchtlichen Teil übernommen.

Ich darf nur an folgendes erinnern: Bei meinem vorjährigen Beitrag zum gleichen Budgetkapitel, das wir heute debattieren, Hohes Haus, hatte ich unter anderem über den Kongreß über die Sonnenenergie in Paris berichtet und hatte gemahnt, daß an diesem Kongreß keine Vertreter der öster-reichischen Wissenschaften anwesend waren, wir uns gleichwohl Informationsmaterial darüber beschafft hatten.

Die Frau Minister Firnberg hat damals offensichtlich aufmerksam zugehört, es ent-spannt sich auf Grund dieses Debattenbei-trages ein Briefwechsel, und das Ministerium ließ sich das uns zur Verfügung stehende Material geben. Ich glaube, dieser nicht all-tägliche Vorgang im Dschungel der Tages-politik verdient festgehalten zu werden.

Zunächst einmal die Tatsache, daß Vor-schläge, die wir auf dem Energiesektor unter-breitet hatten und die von wenig Informierten, darunter auch einigen sogenannten Fachleuten, zunächst nur belächelt wurden, von einem Ministerium sehr wohl ernst genommen und ohne Vorurteil einer Prüfung unterzogen wurden.

Es kommt als zweites nicht alltägliches Ereignis hinzu, daß die Vorschläge, die von einer kleinen Oppositionspartei, von der Macht ausgeschlossen ist, kamen, gleichwohl auf ihren sachlichen Gehalt hin überprüft, sodann positiv gewertet und schließlich in konkrete politische Aktivitäten eines Ministe-riums praktisch einbezogen wurden.

Es trafen hier — was selten genug ist — drei Momente zusammen: erstens eine kon-struktive Oppositionspolitik, wie wir Freiheit-lichen sie verstehen, zweitens ein objektiv faires Verhalten des zuständigen Ministers, in diesem Fall der Frau Minister Dr. Firnberg, und daraus resultierend eine optimale Wahr-nehmung von Gesamtinteressen. Denn es ist gar keine Frage, daß wir Österreicher alle, ohne Rücksicht auf die jeweilige Parteizuge-hörigkeit oder Sympathisierung mit einer politischen Richtung, von den Folgen einer schlechten Energiepolitik betroffen wären.

Ich möchte mich nun im einzelnen dem Energieforschungskonzept selbst zuwenden. Es begann mit den Leitlinien vom Jänner 1974.

Dr. Stix

Dann kam die Erklärung, wonach Energieforschung einen Schwerpunkt für die beiden Forschungsförderungsfonds bilden sollte. Der dritte Schritt war die Bestandaufnahme der gegenwärtig in Österreich betriebenen Energieforschung durch die ÖSGAE. Daran schloß sich die Arbeitstagung des Frühjahres 1974 in St. Jakob in Deferegggen, die schließlich zu dem Entwurf für ein österreichisches Energieforschungskonzept führte, welcher dann bei dem schon erwähnten Symposium am 25. und 26. Oktober durchdiskutiert wurde.

Dabei richteten sich die Forschungsanstrengungen auf sechs Bereiche: auf die Energiequellen, auf die Energieumwandlung, auf Energietransport und -speicherung, Energieeinsparung, auf die Fragen Energie und Umwelt und schließlich Energieökonomie.

Diese Empfehlungen wurden in der Diskussion durch die neun Fachgruppen bestätigt. Es ist durchaus lohnend, einige interessante Punkte daraus herauszugreifen und sich die Ergebnisse der Diskussionsgruppen kurz einmal anzusehen.

Etwa in der Gruppe 1 zum Thema Bevorratung wurde die Empfehlung ausgesprochen, in Österreich für flüssige Brennstoffe Pflichtlager für 90 Tage einzurichten, eine Empfehlung, die sich haarscharf mit der diesbezüglichen Anregung im freiheitlichen Energiekonzept deckt. Weiters wurde für die Finanzierung dieser zu schaffenden Pflichtvorräte durch die Diskussionsgruppe vorgeschlagen, die Notenbank mitwirken zu lassen, also die Umwandlung von Devisenreserven in Rohstoffreserven vorzunehmen. Auch das ist ein Vorschlag, der von freiheitlicher Seite schon vor etwa einem halben Jahr gemacht wurde.

Interessant ist auch die Frage der Prospektion, die inzwischen als ein Teil der Energieforschung definiert wurde. Ich will mich nicht lange aufhalten mit den Fragen der Suche nach Öl und Gas, das ist nahezu selbstverständlich. Aber auch, daß wir noch unentdeckten heimischen Kohlevorräten größere Forschungsanstrengungen widmen müssen, ist eine der Empfehlungen dieses Symposiums. Auch sie deckt sich mit gleichlautenden Vorschlägen im freiheitlichen Energiekonzept.

In diesem Zusammenhang wird auch in Österreich die Frage der Untertagevergasung der Kohle sicherlich Bedeutung erlangen, und je schneller man auf diesem Gebiet zu Fortschritten gelangen wird, umso besser.

In der Gruppe 7 wurde die bessere Nutzung der Energie diskutiert. Eine Fülle von Möglichkeiten wurde hier durchbesprochen, und sehr interessante Projekte wurden aufgezeigt. Nur beispielsweise drei herausgegriffen: Zunächst

einmal der höhere Nutzungsgrad im Kraftwerksbereich, wo durch das Arbeiten mit höheren Temperaturen ein wesentlich höherer Nutzungsgrad bewirkt werden kann, was zu einer Einsparung an Rohenergie bis zu jeweils einem Drittel führen kann. Weiter hat diese empfohlen, Wärmepumpen einzusetzen und überhaupt alle Formen von Abwärme und Umweltwärme durch geeignete Systeme zu nutzen. Wiederum eine Empfehlung, die sich nahezu wortwörtlich mit den diesbezüglichen Vorschlägen im freiheitlichen Energiekonzept deckt.

Was mich ganz besonders freut, ist die Tatsache, daß in den Diskussionen auch die Anregung gemacht wurde, in Österreich systematische Vorstudien über die Verwendung von Wasserstoff als Energieträger vorzunehmen. Das ist eine äußerst wichtige Frage. Wir hatten in unserem Energiekonzept dieser Frage der Wasserstoffverwendung ein eigenes Kapitel gewidmet, denn hier geht es um etwas Hochpolitisches. Die Wasserstoffwirtschaft ist nach allem, was wir heute an Informationen besitzen, der einzige Ausweg, aus der Erdölenergiewirtschaft herauszufinden. Der systematische Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft unter Einbeziehung der heißen Verbrennung und der kalten Verbrennung in Brennstoffzellen scheint für die nächste Zukunft der einzige Weg zu sein, Europa aus der erbarmungslosen Abhängigkeit von den Erdöllieferländern herauszubringen.

Die USA sind ja nicht abhängig, und die Sowjetunion ist es mit ihrem Bündnissystem auch nicht. Einzig und allein das hochindustrialisierte und äußerst verletzte freie Europa ist bis auf den heutigen Tag und auch noch in der nächsten Zeit extrem abhängig. Der einzige Ausweg aus dieser Abhängigkeit vom Erdöl anderer Länder, anderer Kontinente ist der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft!

Ich freue mich daher besonders darüber, daß auch diesem Problemkreis nunmehr in dem österreichischen Energieforschungskonzept Rechnung getragen wird.

Nun zur Entwicklung, zur Erforschung nicht-konventioneller Energiequellen. Es handelt sich hier um zwei große Komplexe, das eine ist die Geothermie, die Erdwärme, und das andere ist die Sonnenenergie. Das freiheitliche Energiekonzept enthält eine massive Kritik daran, daß bisher auf dem Gebiet der Geothermie in Österreich überhaupt nichts geschehen ist. In der dankenswerterweise durchgeführten Bestandaufnahme der ÖSGAE kommt zutage, daß auf dem Gebiet der geothermalen Forschung etwa im Jahre 1973 ganze 0,7 Millionen Schilling bei Einsatz von

Dr. Stix

zwei Leuten aufgewendet wurde. Und das, obwohl unser Nachbarland Ungarn heute bereits 1 bis 2 Prozent seiner Energie aus Erdwärme deckt und in der Welt als eines der führenden Länder auf diesem Gebiet gilt.

Nunmehr hat sich auch die Fachgruppe im Symposium dieser von uns vertretenen Auffassung angeschlossen. Es ist jetzt anerkannt, daß Österreich ganz besonders gute Voraussetzungen auf dem Gebiet geothermaler Energiequellen besitzt, und es wurde die Forderung aufgestellt, rasch geeignete Projekte in Angriff zu nehmen. Man erwartet Tiefenwässer mit bis zu 200 Grad Celsius, und das erlaubt natürlich umfangreiche Fernheizanlagen, noch dazu umweltfreundlich aufzubauen.

Als letztes in diesen Schwerpunkten einige Bemerkungen zur Sonnenenergie. Als die Freiheitliche Partei vor einem Jahr dringend in ihrem Energiekonzept empfahl, auch Österreich möge sich wenigstens forschungsmäßig mit diesem Problem befassen, denn in der Welt sei da einiges im Gange und die Dinge würden auch für uns eine aktuelle Bedeutung erlangen, da wurde das als utopisch abgetan, wenn nicht belächelt. Es ehrt die Frau Minister, daß sie sich nicht so verhalten hat, sondern, aufmerksam geworden, sich jenes Material geben ließ, das uns zur Verfügung gestanden ist. Tatsächlich hat heute die Erforschung der Sonnenenergie nicht nur Eingang gefunden in das Energieforschungskonzept, sondern es laufen bereits erste praktische Projekte. Unter anderem wird in Seibersdorf eine Sonnenenergieversuchsanlage entstehen.

Ich darf aber wörtlich zitieren, was die Diskussionsgruppe 8 auf diesem Energiesymposium zur Sonnenenergie ausgeführt hat: „Auf weite Sicht wird die Sonnenenergie zweifellos eine Hauptrolle bei der Deckung des Energiebedarfes der Menschheit spielen. Eine wichtige und innerhalb kurzer Zeit in Österreich realisierbare Möglichkeit der Ausnutzung besteht in der Gewinnung von Wärme für die Versorgung der Bevölkerung in Ergänzung anderer Energieträger.“

Angesichts dieser sich nun auf breiter Front durchsetzenden Erkenntnis über die Bedeutung der Sonnenenergie auch für Österreich und nicht erst in ferner Zukunft, sondern schon für einen mittelfristigen Zeitraum, empfinden wir Freiheitlichen natürlich eine gewisse Genugtuung, daß durch unser Energiekonzept der Anstoß gegeben wurde, diese zukunftsfruchtige Entwicklung nun auch in Österreich einzuleiten. (*Präsident Probst übernimmt den Vorsitz.*)

Die letzte Gruppe auf dem Symposium, die Gruppe 9, befaßte sich mit Fragen des Umweltschutzes. Auch hier gab es eine Fülle wertvoller Anregungen. Die Kürze der Zeit erlaubt es nicht, auf alle diese Sachen einzugehen, obwohl sich darunter wirklich bemerkenswerte Feststellungen befinden. Nur zu einem einzigen Punkt möchte ich doch noch einige Zitate bringen und Feststellungen treffen, weil dieser Punkt ganz sicherlich nicht nur die energiepolitische Diskussion der nächsten Zeit beherrschen wird, sondern auch noch weit in die Industriepolitik und Wirtschaftspolitik so oder so ausstrahlen wird. Es handelt sich um das Problem der Radioaktivität. Sie ist ein Schlüsselproblem bei der wirtschaftlichen Nutzung der Atomenergie. Es tobt darüber ein erbitterter Meinungsstreit nicht nur zwischen Wirtschaftlern, nicht nur zwischen Politikern, sondern auch zwischen den Wissenschaftlern.

In diesem Zusammenhang kennen wir alle eine sehr häufig vertretene These, die etwa lautet: Gemessen an der natürlichen Strahlenbelastung in der Umwelt sei die künstlich aus Kraftwerken abgegebene Radioaktivität zu vernachlässigen, sie habe keine Bedeutung.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Umso interessanter ist es nun, was die Diskussionsgruppe Umweltschutz bei dem offiziellen Symposium dazu sagt. Ich zitiere wörtlich aus den Empfehlungen:

„Bei der Erörterung des Strahlenrisikos wird festgestellt, daß bereits die natürliche Hintergrundbelastung keineswegs harmlos ist, sondern einen Teil der spontanen Erbdefekte, Mißbildungen und Krebsfälle hervorruft. Unter Hinweis auf den natürlichen Strahlenpegel eine Erhöhung der Radioaktivität aus technischen Quellen rechtfertigen zu wollen, wird wegen der linearen Dosis-Wirkungsbeziehung und dem Auftreten künstlicher biologisch speicherfähiger Radionuklide zurückgewiesen.“

Diese Empfehlung aus der offiziellen Diskussion am Symposium bestätigt uns Freiheitlichen in unserer äußerst vorsichtigen Haltung gegenüber einer breiten Nutzung der Kernenergie beim gegenwärtigen Stand der Atomtechnik. Wir glauben, daß die diesbezüglichen Warnungen namhafter Wissenschaftler ernst genommen werden müßten.

Ich weiß inzwischen, daß wir uns in diesem Punkt etwa in einem Gegensatz zum Energiekonzept der Österreichischen Volkspartei befinden. Dort wird ohne Einschränkung (*Zwischenrufe*) — ich kann es gern zitieren, wenn es gewünscht wird (*Abg. Graf: Wir wünschen ganz etwas anderes!*) — einer gewissen, möchte ich sagen, naiven Atom-

12190

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Stix

Euphorie Raum gegeben. (*Abg. Dr. König: Aber ohne Einschränkung nicht!*) Ich möchte erklären, daß wir diesen Standpunkt nicht teilen können.

Im übrigen ist ebenfalls in diesem Zusammenhang eine der jüngsten Veröffentlichungen des Wissenschaftsministeriums zu erwähnen, wo der Herr Universitätsprofessor Broda — nicht zu verwechseln mit dem Herrn Justizminister — zwar eine kurzfristige Nutzung der Kernenergie bejaht, aber dann sehr ernste Ausführungen zu diesem Problem macht. Ich zitiere aus der Veröffentlichung des Wissenschaftsministeriums auf Seite 27. Er schreibt zum Beispiel, und das steht bei Ihnen in Ihrem Energiekonzept anders, Herr Doktor Wiesinger:

„Ungelöst ist auch das Problem der Endlagerung der radioaktiven Abfälle.“

Er schreibt weiters: „Man kann natürlich die Frage stellen, warum die Kernenergie zwar kurzfristig angenommen, aber langfristig abgelehnt werden soll... Eine wirklich befriedigende Antwort darauf ist nicht leicht zu finden. Aber es scheint doch, daß die Probleme auf kurze Sicht noch beherrschbar sind. Über isolierte Unfälle kann man noch Buch führen. Bei immer weiterer Steigerung der Tätigkeit auf diesem Gebiet würde aber Quantität in Qualität umschlagen, und die Lage wäre schließlich nicht mehr beherrschbar.“

Ein letztes Zitat dazu aus der gleichen Veröffentlichung: „Auch wäre zu verhindern, daß die Kernenergieindustrie eine derartige Position erwirbt, daß sie dann nicht mehr eingeschränkt oder abgebaut werden könnte.“ Und diese Probleme nehmen wir ernst. Es handelt sich nur um eine warnende Stimme von vielen.

Alles in allem genommen ist mit dem Energieforschungskonzept in diesem Jahr zweifellos ein wichtiger Fortschritt für eine zukünftige Energiepolitik bewirkt worden. Auch das ist ein Grund für uns, diesem Kapitel Wissenschaft und Forschung zuzustimmen.

Bevor ich meine Wortmeldung beende, möchte ich nun einen Vorgang richtig stellen, der infolge eines Schreibfehlers berichtigt werden muß. Mein Fraktionskollege Doktor Scrinzi hat einen Abänderungsantrag eingebracht zu der Regierungsvorlage betreffend Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975. Diesen Antrag ziehe ich, weil er einen Formfehler enthält, zurück. Stattdessen bringe ich namens meiner Fraktion zu dem gleichen Kapitel, zu der gleichen Regierungsvorlage einen neuen Antrag ein, bitte ihn in Verhandlung zu nehmen und durch den Schriftführer verlesen zu lassen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Probst: Der ursprüngliche Abänderungsantrag des Abgeordneten Dr. Scrinzi wurde zurückgezogen. Es wurde ein neuer Abänderungsantrag der Abgeordneten Scrinzi und Genossen eingebracht. Er ist genügend unterstützt und steht zur Verhandlung.

Ich bitte den Schriftführer, den Abgeordneten Zeillinger, ihn zu verlesen.

Schriftführer Zeillinger:

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen zur Regierungsvorlage betreffend Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 (1285 der Beilagen).

Der Nationalrat wolle beschließen:

In der Anlage I der im Titel bezeichneten Regierungsvorlage sind die nachfolgenden finanzgesetzlichen Ansätze wie folgt zu ändern:

Finanzge- setzlicher Ansatz bzw. Summe	Bezeichnung	Abzuändern		
		von	um	auf
		Millionen Schilling		
1/14106	Hochschulische Einrichtungen; Förderungs- ausgaben.....	121,039	10,000	131,039
1/1410	Summe	771,913	10,000	781,913
1/14146	Wissenschaftliche Forschung; Förderungs- ausgaben.....	133,239	10,000	143,239
1/14187	Forschungsvorhaben in internationalen Kooperationen; Aufwendungen (gesetz- liche Verpflichtungen)	107,829	35,000	72,829
1/1418	Summe	107,833	35,000	72,833
1/14208	Hochschulen; Aufwendungen	460,476	15,000	475,476
1/1420	Summe	3134,627	15,000	3149,627
1/14403	Museen; Anlagen	15,683	2,000	17,683
1/14406	Museen; Förderungsausgaben	4,318	2,000	2,318

Präsident **Probst**: Der Antrag ist genügend unterstützt und steht in Verhandlung. Der nächste Redner ist Professor Dr. Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Frau Bundesminister! Herr Abgeordneter Wuganigg hat beklagt, daß vor 1970 die Forschungsberichte so dürftig gewesen seien. Ich darf ihn aber darauf aufmerksam machen, daß es schon seit langer Zeit Leistungsberichte der Universitäten gibt, die deutlich hervorgegestellt haben, was die österreichischen Universitäten auch ohne staatliche Förderung und Mäzenatentum geleistet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben Pauschalzahlen genannt. Herr Abgeordneter Radinger hat Pauschalserklärungen abgegeben. Ich glaube, um der Frage des Wissenschaftsbudgets näherzutreten, müßte man die Entwicklung des Budgetkapitels im Lichte der Inflationsentwicklung sehen und dann vergleichen. Man müßte zweitens — und das wurde unterlassen oder peinlich vermieden — das Budget 1975 mit dem Budget 1974 vergleichen.

Frau Bundesminister! In diesem Hause wurde heute noch nicht gesagt — das habe ich soeben von einer sehr prominenten Stelle erfahren, ich hatte ursprünglich nach meinem Kontakt mit der Universität Innsbruck diese Frage nicht aufwerfen wollen —, daß die Universität Wien mit 6 Millionen Schilling hinsichtlich der Verwaltungsausgaben in den roten Ziffern steckt. Frau Bundesminister! Ich habe eben auch erfahren, daß die technische Hochschule Wien mit 3 Millionen Schilling im bezug auf den Verwaltungsaufwand in den roten Ziffern steckt.

Wenn man diese Fakten hört, so muß man doch eine beträchtliche Diskrepanz zwischen solchen Fakten und den sehr pauschalen Erklärungen feststellen, die uns von den Rednern der Regierungspartei präsentiert wurden. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Es muß zum Budget etwas festgestellt werden, was sich durch die gesamten Posten hindurchzieht. Ich möchte deutlich hervorheben: es fehlt bei diesem Budget die Transparenz, das heißt, es sind die Unterstrukturen, die diese Universitäten zum Beispiel aufweisen, nicht ausgewiesen, sondern sie haben sich durch den Budgetgeber Globalsummen überweisen lassen, und mit diesen Globalsummen werden sie ohne Bindungen arbeiten. Ich halte das für eine mangelnde Transparenz dieses Budgets, auf die ich dann noch viel konkreter zu sprechen kommen werde.

Wenn man die sehr pauschalen Erklärungen der Herren Vertreter der Regierungspartei zu diesem Budgetkapitel gehört hat, dann muß man doch kritisch bemerken, daß das Verhältnis der Posten zueinander zu beurteilen ist, die jeweils ihre bestimmten Gewichtungen je nach der wissenschaftspolitischen Präferenz ihres Hauses tragen, und von dort her ist Ihr Budget im besonderen Maße interessant.

Frau Bundesminister! Man könnte geradezu abendlang über Ihre Information diskutieren, die Sie heute an die Abgeordneten dieses Hauses gerichtet haben, um zu dem Brief des Vorsitzenden des Hauptausschusses der Österreichischen Hochschülerschaft Stellung zu nehmen.

Ich möchte nur einige wenige Punkte herausstellen: Studienreform in der Endphase. — Bei einer Reihe von Studienrichtungen werden die Studienordnungen erarbeitet; wie viele Studienordnungen stehen aus?

Weiteste Zustimmung zum Juristengesetz — ich würde das bezweifeln. Die Situation sieht anders aus. Ich bekomme täglich Briefe von Mitgliedern von Fakultäten, die deutlich machen, daß sie mit diesem Entwurf nicht übereinstimmen.

Frau Bundesminister! Was den Neubau der juristischen Fakultät der Universität Wien angeht, so wurde mir heute mitgeteilt, daß die Bauvergabe ausgesprochen ist, aber wir rätseln um die Finanzierung dieser Bauvergabe, da in Ihrem Budget nur 5 Millionen Schilling ausgewiesen sind. Wie werden Sie nun weiter verfahren in dieser Bauangelegenheit?

Frau Bundesminister! Diese Frage, die Sie in dem Brief an Herrn Karasek beantwortet haben, betreffen fünf Schwerpunkte Ihres Budgets.

Problem der Strukturpolitik — das ist die Organisationsfrage. Herr Dr. Blenk hat hier ganz deutlich die Position des Klubs herausgestellt.

Die Frage der Baupolitik — Herr Abgeordneter Bauer hat hier kritisch manches angemeldet.

Das Problem der Personalpolitik — Herr Abgeordneter Radinger hat auf den enormen Zuwachs von Assistentenstellen einerseits und außerordentlichen Professoren andererseits hingewiesen, aber es wurde nicht gesagt, daß mit dem außerordentlichen Professor praktisch die Assistentenstelle gestrichen wurde. Das muß man nämlich auch wissen, um diese Vermehrung der Posten richtig beurteilen zu können.

Das Problem der Forschungspolitik und das Problem der Studienpolitik.

Dr. Ermacora

Was die Baupolitik angeht, möchte ich nur die eine Anregung vorbringen, man möge doch endlich eine interministerielle Kommission schaffen, an der die Vertreter der Universitäten teilnehmen können, um umfassend orientiert zu werden und um umfassend beraten zu können.

Frau Bundesminister! Daß aus den Budgets Ihrer Regierung im Laufe der vergangenen drei Jahre die Studenten sozial betreut werden, daß die erforderlichen Räume geschaffen werden, daß die Bibliotheken ausgestattet werden und daß die Lehrer bezahlt werden, finde ich selbstverständlich. Hier liegt nach meiner Meinung nichts Besonderes. Das Neue an dieser Budgetpolitik im Wissenschaftsressort ist, daß das staatliche Interesse an der Forschung über das Finanzielle hinausgeht.

Ich wende mich hier an die eher bagatellisierenden Worte des Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi. Eine ganze Gruppe von Theoretikern ist dabei, in sehr deutlicher Weise Ihre Forschungspolitik nicht nur gesellschaftspolitisch, sondern auch nach parteipolitischen Zielsetzungen transparent zu machen. Es tut mir außerordentlich leid, daß die Ankündigung, die Herr Abgeordneter Dr. Fischer durch die Aussendung des Titelblattes der Zeitschrift für Politikwissenschaft, Heft 4, 1974, noch nicht erschienen ist; es würden nämlich dort hochinteressante Darstellungen — das entnehme ich schon der Zusammensetzung des Mitarbeiterstabes — zu lesen sein.

Ich darf auch auf eine sehr interessante Darstellung von R. Burger aufmerksam machen, die er in der „Zukunft“ über die Frage der Wissenschaftspolitik gesetzt hat. Sie, Frau Bundesminister, haben in jedem Vorwort das Interesse, diese Wissenschaftspolitik herauszustellen.

Eine Konklusion muß ich aus dieser Wissenschaftspolitik ziehen: kollektive Forschung — das Team ist alles, der einzelne nur im Team interessant. Nur so kann ich Herrn Abgeordneten Wuganigg verstehen, wenn er bemerkt hat, daß er die Ergebnisse der Forschungspolitik vor 1970 vermißt hat.

In diesem Forschungskonzept, das nun tatsächlich das Neue der Forschungspolitik ist, stellt das Budget Ihnen Gelder zur Verfügung. Sie haben in Ihrem Kapitel — das ist das Kapitel 14 — die rund 19 Millionen für die Förderung. Sie haben 19 Millionen, rund 19 Millionen für die Boltzmann-Gesellschaft, von der Sie, wie wir heute gehört haben, erklärt haben, sie sei ein sozialistisches Institut. Nichts gegen die Arbeit der Gesellschaft, die Arbeit dieser Gesellschaft hat wissenschaftliche Qualität, doch Ihre Stellungnahme dazu scheint mir unter diesem Gesichtswinkel besonders beachtenswert zu sein.

Wenn ich nun diese rund 38 Millionen den 303 Millionen gegenüberstelle, die diese beiden großen Fonds haben, so wäre das, meine Damen und Herren, nur eine Milchmädchenrechnung, wenn man herausstreichen würde: die armseligen 38 Millionen auf der einen Seite und der ungeheure Aufstieg auf 303 Millionen für die beiden so wesentlichen Fonds auf der anderen Seite.

Frau Bundesminister! Die Milchmädchenrechnung liegt eben darin, daß es darüber hinaus noch eine ganze Reihe anderer Ressorts gibt, die ebenfalls sozusagen „Freigelder“ bekommen, um damit Forschungsförderung zu betreiben. Ich habe mir die Mühe gemacht, in den Aufgabenbereichen 12 der Beihefte, die uns zur Unterlage gegeben wurden, herauszufinden, wo solche Forschungsförderungen transparent sein könnten, und habe dabei herausgefunden, daß es das Bundesministerium für soziale Verwaltung ist, das Bundesministerium für Justiz, das Bundesministerium für Finanzen, das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft und das Bundeskanzleramt.

Wenn ich nun diese von mir so benannten Freigelder summiere, komme ich etwa auf rund 150 Millionen, die den einzelnen Ministerien zugewiesen sind, um hier die Forschung zu fördern. Es stehen dann also die beiden Fonds mit 303 Millionen und diese Freigelder mit 152 Millionen.

Frau Bundesminister! Das können Sie bestreiten, aber dann bitte ich, zu beweisen, daß ich unrecht habe. Es ist nämlich nicht so einfach, aus diesem untransparenten Budget diese Frage herauslesen zu können.

Mit diesen Freigeldern, Frau Bundesminister, die Ihnen zugewiesen werden, betreiben Sie nun Ihr Forschungskonzept, ein Forschungskonzept, meine Damen und Herren, daß von der großen Oppositionspartei hier nicht gebilligt wurde. Mit diesen Freigeldern wird nun Ihre Forschungspolitik betrieben, und diese Forschungspolitik hat nun folgende Fragen zur Beantwortung: die Frage der Aufträge. Wem wird der Auftrag gegeben, was wird in Auftrag gegeben, wie wird in Auftrag gegeben, wieviel Geld wird ausgeworfen, wofür wird es ausgeworfen, und wie sieht die Kosten-Nutzen-Rechnung aus?

Frau Bundesminister! Das ist aus dem Budget nicht ablesbar, es ist nicht transparent.

Frau Bundesminister! Sie waren so freundlich, mir auf Grund meiner Frage im Budgetausschuß die Übersicht über die Auswertung der bisherigen Ergebnisse der Auftragsforschung zur Verfügung zu stellen. Ich danke für diese prompte Übermittlung und darf dazu als Analyse sagen: Es sind ungefähr 120 Aufträge,

Dr. Ermacora

es können etwas mehr oder weniger sein, ich habe nicht alles genau der Zahl nach durchgezählt. Von diesen 120 Aufträgen gehen etwa 5 an Professoren, aber nach meiner Meinung keiner an ein Universitätsinstitut, 38 an außeruniversitäre Forschungsinstitute, 64 an Individuen, manche Personen werden drei- oder zweimal bedacht, und in mindestens 7 Fällen, Frau Bundesminister, ist es offensichtlich politischer Nachwuchs, so würde ich mich ausdrücken.

Frau Bundesminister! Ich habe auch zu danken für die Übermittlung des Tätigkeitsberichtes des Instituts für höhere Studien und wissenschaftliche Forschung. Ich habe den Tätigkeitsbericht für 1972/73 und 1973/74 bekommen.

Wenn ich diesen Tätigkeitsbericht durchsehe, so scheint ihr Ministerium als Auftraggeber auf: Problem der Universitätsorganisation; das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz mit der Untersuchung der Probleme der Rekrutierung, Ausbildung, Berufsrolle und Berufsorganisation des Krankenpflegepersonals in Österreich — ich habe den Budgetposten nicht gefunden —, die sozialen Indikatoren zu Lebensqualität; Bundeskanzleramt, Büro für Raumplanung; das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung: Situation der sozialwissenschaftlichen Forschung in Österreich, die Gesundheitssicherung als Element einer integrierten Raumplanung.

Frau Bundesminister! Bei diesen Punkten erhebt sich die Frage: Warum nützen Sie nicht die bestehenden Universitäten, um Ihnen entsprechende Forschungsaufträge zu erteilen? Wenn Sie über den elfenbeinernen Turm und wenn die Regierungspartei über den elfenbeinernen Turm der Universitäten schimpft, dann hungern Sie sie doch nicht aus mit Forschungsaufträgen und machen Sie sie doch von diesen Forschungsaufträgen her aktiver.

Warum machen Sie das nicht, Frau Bundesminister? Ist Ihnen vielleicht das Personal an den Hochschulen zu unabhängig, wenn ich diese Frage stellen darf?

Frau Bundesminister! Sie weichen auf dem Gebiete der Geisteswissenschaften aus, sie bilden zwei neue Institute, ein Institut für Konfliktforschung. Ich möchte mich gar nicht identifizieren mit Dordett-Weiler, aber die Leute haben doch schon Erhebliches geleistet und vorbereitet.

Sie haben das Institut für sozialwissenschaftliche Forschung im Auge. Frau Bundesminister! Warum übertragen Sie denn diese Aufgaben nicht an bestehende Universitäten, für die Sie soviel Geld ausgeben? Das abzuklären wäre interessant.

Ich habeden Eindruck, Frau Bundesminister, daß bei Ihrer Forschungspolitik eine gewisse „Meßgröße“ fehlt. Ich nehme den Ausdruck aus einem sowjetischen Buch über die Wissenschaftsplanung. Es fehlt eine „Meßgröße“. Aber diese „Meßgröße“ haben Sie in sehr vager Weise formuliert in Ihrem Forschungskonzept mit „gesellschaftlich relevant“.

Was ist „gesellschaftlich relevant“, Frau Bundesminister? „Gesellschaftlich relevant“ ist nach meiner Interpretation Ihrer Forschungspolitik das, was Sie und Ihr Ministerium bestimmen.

Nun zu einem ganz anderen Problem, Personalverwaltung, drei Aspekte.

Assistentengesetz: Sie können nach meiner festen Überzeugung die Universitätsorganisation nicht befriedigend lösen, wenn die Probleme des Unterbaues nicht so gelöst sind, daß für den Assistenten die Hochschule eine begehrenswerte Arbeitsstätte ist.

Disziplinargesetz für Hochschullehrer: Ich erinnere mich — das darf ich noch einmal wiederholen — an eine Veranstaltung, die der jetzige Herr Bundeskanzler Kreisky in der Arbeiterkammer durchgeführt hat. Er war damals Chef der Oppositionspartei. Ich bin hingegangen, um mir das anzuhören, und habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß es ein Disziplinargesetz für Hochschullehrer gibt, das aus dem Jahre 1934 stammt. Er hat gesagt: Sobald wir an der Regierung sind, werden wir das blitzschnell ändern. Frau Bundesminister! Ich habe mir das aufgeschrieben. Nichts ist geschehen.

Der dritte Problembereich, der wohl auch ein Personalproblem ist, ist der Computer-Einsatz und der Datenschutz in Ihrem Ressort.

Frau Bundesminister! Der Dateneinsatz wird besonders durch die 4. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz herausgestellt. Sie haben sich auf Grund einer Anfrage, die ich gestellt habe, in der Anfragebeantwortung zur Geheimhaltung verpflichtet. Sie haben dann auf Grund dieser Anfrage einen Erlaß herausgegeben. Was ist nun das Ergebnis, Frau Bundesminister? Ich hoffe, nein, ich bin überzeugt, damit das nicht als spöttisch angesehen wird, daß Sie die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien kennen. Die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien, Frau Bundesminister, ist in dem Besitz der durch die EDV gespeicherten Adressen. Der Beweis liegt darin, meine Damen und Herren, daß diese Adressen folgenden Titel tragen: den Namen, die Adresse und dann das verfängliche — hier zum Beispiel — A 10 und das verfängliche A 30.

12194

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Ermacora

Wenn mir jemand in der Öffentlichkeit zuhören wollte — und einzelne Herren der Regierungspartei hören mir doch zu —, dann darf ich vielleicht zur Aufklärung sagen, daß nach der 4. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz das A 30 folgendes bedeutet: das Wort A bedeutet Universität Wien und die Zahl 30 bedeutet philosophische Fakultät. Ebenso A 10: Nach der 4. Durchführungsverordnung zum Allgemeinen Hochschul-Studiengesetz heißt A Universität Wien, und 10 bedeutet die juristische Fakultät.

Frau Bundesminister! Das sind Briefe von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien. Wie kommt die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien in den Besitz dieser gespeicherten Daten? — Ich würde bitten, das nicht zu bagatellisieren, weil uns vollkommen unbekannt ist, was die Zentralsparkasse der Gemeinde Wien an Daten erhalten hat. *(Abg. Dr. Bauer: Das ist ja ungeheuerlich, so was!)*

Ich möchte aber noch etwas anführen, meine Damen und Herren, was in der Öffentlichkeit auch nicht bekannt ist. Ich habe hier einen Brief... *(Abg. Libal: Der Ermacora ist doch nicht interessant! — Ruf bei der ÖVP: So ein Mißbrauch! — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe hier einen Brief, der an Studenten... *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Würden Sie mir nicht einmal das Wort verschaffen, Herr Präsident? *(Präsident Probst gibt das Glockenzeichen — Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Mussil zu Abg. Dr. Tull: Geben Sie die Brille aus dem Mund! — Allgemeine Heiterkeit.)*

Präsident Probst *(das Glockenzeichen gebend)*: Bitte, reden Sie weiter, Herr Abgeordneter!

Abgeordneter Dr. **Ermacora** *(fortsetzend)*: Bitte, meine Damen und Herren, ich würde nicht weiterreden, wenn ich etwas Belangloses sagen wollte. Aber ich möchte Sie doch auf etwas aufmerksam machen.

Ich habe hier einen Brief, der links den Titel trägt: „Dr. Bruno Kreisky, Bundeskanzler.“ Und ich habe eine Adresse... *(Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ und Gegenrufe bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Bitte um Ruhe! Keine Aufregung!

Abgeordneter Dr. **Ermacora** *(fortsetzend)*: Ich habe hier eine Adresse, die an einen Studierenden gerichtet ist. Es gibt viele solche Briefe, die an Studierende gerichtet sind und die den Titel tragen: „Dr. Bruno Kreisky, Bundeskanzler.“ Und was steht dort drinnen?

Es ist die Technik, die Sie in den Jahren 1969/70 angewandt haben, um die Auffassungen zu Ihrer damaligen Opposition kennenzulernen. Es heißt nämlich in diesem Brief, der hier wiederum einen Namen der Studierenden trägt und außen deutlich die Adresse des Bundeskanzlers aufweist, und zwar als Bundeskanzler, meine Damen und Herren! Es wird hier gefragt: Sie finden eine Reihe von Aufgabenbereichen der Regierung, geben Sie bitte bei jedem dieser Gebiete an, ob Sie es für die Arbeit der nächsten SPÖ-Regierung für sehr wichtig, für weniger wichtig oder für unwichtig halten. Und dann sind hier elf Fragen gestellt, das Schreiben solle an den Herrn Parteivorsitzenden Dr. Bruno Kreisky gerichtet werden.

Der Herr Bundeskanzler hätte nach meiner Meinung nicht nach außen sich als Bundeskanzler deklarieren sollen, sondern auch... *(Abg. Dr. Tull: Er wird Sie fragen!)* — Das glaube ich, daß er mich nicht fragen wird. Und das hätte dann klargestellt, von wem dieser Brief kommt. Es würde mich auch interessieren, Frau Bundesminister, woher er die Studentenadressen hat. Ich möchte fairerweise hinzufügen, es fehlt das A 10 oder das B oder das C 10 und so weiter, aber es kommt auch von irgendwoher.

Also, Frau Bundesminister, von woher hat die Zentralsparkasse die Computerauszüge? Welche Computerauszüge, was wurde weitergegeben, warum wurde es weitergegeben? Und dann darf ich Ihnen noch sagen, Frau Bundesminister *(Unruhe — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen)*: Sie haben bei 226 Millionen für die EDV in ihrem Ressortbereich. Gelingt Ihnen nicht dieses bißchen Datenschutz, Frau Bundesminister? Bei 226 Millionen Schilling für den EDV-Einsatz in Ihrem Ressortbereich gelingt Ihnen nicht dieses bißchen Datenschutz! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Frau Bundesminister! Ich möchte meine Ausführungen nicht schließen, ohne deutlich zu machen, daß diesem Budget die Transparenz abgeht, und zwar insbesondere im Lichte der Struktur Ihres Ressorts, wo Sie mit sogenannten quasi-autonomen Einrichtungen zu rechnen haben. Gerade auf diesem Gebiet behalten Sie sich sozusagen die freie Hand vor, wie Sie dieses Budget dann weiter auf die Universitäten verteilen wollen. Das ist nicht die Budgettransparenz, von der jedermann... *(Abg. Libal: Dafür sind Sie beim Dr. Burger viel transparenter!)* Ja, Herr Abgeordneter Libal, falls Sie nun das wirklich von mir hören wollen, Herr Abgeordneter Libal... *(Zwischenrufe bei der SPÖ — Gegenrufe bei der ÖVP.)* Herr Abgeordneter Libal!

Dr. Ermacora

Wenn Sie daran interessiert sein sollten, welche Antwort ich Ihnen auf Ihren Zwischenruf gebe, so kann ich Ihnen das sagen. Wenn der Herr Polizeiminister an meiner Äußerung ein Bedenken hat, dann müßte er mir das Verbot zustellen, und ich werde dort meine Rechte zu wahren wissen, wo man sie wahr, nämlich beim Verfassungsgerichtshof. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und zum zweiten. Er hätte ohne weiteres diese Versammlung auflösen können, die angemeldet war. *(Ruf bei der SPÖ: Wer ist der der Polizeiminister?)*

Zum dritten. Ich habe mich gestern eindeutig distanziert. Haben Sie das nicht gehört? Und falls, Herr Abgeordneter Libal, in diesem Blatt, auf das Herr Abgeordneter Dr. Schranz hingewiesen hat, das nicht genannt ist, so ist das nicht meine Sache. Ich könnte Ihnen, wenn ich Ihnen Rede und Antwort stehen wollte, klar beweisen, in welcher Form ich mich distanziert habe. Ich bitte Sie, das höflich zur Kenntnis zu nehmen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt an die Adresse Ihrer Regierungspartei. Ich wäre glücklich, wenn sich der Herr Bundeskanzler Kreisky von seinem Satz, daß Arafats moralischer Status gewonnen hätte, distanzieren würde. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Probst: Zum Wort gemeldet hat sich die Frau Bundesminister Dr. Hertha Firnberg.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ehe ich auf die Ausführungen der verschiedenen Herren Abgeordneten eingehe, möchte ich mich zuerst einmal an Herrn Professor Ermacora wenden. Ich weiß nicht, welche Unterstellung er damit macht, daß er aus den Adressen von Studenten, die der Zentralsparkasse zur Verfügung stehen, gesellschaftspolitische Zielsetzungen erwartet. Ich möchte eines hier festhalten: Nur die Österreichische Hochschülerschaft hat die Adressen der Studenten erhalten. Und sie mußte sie erhalten, weil sie, als öffentlich-rechtliche Körperschaft, die Interessenvertretung der Studentenschaft ist. Wir werden der Sache nachgehen. Ich möchte aber sehr gebeten haben, von Bemerkungen und Zurufen in der Richtung hin, als ob hier von mir oder meinem Haus eine Unkorrektheit begangen worden wäre, Abstand zu nehmen. *(Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP. — Gegenrufe bei der SPÖ. — Abg. Dr. Bauer: Das ist eine Unterstellung Ihrerseits!)*

Präsident Probst *(das Glockenzeichen gebend):* Die Frau Bundesminister hat das Wort.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg** *(fortsetzend):* Ich habe die Worte des Herrn Abgeordneten Ermacora gehört, ich habe Ihre Zwischenrufe gehört, und ich sage das, um mich gleich von Anfang an gegen derartige Unterstellungen zu verwahren. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich darf mich im übrigen kurz halten, meine Damen und Herren, bei dem, was ich bemerken will, was ich bemerken muß zu den Ausführungen der Herren Abgeordneten.

Ich darf die Schwarzmalerei des Herrn Abgeordneten Dr. Blenk zu widerlegen mir ersparen, weil der Vorsitzende des Wissenschaftsausschusses Professor Radinger sehr eingehend und sehr kenntnisreich alles richtiggestellt und in Zahlen den Nachweis erbracht hat, daß Wissenschaft und Forschung auch im Jahr 1975 ein Schwerpunkt geblieben sind und daß die Fortschritte auf diesem Gebiet außerordentlich groß sind.

Ich werde später noch Gelegenheit haben, wenn wir das UOG im Hohen Haus hier behandeln, mich mit Ihren Auffassungen auseinanderzusetzen; ich kann mir das heute hier ersparen. *(Abg. Dr. Blenk: Aber nicht übers Budget!)* Zum UOG, ich habe das ja ausdrücklich gesagt; das kann ich mir heute ersparen, wir werden dazu noch Gelegenheit haben.

Ich darf dem Herrn Abgeordneten Primarius Dr. Scrinzi eines sagen: Ich stimme völlig überein mit ihm, wenn er meint, daß wir den Nachholbedarf an Forschungsförderung, an Förderung der Wissenschaft noch nicht völlig eingeholt und gedeckt haben. Ich darf ihn aber schon darauf aufmerksam machen, daß doch eine sehr wesentliche Besserung eingetreten ist, unsere Position ist eine andere als noch einige Jahre zuvor. Wenn er meint, daß — was die Forschungsausgaben gemessen am Bruttonationalprodukt betrifft — nur Portugal und Spanien hinter Österreich liegen, so darf ich ihm sagen, daß wir uns derzeit bereits in ganz guter und durchaus vergleichbarer Gesellschaft befinden, nämlich in der Größenordnung 0,9 bis 1,1 Prozent des Bruttonationalproduktes. Da liegen Italien, Dänemark, Finnland, Belgien, Schweden mit 1½ Prozent — hier spielt die militärische Forschung eine immerhin nicht unbedeutende Rolle —, und in der Schweiz, das bekanntlich der Sitz internationaler Konzerne ist, ist ein höherer Forschungsaufwendungsanteil als bei uns. Zirka 80 Prozent der Schweizer Forschungs- und Entwicklungsausgaben werden durch die Industrie getätigt, in Österreich nur

12196

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

45 Prozent. Wir haben also unsere Position auf diesem Gebiet in den letzten Jahren durch große Anstrengungen wesentlich verbessert.

Ich darf sagen, daß es ähnlich auch mit der Hochschulentwicklung ist, was immer die Herren der Opposition dazu gemeint haben. Auch hier hat der Abgeordnete Professor Radinger alle notwendigen Zahlen genannt, um nachzuweisen, in welchem Maße sich die Situation der Hochschulen verändert hat. Es sind sehr eindrucksvolle Zahlen, auch wenn Herr Professor Ermacora jetzt darauf aufmerksam macht — wie alljährlich übrigens —, daß die Hochschulen in „roten Ziffern“ sein sollen. Ich darf ihn beruhigen: Das zweite Budgetüberschreitungs-gesetz, das ja bereits beschlossen ist, deckt alle diese „roten Ziffern“ ab. Wir haben dort für diese Aufwendungen über 35 Millionen Schilling, wir können also 6 Millionen Schilling für die Universität Wien sowie die 2 Millionen Schilling der Technischen Hochschule ohne weiteres noch in diesem Jahr decken.

Ich möchte schon darauf aufmerksam machen, daß man mit diesen Angaben über Schulden und „rote Ziffern“ auch ein wenig vorsichtig umgehen muß. Ich habe hier immer wieder eingehende Recherchen machen lassen, bei denen sich ergeben hat, daß die Situation doch eine andere ist, als sie von den Hochschulen manches Mal dargestellt wird, und daß sich hier auch manche Dinge ergeben, die „rote Ziffern“ begreiflich machen lassen.

Ich habe hier zum Beispiel einen Fall, den ich überprüfen ließ: gleichfalls unbezahlte Rechnungen: Einrichtungen für ein Vorstandszimmer, Gesamtergebnis 124.000 S; viel zu hoch, weit außerhalb der Norm; bereits angeschafft, aber ohne die Bewilligung des Ministeriums vorher eingeholt zu haben. Solche Dinge kommen vor.

Ich darf noch einmal wiederholen, daß die Entwicklung des Hochschulbudgets doch sehr eindrucksvoll ist. Das Hochschulbudget ist in den letzten vier Jahren mehr als verdoppelt worden, auf das Zweieinhalbfache gestiegen. Die Anzahl der Hochschullehrer hat sich beträchtlich erhöht. Wir haben heute um 642 ordentliche und außerordentliche Professoren mehr als 1970, um 1158 Assistenten und 1105 Dienstposten für nichtwissenschaftliches Personal mehr als vor vier Jahren.

Wenn diese Zahlen nicht eindrucksvoll sind und für sich selber sprechen, dann, glaube ich, ist es vergeblich, hier überhaupt zu reden.

Ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, daß der Herr Abgeordnete Blenk sich ja selbst überzeugen konnte, daß die OECD-Prüfer

— und sie stehen uns keineswegs nahe, es sind versierte und objektive Leute — ausdrücklich die große Aufbauleistung der letzten Jahre gewürdigt haben, die zweifellos noch größer und noch wirksamer wäre, wenn wir nicht immer noch an dem Nachholbedarf der Vergangenheit leiden würden. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich meine das jetzt ganz besonders mit Blick auf den Hochschulraum, also auf die Baufragen, die ja heute immer wieder von den Herren der rechten Seite angeführt wurden. Hier wird es besonders deutlich. Ich möchte das wiederholen, was der Abgeordnete Professor Radinger gesagt hat: Wenn in den Jahren 1960 bis 1970 auch nur annähernd das heutige Bauvolumen erreicht worden wäre, dann stünden heute etwa um 120.000 m² mehr Nettonutzflächen für die Hochschulen zur Verfügung, und das Raumdefizit für Hochschulen würde voraussichtlich nicht mehr bestehen. Das ist leider nicht der Fall, und wir haben das alles nachzuholen.

Ich darf den beiden Herren Abgeordneten Blenk und Bauer mitteilen, daß 1975 insgesamt für Hochschulbauten und Instandhaltung 716,7 Millionen im Budget enthalten sind, einschließlich der Stabilisierungsquote und des Konjunkturbelebungsprogramms im Bautenkapitel und in meinem Kapitel; also keine Halbierung, sondern eine beträchtliche Erhöhung. Es kommen dazu noch sehr umfangreiche, kurzfristig wirksame Anmietungen. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.*) Nein, aber das ist im Budget drinnen. Von einer Halbierung der Summe kann überhaupt keine Rede sein.

Zum Projekt des Neubaus des Juristenhauses in Wien: Die Ausschreibung ist erledigt, es wird sicherlich gebaut werden. Das Juristenhaus in Innsbruck, Herr Dr. Bauer, wird nach dem Philosophenneubau, der jetzt in Gang kommen wird, getätigt werden können.

Wir haben nicht nur neue Projekte, sondern wir gehen auch neue Wege. Auch darauf darf ich vielleicht aufmerksam machen. Die zusätzliche Finanzierung des Hochschulbaues Hochschulzentrum Althanstraße in der Form eines Leasing, praktisch also eine projektbezogene Hochschulanleihe; damit wird der Hochschulraum sehr wesentlich zusätzlich vergrößert werden können.

Darüber hinaus, und auch darauf darf ich aufmerksam machen, hat das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung über kurz- und mittelfristige Maßnahmen hinaus langfristige Planungen für den Hochschulneubau eingeleitet, die es bis jetzt auch nicht gegeben hat, zum Beispiel die Ausarbeitung der Hochschulplanung für Wien.

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Meine Damen und Herren! Alle Länder bewegt das Problem des akademischen Proletariats. Alle Länder befassen sich mit der Frage der Zulassung zu den Hochschulen beziehungsweise der Zulassungsbeschränkung zu den Hochschulen. Ich darf hier darauf aufmerksam machen, daß die OECD-Prüfer uns sehr nachdrücklich gesagt haben — und der Herr Abgeordnete Dr. Blenk hat dies ja auch wiederholt, wie ich einer ÖVP-Pressemitteilung entnommen habe —, daß bei uns die Gefahr für ein akademisches Proletariat noch sehr weit entfernt ist, weil wir mit unserer Studenten- und Akademikerquote noch lange nicht den europäischen Durchschnitt erreicht haben.

Nun zur Frage der Zulassungsbeschränkung. Der Herr Abgeordnete Dr. Blenk meint, Auslese Kriterien sollten festgelegt werden, und ähnlich spricht sich auch der Herr Primarius Dr. Scrinzi aus. Die Frage ist, welche Auslese Kriterien und nach welcher Methode. Wenn wir in Österreich keinen Numerus clausus haben, so betrachte ich das als ein ungemeines Glück für unsere jungen Leute. Wenn ich den Blick auf die Bundesrepublik Deutschland richte und sehe, was dort vor sich geht in Zusammenhang mit den Zulassungsbeschränkungen und dem Numerus clausus und einem System der Notendurchschnitte, bei dem sich dann ergibt, daß ein Vorzugsschüler deswegen, weil er in Deutsch, Geschichte und Geographie ausgezeichnet war, Medizin studieren darf, aber der, der für Medizin begabt ist, weil er in Deutsch und Latein nicht so gut war, nicht zum Medizinstudium kommt, so wage ich zu bezweifeln, ob das eine richtige Methode ist.

Ich glaube nicht, daß das für uns die Lösung sein soll. Das habe ich mir erst kürzlich in einem Gespräch mit einem deutschen Staatssekretär neuerlich bestätigen lassen.

Ich möchte dem Herrn Abgeordneten Doktor Scrinzi doch sagen, daß ich mich nach wie vor und mit mir meine Fraktion zum Menschenrecht auf Bildung als Faktor der Lebensqualität bekenne, aber auch zur Beratung: Zur Beratung für den Beruf und das Studium. Und wenn wir für große Vorsicht bei Beschränkungen im Zugang zu den Hochschulen sind, dann vor allem deshalb, weil der Lebensverlauf junger Menschen wesentlich dadurch bestimmt ist. Wir haben alles getan, was möglich ist, um das Beratungssystem auszubauen, und wir werden auf diesem Gebiet sicherlich noch wesentlich mehr machen.

Ich kann nur, Herr Primarius Dr. Scrinzi, Ihrem Begriff vom „Wegwerfstudenten“ nicht zustimmen. Hier schließe ich mich schon

eher der Auffassung an, die auch von der OECD vertreten wurde, nämlich daß jedes Semester Bildung an der Hochschule einen Bildungsgewinn für das Leben darstellt und daß man jene, die nicht fertig studieren, deswegen auch nicht abschreiben soll als Wegwerfstudenten, sondern als Menschen, die möglicherweise das Ziel nicht voll erreicht haben, aus welchen Gründen immer, die aber für ihre Bildung vieles gewonnen haben. Diesen Kredit muß man doch unseren Hochschulen schließlich auch geben.

Ich möchte aber doch auch darauf aufmerksam machen, daß die Frage der Bewältigung des Zustroms von Studienwerbern und Studierwilligen bei einer genauen Analyse in einem sehr hohen Maße eine organisatorische Frage ist, eine Frage der Kapazitätsausnutzung und des Wollens. Man kann das nirgends besser beweisen als beim Studium der Medizin an der Universität Wien. Ich bin gerne bereit, bei näherer Anfrage hier noch mehr darüber zu sagen. Der Nationalrat hat vor nicht allzu langer Zeit die medizinische Studien- und Rigorosenordnung abgeändert, damit Sezierkurse auch im Sommersemester abgehalten werden können. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung und das Bundesministerium für Bauten und Technik haben gemeinsam die entsprechenden baulichen und Adaptierungswünsche und Maßnahmen für die Anatomie in Wien erfüllt; die Klima- und Entlüftungsanlagen werden in Kürze fertiggestellt sein, und soviel mir gesagt wurde, ist durchaus auch vom Personal her die Möglichkeit gegeben, die Sezierübungen im März weiter fortzusetzen, so daß alle Studienwerber ihre Übung machen könnten. Es wird nur darauf ankommen, ob die medizinische Fakultät auch zustimmen wird und es will. Das ist kein Justamentstandpunkt, wie einer der Herren gesagt hat, sondern das ist das Verlangen, daß das Gesetz eingehalten wird, das jedem österreichischen Studenten sein Studium sichert.

Ich darf in diesem Zusammenhang sagen, daß ich sehr froh bin und sehr dankbar, daß die Rektorenkonferenz und vor allem auch Professor Winkler in einer sehr großen Arbeitsanstrengung es fertig gebracht haben, das Problem der Ausländer einigermaßen zu lösen.

Darf ich noch ein Wort sagen zur sozialen Lage der Studierenden. Es werden die Untersuchungen und die Erhebungen schon in kurzer Zeit abgeschlossen sein, und eine Veröffentlichung zu dieser Frage wird erscheinen. Ich darf dem Hohen Haus nur mitteilen, daß wir im kommenden Jahr mehr als eine halbe Milliarde Schilling einschließlich der

12198

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

Freifahrten und des Taxenentfalles an Sozialaufwendungen für die Studierenden aufwenden werden.

Es klagen die Studenten sehr oft und sicherlich zum Teil durchaus mit Recht über soziale Härten. Wir sind bemüht, nach Möglichkeit, manches Mal mehr, als uns möglich ist, hier behilflich zu sein. Aber es gibt auch andere Klagen, Klagen, die unmöglich bereinigt werden können.

Ich darf in diesem Zusammenhang dem Herrn Abgeordneten Harwalik zu dem Telegramm aus Graz vielleicht etwas sagen. Aus Graz kommt ein Telegramm, wie er angeführt hat, demzufolge die Studenten streiken werden und die Professoren mit ihnen — das steht zwar nicht hier —, aber jedenfalls ein Streik angesetzt ist für zwei Tage im Dezember. Ein sogenannter „Binnen-Brief“: Wenn wir nicht binnen drei Tagen 68 Millionen Schilling für den Vorklinikneubau Graz für das nächste Jahr zur Verfügung stellen ... — Wenn es so einfach wäre, daß man mit zwei Tagen Streik sich 30 Millionen Schilling holt, dann würden viele streiken, und ich glaube, nicht nur Studenten.

Es sind 35 Millionen für das nächste Jahr für den Bau der Vorklinik in Graz vorgesehen. Ich habe im Hohen Haus schon mehrmals gesagt und auch nachgewiesen, daß gerade Graz beim Hochschulbau der letzten Jahre außerordentlich bevorzugt war. Es sind 35 Millionen im Basisbudget und 10 Millionen in der Stabilisierung vorgesehen. Es ist ausreichend, wie mir meine Beamten und die Beamten des Bautenministeriums sagen, damit der Weiterbau — denn es sind jetzt nahezu 100 Millionen Schilling verbaut in diesem Vorklinikum — und der Baufortgang gesichert ist.

Hier wird ein Streik nicht helfen können; außer man sagt gleichzeitig auch, wem man das Bauvolumen wegnehmen soll, das man den Grazern geben soll.

Es genügt doch nicht, wenn man telegraphiert, daß ein Streik ausgerufen wird, weil die Mensa Linz den Preis erhöhen will. Die Mensa Linz ist privat verpachtet, wir haben damit überhaupt nichts zu tun. Es wird dort Alkohol ausgeschenkt. Ich habe genaue Nachrichten, daß dort keineswegs nur Studenten essen, sondern daß das preiswerte und nicht schlechte Essen auch andere Linzer dort hinbringt — was nicht verboten ist, im Gegenteil. Sie betreibt eine gutgehende Kegelbahn, und für das alles will man von uns, vom Staat, von der Öffentlichkeit Subventionen. Auch hier wird ein Streik nicht helfen. Es gibt keine Möglichkeit, diese Ansprüche zu befriedigen, auch nicht, wenn Studenten streiken, was ich sehr bedaure.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bauer findet mich unhöflich, weil ich Briefe nicht beantwortet haben soll. Normalerweise beantworte ich Briefe. Ich bin sicher nicht sehr empfindlich gegenüber unserer akademischen Jugend, und ich habe mir manche Dinge sagen lassen, vielleicht auch manche Dinge gesagt, die man normalerweise sonst nicht untereinander abmacht. Aber es gibt Grenzen der Höflichkeit. Ich werde nächstens dem Hohen Haus eine Dokumentation zugehen lassen über die Briefe, die ich von Studenten und vor allem von studentischen Funktionären bekomme. Ich werde Sie dann bei Ehre und Gewissen fragen, ob Sie meinen, daß Sie selber diese Briefe beantworten würden. Ich glaube nicht, daß ich darauf antworten soll, ob ich zurücktrete oder nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Auf offene Briefe, Briefe, die ich aus der Zeitung erfahre, antworte ich prinzipiell nicht, auch nicht einem Studentenfunktionär.

Lassen Sie mich noch ein Wort zur Forschung sagen. Ich glaube, auch hier haben wir kräftige finanzielle Impulse gegeben, die spürbar geworden sind. Das Forschungsklima hat sich wesentlich verändert. Immerhin sind die Forschungsaufwendungen weit mehr als verdoppelt worden. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Dr. Blenk sagen, daß nicht jede Post um 20 Prozent steigen muß, sondern daß es auch bei der Forschungsförderung wechselnde Prioritäten gibt.

In diesem Jahr ist nicht nur die Boltzmann-Gesellschaft höher dotiert. Sie ist höher dotiert, weil ein neues Boltzmann-Institut, von dem ich meine, daß es Ihre Zustimmung finden wird, an der Klinik von Professor Navratil gegründet wird, der die Versuche mit dem künstlichen Herz unternimmt, etwas, was unbedingt gefördert werden muß. Aus diesem Grund ist die Boltzmann-Gesellschaft höher dotiert. Es ist keine sozialistische Forschungsgesellschaft.

Ich habe heute die Tagung eines Boltzmann-Institutes, nämlich das für Altersforschung, eröffnet. Sein Präsident ist Professor Fellingner, leider — muß ich im Hohen Haus sagen — kein Sozialist. *(Zwischenruf des Abg. Doktor Gruber.)* Die Boltzmann-Gesellschaft ist jedenfalls keine sozialistische Forschungsgesellschaft.

Es ist außerdem die Auftragsforschung des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung höher dotiert. Den von Herrn Professor Ermacora verwendeten Ausdruck „Freigelder“ habe ich noch nie gehört. Ich weiß nicht, was das sein soll. Die Auftragsforschung des Ressorts ist deshalb höher dotiert, weil wir

Bundesminister Dr. Hertha Firnberg

in diesem Jahr den Schwerpunkt Energieforschung haben und daher für die Energieforschung mehr Finanzen brauchen.

Es ist die Akademie der Wissenschaften höher dotiert, auch die Studiengesellschaft für Atomenergie Seibersdorf, die heute als nationales Forschungslabor angesprochen wird und von deren Leistungen auch der Herr Bundesparteibeamtete Dr. Schleiner kürzlich sehr beeindruckt war.

Ich darf dem Herrn Professor Ermacora noch sagen, daß die Forschungsförderung der verschiedenen Ressorts, deren Höhe ich keineswegs bestreite — warum sollte ich das? —, sehr bald publiziert werden wird als eine koordinierte Meldung aller Forschungsvorhaben in der Form einer Forschungsfakten-dokumentation. Sie werden also in kürzester Zeit darüber erstmalig in Österreich Einblick haben, was von den verschiedenen Ressorts im eigenen Wirtschaftsbereich gefördert wird.

Herr Professor Ermacora, ich habe Ihnen sofort auf Ihren Wunsch im Ausschuß eine Liste überreicht, welche Forschungsaufträge von meinem Ressort ausgegangen sind. Ich weiß nicht, welche sieben der Forschungsaufträge Sie als „politischen Nachwuchs“ bezeichnen würden. Ich wäre aber sehr dankbar, wenn Sie mir das sagen würden, vielleicht könnte ich daraus einiges schließen.

Forschungsförderung und Auftragsforschung wird nicht nach politischen Gesichtspunkten vergeben. Ich darf das noch einmal und sehr nachdrücklich betonen.

Wenn das Institut für höhere Studien verschiedene Aufträge von verschiedenen Ressorts erhält, so ist das die Angelegenheit der Ressorts. Und was ist dagegen einzuwenden, daß diese einzige Post-Graduate-Einrichtung in Österreich außer der Diplomatischen Akademie Forschungsaufträge von den Ressorts erhält? Größere Aufträge werden ausgeschrieben; ein Auftrag über 100.000 S wird ausgeschrieben. Wer sich bewirbt, nimmt teil an der Konkurrenz, und die Vorschläge, wem der Zuschlag gegeben werden soll, werden von Wissenschaftlern, zumeist von Universitätsprofessoren, ausgearbeitet. Hier ist nichts, was verborgen werden soll, was verborgen werden muß. Das ist alles so transparent, wie Sie es nur wünschen können, Herr Professor Ermacora. Sie müssen nur einen Wunsch äußern, und sofort haben Sie Einblick.

Meine Damen und Herren! In diesem Jahr sind im Rahmen der Forschungskonzeption in einzelnen gesellschaftlich sehr relevanten Bereichen konkrete Konzepte erarbeitet und der Tätigkeit der Regierung, der Minister und der Administratoren zugrunde gelegt

worden. Ich denke etwa an das erweiterte EDV-Konzept, insbesondere aber an das Energieforschungskonzept, das Herr Abgeordneter Stix so ausführlich heute hier dargestellt und worüber er berichtet hat, das im letzten Jahr erarbeitet wurde und eine echte Prioritätensetzung bedeutet.

Ich darf damit abschließen, meine Damen und Herren, daß ich sage: diese Frage der Prioritätensetzung wird uns im kommenden Jahr außerordentlich beschäftigen. Ich habe mehrmals schon erklärt, daß es meine ständige Bemühung ist, Wissenschaft und Gesellschaft in jenen Kontakt, in jene Beziehung zu setzen, die in der Zeit von heute notwendig sind, auch wenn hier gelegentlich Mißverständnisse eintreten, weil manche Kreise die Freiheit der Forschung dadurch bedroht sehen. Auch in anderen Ländern ist man zu der Überzeugung gelangt, daß Forschungsprioritäten, daß die Frage der Forschung überhaupt eine Angelegenheit ist, die alle angeht, nicht nur die Wissenschaftler.

Ich darf vielleicht hier zu meiner Rechtfertigung ein Zitat von Herrn Professor Pestel anführen, der eines der Mitglieder des Vereines Freiheit der Wissenschaft ist und der sagt: „Ich meine, daß man zumindest bei Prioritätsentscheidungen in der Forschungsplanung neben Wissenschaftlern auch legitime interessierte außerwissenschaftliche Kreise befragen soll.“

Ich hoffe sehr, meine Damen und Herren im Hohen Haus, daß die Abgeordneten unseres Parlaments zu diesen Interessierten zählen werden, im Sinne der Kooperation von Wissenschaft und Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Probst: Zu Wort kommt der Herr Abgeordnete Dr. Gruber.

Abgeordneter Dr. Gruber (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann Ihnen, Frau Bundesminister, versichern, daß wir zu den an der Wissenschaft und Forschung äußerst interessierten Abgeordneten zählen. Daher haben wir auch dieses Kapitel ausführlich diskutiert. Ich glaube, daß aus kritischen Anmerkungen zu diesem Kapitel weder herausgelesen werden kann, daß wir alle Ansätze, die in diesem Kapitel enthalten sind, strikt ablehnen, noch auch daß wir nicht an der Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Einrichtungen insbesondere unserer Hochschulen äußerst interessiert wären.

Frau Bundesminister! Sie haben einige Bemerkungen zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Ermacora gemacht und haben gemeint, es sei eine Unterstellung, wenn der Herr Abgeordnete Ermacora hier in diesem

12200

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Gruber

Haus die Frage aufwirft, wie denn eine nicht universitäre Stelle zu dem Adressenmaterial kommt, das ihr einfach normalerweise nicht zugänglich sein kann.

Nun hat der Herr Professor Ermacora nicht Ihnen irgendetwas unterstellt, sondern er hat hier in dem Haus — das ist wohl sein gutes Recht und unser aller gutes Recht — die Frage aufgeworfen: Wie kommt es dazu? Und Aufklärung dürfen die Abgeordneten wohl noch verlangen, ja es ist geradezu ihre Pflicht, diese Aufklärung zu verlangen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie konnten selbst jetzt keine Erklärung geben, wie es dazu gekommen ist. Sie haben zugesichert, daß Sie sich um eine Klärung bemühen werden. Wir nehmen diese Zusage gerne zur Kenntnis.

Frau Bundesminister! Sie haben im Hinblick auf die Forschungsausgaben des Ministeriums wieder einmal darauf hingewiesen, daß ja in anderen Ländern noch andere Faktoren mitwirken, daß diese Länder zu einem so hohen Anteil der Forschungsausgaben am Bruttonationalprodukt kommen. Sie haben etwa erwähnt, daß in Schweden die militärische Forschung eine außerordentliche Rolle spiele, daß in der Schweiz der Umstand, daß dort internationale Konzerne ihren Sitz haben, auch ins Gewicht fällt. Wir nehmen das natürlich zur Kenntnis, Frau Bundesminister. Wir wundern uns nur, daß zu der Zeit, als wir diese Argumente gebracht haben, genau dieselben Argumente, etwa mit dem Hinweis auf die Niederlande, diese Argumente von Ihnen nicht zur Kenntnis genommen wurden. Heute aber nehmen Sie dasselbe Argument als einen Rettungsanker, um vielleicht doch den Abgeordneten plausibel machen zu können, warum Sie das gesteckte Ziel noch nicht erreicht haben, denn es ist doch kein Zweifel, daß das gesteckte Ziel gelautet hat: 1½ bis 2 Prozent des Bruttonationalproduktes bis zum Jahre 1975. Sie haben dann sogar einmal zurückgesteckt oder, besser gesagt, Sie haben die Jahreszahl hinausgeschoben. Tatsache bleibt, daß dieses gesteckte Ziel nicht erreicht wurde.

Wenn Sie nach Gründen suchen, so sind es natürlich aner kennenswerte Gründe, die hier mitspielen, aber es ist auch zugleich das Eingeständnis, daß Sie doch nicht das erreichen konnten, was Sie sich vorgestellt haben und was Sie von einer ÖVP-Regierung unter allen Umständen verlangt hätten. Dieses zweierlei Maß, Frau Bundesminister, nimmt Ihnen eben niemand ab!

Ein weiteres: Sie haben, Frau Bundesminister, auch zum Konjunkturbelebungsprogramm gesprochen, oder anders ausge-

drückt, Sie haben gesagt, es gibt doch überhaupt nirgends Abstriche beim Baubudget Ihres Ressorts, denn es steht in der Stabilisierungsquote und im Konjunkturbelebungsprogramm so viel drinnen. Frau Bundesminister! Wenn Sie weiter in die Zukunft sehen als der Herr Finanzminister, wenn Sie also schon wissen, daß das Konjunkturbelebungsprogramm auf jeden Fall realisiert wird — diesen Standpunkt haben Sie auch im Finanz- und Budgetausschuß sehr unmißverständlich zum Ausdruck gebracht —, dann wundere ich mich, warum der Herr Finanzminister nicht zu Ihnen gegangen ist, um Ihre Ratschläge einzuholen und warum er nicht gleich das Konjunkturbelebungsprogramm in das ordentliche Budget hineingenommen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sie haben sich auch mit dem Numerus clausus beschäftigt. Wir teilen durchaus Ihre Auffassung, daß der Numerus clausus bei uns in Österreich vermieden werden soll, solange es nur irgendwie möglich ist. Wir hoffen, daß es überhaupt nicht notwendig sein wird. Nur muß man natürlich doch dazusagen: dann ist eine völlig unkritische Werbung für das Studium an höheren Schulen und Hochschulen nicht mehr ganz verständlich.

Ich habe mich ja heute vormittag schon mit dem Thema beschäftigt und habe auch gesagt, ich messe der Bildung nicht nur wirtschaftlichen Wert für den einzelnen oder für die Gesellschaft bei, sondern natürlich auch einen Wert im Hinblick auf die Hebung der Lebensqualität des einzelnen. Zugegeben, aber man muß natürlich dann doch auch sagen, daß wir hier große Sorgen haben mit dem Zustrom zu den Hochschulen, und darf das nicht, wie Sie es im Ausschuß auch versucht haben, unterschätzen. Wir hätten ja ohnehin im heurigen Wintersemester nur mehr einen Zugang von etwa 4 bis 5 Prozent. Ich bezweifle diese Zahlen noch etwas, aber wenn es so ist, müssen wir doch damit rechnen, daß noch viel höhere Zuwachsraten kommen werden, denn wir haben die starken Jahrgänge an den AHS erst noch vor uns. Es werden die Maturantenzahlen noch steigen, und erfahrungsgemäß studiert eben ein hoher Prozentsatz der Maturanten an den Hochschulen weiter. Ich würde dieses Problem auf keinen Fall zu bagatellisieren versuchen.

Wenn Sie gemeint haben, daß wir auf den Hochschulen gewisse Schwierigkeiten im Hinblick auf die Raumversorgung haben, so sei das alles nur den Versäumnissen früherer ÖVP-Regierungen zuzuschreiben: Frau Bundesminister! So einfach sollten Sie sich das nicht machen.

Dr. Gruber

Der Herr Finanzminister hat in seiner Budgetrede erklärt, daß von 1970 bis 1974 die Studentenzahlen um 23.000 gestiegen sind oder anders ausgedrückt: um 40 Prozent. Frau Bundesminister! Für diese 40 Prozent mehr Studenten, für diese 23.000 zusätzlichen Studenten haben Sie Vorsorge zu treffen. Sie können nicht einer früheren ÖVP-Regierung anlasten, daß sie nicht bereits für die Jahre 1970 bis 1974 den notwendigen Raum zur Verfügung gestellt hat. Es ist damals das Mögliche gemacht worden. Ich konzediere, daß Sie die Anstrengungen fortgesetzt haben. Aber jetzt, wo es darum geht, Erfolge in der Öffentlichkeit herauszustellen, da stellen Sie sich hin und sagen: Wie gut sind wir! Dort, wo es noch Schwierigkeiten gibt, sagen Sie: böse ÖVP-Regierung! Das war ja der Tenor der Ausführungen des Kollegen Fischer vom vergangenen Dienstag. Ich glaube, so einfach sollte man sich das eben nicht machen.

Frau Bundesminister! Ich muß jetzt mit einer unangenehmen Sache auch an Sie herantreten. Sie haben mir zugesagt, daß Sie die schriftlichen Anfragen, die ich im Finanz- und Budgetausschuß an Sie stellte, bis zum Beginn der Budgetdebatte beantworten werden. Ich stelle fest, daß das leider nicht geschehen ist. (*Abg. Graf: Die Post ist schuld!*) Ja, dann ist das nicht in meine Hand gekommen.

Ich habe gebeten, mir die Ziffern der Personalstände des Wissenschaftsministeriums der Jahre 1970 bis 1975 laut Dienstpostenplan mitzuteilen. Es ist mir das nicht mitgeteilt worden. Aber ein Abgeordneter der Opposition ist es ja gewohnt, daß er sich auch irgendwo anders die Unterlagen verschaffen muß. Sie brauchen nur ins Volle hineinzugreifen, Sie haben als Regierung selbstverständlich den Informationsvorsprung.

Nun ist neulich beim Kapitel Bundeskanzleramt mit dem Herrn Staatssekretär Lausecker ein kleiner Disput ausgebrochen bezüglich der Personalvermehrungen. Ich habe den Zwischenruf gemacht: Und wie ist es mit den Zentralleitungen? Der Herr Staatssekretär hat nämlich den untauglichen Versuch unternommen, die Vermehrungen im Personalstand der Zentralleitung etwa Ihres oder des Herrn Minister Sinowatz' Ressort dem wissenschaftlichen Personal oder dem Lehrpersonal zuzuschlagen. Wenn man dagegen so eine kleine Remonstration wagt, dann heißt es: Das ist doch nur ein völlig unbedeutender Prozentsatz, was spielt das schon im gesamten für eine Rolle? — Tenor des Herrn Staatssekretärs Lausecker.

Ich habe mir nun doch die Ziffern geben lassen: Im Jahre 1970, vor der Teilung der

beiden Ministerien, waren 320 Beamte in der Zentralleitung des Ministeriums. Heute hat das Unterrichtsministerium allein mehr als damals die beiden vereinigten Ministerien. Und dazu kommt jetzt noch Ihr Ministerium, Frau Bundesminister, mit 140 plus 25 veranschlagten Dienstposten.

Wie war denn die Aussage des Herrn Bundeskanzlers im Jahre 1971 bei seiner Regierungserklärung vom 5. November? Damals hat er die Zweckmäßigkeit der Teilung des Ministeriums gerühmt und hat gesagt, daß der Dienstpostenstand der Zentralleitung nur um 13 erhöht wurde, von denen drei jedoch nicht nachbesetzt wurden, so daß insgesamt mit der Schaffung dieses so wichtigen Ressorts de facto zehn Schreibtische mehr geschaffen wurden.

Unter diesen 13 — sagt der Herr Bundeskanzler damals weiter — befinden sich vor allem jene Beamten, denen die Erstellung der österreichischen Forschungskonzeption oblag. Da diese erstellt ist, müßte man annehmen, daß diese 13 Beamten ja inzwischen ganz andere Aufgaben haben oder überhaupt überflüssig geworden wären. Herr Bundeskanzler! Da man die Beamten nicht mehr braucht, bleiben überhaupt keine zusätzlichen Schreibtische für das Ressort der Frau Bundesminister mehr übrig.

Und siehe da, seit dem Jahre 1970 sind die Dienstposten in der Zentralleitung immerhin um 280 mehr geworden. Herr Bundeskanzler! Die Zahl 13 ist in dem Fall für Sie keine Glückszahl! Sie haben nicht nur in dem einen Fall der Öffentlichkeit etwas erzählt, was schon längst nicht mehr stimmt, was von Anfang an nicht gestimmt hat, sondern das ist ja nur eines der Beispiele unter vielen.

Es ist sehr verständlich, daß solche Zahlen herauskommen, wenn in einem derartigen Tempo die Dienstposten vermehrt werden, Frau Bundesminister, wie das auch von 1974 auf 1975 der Fall ist.

Der Personalaufwand in Ihrem Ministerium steigt in diesem einen Jahr um 40 Prozent. Das ist eine Steigerungsrate, von der wir uns wünschen würden, daß sie auch in anderen Bereichen Ihres Ressorts so eingehalten werden könnte.

Ich möchte noch zu den Studentenzahlen etwas sagen. Ich habe schon vorher darauf verwiesen, der Herr Finanzminister selbst hat die Ziffern genannt: Steigerung um 23.000 von 1970 auf 1974 oder um 44 Prozent. Nun, in welchem Prozentsatz sind denn die Lehrkanzeln gestiegen? Um 20 Prozent. (*Bundesminister Dr. Hertha Firnberg: Um 60 Prozent!*) Um 20 Prozent! Dann hat der Herr

12202

Nationalrat XIII. GP — 124. Sitzung — 5. Dezember 1974

Dr. Gruber

Bundesminister für Finanzen dem Hohen Haus eine falsche Auskunft gegeben, denn hier steht eindeutig: Die Zahl der Lehrkanzeln für 1973 vermehrt um 42 auf 1060, für 1974 um 35 auf 1095 und für das Jahr 1975 um 10 auf 1105. 1970 gab es 906. Nun habe ich ausgerechnet, von 906 im Jahre 1970 auf 1095 im Jahre 1974 — das ist ja das Vergleichsjahr auch für die Studentenzahlen —: ich glaube nicht, daß Sie mir nachweisen können, daß das 60 Prozent sind. Die Steigerung, Frau Bundesminister, bleibt weit hinter der prozentuellen Steigerung der Studentenzahlen zurück.

Das Verhältnis Professoren zu Studenten hat sich daher in der Zeit Ihrer Ressortführung wesentlich verschlechtert. Das ist aus den Unterlagen des Herrn Finanzministers klar herauszulesen. Wenn das nicht stimmt, Frau Minister, dann müssen Sie dem Herrn Finanzminister bessere Unterlagen liefern. Das ist ein Kommunikationsproblem, das Sie innerhalb Ihrer Regierung ja vielleicht doch zu lösen imstande sind.

Nun noch etwas, was aus den Steigerungen der Studentenzahlen ableitbar ist. Sie sagen etwas unterspielt, die Studentenzahlen seien von 1974 auf 1975 um zirka 5 Prozent gestiegen. Wie hoch ist denn nun der Ansatz für die Studienförderung gestiegen in dem gleichen Budget? Der Herr Finanzminister gibt wieder eine Ziffer bekannt. Ich hoffe nicht, Frau Bundesminister, daß Sie ihn wieder berichtigen müssen. Er sagt, diese Ausgaben für Studienförderungen an den wissenschaftlichen und Kunsthochschulen betragen 225 Millionen Schilling. Gegenüber 1974 bedeutet dies eine Erhöhung um 5,4 Millionen oder um 2,16 Prozent. Für mehr Studenten und für höhere Stipendien, die wir ja im vergangenen Jahr bei der letzten Novelle zum Studienförderungsgesetz beschlossen haben, haben Sie ganze 2,16 Prozent zusätzliche Mittel zur Verfügung. Ich glaube, daß es dann verständlich ist, daß die Situation bei den Studierenden sich nicht zum Besseren gewendet hat, sondern zum Schlechteren.

Ich habe hier ein Ansuchen beziehungsweise einen Ablehnungsbescheid eines Betroffenen. Der Vater ist, glaube ich, Laborant. Das Einkommen ist genau angegeben. Der Mann hat natürlich auch eine Einkommenssteigerung mitgemacht, nämlich eine ganz natürliche Lohnerhöhung, von der ja der Finanzminister sowieso den größeren Teil zurückholt; dann stellen wir fest, daß dieser Mann beziehungsweise dessen Tochter im Vorjahr 18.000 S Studienförderung bekommen hat und für das Schuljahr 1974/75 nur mehr 11.000 S. Über-

haupt nicht mehr eine Spur von Valorisierung, was in unserer Absicht lag, als wir die letzte Novelle zum Studienförderungsgesetz beschlossen haben. Also kein Gleichschalten oder Gleichhalten der Stipendien, sondern geradezu eine eklatante Verschlechterung.

Frau Bundesminister! Ich möchte zu diesem Kapitel nur sagen, es ist höchste Zeit, daß wir einen anderen Modus finden, wie wir das Studienförderungsgesetz jeweils an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse anpassen. Wenn Sie über die Valorisierung nicht reden wollen — das ist für Sie vielleicht eine Prinzipienfrage —, dann müssen wir doch eine jährliche Anpassung versuchen. Bei dem Tempo der Inflation kommen doch diese jungen Leute und deren Eltern selbstverständlich zum Handkuß; ich möchte nicht sagen, unter die Räder, aber sie kommen zum Handkuß. Und von einer Verbesserung der Zugänge zu den Hochschulen oder von einem Abbau sozialer Bildungsbarrieren kann unter solchen Umständen überhaupt nicht mehr gesprochen werden.

Die Ansätze für Studentenheime sind gleichgeblieben. Der Herr Abgeordnete Scrinzi hat nun einen Antrag auf Erhöhung eingebracht. Zu diesem Antrag werde ich noch etwas zu sagen haben.

Die Mensen werden dankenswerterweise, Frau Bundesminister, etwas besser dotiert. Ich bin ja auch bereit, hier etwas anzuerkennen. Ich würde nur bitten, daß auch die Linzer Hochschulgemeinschaft in diesen Mensenpool einbezogen wird. Es ist nicht Sache des Landes Oberösterreich oder der Stadt Linz, hier Verbesserungen zu schaffen, sondern die Linzer Hochschule gehört nun auch zu Ihren Kindern, und ich hoffe, daß es nicht ein Stiefkind der Frau Bundesminister ist.

Wir haben, Frau Bundesminister, noch ein Anliegen: Die Ausgaben oder die Ansätze für den Linzer Hochschulfonds scheinen gekürzt zu sein. Sie können zwar wieder darauf verweisen: Ja hinten, beim Konjunkturbelebungsprogramm steht noch etwas darinnen!, aber darauf werde ich mich nicht verlassen. Ich würde also doch sehr bitten, daß man hier auch eine entsprechende Berücksichtigung vornimmt.

Und nun noch zu dem Antrag, den der Herr Abgeordnete Scrinzi eingebracht hat. Eine Aufstockung des Sachaufwandes an den Hochschulen, eine Aufstockung bei den Heimen, und dafür Wegnehmen bei den internationalen Verpflichtungen, ja, ich muß sagen, eine solche Vorgangsweise ist doch wirklich nur ad pompam, ist wirklich nur dazu da, um

Dr. Gruber

hier halt ein bisserl ein neues Thema ins Gespräch zu bringen. (*Abg. Dr. Tull: Dort oben ist die Uhr, Herr Kollege Dr. Gruber! — Unruhe. — Präsident Probst gibt das Glockenzeichen.*) Ich rede noch keine 35 Minuten.

Ich darf zum Schluß kommen und sagen: Es geht einfach nicht an, daß man gesetzliche Verpflichtungen hat, die hat der Herr Primarius Scrinzi reduziert, wohl wissend, daß diese gesetzlichen Verpflichtungen sowieso erfüllt werden müssen, und dieses Geld dazu verwendet, um irgendwo anders noch ein gewisses Pflästerchen dazuzugeben. Im übrigen darf ich Sie aufmerksam machen, Frau Bundesminister: Trotz dieser Aufstockung beim Sachaufwand der Hochschulen ist nicht einmal der Stand erreicht, den das Budget 1974 plus 2. Budgetüberschreitungsgesetz ausmacht. Das heißt mit anderen Worten: Sie sind in diesem Bereich wieder in den roten Zahlen drinnen, und darum lehnen wir diesen Abänderungsantrag wie Ihr gesamtes Budget ab. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Probst: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht der Herr Spezialberichterstatte das Schlußwort? — Ja, er wünscht es.

Spezialberichterstatte Maderthaler: Herr Präsident! Hohes Haus! Dem vom Herrn Abgeordneten Dr. Scrinzi eingebrachten Abänderungsantrag, der Budgetmittelumstellungen zum gegenständlichen Budgetkapitel zum Inhalt hat, trete ich als Spezialberichterstatte bei.

Präsident Probst: Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe XIV des Bundesvoranschlags 1975.

Diese umfaßt das Kapitel 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags in 1285 der Beilagen.

Da ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Scrinzi und Genossen zu einzelnen finanzgesetzlichen Ansätzen dieses Kapitels vorliegt — es handelt sich nicht um den zurückgezogenen, sondern um den später eingebrachten Antrag —, lasse ich zunächst über diese Ansätze in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Scrinzi abstimmen. Es sind dies die Ansätze 1/14106, 1/1410, 1/14146, 1/14187, 1/1418, 1/14208, 1/1420, 1/14403 und 1/14406.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesen Ansätzen in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Scrinzi und Genossen ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Mehrheit. Angenommen.

Ich lasse nunmehr über die restlichen Teile des Kapitels 14 samt dem dazugehörenden Teil des Konjunkturausgleich-Voranschlags abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hierzu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Danke. Das ist die Mehrheit, und so beschlossen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Die nächste Sitzung berufe ich für morgen, Freitag, den 6. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein:

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1975 samt Anlagen (1285 und Zu 1285 der Beilagen), Spezialdebatte über die Beratungsgruppe V, Justiz.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 35 Minuten